

Stenographisches Protokoll

122. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 3. Dezember 1974

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975

Beratungsgruppe II: Bundeskanzleramt

Beratungsgruppe I: Oberste Organe

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 11869)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 (1375 d. B.)

Generalberichterstatter: Dr. Gradenegger (S. 11870)

Beratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, Kapitel 70: Staatsdruckerei

Spezialberichterstatter: DDr. Hesele (S. 11871)

Redner: Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner (S. 11873), Dr. Heinz Fischer (S. 11879), Zeillinger (S. 11886), Dr. Heindl (S. 11896), Dr. Prader (S. 11901), Dallingner (S. 11905), Dr. Schmidt (S. 11909), Dr. Kohlmaier (S. 11913), Bregartner (S. 11916), Dr. Stix (S. 11919), Treichl (S. 11921), Graf (S. 11923), Blecha (S. 11927), Dr. Gasperschitz (S. 11931 und S. 11950), Dr. Fleischmann (S. 11935), Dr. Marga Hubinek (S. 11937), Staatssekretär Lausecker (S. 11939), Dkfm. Gorton (S. 11944), Burger (S. 11947), Brauneis (S. 11950), Dr. Kaufmann (S. 11952), Staatssekretär Dr. Veselsky (S. 11954), Kraft (S. 11956), Nittel (S. 11960), Dr. Eduard Moser (S. 11962),

Hellwagner (S. 11965), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 11967 und S. 11969) und Deutschmann (S. 11968)

Annahme der Beratungsgruppe II (S. 11970)

Beratungsgruppe I: Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 06: Rechnungshof

Spezialberichterstatter: Dr. Fleischmann (S. 11970)

Redner: Robert Weisz (S. 11971), Peter (S. 11973), Dr. Ermacora (S. 11975), Glaser (S. 11979), Stohs (S. 11982) und Dr. Pelikan (S. 11984)

Entschließungsantrag Dr. Ermacora betreffend Übertragung der Justizverwaltung an die Höchstgerichte (S. 11977)

Annahme der Beratungsgruppe I (S. 11986)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

1328: Abkommen mit Frankreich über den Aufenthalt von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 und Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Jänner 1967) (S. 11870)

1329: Bundesgesetz über die Anlegung von Mündelgeld (S. 11870)

Anfragen der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Hanreich, Dipl.-Vw. Josseck und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Gewerbesteuerpflicht — Designer (1888/J)

Kinzl, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Ausbruch von Strafgefangenen aus der Strafanstalt Suben (1889/J)

Melter und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Spielstättenplan (1890/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 120. Sitzung vom 27. November und der 121. Sitzung vom

28. November 1974 sind in der Kanzlei aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Ulbrich, Ing. Scheibengraf und Dr. Lanner.

Einlauf

Präsident: Ich gebe bekannt, daß folgende Regierungsvorlagen eingelangt sind:

11870

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Präsident

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Französischen Republik über den Aufenthalt von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 und Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Jänner 1967) (1328 der Beilagen) und

Bundesgesetz über die Anlegung von Mündelgeld (1329 der Beilagen).

Ich werde diese Regierungsvorlagen gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 und Zu 1285 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1375 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 und Zu 1285 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1375 der Beilagen).

Generalberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Gradenegger. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Generalberichterstatter Dr. **Gradenegger:** Herr Präsident! Hohes Haus! Als Generalberichterstatter obliegt es mir, die Beratungen über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt dessen Anlagen einzuleiten.

Die Bundesregierung hat am 17. Oktober 1974 den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1975 dem Nationalrat vorgelegt. In der 116. Sitzung der laufenden Gesetzgebungsperiode des Nationalrates am 22. Oktober 1974 gab Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch die einbegleitende Erklärung zu dieser Regierungsvorlage ab. In der 118. Sitzung am 6. November 1974 wurde die Vorlage in erste Lesung genommen und sodann dem Finanz- und Budgetausschuß zur Vorberatung zugewiesen.

Die Regierungsvorlage besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen.

Den umfangreichsten Teil der Vorlage stellt der Bundesvoranschlag (Anlage I) samt den Gesamtübersichten (Anlagen Ia bis Id) dar.

Die Aufgliederung des Bundesvoranschlages 1975 nach ordentlicher und außerordentlicher Gebarung zeigt folgendes Bild:

	Millionen S
Ordentliche Gebarung:	
Ausgaben	179.761
Einnahmen	168.027
Abgang	11.734
Außerordentliche Gebarung:	
Ausgaben	4.681
Einnahmen	89
Abgang	4.592
Gesamtgebarungsabgang	16.326

Weitere Anlagen sind der Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) samt dessen summarischer Aufgliederung (Anlage II a) sowie der Dienstpostenplan (Anlage III);

Anlagen zum Bundesvoranschlag in gesonderten Heften bilden der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1975 samt dessen Anlagen in der Zeit vom 11. November 1974 bis 21. November 1974 der Vorberatung unterzogen. Hier einige Daten aus dem Finanz- und Budgetausschuß, die von statistischem Interesse sein können:

An den Ausschlußberatungen über den Bundeshaushalt 1975 haben im Finanz- und Budgetausschuß 133 Abgeordnete als Debattenredner, der Herr Bundeskanzler, der Herr Vizekanzler, 12 Bundesminister, 4 Staatssekretäre, 2 Präsidenten des Nationalrates, Präsident Benya und Präsident Probst, der Rechnungshofpräsident, der Rechnungshofvizepräsident und 2 Abgeordnete als Vorsitzende teilgenommen.

Wie intensiv die Abgeordneten schon in den Ausschlußberatungen an der Behandlung des Bundesvoranschlages mitgearbeitet haben, zeigt die Tatsache, daß außer den Mitgliedern des Finanz- und Budgetausschusses 96 Volksvertreter an den Verhandlungen teilgenommen haben, davon 46 SPO-, 42 ÖVP- und 8 FPÖ-Abgeordnete.

Diese große Beteiligung ergibt sich daraus, daß bei Behandlung der einzelnen Budgetgruppen jeweils jene Abgeordnete als Mitglieder des Finanz- und Budgetausschusses umgemeldet wurden, die in den jeweiligen Fachausschüssen, dem Außenpolitischen Ausschuß,

Dr. Gradenegger

Bautenausschuß, Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz, Handelsausschuß, Justizausschuß, Landesverteidigungsausschuß, Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft, Rechnungshofausschuß, Ausschuß für soziale Verwaltung, Unterrichtsausschuß, Verfassungsausschuß, Verkehrsausschuß, Ausschuß für verstaatlichte Betriebe, Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, Ausschuß für wirtschaftliche Integration und dem Zollausschuß tätig und damit mit den aufgeworfenen Fragen besonders vertraut sind.

Die Beratungen über den Bundesvoranschlag 1975 im Ausschuß nahmen eine Gesamtzeit von 60 Stunden und 45 Minuten in Anspruch.

Im Verlauf der vielstündigen Beratungen erfolgten 269 Wortmeldungen von Abgeordneten; 90 von der SPÖ, 151 von der ÖVP und 28 von der FPÖ; 52 Wortmeldungen der Präsidenten des Hauses, des Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes, des Bundeskanzlers, des Vizekanzlers, der Bundesminister und von Staatssekretären.

Die größte Debattenfreudigkeit war beim Budgetkapitel Verkehr festzustellen; hier meldeten sich 18 Abgeordnete, davon einige mehrmals, zu Wort.

Zur Vorberatung etwaiger Anträge wurde ein Unterausschuß eingesetzt, dem die Abgeordneten Jungwirth, Mühlbacher, Dr. Tull, Robert Weisz, Wielandner, Kern, Dr. Koren, Dr. Pelikan, Sandmeier und Dr. Broesigke angehörten. Zu bemerken wäre, daß der Unterausschuß, nachdem keine Anträge gestellt wurden, nicht zusammengetreten ist.

Die Debatte über den Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1975, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, den Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes sowie den Dienstpostenplan fand gemeinsam mit jener über die Beratungsgruppe XI des Bundesvoranschlages in der Ausschußsitzung am 21. November 1974 statt. In der gleichen Sitzung erfolgten auch die Abstimmungen über sämtliche Teile der Spezialdebatte.

Das Ergebnis der Ausschußberatungen bezüglich des Bundesvoranschlages ist den Berichten der Spezialberichterstatter zu entnehmen.

Ich stelle nun den Antrag, in die Spezialdebatte des Bundesvoranschlages für das Jahr 1975 samt dessen Anlagen einzugehen.

Präsident: Da die Parteien übereingekommen sind, von einer Generaldebatte Abstand zu nehmen, lasse ich sogleich über den Antrag

des Generalberichterstatters abstimmen, in die Spezialdebatte einzugehen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Beratung und Abstimmung der Vorlage in der Spezialdebatte wird in Teilen — entsprechend der allen Abgeordneten zugegangenen Übersicht — durchgeführt. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen daher zur Verhandlung über die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages.

Die Parteien sind übereingekommen, daß die Abgeordneten mit Rücksicht auf den Verzicht auf eine Generaldebatte anläßlich der heute stattfindenden gemeinsamen Verhandlung über die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages gegebenenfalls auch zu Fragen Stellung nehmen können, die ansonsten Gegenstand einer Generaldebatte wären.

Ferner weise ich darauf hin, daß die Abstimmung über Entschließungsanträge nach der dritten Lesung des Bundesfinanzgesetzes erfolgt.

Spezialdebatte**Beratungsgruppe II****Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen****Kapitel 70: Staatsdruckerei**

Präsident: Wir gehen in die Spezialdebatte zum Bundesfinanzgesetz ein und gelangen zur Verhandlung über die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Hesele. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter DDr. **Hesele:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe II.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ und 70 „Staatsdruckerei“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1975 am 20. November 1974 unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr in Verhandlung gezogen.

11872

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

DDr. Hesele**Bundeskanzleramt mit Dienststellen**

Im Bundesvoranschlag für Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ ist für das Budgetjahr 1975 ein Ausgabenbetrag von 808,986.000 S vorgesehen.

Von den Ausgaben entfallen 271,827.000 S auf den Personalaufwand, der somit gegenüber dem Vorjahr um 40,821.000 S erhöht ist.

Zur Bestreitung des Sachaufwandes sind 537,159.000 S veranschlagt, das sind um 38,286.000 S mehr als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundeskanzleramtes selbst und die der österreichischen Delegation bei der OECD sind unter § 1000 veranschlagt; sie werden im kommenden Jahr 397,599.000 S betragen.

Der Personalaufwand von 108,689.000 S liegt vornehmlich wegen der allgemeinen Bezugserhöhungen um 20,549.000 S über dem des Vorjahres.

Die Anlagenkredite sind mit 1,940.000 S um 80.000 S über dem Vorjahresbetrag veranschlagt. Hier wurde für den Austausch von Druckereimaschinen und Dienstkraftwagen, insbesondere für jene der Landeshauptleute, vorgesorgt.

Als gesetzliche Verpflichtung sind Aufwendungen von 149,223.000 S zu erwarten, 45,947.000 S hievon als Förderungsausgaben. Der Mehrbedarf gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im wesentlichen aus dem vermehrten Aufwand für Familienberatungsstellen und der Förderung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien.

Die sonstigen Aufwendungen betragen 109,204.000 S; hierunter ist auch der Sachkredit des Bundespressdienstes mit 13,240.000 S enthalten.

An Krediten für die Entwicklungshilfe sind unter § 1002 156,443.000 S, also um 10,161.000 S mehr als im Vorjahr, veranschlagt.

Die Kosten des Druckes und Vertriebes des Bundesgesetzblattes und der „Amtlichen Sammlung wiederverlautbarter Österreichischer Rechtsvorschriften“ sind unter Ansatz 10038 mit 6,600.000 S veranschlagt; dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 200.000 S.

Unter Ansatz 10046 „Familienpolitische Maßnahmen“ sind zur Förderung von Institutionen, die auf dem Gebiet der Familienpolitik tätig werden, wie im Vorjahr 1,400.000 S vorgesehen.

An Aufwendungen für das Staatsarchiv und Archivamt sind unter Titel 101 insgesamt 21,660.000 S veranschlagt. Das Mehrerforder-

nis von 2,574.000 S gegenüber dem Vorjahr resultiert nahezu ausschließlich aus dem Personalaufwand.

Die Kredite des Statistischen Zentralamtes sind unter Titel 102 ausgewiesen. Sie beziffern sich auf insgesamt 225,284.000 S, sind also um 25,717.000 S höher als im Vorjahr.

Auf Grund der Vermehrung des veranschlagten Standes um 24 Bedienstete und der allgemeinen Bezugserhöhungen war der Vorjahresansatz für den Personalaufwand um 17,986.000 S auf 144,142.000 S zu erhöhen.

Für die Anschaffung von Anlagegütern sind nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr 2,786.000 S vorgesehen.

Bei den Aufwendungen aus gesetzlichen Verpflichtungen sind 13,564.000 S, somit um 1,141.000 S mehr als im Vorjahr, erforderlich.

Die übrigen Aufwendungen betragen 64,792.000 S und sind somit um 6,604.000 S gegenüber dem Vorjahr erhöht, weil die EDV-Anlage des Statistischen Zentralamtes auszubauen beziehungsweise zu modernisieren sein wird.

An Einnahmen werden bei Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ im kommenden Jahr 78,261.000 S erwartet. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem Jahr 1974 um 18,499.000 S, die fast ausschließlich aus Darlehensrückzahlungen und Darlehenszinsen für bereits gewährte Kredite im Rahmen der Entwicklungshilfe resultierten.

Staatsdruckerei

Im Bundesvoranschlag für Kapitel 70 „Staatsdruckerei“ sind für das Budgetjahr 1975 Betriebsausgaben im Gesamtbetrag von 390,002.000 S und Betriebseinnahmen in der Höhe von 372,054.000 S vorgesehen, sodaß mit einem kassamäßigen Betriebsabgang von 17,948.000 S gerechnet werden muß.

Von den Ausgaben entfallen 209,816.000 S auf den Personalaufwand und 180,186.000 S auf den Sachaufwand.

Der Personalaufwand erfuhr gegenüber dem Voranschlag 1974 eine Steigerung um 10,107.000 S. Der Aktivitätsaufwand, der mit 177,352.000 S veranschlagt ist, wurde um 6,825.000 S und der Pensionsaufwand, welcher mit 32,464.000 S präliminiert ist, um 3,282.000 S erhöht.

Der Mehrbedarf beim Aktivitätsaufwand resultiert in der Hauptsache aus der Erhöhung der Bezüge der öffentlich Bediensteten, der zu leistenden Dienstgeberbeiträge auf Grund

DDr. Hesele

des Entgeltfortzahlungsgesetzes sowie aus Neuzuerkennung beziehungsweise Erhöhung verschiedener Zulagen für Bedienstete.

Beim Pensionsaufwand wurde trotz einer geringfügigen Verringerung der Anzahl der Pensionsparteien infolge der Erhöhung der Ruhe- und Versorgungsbezüge sowie auf Grund der Hinaufsetzung der Dienstgeberbeiträge gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 278/1974 ein Mehrbedarf notwendig.

Der Sachaufwand wurde um 13,168.000 S höher veranschlagt als im Vorjahr.

Die Anlagenkredite erfuhren gegenüber dem Jahr 1974 eine Steigerung von 722.000 S.

Die Förderungsausgaben wurden auf Grund einer vermehrten Anzahl von Bezugs- und Lohnvorschußbewerbern sowie einer zu erwartenden betragsmäßigen Erhöhung der Bezugsbeziehungsweise Lohnvorschüsse infolge der gestiegenen Gehälter und Löhne um 1,242.000 S höher präliminiert als im Jahr 1974.

Die Aufwendungen aus gesetzlichen Verpflichtungen wurden wegen der wesentlichen Verringerung der Körperschaft- und Gewerbesteuer Vorauszahlungen infolge der Entwicklung der Ergebnisse der Steuerbilanzen der letzten Jahre um 4,310.000 S gegenüber dem Voranschlag 1974 vermindert.

Der Mehraufwand von 15,514.000 S bei den sonstigen Aufwendungen ist vor allem wegen Preissteigerungen auf dem Papiersektor, erhöhten Materialbedarfes sowie vermehrter Ausgaben für fremde Lohnarbeiten notwendig.

Die Betriebseinnahmen wurden um 16,413.000 S höher veranschlagt als im Budgetjahr 1974. Die Mehreinnahmen werden in der Hauptsache bei den finanzgesetzlichen Ansätzen 2/70614 „Verlag“, 2/70604 „Erzeugung“ und 2/70404 „Wiener Zeitung“ erwartet, weil auf Grund der Erhöhung von Personal- und Materialkosten mit einer entsprechenden Steigerung der Preise für Druckerzeugnisse gerechnet wird.

An der Debatte des Finanz- und Budgetausschusses über die Beratungsgruppe II beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Prader, Doktor Schmidt, Thalhammer, Dr. Ermacora, Brauneis, Dkfm. Gorton, Robert Weisz, Dr. Gasperschitz, Ing. Scheibengraf, Vetter, Pay, Burger, Doktor Fleischmann, Steinhuber und Kraft sowie Bundeskanzler Dr. Kreisky, Staatssekretär Elfriede Karl, Staatssekretär Dr. Veselsky und Staatssekretär Lausecker.

Bei der Abstimmung am 21. November 1974 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe II unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen und

dem Kapitel 70: Staatsdruckerei samt dem zu Kapitel 70 dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1975 (1285 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Debatte einzutreten.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Schleinzer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Sleinzer** (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der zur Beratung stehende Budgetentwurf ist der letzte dieser Legislaturperiode. Er charakterisiert die Bilanz von viereinhalb Jahren Tätigkeit der Regierung Kreisky und damit letztlich auch das Erbe, das diese Regierung hinterlassen wird.

Es stellt sich die Frage, was das bedeutet. Am Ende der längsten Hochkonjunkturperiode der österreichischen Wirtschaftsgeschichte steht der Staat mit leeren Taschen da. Das präliminierte Defizit — allein im Grundbudget im Ausmaß von über 16 Milliarden Schilling — liegt bereits hart an der Grenze der Finanzierbarkeit, und es gibt viele Fachleute, die ernstlich befürchten, daß es sogar schon jenseits dieser Grenze liegt.

In keiner Weise gesichert ist aber die Finanzierbarkeit des Konjunkturausgleich-Voranschlages — das sind auch über 6 Milliarden Schilling —, und das ist umso gefährlicher, als die Entwicklung der Wirtschaft den Einsatz dieser Mittel möglicherweise dringend geboten erscheinen lassen, ja vielleicht sogar eine noch größere Summe erfordern könnte, um die Beschäftigungslage in der österreichischen Wirtschaft zu stabilisieren. Es zeichnet sich also die Gefahr ab, daß die Unordnung der Staatsfinanzen zu einer zusätzlichen Bedrohung von österreichischen Arbeitsplätzen führen könnte.

Am 3. Oktober 1968 sagten Sie, Herr Bundeskanzler, damals als Vorsitzender der sozialistischen Oppositionspartei über die Politik der OVP-Regierung, es drohe für 1971 ein Defizit von 16 bis 18 Milliarden Schilling, und Sie fügten damals wörtlich hinzu: „Wenn das kein Debakel ist, was ist dann eigentlich ein Debakel?“

Ich möchte gleich betonen, daß es ein solches Defizit unter einer OVP-Regierung niemals

11874

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

auch nur annähernd gegeben hat. Solche Defizite sind eine sozialistische Errungenschaft in Österreich. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Jetzt, für 1975, präliminieren Sie ein Defizit von mehr als 16 Milliarden im Grundbudget, und mit dem Konjunkturausgleich-Voranschlag müssen wir mit einem tatsächlichen, noch dazu in diesem Umfang kaum finanzierbaren Defizit von rund 22 Milliarden Schilling rechnen.

Herr Bundeskanzler! Sie erlauben, daß ich daher Ihre Worte — und für diese Lage berechtigten Worte — mit voller Überzeugung wiederhole, nämlich: „Wenn das kein Debakel ist, was ist dann eigentlich ein Debakel?“, Herr Bundeskanzler! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben 1970, als Sie Ihr Amt angetreten haben, eine gute, gefestigte wirtschaftliche Situation vorgefunden. Es herrschte Vollbeschäftigung, das Preisniveau war verhältnismäßig stabil, die Wachstumsraten hoch, die Entwicklung des Fremdenverkehrs günstig, und die Deviseneingänge sicherten eine aktive Leistungsbilanz. Das war die Realität des politischen Erbes, das Sie übernommen haben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Schon als Sie die Regierungsgeschäfte übernahmen, befand sich die österreichische Wirtschaft, international gesehen, auf der sogenannten Überholspur. Die Wachstumsrate nahm von Jahr zu Jahr zu und stieg 1970 auf 7,8 Prozent. Das war das Ergebnis der Wirtschaftspolitik, die vor Ihrer Amtsübernahme betrieben wurde. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, darauf weiterzubauen und die Fundamente dieser günstigen Entwicklung zu festigen.

Es ist für die ganze Bevölkerung und für unser Land sehr bedauerlich, daß Sie das nicht getan haben. Sie haben den entgegengesetzten Weg eingeschlagen. Sie haben sehr bald nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte damit begonnen, eine Explosion der Ausgaben herbeizuführen und damit nicht nur den Staatshaushalt, sondern auch die Wirtschaft zu überfordern.

Das geht schon aus einer Gegenüberstellung der Ausgabenwachstumsraten hervor. 1967, 1968 und 1969 hatte der durchschnittliche Zuwachs an Ausgaben 8,85 Prozent betragen, unter Einschluß des Jahres 1970 wären es 8,89 Prozent. Aber für 1970 bis 1974 steigerten Sie die durchschnittliche Ausgabenwachstumsrate auf 13,5 Prozent.

Übernommen haben Sie 1970 ein Budget, dessen Personalaufwand knapp 31 Milliarden Schilling betragen hat. In dem Entwurf, den Sie uns nun vorlegen, sind für den gleichen

Bereich bereits mehr als 65 Milliarden Schilling vorgesehen. Und für 1978 ist ein Ansteigen der Personalkosten auf rund 100 Milliarden Schilling prognostiziert.

Ihnen ist die Personalpolitik davongelaufen! Ich erinnere nur an die Teilung der beiden Ressorts Unterricht und Kunst und Wissenschaft und Forschung. Damals bei der Teilung haben Sie hier im Hohen Haus gesagt: Was bedeutet das schon? Vielleicht an die zehn Schreibtische oder nicht einmal zehn Schreibtische mehr wird das erfordern.

Herr Bundeskanzler! Die Zentralleitung hatte 1970 im Unterrichtsministerium 380 Personen, und beide Ressorts zusammen für 1975 600 Personen! Das ist eine Steigerungsrate allein in der Zentralleitung von 63 Prozent. Das ist doch die Realität der Entwicklung, die Sie mitverursacht haben.

Herr Bundeskanzler! Bei der Behandlung des Berichtes über die Verwaltungsreformkommission, der die bisherigen Ergebnisse und künftigen Vorschläge beinhaltete, der substantiell noch in der Regierung Klaus erarbeitet wurde, der 1971 hier im Parlament zur Beratung stand, haben Sie damals versucht, diesen Bericht wegzuwischen, indem Sie erklärten: Die Bundesregierung wird ihre Vorstellungen zum Gegenstand eines eigenen Berichtes machen. — Herr Bundeskanzler! Auf diesen Bericht warten wir heute noch!

Im Herbst 1968 haben Sie in Ihrer Propaganda gegen die ÖVP-Regierung der Bevölkerung zugerufen: „Schulden sind kein Konzept!“ Die „Schuldenmacherwirtschaft“ war sozusagen das Hauptargument Ihrer Funktionäre. Damals betrug der Schuldenstand des Bundes 47 Milliarden Schilling. Seit Sie hier auf der Regierungsbank sitzen, hat sich dieser Schuldenstand aber nicht etwa verringert, sondern sich im Gegenteil auf 67 Milliarden Schilling erhöht, und er wird, wenn Sie so weitermachen könnten wie bisher, bis 1978 laut einer Beiratsprognose auf nahe an die 100 Milliarden-Schilling-Grenze steigen!

Die Schuldenbilanz dieser Regierung zeichnet sich bereits ab: Finanzschulden und Verwaltungsschulden werden um mehr als 50 Milliarden Schilling höher sein als zu jenem Zeitpunkt, zu dem Sie das Amt und die Regierungsverantwortung übernommen haben. Und darum sage ich: Das Ergebnis dieser Politik ist ein Budget, das keine realen Grundlagen mehr besitzt, ist eine Situation unserer Staatsfinanzen, die von einem Tiefstand der Kassenreserven — und das nach einer sechsjährigen Hochkonjunktur —, von einem Tiefstand der Rückgriffsmöglichkeiten auf den

Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

Kreditapparat und von einer fragwürdigen Finanzierbarkeit des Defizits gekennzeichnet ist. Das Budget, das Sie in einem konsolidierten Zustand übernommen haben, ist heute nicht mehr konsolidiert. Die Staatsfinanzen, die Sie in Ordnung übernommen haben, sind heute nicht mehr in Ordnung. Das ist das wirkliche Ergebnis Ihrer Politik!

Den wirklichen Zustand der Staatsfinanzen können Sie doch nicht länger vor der Öffentlichkeit verbergen. Professor Horst Knapp hat in den „Finanznachrichten“ vom 1. November festgestellt — ich zitiere —: „So wenig in Ordnung waren die Staatsfinanzen seit Menschengedenken nicht.“ Der Autor zeigt sich nicht nur besorgt über den Zustand der Staatsfinanzen, sondern auch darüber, daß — und ich zitiere auch hier wörtlich — „sich ein Finanzminister, der genau weiß, daß die Situation der Staatsfinanzen die denkbar prekärste ist, dazu hergibt, der Parteiräson zuliebe das Gegenteil zu behaupten“.

Das sagt Professor Horst Knapp, und das ist ein hartes Urteil für eine Regierung, die unter der Fahne der Transparenz angetreten ist und heute alle ihre Kraft zum Verschleiern und zum Schönfärben der tatsächlichen Situation einsetzen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Erbe, das die Regierung Kreisky hinterlassen wird, gehört ja nicht nur eine leere Kasse, Herr Finanzminister, sondern als besonderes Merkmal auch die Inflation! Übernommen haben Sie 1970 eine Lage, die im Schnitt der letzten vier Jahre eine Preiserhöhung von durchschnittlich 3,1 Prozent ausgewiesen hat. Heute liegt die Teuerungsrate über 10 Prozent.

Sicher hat auch die ausländische Kosten- und Preisentwicklung dazu beigetragen, aber der Hauptteil der Inflation — und darin stimmen doch wohl alle Fachleute überein — ist hausgemacht. Sie haben durch Ihre explosive Ausgabenpolitik entscheidend zur Anheizung der Inflation beigetragen, und mit jedem Ihrer Budgets haben Sie die Inflation, statt sie zu bremsen noch verstärkt.

Wir sagen dies, Herr Bundeskanzler, nicht erst heute. Wir haben Sie immer wieder und rechtzeitig gewarnt. Wir haben seit dem Frühsommer 1971 immer wieder Stabilisierungsvorschläge gemacht. Die Regierung ist darauf nicht eingegangen, sie hat sich hochmütig darüber hinweggesetzt und damit im Grunde genommen die Chance vertan, eine Stabilisierungspolitik auf breitester Basis zu betreiben.

Auch von diesem Rednerpult aus haben die Vertreter der Österreichischen Volkspartei zahlreiche Vorschläge gemacht, deren Inhalt Sie in den stenographischen Protokollen nachlesen können.

Sie können heute nicht mehr an der Tatsache vorbeigehen, daß die Opfer Ihrer Politik vor allem die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen sind. Ich nenne nur zwei Beispiele: die alten Menschen und die landwirtschaftliche Bevölkerung.

Herr Bundeskanzler! Ende 1969 lag das durchschnittliche Unselbständigeneinkommen bei 5000 S pro Monat, die durchschnittliche Alterspension der Unselbständigen — ohne den öffentlichen Dienst — betrug damals 2061 S, daß heißt also, etwas über 41 Prozent des Activeinkommens.

Herr Bundeskanzler! Wie hoch ist der Anteil heute? Die durchschnittliche Alterspension beträgt heute nicht mehr 41 Prozent, sondern knapp 37 Prozent des durchschnittlichen Activeinkommens. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wird sich weiter verschlechtern!)* Verschärft wird diese Entwicklung noch dadurch, daß die Pensionisten von der Inflation härter getroffen werden als die anderen Bevölkerungsschichten, weil der Pensionistenindex stärker als der allgemeine Verbraucherpreisindex gestiegen ist. Die alten Menschen in unserem Staat werden durch die Inflationspolitik nicht etwa geschont, sondern besonders stark belastet. Das ist die Realität. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Oder ein Wort zu den Bauern, Herr Bundeskanzler. Die ÖVP hat sich stets und mit ganzer Kraft bemüht zu helfen, damit der Einkommensrückstand der bäuerlichen Bevölkerung gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen aufgeholt werden kann. Seit Sie regieren, hat sich der Einkommensrückstand der Bauern gegenüber den anderen Erwerbsgruppen aber weiter vergrößert.

Das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen pro Familienarbeitskraft betrug 1969 2288 S pro Monat, der durchschnittliche Monatsbezug eines Industriebeschäftigten im gleichen Jahr monatlich 4828 S.

Was heißt das? Die bäuerliche Arbeitskraft verdiente gegenüber den Industriebeschäftigten im Jahre 1969 monatlich um 2540 S weniger, im Jahre 1973 aber bereits um 4038 S weniger! Deshalb werden Sie verstehen, wenn ich sage: Die Bauern hätten keinen neuen Staatssekretär benötigt, sondern eine bessere Agrarpolitik, die diese Regierung der

11876

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

Bauernschaft, der österreichischen Landwirtschaft schuldig geblieben ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Wir haben uns immer gegen Ihre Darstellung gewehrt, die Inflation sei zwar unangenehm, aber immer noch besser als Arbeitslosigkeit, es sei also die Inflation sozusagen der Preis dafür, daß die Arbeitsplätze gesichert werden können. Wir haben dem immer entgegengehalten, daß in Wirklichkeit die Inflation, länger gesehen, schließlich zur Gefährdung der Arbeitsplätze führen muß.

Die Volkspartei hat in der Zeit, in welcher sie die Regierungsgeschäfte führte, bewiesen, daß es durchaus möglich ist, Stabilität und gleichzeitig Vollbeschäftigung zu gewährleisten.

Wenn wir immer wieder auf die wirksame Bekämpfung der Inflation drängen, dann deshalb, weil wir immer von der Erkenntnis ausgegangen sind: Wer die Inflation wirksam bekämpft, verteidigt und sichert damit die Arbeitsplätze! Und wer die Inflation gewähren läßt oder gar anheizt, der gefährdet die Arbeitsplätze. Deshalb kann die Parole für uns nie lauten, Herr Bundeskanzler: Die Inflation ist der Preis für die Vollbeschäftigung!, sondern für uns kann die Maxime nur lauten: Vollbeschäftigung durch Stabilität! Das ist die einzige, verlässlichere Politik. *(Beifall der ÖVP.)*

Sie, Herr Bundeskanzler, und auch Ihre Partei versuchen heute, die Situation in Österreich mit dem Hinweis auf das Ausland zu überspielen. Lassen wir uns doch nicht täuschen! Wir sind keine Insel der Seligen. Bei der heutigen Verflechtung der Wirtschaft wirken internationale Entwicklungen zwangsläufig auch nach Österreich herein.

Man kann sich angesichts der internationalen Entwicklung kaum eine Lage vorstellen, in der es dringender wäre, daß die Wirtschaftspolitik auf den festen Grundlagen gesunder Staatsfinanzen betrieben werden kann. Sie haben allerdings in Ihrer Regierungszeit die Staatsfinanzen geschwächt und in Unordnung gebracht, und Sie haben damit das Fundament einer Krisenstrategie unterminiert. Ich kann daher nur wünschen, daß unserem Land jene wirtschaftlichen Bewährungsproben erspart bleiben, deren Meisterung womöglich an Ihrer Finanzpolitik scheitern könnte.

Daß die mißglückte Finanz- und Wirtschaftspolitik dieser Regierung auch gesamtgesellschaftliche Auswirkungen hat, ist doch ziemlich klar. In einer Zeit, in der wir für unsere

Demokratie in stärkerem Ausmaße verantwortungsbewußte Bürger brauchen, ist Ihre Politik nach wie vor geprägt vom Überfluß- und Verteilungsdenken. Sie fördern nämlich mit Ihrer Inflationspolitik den Hang zur Verschwendung, die Wegwerfmentalität, die Überbewertung der Konsumsteigerung, die Gewöhnung an eine populäre Gefälligkeitsdemokratie. Das Interesse des Staatsbürgers für die entscheidenden Fragen dieser Zeit wird nicht wachgerufen oder geschärft.

Unsere Demokratie braucht heute mehr denn je Bürger mit gesundem Demokratieverständnis und eine Regierung mit einem besonderen Verantwortungsbewußtsein. Dieses Verantwortungsbewußtsein zeigt sich an der Fähigkeit der Verantwortlichen, im Interesse des Gemeinwohles zu regieren und Popularitätshascherei zurückzustellen. Dieses Verantwortungsbewußtsein zeigt sich aber nicht zuletzt auch darin, in welchem Ausmaß und in welcher Weise die Regierung von ihrer parlamentarischen Mehrheit Gebrauch macht. Ich möchte nur eines in Erinnerung rufen:

Wie Sie in der Rundfunkfrage vorgegangen sind, oder in der Frage der Fristenlösung, oder bei dem rein machtpolitisch motivierten Bodenbeschaffungsgesetz, oder beim Ortstafelgesetz — was uns beträchtliche außenpolitische Schwierigkeiten gebracht hat —, das alles zeigte uns eine Haltung, die das ernste Bemühen um eine Konsenspolitik vermissen ließ, die einen bemerkenswerten Geist der Rücksichtslosigkeit gegenüber großen und kleineren Bevölkerungsgruppen, Kirchen, Berufsvertretungen, Bundesländern und anderen politischen Gruppen erkennen ließ.

Aus all diesen Gründen stelle ich heute hier fest: Ihre Politik ist charakterisiert durch eine nachhaltige Schwächung der Staatsfinanzen, eine Schwächung der wirtschaftlichen Behauptungsfähigkeit unseres Landes, durch eine von Ihnen vorgelebte Verschwendungs- und Inflationsgesinnung und eine wachsende rücksichtslose Machtpolitik. Ja ich muß sagen: Ich habe den Eindruck, daß manches in Ihrer heutigen Politik einschließlich mancher Ihrer Interviews nur noch als Ausdruck einer Torschlußpanik verstanden werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Obwohl für die Fragen der österreichischen Außenpolitik gemäß der österreichischen Bundesverfassung der Außenminister zuständig ist, sind Sie persönlich sicherlich der letzte, der es ablehnen wird, für einen großen Teil der Außenpolitik dieser Bundesregierung selbst die Verantwortung zu übernehmen.

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

Gerade in diesen Tagen, da die österreichische Antwortnote an Belgrad überreicht wurde, wird uns wieder bewußt, wie durch die ungeschickte Vorgangsweise der österreichischen Bundesregierung beim Ortstafelgesetz die österreichisch-jugoslawischen Beziehungen eine substantielle Verschlechterung erfahren haben. Tatsache ist, daß während der Zeit, in der die Österreichische Volkspartei Regierungsverantwortung getragen hat und die österreichische Außenpolitik mitbestimmte oder selbst bestimmte, die österreichisch-jugoslawischen Beziehungen äußerst freundschaftlich gewesen sind und die gesamte Problematik um die Durchführung des Staatsvertrages ruhiggestellt war. Sie selbst, Herr Bundeskanzler, waren im Jahre 1965 in Belgrad, als dort Bundeskanzler Klaus seinen Besuch absolvierte. Es ist nicht bekannt, daß die jugoslawische Seite das Minderheitenproblem aufrollte oder der österreichischen Seite in dieser Richtung irgendwelche Vorwürfe machte.

Als 1967 Staatspräsident Tito zu einem Staatsbesuch in Österreich weilte, ist ersichtlich geworden, wie harmonisch sich zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung die österreichisch-jugoslawischen Beziehungen entwickelten, sodaß ein solcher Besuch auf allerhöchster Ebene überhaupt stattfinden konnte.

Wenn wir uns heute in den österreichisch-jugoslawischen Beziehungen in einer echten Krise befinden, dann trägt dafür einzig und allein die sozialistische Bundesregierung unter Ihrer Führung die Verantwortung. Am Beginn dieses Prozesses stand Ihre bedauerliche Entscheidung, das Ortstafelgesetz ohne einen Versuch einer einvernehmlichen Parteienlösung in diesem Hause und über die Köpfe der Betroffenen in Kärnten hinweg zu beschließen.

So sieht Ihre Regierungskunst aus, so die Fähigkeit dieser Bundesregierung, oder besser formuliert, die Unfähigkeit der Bundesregierung, gute Nachbarschaftspolitik zu betreiben.

Und jetzt noch ein Zweites: Viele Österreicher, Herr Bundeskanzler, stellen sich die Frage, ob es denn wirklich sein mußte, daß wir Österreicher bei den Vereinten Nationen für die Zulassung der Palästinensischen Befreiungsorganisation gestimmt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich will jetzt und hier nicht im einzelnen das Abstimmungsverhalten der österreichischen Delegation untersuchen. Ich glaube, das wird sicherlich der morgigen außenpolitischen Debatte in diesem Haus vorbehalten bleiben. Sicherlich wird dazu einiges zu sagen sein.

Was ich hingegen hier und heute aufwerfen möchte, ist die Art Ihres persönlichen Eintretens für die Palästinensische Befreiungsorganisation. Man wird den Österreichern vielleicht noch erklären können, daß die Mehrheitsverhältnisse in der Generalversammlung der Vereinten Nationen heute einfach so beschaffen sind, daß ein kleiner Staat wie Österreich nicht einfach verhindern kann, daß man einer Terrororganisation Redefreiheit und offiziellen Status vor der Generalversammlung einräumt.

Eine andere Sache aber ist es, Herr Bundeskanzler — und hier setzt meine Kritik an Ihrer Politik an —, daß Sie sich zu einem warmherzigen Befürworter einer Organisation machen, die nach wie vor Terrorismethoden als legitime Mittel ihres Kampfes betrachtet, die es bisher unterlassen hat, die Existenz Israels als unabhängigen Staat anzuerkennen, und die auch bisher keinen Willen zeigte, mit diesem Staat in Koexistenz zu leben. Ja, Herr Bundeskanzler, Sie gehen in diesem Zusammenhang sogar so weit, diese Organisation vorschußweise für die Zukunft in eine — mit Ihren Worten ausgedrückt — „starke moralische Autorität“ auf- und umzuwerten.

Wir wissen schon, Herr Bundeskanzler, daß die Lösung des Nahostkonfliktes untrennbar mit einer gerechten Lösung der Palästinenserfrage verbunden ist. Ich gebe zu, daß man vielleicht in der Vergangenheit nicht immer mit der gebührenden Aufmerksamkeit die schwierigen politischen und humanitären Probleme, die mit dieser Frage verbunden sind, auch beachtet hat. Aber, Herr Bundeskanzler, von der Anerkennung der gerechten Ansprüche der Palästinenser bis zu Ihrer opportunistischen Haltung gegenüber der PLO ist doch ein gewaltiger Schritt!

Wäre es nicht auch richtig gewesen, Herr Bundeskanzler, gerade weil Sie in diesem Jahr Gelegenheit hatten, vor den Vereinten Nationen aufzutreten, Ihre warnende Stimme über den Weg, den diese Weltorganisation offenbar nun einzuschlagen beginnt, zu erheben? Muß es uns nicht mit Besorgnis erfüllen, daß heute in den Vereinten Nationen offenbar Entscheidungen mit großer Stimmenmehrheit getroffen werden, die sich über die Satzung und über die eigene Geschäftsordnung hinwegsetzen ohne Rücksicht darauf, was Rechtens ist. Manche meinen, daß die Praxis der diesjährigen Generalversammlung der Vereinten Nationen der Anfang vom Ende der Weltorganisation sein könnte. Keiner, der wirklich den Frieden will, und keiner, der seine Hoffnungen auf die UNO bei ihrer

11878

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Gründung setzte, will eine solche Entwicklung. Aber wenn dem so ist, dann müßte es einige beherzte Staatsmänner geben, die in diesem Augenblick ihre warnende Stimme erheben. Es gibt leider keinen Satz in Ihrer Rede vor den Vereinten Nationen, Herr Bundeskanzler, aus dem man entnehmen könnte, daß Sie ein solches offenes und mahnendes Wort gesprochen haben. Das wäre eine staatsmännische Tat gewesen. Diese Chance haben Sie nicht genutzt!

Und nun noch das eine: Das Budget, das wir derzeit verhandeln, ist nur ein — wenn auch sehr wichtiger — Teil einer Gesamtpolitik, der wir uns einfach im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung widersetzen müssen. Wenn wir Sie kritisieren, so tun wir dies, weil wir wissen, daß am Ende dieser Gesetzgebungsperiode die Probleme unseres Landes viel größer und nicht kleiner sein werden als an ihrem Beginn.

Die Fehler dieser Regierung und das Erbe, das sie hinterläßt, sind eine Belastung für unser Land. Die Bewältigung dieses Erbes wird uns allen schwer zu schaffen machen. Es wäre zynisch, würden wir heute sagen: Sie von der Sozialistischen Partei, Sie sollten die Suppe, die Sie Österreich eingebrockt haben, selbst auslöffeln. Die österreichische Bevölkerung denkt nicht so, sonst würde sie bei den Zwischenwahlen der letzten Jahre nicht so gewählt haben, wie sie es getan hat. Und auch wir denken nicht so, denn zu unseren Vorbildern gehören nicht zuletzt jene Männer unserer Partei, die auch seinerzeit nicht gefragt haben, ob es populär sein wird, dieses Land zu regieren, sondern die politische Verantwortung auf sich genommen haben in einer Zeit, in der weder das Brot des nächsten Tages noch die Freiheit des Staates im nächsten Jahr gesichert war. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch bei der Frage nach dem, was heute not tut, wollen wir uns nicht einfach auf die von Ihnen in der Oppositionszeit gebrauchte Formel zurückziehen, daß wir uns nicht den Kopf der Regierung zu zerbrechen haben. Sicher nicht unbedingt den Kopf dieser jetzt im Amt befindlichen Regierung, wohl aber zweckmäßigerweise den Kopf über das Regieren nach 1975.

Wir haben uns diese Frage für viele Bereiche der Politik vorgelegt. Wir glauben, auch, daß die Budgetpolitik einer Neuorientierung bedarf. Dazu müßte nach unserer Meinung die Erstellung der Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen mit dem Ziel verbessert werden, allmählich eine mehrjährige Budgetplanung vorzubereiten.

Weiters müßte ein langfristiges Bedarfsprogramm für die ganze Investitionstätigkeit des Bundes mit zeitlichen und sachlichen Prioritäten erstellt werden. Eine optimale Abstimmung mit den Finanzierungsmöglichkeiten setzt ein solches, nach Sachbereichen gegliedertes, längerfristiges Bedarfsprogramm voraus. Die überaus komplizierte Steuergesetzgebung müßte vereinfacht und dazu ein über zwei Legislaturperioden laufender Etappenplan ausgearbeitet werden.

Größte Wichtigkeit kommt der raschesten Ausarbeitung umfassender Einsparungspläne im öffentlichen Dienst ohne soziale Härten zu, das möchte ich ausdrücklich betonen. Alle übrigen gesetzlichen Verpflichtungen müßten rigoros überprüft werden, ob ihr derzeitiger Zweck noch den Zielsetzungen zur Zeit der Einführung entspricht. Auch müßten neue Bundesgesetze, die jährlich wiederkehrende Ausgaben mit sich bringen, mit einem Fachgutachten einer Budgetkommission verbunden werden.

Raschest überprüft müßten jene gesetzlichen Ausgabenverpflichtungen werden, die eindeutige Verschwendungseffekte mit sich bringen. Hier denke ich zum Beispiel an die Methoden der Schulbuchaktion.

Die gesamte außerbudgetäre Investitionsfinanzierung über Sondergesellschaften, Leasing und roulierende Verwaltungsschulden müßte offengelegt werden. Die außerbudgetäre Investitionsfinanzierung hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Budgeterstellung lassen sich aber nur dann beurteilen, wenn die gesamte Investitionsfinanzierung direkter und indirekter Art des Bundes und im weiteren Sinn der gesamten öffentlichen Hand erfaßt werden kann.

Aber Sie haben bisher auf unsere Vorstellungen und Vorschläge nicht gehört, und wir sind gewiß, Sie werden es auch in den letzten Monaten dieser Legislaturperiode nicht tun. Sie haben das bei der Schulbuchaktion und beim ORF nicht getan und werden das sicher auch bei anderen Fragen nicht tun. Sie werden aber im nächsten Jahr am Tag der Nationalratswahl, ungeachtet Ihrer Sandkastenspiele mit den Terminen, auf die Stimmen aller Österreicher zu hören haben.

Wer heute in die Bevölkerung hineinhört, meine Damen und Herren, der wird feststellen, daß sie sich in Sorge um die Zukunft anderes erwartet, als ihr von der gegenwärtigen Regierung geboten wird.

Was sich viele heute erwarten, das ist eine neue Gesinnung der Orientierung auf die

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

gemeinsamen Interessen im Staat, für das Maß des Möglichen und eine Rangordnung, bei der Beschränkung am rechten Platz als Sparsamkeit geachtet und Großzügigkeit am falschen Platz als Verschwendung abgelehnt wird. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Entscheidend ist, ob die Regierung bereit ist, mit gutem Beispiel voranzugehen, ob sie gewillt ist, alle, auch sich selbst, mit der gleichen Elle zu messen. Eine Regierung hat nicht nur Maßstäbe für andere zu setzen, sie muß Vorbild sein. Das erwartet die Bevölkerung! Und diese Erwartungen haben Sie nicht erfüllt.

Wir wollen der Bevölkerung keine Wohlstandsluftschlösser vorgaukeln, denn heute geht es ja letztlich darum, sicherzustellen, daß nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird, was von den Österreichern in all den Jahren mit großem Fleiß erarbeitet wurde. Aber wenn wir sagen, daß wir eine stabile Währung, gesicherte Arbeitsplätze, eine sozial gerechte Ordnung und höhere Lebensqualität verwirklichen wollen, dann meinen wir es auch.

Ich habe eingangs darauf hingewiesen, daß es sich um den letzten Budgetentwurf vor den Nationalratswahlen handelt. Ich möchte abschließend hinzufügen: Wir werden unsere ganze Kraft einsetzen, damit es der letzte Budgetentwurf einer sozialistischen Alleinregierung in Österreich sein wird. (*Langanhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Heinz Fischer.

Abgeordneter Dr. Heinz Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist Tradition, daß bei Budgetdebatten nicht nur über Ansätze des Finanzgesetzes gesprochen wird, sondern auch über politische Fragen. Es wird Bilanz gezogen oder kritisiert, es werden Wünsche formuliert oder Projekte erläutert.

Dabei soll es auch bleiben, und zwar gerade auch bei dieser Budgetdebatte, aber mit der Modifikation, daß wir heuer — um einen Vergleich aus der Welt des Fußballs zu bringen — kein Trainingsspiel auf ein Tor veranstalten werden, bei dem die Opposition nur kritisiert und angreift und sich die Regierungspartei verteidigt, sondern daß wir eine politische Auseinandersetzung führen werden, bei der man auch die Opposition und das Verhalten der Opposition und die Argumente der Opposition unter die Lupe nimmt. Nur angreifen und nur kritisieren — und das womöglich zu immer gleichen Themen mit immer gleichen Phrasen und immer gleichen Formulierungen — ist wohl zu wenig.

Gerade diesen Stil haben Sie bei der ersten Lesung vor wenigen Wochen zu praktizieren begonnen. Ich würde mich sehr täuschen — und das erste Beispiel haben wir heute schon gehabt —, wenn das nicht auch der Stil der zukünftigen Budgetdebatte von Ihrer Seite wäre.

Hohes Haus! Bei der ersten Lesung hat ein ganz auf Nostalgie eingestellter Doktor Withalm — übrigens in eklatantem Gegensatz zu den klaren Wählerentscheidungen der Jahre 1970 und 1971 — uns von der sogenannten guten alten Zeit der ÖVP-Regierung vorschwärmen wollen, als es noch einen „echten Österreicher“ an der Spitze der Regierung, einen „Eisernen Hermann“ an seiner Seite, ein Pradersches Bundesheer und Korensche Paukenschläge als Hauptattraktionen der Politik gab. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Bauer: Den „Bauring“-Skandal gab es nicht!!*)

Nur eines, meine Damen und Herren, haben Sie vergessen: Daß am Ende Ihrer Regierungszeit die Mindestrenten in Österreich 1333 S betragen haben, während Ihnen heute 2354 S zu wenig sind (*Zustimmung bei der SPÖ — Zwischenrufe bei der ÖVP*), und daß die Durchschnittspensionen damals 2093 S betragen haben, während Ihnen heute 3489 S zu wenig sind! (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Marga Hubinek: Aber die Kaufkraft...!*) Wenn Sie von der Kaufkraft reden, so möchte ich Ihnen nicht so viel volkswirtschaftliche Unkenntnis unterstellen, daß Sie nicht wissen, daß diese Steigerungen die Preissteigerungen mehr als wettmachen in der realen Kaufkraft. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. — Dr. Marga Hubinek: Das glaubt Ihnen kein Mensch!*)

Der Herr Dr. Withalm und die Redner der ÖVP haben auch zu sagen vergessen, daß es am Ende Ihrer Regierungszeit einen § 144 StG gegeben hat, von dem zwar heute niemand mehr etwas wissen will, der Ihnen aber damals, meine Damen und Herren, herzlich wenig Kopfzerbrechen bereitet hatte. Sie haben auch zu sagen vergessen, daß bei den landwirtschaftlichen Zuschußrenten die Altersrenten im Durchschnitt des Jahres 1970 bei etwa 470 S lagen, während sie heute fast 1000 S im Durchschnitt erreichen. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wenn der Kollege Haider in diesem Zusammenhang von einem „schwarzen Fleck“ auf unserer Sozialweste gesprochen hat, so kann ich Ihnen nur

11880

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Heinz Fischer

sagen: Ihre Sozialweste war so schwarz, daß schwarze Flecken auf ihr gar nicht bemerkbar waren! (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Am Ende Ihrer Regierungszeit im Jahre 1970 haben Sie für die Gesundheitspolitik ganze 328 Millionen Schilling ausgegeben. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Herr Dr. Blenk! Sie haben 328 Millionen Schilling zur Verfügung gehabt. Heute sind Ihnen 1382 Millionen Schilling zu wenig! — Das ist Ihre Doppelzüngigkeit in diesem Bereich.

Im Jahre 1970 haben Sie für Zwecke des Familienlastenausgleichs rund 7 Milliarden Schilling zur Verfügung gehabt, und die nicht zur Gänze. Heute sind Ihnen 16,4 Milliarden Schilling zu wenig!

Sie, meine Damen und Herren, haben in der „guten alten Zeit der ÖVP-Regierung“ — unter Anführungszeichen, damit wir uns nicht mißverstehen — das Arrangement mit der EWG nicht zustande gebracht (*Rufe bei der ÖVP: Sie waren dagegen!*), es hat keine Arbeitsverfassung gegeben, es hat keine neue Gewerbeordnung gegeben, es hat kein Bodenbeschaffungsgesetz gegeben, es hat keine Postenausschreibung gegeben, es hat keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle gegeben (*Abg. Dr. Kohlmaier: Aber billigere Wohnungen!*), und zwar, weil Sie das entweder gar nicht angestrebt haben (*Abg. Doktor Blenk: Sie reden gegen Ihre bessere Überzeugung!*) oder weil es wohl in Ihrer Regierungserklärung enthalten war, aber Sie Ihre diesbezüglichen Versprechungen gebrochen haben.

So viel zur Nostalgiewelle der ÖVP, die bei einer konservativen Partei, die um ihre verlorenen Regierungspositionen trauert, zwar verständlich ist, aber jedenfalls mit der Realität konfrontiert werden muß, und die spricht nicht für Sie, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Dann haben Sie, Herr Dr. Withalm, sich der Gegenwart zugewandt und von den vier Todsünden der Regierung Kreisky gesprochen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ein schwacher Fischer heute!*) Ich kann nicht behaupten, daß ich besonders bibelfest bin. Aber wenn ausgerechnet ein Dr. Withalm von den vier Todsünden der Regierung Kreisky spricht (*Abg. Dr. Withalm: Es sind mehr!*), dann fällt selbst mir, Herr Dr. Withalm, jene Bibelstelle ein, wo es heißt: „Was siehst Du aber den Splitter in Deines Bruders Auge, den Balken jedoch in Deinem eigenen Auge, den siehst Du nicht.“ (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und im Matthäus-Evangelium, meine Damen und Herren, heißt es weiter: „Du Heuchler, ziehe zuerst den Balken aus Deinem eigenen Auge, und dann magst Du zusehen, daß Du den Splitter aus Deines Bruders Auge ziehst.“

Ich glaube: An diesen Spruch werden wir uns bei dieser Budgetdebatte noch des öfteren erinnern.

Ich hätte übrigens auch für die Kollegen von der FPÖ für die Budgetdebatte etwas, was sie nicht nur beherzigen sollten gegenüber der Regierung, sondern vielleicht auch in ihrer innerparteilichen Diskussion: „Richtet nicht, damit Ihr nicht gerichtet werdet.“ — Das für die Herren Abgeordneten Dr. Scrinzi und Zeillinger.

Wir werden, um an diese Feststellung anzuknüpfen, die Unredlichkeit aufzeigen, die darin besteht ... (*Zwischenruf des Abg. Doktor Mussil.*) Herr Dr. Mussil! Wenn Sie sich zu Wort melden vom Wirtschaftsbund, dann fällt mir das Gleichnis vom Kamel und dem Nadelöhr ein. — Sie wissen schon, was ich meine. (*Heiterkeit.*)

Hohes Haus! Wir werden die Unredlichkeit aufzeigen, die darin besteht, daß Ihnen die Lösung von Problemen, wie wir sie erarbeitet haben und wie wir sie zustandegebracht haben, in fast allen Fällen nicht gut genug, nicht rasch genug, nicht weitgehend genug et cetera ist, während Sie auf diesen Gebieten überhaupt nichts gemacht haben, ja vielfach die Probleme gar nicht erkannt haben, die es hier zu lösen gilt. (*Abg. Dr. Blenk: Schwarzweiß-Kabarett ist das!*)

Wo war denn die Gesundheitspolitik der ÖVP, als Sie die Gelegenheit hatten, das zu verwirklichen, was Herrn Dr. Wiesinger jetzt der Reihe nach einfällt? Heute ist es für Sie nicht sehr kostspielig, es kostet Ihnen nur eine Aussendung im ÖVP-Pressedienst, solche Forderungen zu stellen, aber früher ist Ihnen das alles nicht eingefallen.

Wo waren denn Ihre Maßnahmen für den Umweltschutz? Wo war denn die Familienpolitik der ÖVP? Wo war denn, Herr Doktor Gruber, Ihre famose Regelung für das kostenlose Schulbuch, die Sie heute anbieten? Wo waren denn die Maßnahmen für die Bergbauern? Wo war denn die Umwandlung der bäuerlichen Zuschußrenten in volle Pensionen et cetera? (*Abg. Skritek: Nichts haben sie gehabt!*)

Was im besonderen die von Dr. Withalm konstatierte erste Todsünde der SPÖ betrifft, nämlich das Bundesheer, die Reduzierung des Grundwehrdienstes von neun auf sechs

Dr. Heinz Fischer

Monate, da erinnere ich mich, daß im Wahlkampf 1970 im Februar die ÖVP auf einmal selbst die Möglichkeit einer solchen Herabsetzung des Grundwehrdienstes von neun auf sechs Monate entdeckt hat. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm.)*

Am 3. Oktober 1970, meine Damen und Herren, am Tag vor der Nachwahl in Wien, da lese ich im „Volksblatt“ unter der Überschrift „Morgen ist die letzte Chance“ — Sie haben Sie nicht nützen können, diese letzte Chance —: „ÖVP für sechs Monate“. So hat das damals gelaute.

Das heißt, vor den Wahlen, meine Damen und Herren, haben Sie — um in Ihrer Terminologie zu bleiben — fest mitgesündigt und erst nach den Wahlen, auf den Bänken der Opposition, sind Sie tugendhaft geworden. Ob Sie das auch bleiben, meine Damen und Herren, ob Sie vor den nächsten Wahlen standhaft die Rückkehr zu neun Monaten Dienstzeit öffentlich ankündigen werden oder ob Sie dann vielleicht neuerlich mit der Tod-sünde der sechs Monate Grundwehrdienst leben werden, das wird erst die Zukunft zeigen, meine Damen und Herren.

Zu den Vorwürfen, die von ÖVP-Seite gegen diese Bundesregierung erhoben werden mit einer Monotonie, die jeder tibetanischen Gebetsmühle alle Ehre machen würde, gehört auch die Behauptung von der Nichterfüllung des Regierungsprogramms. Darf ich Sie, bevor ich dann näher darauf eingehe, ein bißchen an Ihre eigene Regierungserklärung erinnern, diese ein wenig der Vergeßlichkeit, für die ich Verständnis habe, entreißen. Was haben Sie denn alles versprochen und nicht gehalten?

Bundesländerforderungsprogramm, lese ich: nicht gehalten.

Neue Rechtsreform für die Entwicklungshilfe versprochen: nicht gehalten.

Kompetenzgesetz versprochen: nicht gehalten. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Strafrechtsreform versprochen: nicht gehalten.

Moderne Erwachsenenbildung versprochen: nicht gehalten.

Grundlegende Änderung des derzeitigen Umsatzsteuersystems, die Mehrwertsteuer, versprochen: nicht gehalten.

Neues Haushaltsrecht versprochen: nicht gehalten.

Längerfristige Maßnahmen auf dem Sektor der Agrarpolitik einschließlich Verbesserung der Marktordnungsgesetze versprochen: nicht

gehalten. *(Abg. Dr. Blenk: Das schlechte Gewissen läßt Sie so weit zurückgreifen!)*

Rechtsbereinigung auf dem Sektor des Forstwesens, Beseitigung der Härten auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Zuschußrenten. Jetzt frage ich Sie, haben Sie diese Härten beseitigt oder haben Sie diese nicht beseitigt, meine Damen und Herren von der ÖVP?

Verbesserung der Lebensmittelkontrolle, Kodifizierung des Arbeitsrechtes: alles offen geblieben, alles Wahlversprechungen, die Sie nicht gehalten haben.

Herr Dr. Schleinzer! Sie haben vorhin gefragt: Was ist eigentlich ein Debakel? Das war ein Debakel, was Sie zwischen 1966 und 1970 geboten haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dazu kommt noch etwas anderes, meine Damen und Herren. *(Abg. Dr. Blenk: Es muß Ihnen peinlich sein, über Ihre eigene Zeit zu reden!)* Schade, daß Klubobmann Prof. Koren nicht da ist, sonst würde ich ihn bitten, doch den Dr. Blenk auf die Rednerliste zu setzen. Er kommt scheinbar heute nicht dran und muß jetzt sein „Wissen“ in Zwischenrufen deponieren.

Meine Damen und Herren! Dazu kommt noch etwas anderes. Das Regierungsprogramm dieser Regierung, der sozialistischen Regierung, war nicht nur eine Zusammenstellung von Wünschen und Forderungen aus den diversen Schreibtischladen der einzelnen Ressorts, sondern das war ein Programm für umfangreiche Komplexe unserer Gesellschaftsordnung, für eine Modernisierung dieses Landes nicht nur in technischer und ökonomischer Hinsicht, sondern auch in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft. Das heißt, daß es nicht nur galt, aktuelle Probleme zu lösen, sondern vielfach erst neues Problembewußtsein zu schaffen.

Was hat denn der Gedanke der Mitbestimmung in Ihrer Regierungszeit für eine Rolle gespielt? Überhaupt keine. Welche Aufmerksamkeit haben Sie dem Komplex des Spitalwesens gewidmet, dem „Skandal der Armen und Alten“, wie ich bei Ihnen nachgelesen habe? Was ist Ihre Vorstellung gewesen auf dem Gebiet des Umweltschutzes? Was ist Ihnen zum Kampf gegen das Sterben vor der Zeit eingefallen? *(Abg. Dr. Prader: Schon etwas Besseres!)* Lauter Leermeldungen, meine Damen und Herren, lauter Leermeldungen.

Ich gebe gerne zu, daß man diese großen Komplexe nicht auf einen Streich, nicht mit einem Gesetz, ja vielleicht nicht einmal in einer Gesetzgebungsperiode lösen kann.

11882

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Heinz Fischer

Der Kampf gegen die Armut, meine Damen und Herren, ist in diesem Land noch nicht gewonnen. Denn das ist eine Aufgabe, die aktuell bleiben wird, solange unsere Gesellschaft so geschichtet ist, wie sie geschichtet ist, solange es ein Oben und ein Unten in dieser Gesellschaft gibt. Denn Armut ist ja nicht nur ein absoluter, sondern auch ein relativer Begriff. Aber wenn es irgendjemanden gibt, der nicht das Recht hat, uns auf diesem Gebiet Vorwürfe zu machen, dann ist es eine Partei, die die Probleme nicht einmal erkannt, geschweige denn gelöst hat. *(Beifall bei der SPÖ.)* Dann ist es eine Partei, meine Damen und Herren, die sich vier Jahre lang mit Zähnen und Klauen gewehrt hat, die Witwenpensionen wenigstens von 50 auf 60 Prozent zu erhöhen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. B l e n k: Die Frau Metzker hat sich gewehrt! Sie waren nicht dabei, als sich die SPÖ gewehrt hat!)* Dann ist es eine Partei, die jeden Eingriff in die soziale Schichtung unserer Gesellschaft als Nivellierung und Gleichmacherei verteuelt. Dann ist es eine Partei, für die 470 S Alterszuschüsse ausreichend waren, während das heute bei einem rund doppelt so großen Betrag nicht der Fall ist, wobei ich mich ja noch daran erinnere — die anderen Kollegen werden sich noch viel besser daran erinnern —, daß Sie sich ja seinerzeit überhaupt gegen die Einführung einer Bauernpension gesträubt haben, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. K o h l m a i e r: Wir haben sie eingeführt!)*

Meine Damen und Herren! Das alles gilt in ganz besonders hohem Maße auch für einen Komplex, von dem Herr Dr. Schleinzner heute gleichfalls gesprochen hat, nämlich für die Probleme und den Bereich der Demokratisierung. Ich betrachte es als Unredlichkeit im eingangs zitierten Sinn, wenn uns die ÖVP vorwirft, daß die Regierungserklärung hinsichtlich des Komplexes Demokratisierung unserer Gesellschaft nicht oder nicht genügend erfüllt wurde, wenn die gleiche Partei sich gleichzeitig allen wirklich weitgehenden oder weitergehenden Demokratisierungsbestrebungen entgegenstellt; sei es im Bereich der Hochschulen, im Bereich der betrieblichen Mitbestimmung und so weiter, sei es im Bereich der Schule und in anderen Bereichen unserer Gesellschaft.

Aber umgekehrt sind Sie sehr rasch bei der Hand mit dem Vorwurf undemokratischen Verhaltens an die Adresse der SPÖ. Sie führen heute zum Beispiel das sogenannte Einsetzen der Mehrheit oder das Setzen von Fristen als Beweis an. Mit dem Problem An-

wendung der Mehrheit will ich mich heute nicht beschäftigen, das haben wir schon öfters getan, die Zitate sind ja in bester Erinnerung.

Aber vielleicht ein Wort zum Setzen von Fristen, meine Damen und Herren. Wissen Sie, wann und von wem in diesem Haus zum ersten Mal in der Zweiten Republik eine Frist gesetzt wurde? Es war die ÖVP, die bei der Behandlung des ÖIG-Gesetzes, eines Initiativantrages, dieser Bestimmung der Geschäftsordnung zur Premiere verholten hat. *(Abg. Dr. W i t h a l m: Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz!)* Und kennen Sie die näheren Begleitumstände? Ja, ich weiß es genau, der Antrag Withalm und Genossen ist am 25. Juni 1969 im Nationalrat eingebracht worden, und Sie haben gesagt, dieser Antrag wird nicht mehr v e r handelt, der wird nur mehr b e handelt. *(Abg. Dr. W i t h a l m: Das haben wir in der Präsidialkonferenz so vereinbart!)* Daß er nicht mehr verhandelt, sondern behandelt wird, das haben wir nicht vereinbart, Herr Generalsekretär.

Schon am nächsten Tag ist es zur ersten Fristsetzung in diesem Parlament gekommen.

Aber wenn wir beim Rundfunkgesetz nach monatelangen Verhandlungen oder bei der Volksanwaltschaft nach buchstäblich jahrelangen Verhandlungen das tun, was die ÖVP am Tag nach der Einbringung eines Initiativantrages getan hat, nämlich eine Frist zu setzen, und wenn wir das mit der selbstverständlichen Einladung zu noch weiteren Beratungen verbinden, dann kennt die moralische Entrüstung der ÖVP keine Grenzen. Denn was für die ÖVP recht war — das scheint Ihre Philosophie zu sein —, das ist für die SPÖ noch lange nicht billig. Ich bitte Sie nur, mir die Suche nach der Charakterisierung einer solchen Vorgangsweise zu erlassen.

Genauso doppelbödig ist die Entrüstung mancher ÖVP-Abgeordneter über die Ablehnung von Anträgen oder die angeblich mangelhafte Fairneß und Toleranz der SPÖ in dieser Gesetzgebungsperiode.

Ich erinnere Sie an eine Rede des Abgeordneten Häuser, der Dinge gesagt hat, die wir von Ihnen jeden Tag zu hören bekommen. Er hat gesagt: „Und noch eines, das richte ich insbesondere an Herrn Abgeordneten Withalm: Reden Sie nicht für die Galerie . . ., für die Presse und für den Rundfunk von Demokratie, von Gemeinsamem, von einem edlen Wettstreit . . ., wenn Sie jede Anregung, wenn Sie jeden Vorschlag von uns . . . einfach unterdrücken!“

Dr. Heinz Fischer

Meine Damen und Herren! Der gesamte Wortlaut des stenographischen Protokolls, aus dem Sie auch Ihre eigenen Reaktionen und Zwischenrufe heraushören können, lautet:

„Und noch eines, das richte ich insbesondere an den Herrn Abgeordneten Dr. Withalm: Reden Sie nicht für die Galerie (lebhafter Widerspruch bei der ÖVP — ... — Abg. Glaser: Unerhört!), für die Presse und für den Rundfunk von Demokratie, von Gemeinsamem, von einem edlen Wettstreit (andauernde Zwischenrufe bei der ÖVP — Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Unverschämtheit!), wenn Sie jede Anregung, wenn Sie jeden Vorschlag von uns in diesem Hause mit Ihrer Mehrheit ganz einfach unterdrücken! (Anhaltende stürmische Zwischenrufe bei der ÖVP. — Die Abgeordneten der ÖVP trommeln mit den Fäusten auf die Pulte. — Abg. Glaser ruft ständig: Aufhören! Aufhören! “ „(Abg. Prinke: Das Volk wird euch schon antworten!)

Jawohl, das Volk hat geantwortet, aber nicht uns, sondern Ihnen, meine Damen und Herren, für diese Doppelbödigkeit, Dinge, die Sie uns jeden Tag vor Augen halten, die Sie uns jeden Tag vorwerfen, wenn ein Minister dann dazu Stellung nimmt, das gleich als ungeheure Polemik, als mangelnde Toleranz zu bezeichnen, während Sie damals — ich habe es Ihnen vorgelesen — so auf eine Rede eines sozialistischen Oppositionsabgeordneten reagiert haben. Ihre Politik des Messens mit zweierlei Maß besteht darin, hart zu sein im Austeilen und wehleidig zu sein beim Einstecken, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Doppelbödigkeit ist auch für Ihre Haltung in wirtschaftlichen Fragen charakteristisch.

Seit 1970 schwelgen Sie in düsteren Prognosen, sprechen von einem wirtschaftlichen Versagen, betreiben eine Politik des permanenten Krankjammerns. Aber wenn Sie dann mit Zahlen konfrontiert werden, mit Zahlen über die Steigerung des Realeinkommens der Bevölkerung, mit Zahlen über Nettozuwachsraten in der Wirtschaft, mit Zahlen über Zuwächse bei den Spareinlagen, über Mehraufwendungen für Familien für Gesundheit oder für Wissenschaft und Forschung, dann machen Sie einen Salto in der Argumentation und sagen: Na Kunststück, bei fünf Jahren ungebrochener Hochkonjunktur.

Meine Damen und Herren! Entweder oder. Sie müssen sich entscheiden: entweder Sie bleiben beim wirtschaftlichen Jammertal, zwar bar jeder Realität, aber den Wünschen Ihrer Propagandisten entsprechend, oder Sie ver-

zichten auf das Jammertal und sprechen die wirtschaftliche Entwicklung der letzten fünf Jahre der Hochkonjunktur zu. Aber beides geht nicht.

In welche unheilbaren Widersprüche man sich auf diese Art verstrickt, das wurde uns ja kürzlich eindrucksvoll bei einer Fernsehdiskussion zwischen Bundeskanzler Doktor Kreisky und dem Herrn Bundesparteiobermann Dr. Schleizer demonstriert, die Herr Dr. Schleizer mit der Feststellung begonnen hat, daß er den Vorwurf des Konkurses voll aufrechterhalten müsse, und die er mit der Feststellung beendet hat, daß wir in Verhältnissen leben, um die uns sehr viele in der Welt beneiden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Uns stören diese Widersprüche in der Haltung der Opposition nicht weiter, meine Damen und Herren. Nur eine Bitte: nicht so oft von Glaubwürdigkeit reden, denn sonst könnte nur mehr Sigmund Freud bei der Interpretation dieses Phänomens helfen. Dabei ist heute tatsächlich — darüber kann kein Zweifel bestehen — in Europa eine Situation gegeben, die man aus den verschiedensten Gründen als ernst und schwierig bezeichnen muß, und wo es wirklich aller Anstrengungen bedarf, um den heraufkommenden Schwierigkeiten zu begegnen und die Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern. Nur eines, meine Damen und Herren von der Opposition: Wenn Sie sagen, Sie haben es ja immer schon gewußt, und Sie haben es immer schon prophezeit, dann begeben Sie sich in die Situation jenes Mannes, der an jedem Tag der Woche sagt: Heute ist Freitag!, und der nach sechs Fehlanzeigen am siebenten Tag wahnsinnig stolz ist, wenn einmal in der Woche wirklich Freitag ist. *(Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Dieser Vergleich, meine Damen und Herren, ist auch insofern sehr brauchbar, als er nicht nur den Wert Ihrer Prognosen beleuchtet, sondern auch die Gemütslage widerspiegelt, in der Sie jetzt feststellen, daß — im konkreten Fall müßte ich sagen: leider — einmal in der Woche wirklich Freitag ist. Denn man kann sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, daß die Hoffnung auf eine Korrelation — das ist ein Fremdwort —, die Hoffnung auf eine Korrelation zwischen den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Regierung und den politischen Schwierigkeiten für die SPÖ für die Stimmung mancher Volkspartei-Politiker gar nicht unerheblich ist; man nennt das Spekulation à la baisse. Nur werden Sie sich auch hier täuschen. Denn die Menschen in diesem Land wissen ganz genau, Herr Kollege Mitterer, daß die Sicherheit der Arbeitsplätze bei

11884

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Heinz Fischer

einer SPÖ-Regierung in wesentlich besseren Händen ist als bei einer allfälligen ÖVP-Regierung. *(Beifall bei der SPÖ. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Witalin: Was spricht dafür, Herr Kollege?)*

Hohes Haus! Ich möchte die Analyse ... *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich kann nichts dafür, daß Sie so nervös werden, wenn man Mitterer zitiert, aber es ist halt sehr bemerkenswert gewesen, was damals gesagt wurde. Und auch das, was dann über die zu hohen Masseneinkommen gesagt wurde, habe ich für sehr bemerkenswert erachtet.

Aber ich möchte die Analyse der Haltung der Opposition — jetzt reden wir einmal über die Opposition — noch auf andere Bereiche ausdehnen: Zum Beispiel auf Fragen der gesellschaftlichen Situation im allgemeinen und der politischen Situation. Die ÖVP hat sich — manche werden es vielleicht inzwischen vergessen haben — vor zwei Jahren ein neues Programm gegeben und dabei dem Zug der Zeit folgend das betrieben, was man Face lifting nennt, das heißt den Versuch gemacht, das konservative Image abzubauen und sich als Partei der Mitte — manche waren sogar kühn genug zu sagen, der fortschrittlichen Mitte — zu präsentieren. Aber ein vorsichtiger Delegierter auf dem Parteitag hat schon damals gesagt: „Schon morgen werden wir gefragt werden, was sich auf Grund unseres neuen ÖVP-Programms ändern wird.“ Seither sind zwei Jahre vergangen. Und was hat sich geändert, meine Damen und Herren? Soweit ich es beurteilen kann, hat sich nichts geändert ... *(Abg. Dr. Kohlmaier: Die Wahlergebnisse in der letzten Zeit, Herr Dr. Fischer!)* Herr Kollege! Aber die Nationalratswahlergebnisse, auf die Sie im Jahre 1969 so gehofft haben, auf die hoffen Sie auch im Jahre 1974 vergeblich. Lassen Sie sich das versichern, Herr Dr. Kohlmaier! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geändert hat sich, daß eine gewachsene konservative Partei sich auch in diesem Bereich einen Januskopf zugelegt hat, wobei die eine Hälfte dieses Januskopfes den Liberalen der fortschrittlichen Mitte Avancen macht, während die andere Hälfte versucht, weiterhin alle konservativen Grundströmungen und Vorurteile, die es in unserer Gesellschaft gibt, gegen die Regierung zu mobilisieren und auszunützen.

Die eine Hälfte des ÖVP-Januskopfes beklagt die großen Einkommensunterschiede; ich denke an einen sehr interessanten Artikel von — ich will nicht sagen meinem Freund, *(Abg. Dr. Kohlmaier: Freundschaft ist*

keine Schande!), weil ich ihm nicht schaden will — Dr. Peter Diem über die Idee der Gleichheit. Und die andere Hälfte dieses Januskopfes wettet gegen das, was Sie Nivellierung und Gleichmacherei nennen. Die eine Hälfte des ÖVP-Januskopfes findet die Mitbestimmung im UOG nicht weit genug — habe ich gestern in einer steirischen Zeitung gelesen —, die andere prophezeit uns Berliner Verhältnisse und eine Diktatur der debattierenden Minderheit über die studierende Mehrheit: ich glaube richtig zitiert zu haben, Herr Dr. Schleinzer.

Ein Teil der ÖVP sagt: Leben hat Vorrang, bei einem anderen haben wir das Gefühl, daß man sich eher denkt, Profite haben Vorrang — siehe Lebensmittelgesetz!

Die eine Hälfte des Januskopfes ist für eine faire und liberale Handhabung des Strafvollzuges, die andere lebt geradezu vom Schüren der Vorurteile auf diesem Gebiet.

Und selbst beim Strafrecht scheinen mir die Konturen heute ein wenig unschärfer zu sein, als sie es noch vor einem Jahr waren.

Ich frage mich nämlich: Ist es wirklich nur vornehme Zurückhaltung, die bei den sonst ja nicht gerade schweigsamen Spitzenfunktionären der ÖVP im Zusammenhang mit dem Volksbegehren der „Aktion Leben“ plötzlich ausgebrochen ist, oder ist es vielleicht so, daß man zwar draußen am Land, in den kleinen Gemeinden sehr eifrig mit der „Aktion Leben“ gegen die Sozialisten und die Fristenlösung Stimmung macht, aber es sich halt doch in den größeren Städten mit den Liberalen und Jüngeren in unserer Bevölkerung nicht verderben will?

Hohes Haus! In den nächsten Tagen und Wochen wird es noch viele Gelegenheiten geben, unsere Grundthese von der Janusköpfigkeit dieser ÖVP zu beweisen *(Abg. Dr. Kohlmaier: Besser als Kopflösigkeit!)* und die Haltung der ÖVP an ihren eigenen Postulaten zu messen. Wir werden sehen, ob Ihnen bei der Landesverteidigung die Schlagkraft des Bundesheeres oder nur die Zugkraft eines Wahlschlagers am Herzen liegt, meine Damen und Herren.

Wir werden im Zusammenhang mit der Volksanwaltschaft sehen, ob Ihnen der Rechtsschutz der Bevölkerung wichtig ist oder nur die Rechthaberei gegenüber der Bundesregierung. Und wir werden vor allem sehr genau beobachten, ob Sie die Taktik, die Sie noch jedes Jahr bei der Budgetdebatte eingeschlagen haben — und die Sie auch heuer im Finanzausschuß betrieben haben —,

Dr. Heinz Fischer

weiterverfolgen, nämlich die Gesamtausgaben des Bundesfinanzgesetzes als zu hoch zu kritisieren und gleichzeitig aber in zahlreichen Einzelfällen zusätzliche Forderungen und Wünsche anzumelden. (*Rufe bei der ÖVP: Wo ist das geschehen?*) Das lese ich Ihnen aus jeder Ausgabe der „Parlamentskorrespondenz“ vor. Was ist denn mit den landwirtschaftlichen Zuschußrenten, was ist mit den zu niedrig dotierten Hochschulen, meine Damen und Herren? Ich gebe schon zu, Herr Kollege Ofenböck: Sie haben heuer keine Abänderungsanträge eingebracht. Aber das macht die Sache nicht besser, sondern höchstens widersprüchlicher. Denn früher haben Sie wenigstens das, was Sie verbal gefordert haben, auch in Anträge gekleidet. Das war gewissermaßen konsequente Lizitationspolitik.

Heuer aber betreiben Sie inkonsequente Lizitationspolitik, indem Sie zwar verbal Zusatzforderungen stellen, aber nicht mehr den Mut und die Courage haben, diese Forderungen auch in Anträge zu kleiden. Früher gab es „nur“ den Widerspruch zwischen Ihrer Kritik an der Ausgabensumme einerseits und Ihren Reden und Anträgen andererseits. Heute gibt es den doppelten Widerspruch zwischen dem, was Sie bei den einzelnen Budgetkapiteln verlangen, dem, was Sie beantragen — das ist nämlich ganz etwas anderes —, und dem, was Sie als Saldo haben wollen; das ist nämlich wieder etwas ganz anderes, meine Damen und Herren!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Betreiben Sie weiter Ihre Oppositionspolitik nach dem Motto: Den Balken im eigenen Auge nicht sehen und sich über den Splitter beim anderen alterieren! Werfen Sie uns ruhig weiter die weltweiten Preissteigerungen und die Probleme auf dem Energiesektor vor, wie Sie das jedes Jahr getan haben. Betreiben Sie ruhig Ihre Schwarz-Weiß-Malerei, indem Sie die unleugbaren Fortschritte und Verbesserungen, die in den letzten vier Jahren erzielt wurden und die unser Land verändert haben — was ja niemand leugnen kann, der offene Augen hat —, indem Sie das alles in Bausch und Bogen abstreiten und bagatellisieren. Führen Sie sich ruhig weiter — Kollege Blecha wird ja darüber noch sprechen — mit dem absurden Märchen vom roten „Rundfunkterror“, vom „Rundfunkputsch“, vom „roten Rundfunk“ ad absurdum, das die Herren Schleinzer, Kohlmaier, Peter und wie sie alle heißen in diesem angeblichen Regierungsrundfunk — selbstverständlich, denn das verlangt das Gebot der Objektivität und der Meinungsvielfalt — täglich durch eben diesen Rundfunk verbreiten können.

Ich bin übrigens in diesem Zusammenhang dem Klubobmann Koren dankbar für ein Zitat, das ich im „ÖVP-Pressedienst“ vom 14. November gelesen habe, daß nämlich die Sicherung der Unabhängigkeit der Journalisten im ORF „nie in Frage gestellt“ war. Aber ein „Regierungsrundfunk“, meine Damen und Herren, oder ein „Rundfunkterror“ mit unbestritten unabhängigen Journalisten, die das Programm machen — ja merken Sie denn nicht, was das für eine absurde These ist?

Werfen Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, die Sie vier Jahre lang im Glashaus der ÖVP-Regierung gesessen sind, ruhig Steine auf das angeblich zu geringe Demokratieverständnis der SPÖ.

Und werfen Sie, die Sie im Glashaus der äußerst ungeschickten Vereinbarungen mit den Vereinten Nationen gesessen sind, ruhig auch Steine auf das UNO-City-Projekt, wie das Kollege König immer tut. Übrigens, beim Dr. König fällt mir immer die Gestalt des Herostratos aus der griechischen Geschichte ein, jenes Mannes, der, von krankhaftem Ehrgeiz beseelt, sich nie durch positive Leistungen auszeichnen konnte. (*Beifall bei der SPÖ.*) Weil er aber trotzdem auf jeden Fall berühmt werden sollte, hat er dann im Jahre 356 v. Chr. den Tempel der Artemis, eines der größten antiken Bauwerke, angezündet. Damit ist er dann wirklich berühmt geworden. Der Herr Dr. König — da ich ihm ja nicht unterstellen kann, daß er die UNO-City anzünden will — wird nicht einmal mit seiner Art berühmt werden, er wird höchstens eingehen in die Parlamentsgeschichte als derjenige, der vergeblich den Bau der UNO-City zu kritisieren und zu konterkarieren versucht hat.

Wissen Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, warum uns Ihre Polemik im Grunde nicht stört? Sie stört uns deshalb nicht (*Abg. Dr. Kohlmaier: Warum reden Sie dann so viel darüber?*), weil das Land mit der Arbeitsteilung, die darin besteht, daß die SPÖ regiert und die ÖVP kritisiert, gar nicht schlecht fährt. Meine Damen und Herren von der Opposition: Sie können mit dieser Arbeitsteilung zufrieden sein, wir sind es auch und die Bevölkerung wird es wahrscheinlich auch sein. (*Ruf bei der ÖVP: „Wahrscheinlich“!*) Ich bin nicht so arrogant, wie Sie es im Jahr 1969 waren, wo Sie so dezidiert den ÖVP-Wahlsieg für 1970 verkündet haben und dann halt ordentlich ausgereutscht sind mit Ihren Prognosen.

Es stört uns Ihre Polemik auch deshalb nicht, weil Sie ja nichts daran ändern kann, daß diese Regierung in vier Jahren ungeheuer

11886

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Heinz Fischer

viel geleistet hat. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Sich ungeheuer viel geleistet hat!*) Wir haben uns sicher bei manchen heißen Eisen die Finger verbrannt, meine Damen und Herren. Trotzdem sind wir froh, daß wir diese heißen Eisen angefaßt haben und daß wir uns an Themen gewagt haben, die Sie als tabu unter den Teppich gekehrt haben, daß Probleme ins Licht der öffentlichen Diskussion gehoben wurden, über die man den Mantel des angeblich lückenlosen Wohlfahrtsstaates gebreitet hat. Wo wäre denn heute die „Aktion Leben“ mit ihren sozialpolitischen und sonstigen Vorschlägen ohne den Griff zum heißen Eisen des Strafgesetzes und ohne den Schritt zur Fristenlösung, meine Damen und Herren?

Ich gebe zu, bei einer ÖVP-Regierung gäbe es weder eine Fristenlösung noch eine „Aktion Leben“ noch die zahlreichen familienpolitischen Maßnahmen für Mutter und Kind, sondern eine Strafbestimmung à la Klecatsky als Beruhigungsspiel für das schlechte Gewissen der Gesellschaft, wie wir es jahre- und jahrzehntelang erlebt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Es gäbe Abtreibungen, meine Damen und Herren, wie bisher, die aber deshalb niemand stören würden, weil man die Gewißheit hätte, daß zwischendurch ja doch die Gerechtigkeit siegt, indem ein paar arme Teufel vor Gericht gestellt werden.

Bei einer ÖVP-Regierung gäbe es auch keine provokanten Diskussionen um Probleme des Gesundheitswesens, denn die Ordnung der Dinge bestünde darin, daß man sich von Herrn Piaty und der Ärztekammer bestätigen ließe, daß ohnehin alles in bester Ordnung sei.

Bei der ÖVP-Regierung gäbe es auch keine Probleme mit der Landwirtschaft, Herr Kollege Minkowitsch, denn diese Landwirtschaft würde von den gleichen Funktionären unter Kuratell gehalten werden, die heute Streiks organisieren, wie gehabt! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Bei der ÖVP-Regierung, meine Damen und Herren, gäbe es auch keine Armut. Denn damals war man einfach mit 500 S Zuschußrenten nicht arm. So einfach ist das, meine Damen und Herren von der Volkspartei! Und bei einer ÖVP-Regierung gäbe es auch keine Probleme mit Reformen — denn es gäbe überhaupt keine Reformen!

Das ist es, was wir die Janusköpfigkeit der ÖVP nennen, die Ihnen das Recht nimmt, immer wieder von Glaubwürdigkeit zu reden. Sie haben vier Jahre lang bestenfalls verwaltet, die SPÖ hat vier Jahre lang regiert. Das ist der Unterschied. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich bin

überzeugt, meine Damen und Herren — und das wird die Zukunft weisen —, daß der Bevölkerung eine Regierung Kreisky lieber ist als eine Verwaltung Schleinzner oder gar eine Verwaltung Schleinzner—Peter. (*Lebhafter, langanhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Zeillinger.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Wer während der Ausführungen des Regierungssprechers noch gezweifelt hätte, daß er bereits die Rede zur Wahl hält und nicht zum Budget, der ist von den letzten Worten überzeugt worden.

Kollege Fischer, Sie haben heute in Ihrer Budgetrede, in Ihrer Darlegung des sozialistischen Standpunktes zum Jahreshaushalt 1975 mit der Regierung der Volkspartei von 1966 bis 1970 abgerechnet. Darf ich Ihnen ein Geheimnis verraten: die Regierung gibt es gar nicht mehr. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Bereits seit einigen Jahren ist eine sozialistische Regierung im Amt. Sie haben aber mit keinem Wort zur sozialistischen Regierung, zum Budget gesprochen. Ich muß den Herrn Präsidenten des Hauses fast fragen, ob es mir erlaubt ist, dann auch zum Bundesfinanzgesetz zu sprechen, oder ob wir heute alle Wahlreden halten müssen. Ich finde, ein bißchen sollte man dem Volk schon sagen, was Sie vorhaben.

Herr Kollege Fischer, wenn Sie jetzt während Ihrer Rede, während Ihrer Wahlrede, mit der ÖVP-Regierung abgerechnet haben, dann verspreche ich Ihnen eines: Wir Freiheitlichen werden auch mit der Regierung abrechnen, aber mit der Regierung, die im Amt ist. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*) Denn das Volk interessiert ja, was jetzt geschieht, was Sie getan oder nicht getan haben.

Sie haben fromme Bibelsprüche verteilt — ich habe gar nicht gewußt, daß Sie so katholisch sind, das ist mir neu —: Sie haben mir heute zwar nichts Neues gesagt, aber unter anderem haben Sie einen Satz auch an uns Freiheitliche gerichtet, Sie haben gesagt, besonders auch an meine Adresse: Richtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet. Ich darf Sie fragen: Haben Sie den Satz zum erstenmal beim oberösterreichischen Parteitag der Sozialisten gehört? (*Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.*)

Dort ist gerichtet worden, Herr Kollege, dort ist ein Scherbengericht gewesen. Ich nehme an, daß Sie Ihre katholischen Lehrsätze von diesem oberösterreichischen Parteitag haben.

Zeillinger

Herr Kollege, darf ich Ihnen hier jetzt etwas zu Beginn sagen? Ich habe die Absicht, am Schluß noch auf einige Ihrer Ausführungen einzugehen, zuerst aber mit dem Herrn Bundesfinanzminister hier über das Budget, über den 1. Punkt der Tagesordnung, über das Bundesfinanzgesetz 1975 zu sprechen.

Der Herr Bundesfinanzminister hat an den Anfang seiner Budgetrede den Satz gestellt: Die Staatsfinanzen sind in Ordnung. Daraufhin entbrannte eine Diskussion, unter anderem mit dem Wirtschaftsjournalisten und Wirtschaftswissenschaftler Horst Knapp, der dazu erklärt hat: Die Staatsfinanzen waren noch nie so wenig in Ordnung wie unter dieser Regierung.

Ich habe während der letzten Sitzung im Namen der freiheitlichen Fraktion an den Herrn Finanzminister einige konkrete Fragen gerichtet. Fragen zum Budget. Die Sitzung war am 6. November. Der Herr Finanzminister, der sich sonst, also auch in dieser Sitzung, mehrmals zum Wort gemeldet hat, hat interessanterweise in dieser Sitzung keine Antwort gegeben, er hat sich daraufhin überhaupt nicht zu Wort gemeldet, sodaß eine Diskussion darüber nicht möglich war. Der Herr Finanzminister hat zur Beantwortung der fünf Fragen, die ich an ihn gerichtet habe, 14 Tage gebraucht, er hat mir dann nach 15 Tagen einen Brief geschrieben, den ich am 25. November erhalten habe. Ich habe jetzt acht Tage Zeit, wieder zu antworten. Ich darf das nämlich zur „Waffengleichheit“ sagen: Sie haben den ganzen Apparat und haben nicht antworten können. Wir Freiheitlichen haben keinen Apparat, das wissen Sie vom Präsidenten ... (*Abg. Dr. Androsch: Ich war nicht im Lande!*) Sie waren nicht imstande! Wenn Sie nicht imstande sind, können Sie nicht Finanzminister sein. (*Abg. Dr. Androsch: Ich war nicht im Lande!*) Bitte? Sie sind da oben gesessen. Entschuldigen Sie, Herr Minister, ich habe mit Ihnen gesprochen, als Sie da oben gesessen sind. Ich habe Ihnen so konkrete Fragen vorgelegt, daß Sie die alle aus dem Stegreif hätten beantworten können und müssen. Um sich eine Ausrede einfallen zu lassen, haben Sie 14 Tage gebraucht.

Ich darf mich jetzt mit Ihrem Brief vom 21. November deswegen auseinandersetzen, weil es um folgende Fragen geht: Sie sagen: Die Staatsfinanzen sind in Ordnung. Wir Freiheitlichen sagen: Die Staatsfinanzen sind nicht in Ordnung. Und die Familie Österreicher interessiert die Frage: Kann man ruhig schlafen bei dieser Regierung und bei der Finanzpolitik, die Sie im Jahre 1975 vorhaben?

Die Wirtschaft ist in Ordnung, Herr Finanzminister! Aber die Finanzpolitik der Regierung gibt uns Anlaß zur Sorge. Es gibt keine Krise in Österreich, keine Krise der Wirtschaft. Es ist nur eine Krise der sozialistischen Finanzpolitik, und mit dieser Krise möchte ich mich auseinandersetzen, zu dieser Krise möchte ich sprechen.

Herr Finanzminister, als erstes haben wir an Sie die Frage gerichtet: „Ist es richtig, daß Sie bei Banken Geld leihen müssen, um Gehälter und Pensionen bezahlen zu können?“

Herr Finanzminister! Sie haben daraufhin in einem Brief viel geschrieben, aber zur Sache selber haben Sie überhaupt nichts gesagt. Sie haben gesagt: „Die Höhe der Bundeseinnahmen liegt selbstverständlich nicht nur weit über den Personalausgaben, sondern um einige Milliarden Schilling über den Gesamtbetrag der laufenden Ausgaben.“ Das wissen wir ja, Herr Finanzminister. Bitte uns nicht für dumm zu halten, das wissen wir, dazu brauchen wir nichts sagen.

Ich habe Sie konkret gefragt, ob Sie in diesen Tagen, um Ihren Verpflichtungen nachkommen zu können, damit Gehälter und Pensionen ausbezahlt werden können, bei den Banken Kredite aufgenommen haben. Das war eine konkrete Frage. In Ihrem Brief ist keine Antwort darin.

Ich darf Ihnen sagen, Herr Finanzminister, warum ich diese Frage an Sie gerichtet habe: Weil aus Bankkreisen diese Frage mit großer Sorge an uns herangetragen wurde. Sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln. Darf ich Sie fragen, ob Sie Ende September allein bei einer Großbank 200 Millionen Schilling aufgenommen haben und ähnliche Geldbeträge auch bei anderen Banken?

Nachdem ich Ihren Brief bekommen habe und sehe, daß Sie davon nichts wissen wollen, darf ich etwas mehr sagen. Es gibt eine Bundesanleihe, die für November vorgesehen war; weil Sie völlig illiquid, zahlungsunfähig, sind, ist sie auf Oktober vorverlegt worden. Und weil Sie im September kein Geld hatten, Herr Finanzminister, meine Frage: Sind Sie zu Banken gegangen und haben Sie sich auf diese kommende Anleihe von den Banken hunderte Millionen Schilling ausgeliehen, die Sie mit den Einnahmen dieser Anleihe zurückbezahlen wollten? Das war meine Frage.

Und auf diese Frage, Herr Minister, haben Sie keine Antwort gegeben. Und wenn ich jetzt sage: bei den Banken ausgeliehen, dann sind das nicht böse Kapitalisten, von denen Sie Geld genommen haben, sondern Banken, die dem Volk gehören.

11888

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Zeillinger

Ich weiß nicht, bei welchen Banken Sie waren, ich weiß konkret von einer Bank: dort waren es 200 Millionen Schilling. (*Abg. Doktor Androsch: Na sicher!*) Jetzt nicken Sie, jetzt fällt es Ihnen ein. Warum haben Sie dann nicht die Frage: Haben Sie in der letzten Zeit bei Banken Geld ausgeliehen?, mit Ja beantwortet? (*Abg. Dr. Androsch: Das haben Sie nicht gefragt!*) Sie waren zahlungsunfähig. Ob Sie dürfen oder nicht, war nicht die Frage. Die Frage war: Haben Sie ausgeliehen?, Herr Finanzminister. Das haben Sie nicht beantwortet. Das war die konkrete Frage. (*Abg. Dr. Androsch: Das war nicht die Frage!*)

Herr Finanzminister! Sie wissen, daß wir Freiheitlichen zwar die Redezeitbeschränkung nicht unterschrieben haben, aber wir wollen uns etwa auf diese Weise beschränken. Das ist ja das Handikap, daß wir jetzt nicht mehr begründen, sondern nur mehr kurz beweisen können.

Lesen Sie das Protokoll der letzten Sitzung, Sie sind da oben gesessen, das war konkret die Frage. Darf ich Ihnen aus dem Pressedienst wörtlich vortragen: „Ist es richtig, daß Sie bei Banken Geld leihen mußten, um Gehälter und Pensionen zahlen zu können?“ (*Abg. Doktor Androsch: Das nicht!*) Herr Minister, Geld hat kein Mascherl, aber Sie haben Ende September zwischen 700 und 1000 Millionen Schilling auf die kommende Anleihe ausgeliehen. (*Abg. Dr. Androsch: Sicher!*) Sicher. Herr Minister, so selbstverständlich ist das nicht, daß der Staat zahlungsunfähig ist. Nein, Herr Minister, so selbstverständlich ist das nicht. Um diese Frage ist es gegangen, ob Sie illiquid sind, ob Sie bei den Banken, bei den Banken des Volkes Geld geliehen haben. (*Abg. Dr. Androsch: Aber nicht um Gehälter zu zahlen!*) Da hat der Präsident der Wirtschaftskammer einmal eine herbe Kritik geübt, die ich jetzt verstehe. Natürlich, dann fehlt unserer Wirtschaft das Geld, das sind ja die Banken des Volkes, die Sie ausgeräumt haben. Jetzt fehlt der Wirtschaft das Geld, und damit gefährden Sie auch Arbeitsplätze, Herr Finanzminister. Nicht jetzt die Hände zusammenschlagen!

Hier oben sind Sie gesessen und haben nicht zugegeben, daß Sie Ende September auf einen Monat — ich nehme an, Sie zahlen bei allen Banken rund acht Prozent Zinsen — geliehen haben. Das heißt also, Sie zahlen für ein Monat rund 5 Millionen Schilling Zinsen. Ich nehme an, daß das ungefähr stimmen wird.

Sehen Sie, das wäre die Antwort gewesen, da hätten Sie nicht einen langen Brief schreiben müssen, sondern das war konkret die

Frage, und hier haben Sie die Antwort verweigert. Und nun muß ich heute die Antwort geben, weil eine Diskussion nicht möglich ist und, Herr Kollege Fischer, weil die Transparenz der Regierung Kreisky nicht mehr vorhanden ist. Nicht einmal mehr, wenn man fragt, bekommt man Antwort. Aber Sie rechnen ab mit der Volkspartei-Regierung, was die ab dem Jahre 1966 bis 1970 angestellt hat. Daß das eine schlechte Regierung war, das weiß ich als Freiheitlicher, wir haben sie nämlich damals auch bekämpft, so wie wir heute die sozialistische Regierung mit ihren Fehlern bekämpfen. Wo ist jetzt die versprochene Transparenz, wenn Ihre Minister nicht mehr antworten, wenn wir fragen? Sie gehen zu Banken, weil Sie zahlungsunfähig sind und leihen sich dort Beträge in der Größenordnung von 700 bis 800 Millionen Schilling aus. Das heißt, Sie haben eine Anleihe, von der Sie noch gar nicht gewußt haben, ob sie gezeichnet wird, bereits verbürgt und verpfändet.

Herr Minister! Die Frage ist nur: Haben Sie es gemacht? Wenn Sie das Geld gehabt hätten, dann wäre es ja geradezu leichtfertig, sich Geld auf einen Monat von Banken auszuleihen, damit die Wirtschaft zu schädigen, die Arbeitsplätze zu gefährden. 5 Millionen Schilling! Sie haben kein Geld, und da zahlen Sie für ein Monat 5 Millionen Schilling allein an Zinsen, nur weil Sie nicht mehr in der Lage waren, Ihren dringendsten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Herr Minister, da sagen Sie: Die Finanzpolitik ist in Ordnung!, und schreiben in dem Brief sogar: „eine denkbar günstige Finanzierungsstruktur“. Ist das, Herr Finanzminister Androsch, eine günstige Finanzierungsstruktur, wenn Sie kein Geld mehr haben, wenn Ihre Kassen leer sind und Sie zu verstaatlichten Banken gehen und sich dort 200 Millionen Schilling leihen, von allen Banken zusammen 700, 800, 900 Millionen Schilling, und dafür Zinsen zahlen? Das nennen Sie eine „denkbar günstige Finanzierungsstruktur“? Das ist die schlechteste Finanzierungsstruktur, die es überhaupt gegeben hat, denn sie schadet in Wahrheit dem Volk und schwächt die Staatsfinanzen.

Herr Finanzminister! Wir haben doch eine ähnliche Situation nicht nur in Ihrem Bereich, wir haben auch in der Frage — ich habe die Pensionen angeschnitten; Sie können das nachlesen, ich bin gerne bereit, Ihnen außerhalb der 40 Minuten dann die Stelle zu zeigen — der Sozialversicherung dasselbe Verhältnis.

Die Pensionsversicherung der Arbeiter ist angewiesen auf die Zuschüsse des Bundes. Das wissen wir, das geschieht mit Kenntnis

Zeillinger

und mit voller Billigung. Die Pensionsversicherung der Arbeiter muß sich nun von Banken und von der Pensionsversicherung der Angestellten Geld ausleihen, um die Pensionen auszahlen zu können, weil der Bund, weil Sie, Herr Minister, Ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht rechtzeitig nachgekommen sind. — Sie sagen jetzt nein, Herr Minister! Gut. Ich werde mich wieder zu Wort melden und werde Ihnen genauso, wie ich Ihnen bewiesen habe, daß Sie eine Anleihe bei den Banken aufgenommen haben, schließlich doch auch nachweisen, daß Sie mit Ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Sozialversicherungsanstalten in Rückstand gekommen sind. Damit sind die Anstalten, die die Pensionen auszahlen, in Schwierigkeiten gekommen. Ich glaube nicht, daß die sich leichtfertig von einer anderen Anstalt und von Banken — auch das ist nachweisbar, Herr Finanzminister — Geld ausgeliehen haben. Denn bei ihrem Ausleihen von Banken haben sie als Begründung gesagt: Der Finanzminister ist im Verzug mit den uns gesetzlich zustehenden Mitteln. Damit gefährden Sie die Pensionen des kleinen Mannes. Herr Kollege Fischer! Jetzt rechnen Sie nicht mit der ÖVP ab. Daß die ÖVP schlecht regiert hat, das unterschreibe ich Ihnen als Freiheitlicher. Rechnen Sie ab mit einem sozialistischen Finanzminister, der eine Finanzpolitik macht, daß die Pensionen, die Sie so oft gerühmt haben, nur mehr ausbezahlt werden können, wenn die Banken Geld herleihen!

Das ist die heutige Situation. Und der Herr Finanzminister sagt in seiner Rede, die Finanzpolitik des Staates ist in Ordnung. Herr Finanzminister! Sie ist nicht mehr in Ordnung, die Finanzpolitik des Staates! Es ist eine Lücke vorhanden. Ich würde furchtbar gerne von Ihnen oder von einem Sprecher der Regierung hören, wie Sie beabsichtigen, diese Lücke zu schließen, wo jetzt noch nicht feststeht, wie die Jännergehälter bezahlt werden sollen. Denn wenn die Banken das Geld nicht mehr herleihen können, dann ist der Finanzminister am Ende. Dann kommen wieder jene Zeiten der dreißiger Jahre, wo die Gehälter und Pensionen des Staates dreimal im Monat ausbezahlt wurden, Herr Kollege! Das ist die Abrechnung mit der gegenwärtigen Regierung.

Herr Finanzminister, darf ich Sie noch etwas konkret fragen? Aus Ihrem Ministerium liegt uns eine Information, eine Anweisung vor, die dahin gehend lautet — ich sprach jetzt von der Finanzlücke, die Sie haben, eine Lücke, die Sie schließen müssen, um die Jännergehälter ausbezahlen zu können, weil ja die Banken im Moment ausgeschöpft sind —, daß momentan Rechnungen nur zurückhaltend bezahlt

werden sollen, daß man Rechnungen liegenlassen soll. Liegt eine solche Anweisung vor? Das bitte ich Sie in der Debatte zu beantworten.

Daß Präsident Sallinger über die schlechte Zahlungsmoral des Bundes geklagt hat, weiß ich. In keinem privaten Teil der Wirtschaft wäre es möglich, daß Rechnungen liegenbleiben. Kleine Geschäftsleute, kleine Lieferanten sind es, die oft ein Jahr warten müssen, bis sie das Geld von Ihnen bekommen. Das ist eine schon bekannte Tragödie. Konkret: Gab es eine Anweisung, daß die Rechnungen liegenbleiben sollen? Sie können das nicht abstreiten, denn wir können ja auf Grund der Abrechnungen überprüfen, ob Sie bezahlt haben oder nicht bezahlt haben. Ich möchte hier zur Entlastung der Finanzbeamten fragen, denen gegenüber behauptet wird, eine solche Anweisung von Ihnen liege vor. Stehen Sie auf und sagen Sie, daß der hohe Beamte, der das in Umlauf gesetzt hat, gegen Ihren Willen gehandelt hat. Wenn Sie nicht aufstehen, dann heißt das für die Finanzbeamten: Das Gerücht ist wahr, der Finanzminister deckt das, die Rechnungen haben liegenzubleiben, sonst können die Jännergehälter nicht mehr bezahlt werden.

Aber Sie, Herr Finanzminister, haben gesagt: Die Staatsfinanzen sind in Ordnung. Nein, Herr Minister! Sie waren noch nie so gefährdet wie im gegenwärtigen Zeitpunkt.

Darf ich zur Frage zwei kommen, die ich Ihnen am 6. November gestellt habe und die Sie auch nicht beantwortet haben. Ich habe Sie damals gefragt: Stimmt das, daß Ihnen insgesamt 7 Milliarden derzeit fehlen, im September 4 Milliarden plus 3 Milliarden?

Da ist etwas sehr Interessantes. Es gibt einen sogenannten Abgabenerfolg des Bundes, der immer monatlich so um den 20. oder 25. herum für den nächsten Monat erscheint, den wir auch in den Klubs bekommen und mit großem Interesse in den Fraktionen studieren. Interessanterweise, Herr Minister, ist plötzlich im August dieser Abgabenerfolg gestoppt worden, angeblich über Ihre Weisung.

Tatsache ist — Herr Minister, ich darf gleich sagen, es ist mir Auskunft gegeben worden, daß er über Ihre Weisung gestoppt worden ist —: Ein Abgabenerfolg, der seit Monaten erscheint und den wir in den Fraktionen aufarbeiten, um zu sehen, wie Sie wirtschaften, wird über Ihre Weisung gestoppt. Das ist deshalb interessant, weil die Weisung genau zusammenhängt mit der ersten Lesung und weil wir diese Ziffern gebraucht haben.

11890

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Zeillinger

Ich habe daraufhin am 6. November Ihre Aufmerksamkeit darauf gelenkt und interessanterweise ist er jetzt gekommen. Allerdings ist jetzt der gekommen, der am 25. September hätte kommen sollen, und darf ich Ihnen nur zur Erinnerung sagen: der am 25. November spätestens — der 25. war immer der letzte Tag — hätte veröffentlicht werden sollen, der ist noch nicht veröffentlicht. Sie sind also schon wieder 14 Tage im Rückstand. O ja, Sie werden ihn nach der Budgetdebatte veröffentlichen. Nachdem ich nämlich die Ziffern gelesen habe, Herr Finanzminister, ist mir vollkommen klar, warum Sie ihn nicht veröffentlicht haben. Denn da steht wortwörtlich die Bestätigung dessen drinnen, was ich Sie namens der freiheitlichen Fraktion mit Besorgnis gefragt habe. Das widerlegt aber, was Sie sagen: die Staatsfinanzen sind in Ordnung. Hier steht eindeutig drinnen, daß die Staatsfinanzen nicht in Ordnung sind.

Ich bin froh, daß wenigstens die Rede im November dazu geführt hat, daß Sie mit einem Monat Verspätung das für den September herausgegeben haben. Herr Finanzminister, Sie haben aber nicht das Recht, gegenüber der Öffentlichkeit von Transparenz zu reden. Der Bundeskanzler spricht immer von Transparenz, und der Finanzminister hält die ihm unangenehmen Veröffentlichungen zurück, nur damit das Parlament nicht rechtzeitig zur Budgetdebatte das einsehen kann.

Ja, Herr Minister, das ist eben der Stil der sozialistischen Regierung. Darum habe ich ja gesagt: Sie rechnen immer mit Klaus und Withalm ab, ich rechne mit Kreisky und Androsch ab. Das ist die Wirklichkeit.

Im Abgabenerfolg steht nun drinnen, Herr Finanzminister, die sieben Milliarden fehlen Ihnen tatsächlich. Darf ich Ihnen Ihre eigene Veröffentlichung zur Kenntnis bringen. Daraus geht hervor, daß der zehnjährige Durchschnitt Ihres Bruttoaufkommens in den Monaten Jänner bis September also mit 71,99 Prozent — wenn Sie es ganz genau wissen wollen, mit 72 Prozent — eingebracht worden ist. Aus der Anlage dazu — das darf ich dann gleich zitieren — geht nun hervor, daß Sie in den Monaten Jänner bis September fünf Milliarden unter dem langjährigen Durchschnitt, das sind, wie Sie sagen, 4,7 Prozent unter dem langjährigen Durchschnitt, geblieben sind. Darf ich das vorlesen? Ich zitiere Androsch — ich zitiere aber nicht Androsch, wo er gesagt hat, die Finanzpolitik ist in Ordnung, sondern ich zitiere die Anlage A —:

Das Aufkommen der öffentlichen Abgaben in den Monaten Jänner bis September 1974 von brutto 102 Milliarden Schilling liegt daher

brutto um rund 5 Milliarden Schilling oder 4,7 Prozent unter den Zehnjahresdurchschnittsprozentsätzen. (Abg. Dr. Androsch: Brutto!) — Bitte, jetzt nicht mit brutto-netto! Herr Finanzminister, das Brutto-netto-Spiel kauft Ihnen niemand mehr ab! Wir haben mit der ÖVP brutto verrechnet, wir werden mit Ihnen auch brutto verrechnen! Wir Freiheitlichen haben keinen Grund, einen anderen Maßstab an Ihre Politik anzulegen als seinerzeit an jene der ÖVP. Bleiben wir bei der korrekten Bruttorechnung.

Wir können das Ganze — ich kann es nur nicht jetzt aus dem Stegreif — auch auf die Nettorechnung umstellen. Dann ist das Debakel für Sie noch größer, wenn wir reell bleiben, wenn wir reelle Kaufleute bleiben. — Auf die Reellität eines Kaufmannes werde ich auch noch kommen.

Nun, Herr Finanzminister, weiß ich, warum Sie das zurückgehalten haben. Da wäre nämlich die Antwort auf meine Frage, ob Sie bis Ende September 7 Milliarden zuwenig eingenommen haben, schon aus dieser Ihrer Stellungnahme beantwortet worden. Denn wenn Sie diese Ziffern anschauen, so kommen Sie genau auf diese fünf Milliarden, 5,002. Um jetzt meine sieben Milliarden zu erklären: Ich bin ja kein Finanzminister, ich habe ja nicht den Apparat, und Sie enthalten mir als Volksvertreter die Unterlagen vor. Herr Kollege Fischer! Führen Sie die Transparenz der Sozialisten durch, die der Herr Bundeskanzler verspricht. Es ist ja unerhört! Ich möchte wissen, was die Sozialisten gemacht hätten, wenn Sie von der Volkspartei — ich habe keinen Grund Sie zu verteidigen, das möchte ich gleich sagen — das getan hätten. Wenn hier Kombinationen angestellt werden: Ich glaube, wir Freiheitlichen haben bewiesen, daß wir eine Volkspartei-Regierung im Namen des Volkes genauso leidenschaftlich bekämpft haben wie die Fehler der Sozialisten. Aber was hätten Sie aufgeführt, Kollege Fischer, wenn ein Finanzminister Kamitz oder ein Finanzminister Koren Unterlagen zurückgehalten hätte, damit wir vor der Finanzdebatte nicht das Debakel Ihrer Illiquidität erfahren!

Zu diesen rund 5 Milliarden, die Ihnen bis Ende September fehlen, kommen noch — wie Sie erwartet haben — 1,9 Milliarden Mehreinnahmen an öffentlichen Abgaben im 2. Budgetüberschreitungsgesetz. Wo sind die? Das sind also 5 Milliarden und 1,9 Milliarden. Ich gebe zu, ich habe mich fast um 0,1 Prozent, um 0,1 Milliarden geirrt. Den Irrtum muß ich auf mich nehmen, so genau konnten wir es nicht wissen. Es fehlen also nicht, wie ich angenommen und gefragt habe: Ist es richtig,

Zeillinger

daß 7 Milliarden fehlen?, ich darf namens des Finanzministers antworten: Es fehlen bis Ende September 6,9 Milliarden. Das wäre die Antwort gewesen.

Meine Damen und Herren des Hauses! Lesen Sie jetzt, was der Herr Finanzminister geantwortet hat. Es sagt zum Beispiel: Im übrigen besagt eine Mindereinnahme bei einem Abgabenansatz nicht, daß diese nicht nur durch Mehreinnahmen bei anderen Ansätzen zum Teil oder zur Gänze kompensiert werden kann. — No na, daß weiß ich auch. So ganz dumm sind wir nicht, in der Taferlklasse sind wir nimmermehr, Herr Finanzminister! Sie hätten antworten müssen, was Sie jetzt im Abgabenerfolg veröffentlichen mußten, daß Ihnen 5 Milliarden fehlen, und die 1,9 Milliarden vom BÜG hätten wir uns selber dazurechnen müssen. Das wäre die Antwort gewesen, und nicht jenes Herumreden, das Sie gemacht haben.

Der Herr Kollege Fischer hat die Zustände in Österreich in rosigen Farben geschildert. Das furchtbare ist, daß der Herr Finanzminister Androsch das glaubt. Sie sagen das wahrscheinlich im Klub und in der Partei auch, und er glaubt es, daß alles in Ordnung ist, daß das Volk zufrieden ist. Hören Sie denn wirklich nicht mehr, was das Volk heute spricht, glauben Sie wirklich, daß die Leute mit allem so zufrieden sind, daß Sie heute sagen können: Das ist alles eine importierte Inflation! Das Wort „Inflation“ haben Sie interessanterweise in Ihrer Rede vollkommen vergessen, so als ob das für den Österreicher ganz uninteressant wäre. Ich werde zum Schluß noch kurz darauf zu sprechen kommen.

Herr Finanzminister! Sie haben von einer weltweiten Inflation gesprochen. Wir brauchen nur ein paar hundert Meter über die Grenze nach Deutschland zu gehen. Dort bringt eine sozialdemokratisch-liberale Koalition eine Inflation mit nur 7 Prozent. Man kann auch mit weniger auskommen. Diese Inflation ist nicht weltweit. Wir haben uns das sehr genau überlegt.

Herr Finanzminister! Haben Sie wirklich nicht gewußt, daß sich die internationale Konjunkturabschwächung auch auf Österreich auswirken muß; auch auf die Staatseinnahmen in Österreich? Wenn schon Sie es nicht gewußt haben, aber hat es das Ministerium auch nicht gewußt? Darf ich Sie da höflich darauf aufmerksam machen: Wir Freiheitlichen haben es Ihnen vorausgesagt. Wir haben Ihnen genau das vorausgesagt, was jetzt eingetreten ist. Genauso wie wir Ihnen Preissteigerungen vorausgesagt haben, haben wir Ihnen das Debakel Ihrer Finanzpolitik bis auf eine Zehntelmilliarde vorausgesagt. Aber Sie haben das nicht

glauben wollen. Sie haben gemeint, in einem roten Österreich kann nichts passieren. Da muß alles eitel Wonne und in Butter sein. Gar nicht ist es so! Die Staatsfinanzen sind nicht in Ordnung, Herr Minister! Die Staatsfinanzen waren noch nie so schlecht, wie sie in der heutigen Zeit sind.

Darf ich nun zur dritten Frage kommen, zu den Verwaltungsschulden. Ich habe gesagt, die Verwaltungsschulden sind von 15 Milliarden im Jahre 1969 unter der ÖVP-Regierung auf 34 Milliarden im Jahre 1973 gestiegen.

Ich darf hier die Antwort verlesen, die mir der Herr Bundesminister gegeben hat. Entschuldigen Sie, unter Freunden würde ich sagen, daß ich das als Frechheit empfunden habe. „Ihre“ — also meine — „Argumentation hinsichtlich der Verwaltungsschulden des Bundes läßt vermuten, daß das im Bundesrechnungsabschluß 1973 enthaltene Datenmaterial nicht entsprechend gesichtet und verarbeitet wurde.“ — Er hat sich da sehr vornehm ausgedrückt und hat gemeint: Hättest du nachgelesen! Du kannst offenbar nicht lesen. Wenn du nachgelesen hättest, hättest du gesehen, daß es nicht stimmt.

Darf ich den Bundesrechnungsabschluß, Herr Bundesminister, den Sie uns vorgelegt haben, den der Rechnungshof erstellt hat ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Androsch.*) Sie kennen ihn nicht? Ich bitte um Entschuldigung. Wenn Sie den Bundesrechnungsabschluß nicht kennen, dann verstehe ich auch Ihre Antwort. Herr Bundesminister, ich habe gesagt: 34 Milliarden. Ich muß mich wieder korrigieren, die Ziffer lautet genau, Seite XXV: Verwaltungsschulden 1973: 33,771 Milliarden. Das heißt 33,7 Milliarden. Ich habe mich um 0,23 geirrt. Es sind 34 Milliarden, Herr Finanzminister. Ich habe den Bundesrechnungsabschluß sehr genau gelesen. Nein, Sie, Herr Finanzminister, sagen von oben herab mit der Arroganz eines Ministers: Herr Abgeordneter, Sie haben das Material nicht entsprechend gesichtet und verarbeitet. Ich habe es gelesen, Herr Minister! 34 Milliarden, das steht hier, das ist nicht abzuleugnen. Die Verwaltungsschulden betragen 33,771 Milliarden. Daran gibt es nichts zu deuteln. Ich habe es gelesen. Und wenn ich mich geirrt hätte, Herr Minister: Sie sind ja oben gesessen und hätten antworten können.

Sie können nicht jetzt da unten Zwischenrufe machen und sagen: Er hätte nicht antworten können, weil ja der arme Abgeordnete oben sitzt. Da sind Sie als Minister gesessen! Und ich habe gesagt: Herr Minister! Antworten Sie! Da ist Ihnen keine Antwort eingefallen. Haben Sie den Bundesrechnungsabschluß damals noch nicht gelesen gehabt? Sie haben ihn

11892

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Zeillinger

gelesen? — Wenn Sie ihn gelesen haben, dann müssen Sie aber auch wissen, daß da drinnen steht: Verwaltungsschulden 33,7 Milliarden. Ich habe nicht gewußt, daß Sie so genau sind. Also 34 Milliarden. Das hätten Sie damals entweder korrigieren oder uns aufklären müssen. Oder Sie hätten es bestätigen müssen, Herr Minister, aber nicht mir öffentlich wie allen Abgeordneten des Hauses die Antwort schicken: „Hätten Sie halt besser gelesen!“

Ich darf den Kollegen des Hauses mitteilen, der Herr Finanzminister hat ihn nicht gelesen. Der Herr Finanzminister versucht bis zur letzten Minute, das Debakel seiner Finanzpolitik zu vertuschen und erklärt, wir hätten die Unterlagen schlecht gelesen.

Das durch den Rechnungshof uns übermittelte Zahlenmaterial besagt, daß die Verwaltungsschuld vom Jahre 1969 mit 15,1 Milliarden auf 33,7 Milliarden angestiegen ist. Das ist die Wahrheit, Herr Minister! Es hätte keine andere Antwort gegeben. Sicher ist es nicht angenehm, wenn es die Öffentlichkeit erfährt, daß die Finanzschulden heute auf 56,1 Milliarden gestiegen sind und daß die Schulden zusammen auf 97,365 Milliarden angewachsen sind. Herr Minister, jetzt bin ich großzügig und nehme die Schulden der sogenannten unwirksamen Gebarung von den 97 Milliarden weg, dann komme ich auf 90 Milliarden.

Herr Finanzminister! Erinnern Sie sich, daß ich hier gesagt habe: Stimmt es, daß die Finanz- und Verwaltungsschulden 90 Milliarden betragen? So hat es der Herr Finanzminister gemacht. Es ist unglaublich! Herr Finanzminister! Der Rechnungshof teilte dem Hohen Hause mit, die Finanzschulden und die Verwaltungsschulden sind unter der sozialistischen Regierung auf 90 Milliarden angestiegen. Die Ziffer hat gestimmt, Herr Finanzminister. Denn offenbar zum Unterschied von Ihnen lesen wir freiheitlichen Abgeordneten genau den Bericht über das Jahr 1973, soweit ihn uns der Rechnungshof vorgelegt hat.

Wir sind jetzt hier bei dieser dritten Frage. Sie haben eine kaufmännische Gepflogenheit, möchte ich sagen, verletzt, denn Verbindlichkeiten sind ohne Rücksicht auf ihre Fälligkeit auszuweisen. Ich glaube, das wissen Sie als Fachmann im Steuerwesen. Es gibt fällige und es gibt nichtfällige. Aber es sind Verbindlichkeiten und sie sind als solche auszuweisen. Meine Frage lautete daher: Wie hoch sind die Verbindlichkeiten im Leasing-Verfahren? In Ihrer Antwort haben Sie gesagt: grob geschätzt drei Milliarden für den Schulbau. Ich möchte hier nicht meine Zeit überschreiten. Herr Minister, ich glaube Ihnen diese Zahlen. Ich kann sie nicht widerlegen. Aber ich habe

gar keinen Grund, etwas zu glauben, was Sie sagen, weil Ihre Antwort so war, daß sie in verschiedenen Punkten gezeigt hat, daß Sie versuchen, uns irrezuführen. Ich bin aber bereit zu glauben, daß es 3 Milliarden für den Schulbau sind.

Nun kommt aber die andere Frage: Und andere Leasing-Verfahren gibt es nicht? Gibt es nur den Schulbau. O. K. Ich nehme das zur Kenntnis. Ich darf also für das Protokoll übersetzen: Der Herr Minister schüttelt den Kopf, er meint, es gäbe keine anderen Projekte; in Ordnung.

Aber, Herr Minister, müssen wir nicht doch einen Weg finden, auch diese Schuldverpflichtung im Rechnungsabschluß auszuweisen? Es liegt im Sinne sozialistischer Transparenz, daß man auch diese Verpflichtungen, die vorhanden sind, die Sie ja bezahlen müssen, genauso wie das nächste, die sogenannten Bestellverpflichtungen, Herr Minister, ausweisen müßte. Sie bestellen jetzt, aber später wird geliefert. Das ist sachlich durchaus richtig. Es handelt sich um Lokomotiven, um Waffen für das Bundesheer und so weiter. Das kommt immer wieder in jeder Regierung vor. Das ist in Ordnung. Das sind Bestellverpflichtungen, wo jetzt bestellt wird und wo erst bei Lieferung die Schuld entsteht. Der Betrag ist erst dann anzuweisen. Mit der Schuld entsteht dann auch die Fälligkeit. Aber das ist doch eine ungeheure Vorbelastung für künftige Budgets.

Herr Minister! Darf ich also sagen: Stimmt es, daß Sie bereits in etwa für 20 Milliarden künftige Regierungen vorbelastet haben? Die Frage: Wenn Sie mit 20 Milliarden bereits die nächste Regierung belastet haben, darf ich dann sagen, Herr Minister: Sollte das nicht im Sinne einer Transparenz ausgewiesen und den Abgeordneten sichtbar gemacht werden? Denn 20 Milliarden Verpflichtungen für künftige Regierungen ist doch eine unerhört hohe und wichtige Zahl! Das Abgeordnetenhaus müßte darüber informiert werden! Man müßte darüber sprechen.

Die Frage 5 war — ich darf sie auch noch kurz erwähnen —: Verpflichtungen aus Sondergesellschaften, die Sie bereits haben. Sie haben geantwortet: 12 Milliarden. Ich darf hinzufügen: Der Betrag ist inzwischen — ich habe keinen Grund anzunehmen, daß die Antwort unrichtig ist — durch das IAKW-Gesetz verändert worden. Durch das IAKW-Gesetz ist die Bundeshaftung von 6 Milliarden auf 12 Milliarden, also um 6 Milliarden, erhöht worden. Der Anteil des Bundes dürfte sich ja auch erhöhen. Sie konnten ihn in Ihrer Antwort vermutlich noch nicht berücksichtigen, sodaß man in etwa 10 Milliarden plus dem weiteren

Zeillinger

Anteil aus dem IAKW-Gesetz dazunehmen müßte. (*Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Bundesminister! Das waren fünf Fragen. Es wäre alles so einfach zu diskutieren gewesen, wenn Sie der Transparenzforderung des Bundeskanzlers gefolgt wären und geantwortet hätten. Wir haben ja die Unterlagen über den Bundesrechnungsabschluß da gehabt. Sie waren aber nicht bereit, auf eine Diskussion einzugehen, und haben uns geantwortet, wir sollen die Unterlagen besser lesen, wobei ich jetzt sagen kann, Herr Bundesminister, es ist eigentlich erschütternd, daß Sie sie nicht gelesen haben oder daß Sie uns keine Aufklärung gegeben haben, warum Sie hier nicht die Verwaltungsschulden mit diesem Betrag ausweisen. Ich frage natürlich: Stimmt das, was hier ausgewiesen wird? Aber Sie sagen mir dann darauf als Antwort, ich solle besser die Unterlagen lesen, Herr Minister. Ja, wenn es nicht stimmt, dann herausgehen und reden, Herr Minister! Aber nicht immer nur deuten und zucken, denn man kann daraus nicht ersehen, was Sie wirklich damit meinen.

Jeder Finanzminister sagt von sich selber: Ich bin der größte Sparmeister, und meine Vorgänger waren die Verschwender. Wissen Sie, wenn man einmal zwanzig Jahre dem Haus angehört hat, von einem Kamitz bis zu einem Androsch, da ist man das schon gewohnt. Das sagt ein jeder; jeder hält sich selber für den Größten und für den größten Sparmeister und sagt: Alle vorher waren schlecht und waren die großen Verschwender.

In Wirklichkeit habe ich aber festgestellt: Jeder Finanzminister war selber ein Verschwender und hat immer nur das Volk zum Sparen eingeladen. Diese Volksappelle, immer zu sparen, sind ja auch nicht von Ihnen erfunden worden, aber gespart bei sich selber hat noch keiner.

Dabei gäbe es so unerhört viele Möglichkeiten, mit Geld besser zu wirtschaften. Kollege Fischer hat jetzt mit der ÖVP abgerechnet, das brauche ich jetzt nicht mehr zu tun, denn das haben wir zur Zeit der ÖVP-Regierung schon gemacht.

Darf ich vielleicht nur der sozialistischen Regierung die eine oder andere Frage in Erinnerung rufen: Sie haben zum Beispiel eine Milliarde für eine Schulbücheraktion eingesetzt. Ich glaube, daß Sie heute selber nicht mehr überzeugt sind, daß dies die richtige Schulbücheraktion war, wo es nämlich gar nicht um die Frage gegangen ist, daß jedes arme Kind, das in die Schule geht, auch die Möglichkeit haben soll, Schulbücher zu bekom-

men; denn das war — nebenbei erwähnt — immer so. Ich bin ja auch einmal in die Schule gegangen und meine Kinder sind in die Schule gegangen. Aber wissen Sie, was Sie erreicht haben, Herr Kollege Fischer? Sie haben einen sehr gefährlichen gesellschaftspolitischen Aspekt heute angeschnitten, Sie haben gesagt: „Wir haben immer noch eine Gesellschaft, wo es ein Oben und ein Unten gibt.“ Nun, eine Gesellschaft, wo es kein Oben und kein Unten mehr gibt — nun, das unterstelle ich niemandem hier im Hause —, das ist die totale kommunistische klassenlose Gesellschaft, von der sogar schon die Kommunisten abgekommen sind. Also, es wird immer sozial verschiedene Schichten in diesem Staate geben, und ich darf Ihnen, Herr Kollege Fischer, etwas empfehlen, wenn Sie einmal Zeit haben: Wir Freiheitlichen haben zu dieser Frage ein sehr schönes freiheitliches Manifest herausgebracht, wo wir uns gerade mit dieser Frage, daß eben die Menschen verschiedenartig sind und die Gesellschaft ja vielschichtig ist und vielschichtig sein muß, auseinandersetzen. Schauen Sie sich einmal das freiheitliche Manifest an! Ich darf Ihnen sagen: Niemals könnten wir einen Weg gehen, den Sie heute hier angedeutet haben: eine Gesellschaft, wo es kein Oben und kein Unten mehr gibt. Ich glaube, ich möchte also diese Worte nicht so verstehen, weil ich Sie ja zu gut kenne, aber ich glaube, Sie wissen selber, was die klassenlose Gesellschaft, von der man heute in anderen Bereichen bereits abgerückt ist, bedeutet.

Aber zurück zur Schulbuchaktion. Sie geben 1100 Millionen Schilling aus für eine Aktion, die Jahr für Jahr zum Wegwerfen der Schulbücher führt, das heißt, jedes Jahr werden 1,1 Milliarden weggeworfen. Wenn ich an meine Schulzeit zurückdenke, an die Schulen meiner Buben, Herr Kollege Fischer: die Armen in der Klasse haben immer Schulbücher gehabt. Ich sage Ihnen ganz offen: Und ich hab's meinen Buben gekauft. Dank der Aktion, die dem Volk 1,1 Milliarden kostet, krieg' ich, Gustav Zeillinger, so wie Sie, Dr. Fischer, jetzt die Schulbücher gratis für die Kinder. Sehen Sie, das haben wir nicht wollen! Ich glaube, wir beide können die Schulbücher unseren Kindern kaufen. Ich sehe nicht ein, daß irgendwo in Österreich ein Arbeiter eine Woche lang arbeiten muß, damit Sie und ich jeder das Schulbuch gratis bekommen. Das kostet 1100 Millionen, und nach einem Jahr wird's weggeworfen, dann kommt dasselbe von vorn wiederum.

Ich weiß schon, was dahintersteht, Herr Kollege: Die Gesellschaft, wo es kein Oben und kein Unten gibt und wo das Eigentum ausgelöscht ist; das siebenjährige Kind soll zum

Zellinger

Wegwerfen erzogen werden; in der Wegwerfgesellschaft das Wegwerfschulbuch; alles soll weggeworfen werden. So will man das Eigentum untergraben; das Kind soll nicht mehr zu Eigentum erzogen werden. Nicht mehr einbinden, Namen draufschreiben, Eigentum aufbauen. Das, Herr Kollege, sind ja die großen ideologischen Gegensätze zwischen Ihnen und mir und zwischen Freiheitlichen und Sozialisten.

Einverstanden mit der Wegwerfgesellschaft: Schmeißen wir alles weg, was schlecht ist, aber dann müssen wir auch die Wegwerf-Regierung einführen, und dann schmeißen wir sie weg, wenn sie schlecht ist. Aber das, was Sie wollen, Herr Kollege, das ist ein sehr gefährlicher Weg. Aber hier könnte der Finanzminister — ich weiß nicht, wo er ist — 1100 Millionen Schilling einsparen, wenn Sie und ich nicht mehr von anderen Menschen die Schulbücher bezahlt bekommen.

Sehen Sie, das ist der Unterschied gewesen. Wir wollten auch eine Aktion, wo alle Armen die Schulbücher gratis bekommen, aber wo die Schulbücher aufgehoben werden und wo sie weiterverwendet und nicht in den Papierkorb geworfen werden.

Oder, der Herr Finanzminister hat zum Beispiel erklärt: Der Personalaufwand beträgt ja bereits 55,3 Milliarden. Man muß sich das einmal vorstellen: der Personalaufwand allein! — Ein jeder sagt immer, er wird sparen; jeder, das hat schon der Kamitz gesagt — da waren Sie noch nicht Abgeordneter —, das sind die gleichen Reden jedes Finanzministers. Aber es sind immer mehr Beamte geworden.

Dann sagen Sie: Ja, aber es sind 12.000 Lehrer in fünf Jahren geworden. Ja, bitte schön, man könnte auch etwas gegen die Lehrer sagen, aber wer traut sich schon, etwas gegen die Lehrer zu sagen? Es gibt ja Tabus, über die sich im Parlament niemand etwas zu sagen getraut. Und 700 Polizisten! 700 Polizisten wegen der Sicherheit, hat der Finanzminister gesagt. Darf ich Ihnen eines sagen: eine größere Zahl haben Sie leider vergessen. In dieser Zeit haben Sie nämlich 1300 Verwaltungsbeamte mehr, wenn Sie den Personalstand ansehen. Sie erwähnen beim Steigen des Personalaufwandes zuerst die 700 Polizisten, weil da die Allgemeinheit sagt: Ja, da ist „mein Polizist“ dabei, der muß bleiben! Aber auch 1300 Verwaltungsbeamte sind dabei, das ist auch eine Milliarde!

Sehen Sie, Herr Minister, in diesen 40 Minuten kann ich ja nicht alles aufzählen, aber ich könnte Ihnen viele Milliarden noch nennen: Schulbuchaktion, Dr. Fischer: ich krieg's gratis,

weil Sie's wollen, Sie kriegen es auch gratis für Ihre Kinder, ich weiß nicht, ob das notwendig ist, denn ich könnte mir vorstellen, wir könnten freiwillig darauf verzichten und Sie hätten diese Milliarde mehr. 1300 Beamte haben Sie also vergessen zu erwähnen, das ist auch eine Milliarde mehr. Sehen Sie, und so addieren sich Milliarden um Milliarden.

Und es gäbe so viele, so vernünftige Vorschläge aus der Öffentlichkeit. Schauen Sie, gerade in den letzten Tagen werden Sie selber von Ihren Betriebsräten gehört haben, da wurden die Fragen der Familienbeihilfen diskutiert, die in Österreich vollkommen gleich sind, auch für Ausländer, wenn die Kinder hier leben und auch wenn sie nicht hier leben. Andere Länder wie die Bundesrepublik gehen einen anderen Weg: da bezahlt man für das Kind des deutschen Arbeiters 50 Mark und auch für das des EWG-Arbeiters, aber für das Kind des Türken, der nicht bei der EWG ist oder aus einem Nicht-EWG-Staat, 10 Mark statt 50 Mark, mit der Begründung, daß die Kinder ja dort viel billiger leben. De facto ist es ja so, daß von der Kinderbeihilfe für die Kinder, die in diesen Ländern leben, dann die ganze Familie lebt. Sie sehen also, die sozial-liberale Regierung in Deutschland spart hier. Wissen Sie, wie viele hunderte Millionen das bei uns wären, Herr Finanzminister? Sehen Sie, da könnte man auch einsparen, und ich glaube, die Öffentlichkeit würde es verstehen, wenn wir hier sagen würden, wir machen einen Unterschied!

Und dasselbe haben wir auch bei der Heiratsbeihilfe für Ausländer beispielsweise. Wir haben es bei der Geburtenbeihilfe. Also die 16.000 S bekommt er nur, wenn er sich zeitlich unbegrenzt hier aufhält. Das heißt also, er muß hier nicht eine begrenzte Arbeitserlaubnis haben, sondern eine zeitlich unbegrenzte. Bei der Heiratsbeihilfe, bei den zweimal 7500 S, braucht er nur den Wohnsitz und den Mittelpunkt des Lebens hier haben, aber nicht das Merkmal „zeitlich unbegrenzt“. Das heißt, es kriegt also auch jeder Ausländer, der hierherkommt, ein Arbeitsverhältnis gründet, wenn er hier schnell heiratet, bevor er heimfährt, das Heiratsgeld. — Das sind alles Fragen, über die man diskutieren könnte.

Wenn wir reich wären, Herr Minister, dann wäre ich dafür, daß wir das Geld mit vollen Händen an andere herschenken. Aber, Herr Minister, wir sind arm, wir sind arm geworden durch eine schlechte Finanzpolitik. Wir sind so arm geworden, daß heute die Pensionen der Arbeiter nur ausbezahlt werden können, wenn die Banken Geld herleihen. Wir sind so arm geworden, Herr Finanzminister,

Zeillinger

daß Sie bereits auf eine Anleihe greifen müssen. Wenn die Einnahmen erst im Oktober kommen, müssen Sie im September 700, 800, 900 Millionen Schilling ausleihen und dafür 5 Millionen Schilling den Banken bezahlen, weil Sie sonst nicht in der Lage sind, den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Sehen Sie, so arm sind wir, und da, Herr Kollege Fischer, glaube ich, ist es Zeit, besser nicht mit der ÖVP abzurechnen, denn die ist erledigt, die ist passé. Ob sie wiederkommt, weiß ich nicht. Aber ich kann Ihnen sicher sagen, *so schlecht könnte sie gar nicht mehr regieren*, denn ich glaube, das Volk kann sich ganz einfach solche Regierungen nicht mehr leisten wie in den letzten zwei Perioden, Herr Kollege.

Wir sind doch, täuschen wir nicht die Öffentlichkeit, am Ende! Spielen wir doch nicht der Öffentlichkeit etwas vor, die Situation ist ernst, sie war noch nie so ernst wie jetzt. Sprechen wir doch von einer Inflation, die wir heute haben, mit 10 Prozent. Ich darf Sie, meine Damen und Herren, erinnern, wie empört Sie aufgesprungen sind, als wir gesagt haben, unter Ihrer Regierung werden 6 Prozent Preissteigerungen kommen. „Niemals, solange Sozialisten in der Regierung sitzen!“, haben sie da unten gerufen, Herr Bundeskanzler, in der sozialistischen Fraktion. Nun, die sozialistische Regierung sitzt noch immer oben. 10 Prozent haben wir jetzt, Herr Kollege Fischer. Ich wollte davon nicht beim Budget reden, Sie sehen, ich habe lange vom Budget gesprochen. Sie haben so viel Politisches ausgesprochen, davon aber haben Sie nicht gesprochen. Glauben Sie, daß es das Volk nicht interessiert, wie hoch die Teuerung ist?

Wissen Sie, was zum Beispiel die Erkenntnis des deutschen Wirtschaftsrates war? „Inflation ist die größte Gefährdung der Arbeitsplätze.“ Meine Herren! Das ist die Antwort auf Ihre These „Wollt ihr Inflation...“ — Wir haben schon eine Zeit erlebt, wo es hieß: Wollt ihr oder wollt ihr nicht? „Wollt ihr Inflation oder sichere Arbeitsplätze?“ Darauf schreien sie: „Sichere Arbeitsplätze!“ (Heiterkeit.) Nein, Herr Kollege, Inflation heißt die Arbeitsplätze gefährden. Das hat der deutsche Staat, das haben auch alle europäischen Staaten erkannt. Warum bremst denn auch die Gewerkschaft im Nachbarstaat so und schaut, daß die Sieben-Prozent-Grenze nicht überschritten wird? Weil sie weiß, welche Gefahr dann eintritt.

Meine Damen und Herren! Das sind sehr ernste Ziffern. Da kann man nicht darüber hinwegtäuschen, indem man sagt: Reden wir nicht davon, daß wir schlecht sind,

aber die Schwarzen sind ja noch viel schlechter gewesen! Und fürchtet euch, Österreicher, denn wenn wir Schlechten weggehen, dann kommen die noch Schlechteren nach. Und am allerschlechtesten wäre es, wenn die Freiheitlichen zum Zuge kämen. — Kein Mensch hat das vorgeschlagen, Herr Kollege!

Reden wir doch über die gegenwärtige Regierung, reden wir über das Budget des nächsten Jahres! Reden wir über die Tatsache, daß sich dieser Finanzminister in einer Situation befindet, in der er noch nicht weiß, womit er im Jänner bezahlen wird. Sprechen wir darüber, daß er — um zum Schluß wieder auf die Budgetziffern zu kommen — in neun Monaten an Umsatzsteuereinnahmen statt 70 nur 65 Prozent gemacht hat, daß er sich dabei total verschätzt hat, daß die Einnahmen in den ersten neun Monaten um 13,5 Milliarden zurückgeblieben sind.

Wie soll dieses Budgetdefizit finanziert werden, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei? Darauf erwarten wir freihheitlichen Abgeordneten eine Antwort. Durch Nichtbezahlung von Rechnungen, wie aus dem Finanzministerium berichtet wird? Das ist doch keine Lösung. So etwas ist sogar schon anderen Regierungen eingefallen. Oder durch Appelle an das Volk, zu sparen? Solange Sie selber nicht sparen, können Sie das nicht erwarten. Mit diesem Budget sparen Sie nicht! Zuerst müssen Sie selber in den Staatsfinanzen Ordnung machen!

Beginnen Sie, Herr Kollege Fischer, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, damit, nur einen Bruchteil dessen im nächsten Budget zu verwirklichen, was Sie damals, als Sie noch in Opposition waren und mit uns gegen die ÖVP gekämpft haben, versprochen haben: Stabilität des Schillings, keine Inflation!

Beginnen Sie all das zu verwirklichen! Beginnen Sie zu sparen! Dann sind wir durchaus bereit, zum Budget ja zu sagen. Wir Freiheitlichen haben das schon bewiesen.

Das wissen Sie, Herr Kollege Fischer! Weil Sie heute auch uns schon einige bittere Worte gewidmet haben, darf ich sagen: Wir sind keine Neinsagerpartei. Das sollte gerade Ihre Fraktion sehr wohl wissen. Ich glaube, diese Regierung wäre unter Umständen nicht mehr im Amte, wenn wir nicht den Mut zu manchmal unpopulären Entscheidungen hätten.

Wir werden dies auch bei diesem Budget beweisen. Wir lehnen nicht grundsätzlich alles ab. Wir machen unsere Zustimmung oder Ablehnung bei jedem einzelnen Kapitel — das werden meine Fraktionskollegen noch begrün-

11896

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Zeillinger

den — von der Entwicklung bei den jeweiligen Budgetkapiteln abhängig. Wir sind keine Neinsager.

Aber, Herr Kollege Fischer, wir sagen nein zur Politik, vor allem zur Finanzpolitik dieser sozialistischen Regierung. Darum werden wir Freiheitlichen gegen das Gesamtbudget stimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Heindl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Heindl** (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn wir heute die Budgetdebatte fortsetzen, so stehen wir Sozialisten noch immer unter dem Eindruck der Panikmache, unter dem Eindruck der von den ÖVP-Vertretern hier in den Raum gestellten Katastrophen- und Krisenstimmung.

Sie waren ja nie zimperlich mit der Sachlichkeit. Aber das, was Sie in den letzten Wochen — wir haben es heute ja wieder erlebt — von sich gegeben haben, ist entschieden zuviel!

In einer Zeit, in der die Bevölkerung durch tägliche Meldungen über den Rundfunk, über das Fernsehen über die triste Wirtschaftssituation in allen oder in den meisten europäischen Ländern, in den Vereinigten Staaten, in Japan, in Kanada beunruhigt wird, in einer Zeit, in der in fast jeder Nachrichtensendung über das Ansteigen der Arbeitslosenziffern in Nachbarstaaten berichtet wird, scheuen Sie nicht davor zurück, das Unterste zuoberst zu kehren, schrecken Sie nicht davor zurück, von einer mißglückten Wirtschaftspolitik, von Verschwendung, von Budgetillusionismus, von Bankrottpolitik, von drohender Arbeitslosigkeit *(Abg. Fachleutner: Stimmt ja!)*, ja, wie es Herr Dr. Schleinzner formulierte, sogar von Konkurs zu reden.

Sie, meine Damen und Herren, verunsichern die österreichische Bevölkerung mit derartigen Aussagen. *(Abg. Fachleutner: Wir lügen sie nicht an!)* Das ist keine Politik für die Bevölkerung, sondern das ist eine Politik gegen die österreichische Bevölkerung! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben uns, als wir Ihren Debattenbeiträgen zuhörten, insbesondere beim Nachlesen der Debattenbeiträge der Herren Dr. Schleinzner und Dr. Koren, gefragt: Ja reden denn diese Herren von Österreich?

Herr Dr. Withalm hat von einer Eröffnungsbilanz, von einer Abschlußbilanz gesprochen.

Sie werden uns erlauben, daß auch wir Resümee über die Jahre 1970 bis heute ziehen, Bilanz über einen Zeitraum, in dem zum

erstenmal in der Geschichte dieses Landes eine sozialistische Regierung für die Geschicke verantwortlich zeichnete.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, versuchen vor allem hier im Parlament diesen Zeitraum schwarz-, ganz schwarz-, also schlechtzumalen. Wie ist er aber wirklich?

Kollege Fischer hat von verschiedenen Dingen gesprochen und hat sie so dargestellt, als wäre das alles für Sie immer zuwenig, als würden Sie sonst nichts tun als nein sagen.

Ich möchte die Dinge ein bißchen anders darstellen, ich will die Frage anders formulieren. Seit Beginn der siebziger Jahre, also seit Antritt der sozialistischen Bundesregierung, herrscht in Österreich eine Hochkonjunktur, und zwar eine ungebrochene Hochkonjunktur, obwohl in derselben Zeitspanne im Ausland, ganz besonders in den westlichen Industriestaaten, sehr spürbare Abschwächungen festzustellen waren.

Seit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch das Kabinett Kreisky liegt das reale Wirtschaftswachstum Österreichs beträchtlich über dem europäischen Durchschnitt. Selbst im heurigen Jahr, in dem es in den meisten Staaten in West- und Südeuropa, in den Vereinigten Staaten, in Japan, in Kanada nur zu einem geringfügigen Wirtschaftswachstum kommen wird, ja manchmal zu einem Null-, ja sogar zu einem Minuswachstum, wird in Österreich das reale Wirtschaftswachstum neuerlich 5 Prozent betragen!

Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei: Ist dies das Ergebnis einer schlechten Wirtschaftspolitik? Kann dies das Ergebnis einer, wie Sie es nennen, „Bankrottpolitik“ sein?

Wenn die angesehenste Finanz- und Wirtschaftszeitung der Welt der Regierung Kreisky den Wirtschafts-Oscar zuspricht, muß ich fragen: Glauben Sie, daß diese demonstrative Geste einer Regierung für eine schlechte Wirtschaftspolitik zuteil wird?

Es blieb Ihrem Parteiobmann Dr. Schleinzner vorbehalten, diese Wirtschaftspolitik als „Konkurspolitik“ zu bezeichnen. Sie irren aber beträchtlich, meine Damen und Herren, wenn Sie glauben, daß die österreichische Bevölkerung diesen Widerspruch nicht erkennt, daß die österreichische Bevölkerung die Aussagen des Herrn Dr. Schleinzner nicht als das erkennt, was sie wirklich sind, nämlich eine Krankjammerei, das Herabsetzen der Leistungen des österreichischen Volkes, eine Herabsetzung der Leistungen der sozialistischen Regierung Dr. Kreisky. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg.*

Dr. Heindl

Dr. Kohlmaier: Der Regierung, nicht des Volkes! Das Volk ist gut, aber die Regierung ist schlecht!

Die Sozialistische Partei hat es sich zum Ziel gesetzt, Österreich nicht nur moderner zu gestalten, sondern auch einen Staat der Wohlfahrt für alle zu verwirklichen. Zwischen 1970 und 1975 werden für Ausgaben zur Verwirklichung dieses Zieles um 21 Milliarden Schilling mehr, das heißt um 90 Prozent mehr, aufgewendet. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Ist das Verschwendungspolitik?

Betrug die kleinste Pension mit Ausgleichszulage 1970 1290 S, so wird sie ab 1. Jänner 2150 S betragen, also eine Steigerung um 76 Prozent! Die Steigerungen der Durchschnittspensionen im selben Zeitraum werden 66 Prozent ausmachen.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ich frage Sie: Sind diese Ausgabensteigerungen Ausdruck einer Verschwendungspolitik?

Während für die Pensionsversicherungsanstalt der Bauern in Ihrem letzten Budget, das Sie gemacht haben, also für 1970, 726 Millionen Schilling ausgegeben worden sind, werden im nächsten Jahr für diesen Zweck 2,1 Milliarden Schilling, also dreimal soviel aufgewendet werden.

Ja ist denn das Verschwendung? Der Gesamtaufwand für Notstandshilfe, Arbeitslosengeld, Karenzurlaub wurde von 1970 — da gab es das letzte ÖVP-Budget — bis 1975 um 1,1 Milliarden erhöht, also eine Verdoppelung! Ist das Ihrer Meinung nach Verschwendung?

Wenn die Kinderbeihilfe am 1. Jänner neuerlich, zum sechstenmal in der Regierungszeit Kreiskys, erhöht wird, muß ich fragen: Ist das alles Verschwendung? *(Ruf bei der ÖVP: Eine Notwendigkeit wegen der Inflation!)*

Ich weiß, für die Österreichische Volkspartei ist die Tatsache, daß unsere Kinder unentgeltlich Schulbücher bekommen, daß sie Schulfreifahrten bekommen, nichts als Verschwendung. Für uns, meine Damen und Herren, ist aber all das ein Schritt mehr in jene Richtung, die wir uns zum Ziel gesetzt haben: Chancengleichheit für alle Kinder! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie sprechen ständig von einer in Unordnung geratenen Wirtschaft. Sie sagen der österreichischen Bevölkerung aber nicht, daß der österreichische Schilling zu den stabilsten Währungen der Welt zählt. Lediglich die Schweiz und Holland, Herr Abgeordneter Dok-

tor Graf, haben eine höhere *(Abg. Graf: Ich bin kein Doktor und habe zu Ihnen nichts gesagt!)*, Herr Präsident Graf, Währungsdekung. Sie sagen der Bevölkerung nicht, daß der Schilling zu 85 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt ist. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Nein, das wird immer weniger! Stimmt nicht!)* So ist es, Herr Dr. Kohlmaier!

Noch nie hat ein ÖVP-Sprecher hier verkündet, daß die Spareinlagen der österreichischen Sparer von 1970 bis heute verdoppelt worden sind. Noch nie haben Sie hier zugegeben, daß wir in Österreich die höchste Beschäftigtenzahl und die niedrigste Arbeitslosenquote haben. Über alle diese Dinge reden Sie nicht! *(Abg. Kammerhofer: Reden Sie vom Betrug am Sparer!)*

So könnten wir noch viele, viele positive Beispiele bringen, viele Verbesserungen nennen. Verbesserungen, die beweisen, daß Österreich in der Zeit von 1970 bis 1975 nicht nur moderner, nicht nur reicher, sondern auch besser geworden ist. Beispiele, die zeigen, daß die österreichische Bevölkerung in keiner Regierungsperiode vorher einen derart hohen Lebensstandard erreichte wie unter der Regierung Dr. Kreisky. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber das verschweigen Sie — Sie malen Krisen an die Wand, Krisen, die es in Österreich nicht gibt, meine Damen und Herren!

Sicher, ich würde nicht die volle Wahrheit sagen, würde ich mich nicht mit dem Problem der Preise auseinandersetzen. *(Abg. Kammerhofer: 5 Prozent Zinsen und 10 Prozent Inflation!)* Aber es ist doch Ihnen, meine Damen und Herren, genauso bekannt wie uns, daß die Teuerung ein weltweites Problem ist. Es ist Ihnen genauso bekannt wie uns, daß Österreich im Verhältnis zu den anderen Staaten zu den Staaten mit der geringsten Teuerungsrate zählt. Aber all das nennen Sie hier nicht, über das reden Sie hier nicht, Sie erwecken den Eindruck, als sei es in Österreich am unangenehmsten, als wäre in Österreich die Wirtschaftspolitik am unordentlichsten.

Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, als könnten Sie die Dinge rascher bewerkstelligen. Wir Sozialisten sind glücklich darüber, daß unsere Regierung alles unternimmt, alles Akzeptable unternimmt, um die Inflationsrate in Grenzen zu halten, um die Inflationsrate langsam zu senken.

Auch Sie haben Experten und Wirtschaftspolitiker, die genauso wissen wie wir: Soll die Inflationsrate gesenkt werden, ohne deshalb aber die Vollbeschäftigung zu gefährden, so ist das nur allmählich, in einem langsamen Prozeß möglich. Der Kampf gegen die Infla-

11898

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Heindl

tion kann, wie erst jüngst ein Experte von hohem Rang erklärte, nicht von Falken, sondern nur von Tauben gewonnen werden. Wir Sozialisten sind überzeugt, daß von unserer Regierung à la longue dieser Kampf gewonnen werden wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir Sozialisten lehnen auch das Risiko einer, wie es der Präsident der Wiener Handelskammer Mitterer nennt, „gewissen Arbeitslosigkeit“ ab, und zwar lehnen wir es mit aller Entschiedenheit ab, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei!

In erster Linie deshalb, weil wir jedem österreichischen Staatsbürger das Los der Arbeitslosigkeit ersparen wollen. Denn Arbeitslosigkeit bedeutet Angst, existentielle Not und Demütigung. Wir lehnen Arbeitslosigkeit aber auch ab, weil sie ökonomisch in keiner Weise einen Lösungsbeitrag in der jetzigen Wirtschaftssituation darstellt. Aber wir lehnen sie insbesondere auch deswegen ab, weil wir im Lichte der geschichtlichen Erfahrung die politischen Konsequenzen einer derartigen, die Vollbeschäftigung gefährdenden Politik genau kennen. Wer wie Ihr Nationalrat Mitterer glaubt, mit einer „gewissen“ Arbeitslosigkeit Inflation bekämpfen zu können, der hängt einer makabren Nostalgie nach, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir Sozialisten zu einem Budget Stellung nehmen, konkret zum Budget 1975, dann fragen wir uns: Ist es ein soziales Budget, ist es ein stabilitätsgerechtes Budget? Für uns ist es wichtig, die Beurteilung nach gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen vorzunehmen. Eines der zentralen politischen Elemente, welches im Budget 1975 zum Ausdruck kommt, ist jene umfangreiche Einkommensverbesserung, die mit 1. Jänner 1975 in Kraft treten wird: die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer zusammen mit der Erhöhung der Pension sowie der Familienleistungen.

Ein weiteres Element individueller Wohlfahrtssteigerung ist zweifellos die Einführung der 40-Stunden-Woche, die im Bereich des öffentlichen Dienstes auch weitreichende budgetäre Konsequenzen hat. Das ist durchaus natürlich.

Gerade hier aber ist die ganze Doppelbödigkeit der Argumentation der Österreichischen Volkspartei klar und deutlich erkennbar.

Während in den Zentralstellen von den Personalvertretern des ÖAAB ständig Forderungen nach mehr Dienstposten und nach mehr Überstundenleistungen gestellt werden, treten Sie hier auf und sprechen gegen Dienstposten-

erhöhungen, tun so, als sei das das Ergebnis einer falschen Verwaltungspolitik, meine Damen und Herren!

Herr Dr. Schleinzner hat einen Einsparungsplan für die öffentliche Verwaltung vorgeschlagen. Er hat es nur unterlassen zu sagen — und man hört und sieht ja nirgends etwas —, wie das realisiert werden soll. *(Abg. Dr. Schleinzner: Wir haben Ihnen ja gezeigt, wie man das macht!)* Hier wird ein Satz in den Raum gestellt, aber wie man das machen soll, darum kümmern Sie sich nicht. Das ist Ihre Oppositionspolitik: Nur Dinge in den Raum zu stellen, die Sie weder beweisen können noch die Absicht haben, zu realisieren, weil Sie wissen, daß Sie es nicht können. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Schleinzner: Ich will Sie nicht unterbrechen!)* Sie können mich ruhig unterbrechen. *(Abg. Dr. Schleinzner: Wir haben Ihnen ja gezeigt, wie man das macht!)* Ich kann Ihnen ganz genau sagen, wie das war: Sie haben Dienstposten eingespart, die Sie seinerzeit gar nicht besetzen konnten. So war das unter Ihrer Ära! *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Und Sie besetzen Dienstposten, die Sie einsparen könnten! Das ist der Unterschied!)*

Aber alle diese Verbesserungen kosten natürlich Milliarden und sind mit einer der Gründe für das Budgetdefizit, das wir im kommenden Jahr haben.

Aufgabe dieses Budgets ist es aber auch, diese weitgehend individuellen Einkommensverbesserungen überhaupt erst finanzierbar zu machen und weiters dafür zu sorgen, daß sie nicht durch höhere Preissteigerungen wieder verlorengehen.

Was die Finanzierbarkeit betrifft, sind im Budget erhebliche Einsparungen bei wichtigen öffentlichen Ausgaben gemacht worden. Trotzdem macht das Budgetdefizit über 16 Milliarden Schilling aus. Dieses steigende Budgetdefizit, die daraus folgende Erhöhung der Staatsschuld und die Abstriche bei wichtigen öffentlichen Ausgaben sind Teile des Preises für die genannten umfangreichen Einkommensverbesserungen. Denn die dafür erforderlichen Milliardenbeträge können nun einmal nicht allein durch Ausgabenkürzungen gewonnen werden, wenn man sich den hohen Anteil rechtlicher Verpflichtungen an den Gesamtausgaben und die große öffentliche Bedeutung vieler Ausgaben vor Augen hält.

Sie zweifeln die Finanzierbarkeit des Defizits an. Meine Damen und Herren! Wir sind überzeugt, daß es finanzierbar ist, und zwar aus zwei Gründen: weil die Kreditfähigkeit,

Dr. Heindl

der Ruf der österreichischen Regierung im Ausland sehr groß ist, weil wir weiters den Ruf haben als Land mit einem starken sozialen Frieden. Das sind Komponenten, die die Voraussetzungen für eine hohe Reputation im Ausland sind.

Bei den Preissteigerungen muß zunächst berücksichtigt werden, daß der Verstärkung des Nachfragedrucks durch die Erhöhung des Defizits eine Bremsung des Kostenauftriebes gegenübersteht. Diesen zusätzlichen Kostenauftrieb hätte es sonst sicherlich in der Wirtschaft gegeben. Denn wäre es nicht zu einer Lohnsteuersenkung im Jahre 1975 gekommen, wäre der Arbeiterschaft wohl nichts anderes übriggeblieben, als wesentlich stärkere Lohn erhöhungen durchzusetzen und auf diese Weise die steigende Steuerprogression zu kompensieren. Das aber hätte von der Kosten- seite her neuerlich den Preisauftrieb verstärkt. Die im Budget 1975 zum Ausdruck kommende Steuersenkung verringert somit den Kostendruck. Das, meine Damen und Herren, sollten Sie doch wirklich sehen und zugeben. Das darf nicht übersehen werden, wenn man von den preissteigernden Folgen des höheren Defizits spricht.

In der Phase eines leicht unterdurchschnittlichen Wachstums, wie es für 1975 geschätzt wird — wobei wir auch hier sagen können, daß die Prognosen Österreich neben Norwegen zu den besten Staaten zählen und die beste Entwicklung für das kommende Jahr voraussehen —, wird diese Dämpfung stabilitätspolitisch sogar bedeutender sein als eine stärkere Dämpfung der inländischen Nachfrage über ein geringeres Budgetdefizit, die ohne Steuersenkung erfolgt wäre. Nach Auffassung der meisten Volkswirtschaftler ist nicht die Höhe des Defizits allein für die preislichen Auswirkungen eines Budgets entscheidend, sondern auch die Zusammensetzung der Ausgaben. Gerade hier ist aber das Budget 1975, nicht zuletzt durch seine Zurückhaltung bei Bauinvestitionen, eindeutig stabilitätsorientiert.

In einer Zeit internationaler Wirtschaftsabschwächung und steigender Arbeitslosenzahlen in anderen Ländern wird dieses Budget durch seine Konzipierung auch dazu beitragen, die Vollbeschäftigung in Österreich zu sichern.

Sie kritisieren immer wieder, insbesondere Professor Koren, das Konjunkturausgleichsbudget. Wir Sozialisten aber wissen, daß mit diesem die Voraussetzung geschaffen wurde, für den Fall eines eventuellen ernstlichen Beschäftigungseinbruches die Wirtschaft neuerlich anzukurbeln.

Wir hätten uns gerne mit Ihren Vorstellungen, mit Ihren Alternativen, die Sie hier vorgeben, auseinandergesetzt. Leider war weder hier noch außerhalb des Parlaments außer böartigen Unterstellungen, Bankrott- und Konkursgerede etwas zu vernehmen. Sie haben nämlich in Wirklichkeit gar keine Alternativen zu bieten! (*Beifall bei der SPO.*)

Auf Plakaten tun Sie kund, daß Sie eine Wirtschaft in Ordnung bringen wollen, eine Wirtschaft, die doch eigentlich in Ordnung ist. Damit ich mir eine Vorstellung mache, was Sie aber doch vielleicht meinen können, habe ich mir Ihren Plan 3 gewissenhaft angesehen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Ja, Sie sollten ihn genau lesen, und wenn Sie nach diesem Plan hier reden würden, würden Sie die Dinge etwas anders charakterisieren, denn bereits auf Seite 9 — lesen Sie ihn nur durch, bitte — kann man ganz genau folgendes feststellen: Da schreiben Sie, daß der wirtschaftliche Aufschwung zu vermehrtem Wohlstand, zu steigendem Einkommen und zu einer dauerhaften Vollbeschäftigung in Österreich geführt hat. Hier, meine Damen und Herren, reden Sie anders. Hier reden Sie von Belastungen. Hier reden Sie von Verschlechterungen. Hier reden Sie von Verschwendung.

In der Analyse der bisherigen Entwicklung wird unter anderem in Ihrem Traumbuch festgestellt, daß Österreich im Jahr 1973 die höchste Investitionsquote nach Japan hat. Ja ist das eine schlechte Politik?

Sie stellen fest, daß Österreich seinen Anteil an Forschungsausgaben am Nationalprodukt von 1969 bis 1972 von 0,7 auf 0,8 Prozent erhöht hat. Hier, in Ihrem Buch, stellen Sie fest, daß in Österreich von 1970 bis 1973 die Arbeitslosenrate von 2,4 auf 1,6 Prozent zurückgegangen ist. Ja ist denn das schlechte Politik? Warum sagen Sie das nicht hier? Warum schreiben Sie das nur in der Annahme, daß das Buch sowieso die meisten nicht lesen?

Meine Damen und Herren! Eine nicht uninteressante Feststellung findet sich auf Seite 134 Ihres Wirtschaftsplanes, Plan 3, wie er so schön heißt, nicht uninteressant deswegen, weil sich hier Ihre Sprecher im Parlament und auch außerhalb des Parlaments ganz anders äußern. Sie schreiben nämlich:

Öffentliche Tarife und amtlich geregelte Preise sollen nicht in zu großen Abständen der Kostenentwicklung angepaßt werden.

Wenn die sozialistische Regierung dement-sprechend verfährt, schreiben Sie ihr vor und rufen Sie ihr hin, das sei eine schlechte Politik. Ihre Experten aber schlagen diese Politik vor!

11900

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Heindl

Wenn das nicht Doppelbödigkeit ist, was denn sonst, meine Damen und Herren? (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie stellen in diesem Plan Forderungen auf, die von der sozialistischen Regierung bereits erfüllt worden sind oder in Erfüllung begriffen sind. Ganze Litaneien, zwei Seiten sind das.

Aber etwas besonders Interessantes findet man auf der Seite 70 und auf der Seite 71. Dort wird über die hohe Steuerbelastungsquote in Österreich gesprochen. Sie kritisieren sie. Sie kritisieren sie ja auch hier immer. Interessant ist aber das Ganze deswegen, weil Sie dem eine Tabelle als Beweis für Ihre Argumentation zugrunde legen, die die Jahre 1968 bis 1970 betrifft. Ja wer hat denn 1968 bis 1970 regiert? Wenn Sie das ernst nehmen, dann geben Sie ja mit dem Plan selber zu, daß die Steuerbelastungsquote in Österreich nicht von der Sozialistischen Partei gebracht worden ist, sondern von den ÖVP-Finanzministern. Finanzminister Androsch war es, der verschiedene Steuern, die Sie eingeführt haben, abgeschafft hat. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Eingebaut!*) Der sie abgeschafft hat. Und diesen Ihren hohen Steuerbelastungsquoten wird für 1975, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, eine geringere Steuerbelastungsquote in Österreich gegenüberstehen! Sagen Sie das einmal hier, geben Sie das zu, daß das das Ergebnis der sozialistischen Wirtschaftspolitik ist! (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist das Faktum, Herr Doktor Kohlmaier, Sie müssen sich nur die Zahlen genauer anschauen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ich habe die Zahlen genau angeschaut!*)

Sie haben sich hier besonders über das Budgetdefizit ausgelassen. Natürlich werden Sie erlauben, daß wir gegenüberstellen, was Sie sich vorstellen, wie es sich nach Ihren Plänen entwickeln soll. Auch wenn Sie hier im Parlament heuer sagen, wir stellen keine Forderungen, in Ihrem Programm haben Sie über 40 Forderungen an den Staatshaushalt aufgestellt. Diese Forderungen zusammen mit den neuerlichen geforderten großen Steuersenkungen sowie der geforderten Ausweitung des Anteils an den Ermessenskrediten sind eine Kostengröße von 15 bis 20 Milliarden Schilling! Wollen Sie denn wirklich das Budgetdefizit in Ordnung bringen mit so viel Forderungen? Wie Sie mit derartigen Dingen weiter Politik machen wollen, das ist wirklich ungründbar. Sie machen auch keinerlei Versuch, wie Sie das bewerkstelligen wollen, denn es findet überhaupt auf all diesen Seiten in dem ganzen Buch keine einzige gemachte Einsparung Platz.

Was von Ihrer Kritik an der Budgetpolitik der sozialistischen Bundesregierung zu halten ist bei einem derartigen Widerspruch von schriftlichen Absichten und mündlich geäußelter Kritik, das überlassen wir Sozialisten mit ruhigem Gewissen der österreichischen Bevölkerung.

Interessant sind auch noch die Ausführungen zur Inflationsbekämpfung. Ich würde sie fast überschreiben als „Inflationsbekämpfung etwa durch Preissteigerungen“, denn die Inflation wird bei Ihnen schlechthin als nachfragebedingt qualifiziert. Die Ursachen auf der Angebotseite, wie die Auswirkungen von Machtkämpfen und überhaupt die Vermachtung der Märkte, die sich besonders in der Ölkrise 1973/74 als eine der Hauptursachen der europäischen Inflation erwiesen haben, werden schlechthin übergangen.

Der Hauptvorwurf an die Regierung, formuliert auf der Seite 112 (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier*), ist derjenige, daß wir eine zu stark wachstumsorientierte Politik betrieben haben; sagt Professor Koren immer wieder. Ja wer hat mit der wachstumsorientierten Politik begonnen? Dr. Withalm hat selbst den Koren-Plan, hat selbst die Wachstumsgesetze erwähnt. Sie haben eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik betrieben. Das kritisieren wir nicht. Wir bekennen uns dazu. Sie tun nur heute so, als wollen Sie damit nichts zu tun haben.

Immer weitere Forderungen nach wachstumsfördernden Steuerbegünstigungen werden gestellt.

Überhaupt hat die ÖVP auch bei der Wechselkurspolitik und bei der Preiskontrolle eine stärkere Stabilitätsorientierung, wie wir Sozialisten sie gefordert haben, abgelehnt.

Betrachtet man jedoch im folgenden die gesamten von der ÖVP in ihrem Wirtschaftsprogramm vorgesehenen Maßnahmen hinsichtlich ihrer stabilitätsfördernden Wirkungen, so erkennt man ganz deutlich, daß praktisch fast alle diese Maßnahmen nicht eine Verminderung, sondern eine Verstärkung des Preisauftriebes zur Folge haben.

Dies gilt insbesondere für folgende Forderungen: Es wird der Schutz der heimischen Landwirtschaft vor wettbewerbsverzerrenden Einfuhren gefordert. Ja was bedeutet das? Eine Verteuerung doch der Lebensmittel im Inland!

Es wird eine Änderung der Wechselkurspolitik verlangt, die stärker auf die Entwicklung der Handelsströme und die Zahlungs-

Dr. Heindl

bilanz achten soll. Was verbirgt sich denn dahinter? Eine Verteuerung der Importe, eine Verbilligung der Exporte!

Sie verlangen eine abwertende Tendenz des Schillingkurses. Ja was heißt das alles? Das bringt doch nur Preissteigerungen mit sich!

Weiters soll der Spielraum für die Offenermarktpolitik und die Wechselfinanzierung erweitert werden, was von der Geldseite ebenfalls eine preissteigernde Wirkung zur Folge hätte. So, meine Damen und Herren, schaut nach Ihrem Wirtschaftsplan, nach Ihrem Wirtschaftsprogramm die Politik der Zukunft von seiten der ÖVP aus.

Die Probleme, die uns Sozialisten aber besonders am Herzen liegen, weil wir wissen, daß es für die gute und gedeihliche Weiterentwicklung unseres Landes lebensnotwendig ist, nämlich Vollbeschäftigungspolitik, Energiesparen, die kennt Ihr Wirtschaftsprogramm nicht, geschweige denn daß es einen Vorrang der Vollbeschäftigungspolitik kennt. Darüber reden Sie lieber nicht. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Wenn man sich all das vergegenwärtigt, wenn man sieht, daß den gestellten Forderungen an den Staatshaushalt keine konkreten und finanziell wirksamen Einkommensvorschläge gegenüberstehen, dann weiß man, was die ÖVP-Politik bringen würde: nämlich das, was es in Österreich nicht gibt, aber was es dann geben würde, wenn es zur Realisierung Ihres Programms kommen würde: nämlich eine Krise.

Dr. Schleinzner glaubt, bei uns herrsche Torschlußpanik. Sie irren, meine Damen und Herren! Wir haben keine Torschlußpanik, denn wir glauben ... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Nein! Wir sind fest überzeugt davon, daß die durch die internationale Entwicklung hervorgerufenen Probleme in unserem Land so wie 1971 und 1972 nur die Sozialistische Partei, nur eine Regierung Kreisky lösen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Prader. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Prader (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe so wie mein Oppositionsvorredner, der Herr Abgeordnete Zeillinger, zunächst eine längere Orientierungspause gebraucht, um zu begreifen, wer eigentlich anlässlich der Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Dr. Fischer hier gemacht hat, auf der Regierungsbank sitzt. Er hat gemeint, der ehemalige Herr Vizekanz-

ler habe bei seiner Philippika, die sehr angebracht war, im Rückblick in Nostalgie geschwelgt.

Sie schwelgen jetzt schon, und das hat mich irgendwie bedenklich gestimmt, und das berechtigt auch die Ausführungen von Doktor Schleinzner, daß bei Ihnen eine Torschlußpanik-Stimmung vorhanden ist.

Sie haben gemeint, man könne nicht einmal so reden und einmal so reden. Sie haben von Doppelzüngigkeit gesprochen. Herr Kollege Dr. Fischer! Auch andere Redner nach Ihnen haben das getan.

Man soll nicht provozieren: Wenn 3 Prozent eine Katastrophe sind, dann können 10 Prozent nicht gut sein. Das ist sehr einfach. Wenn 7 bis 8 Milliarden Schilling Defizit etwas Fürchterliches sind und *(Abg. Dr. W i t h a l m: Ein Wahnsinn!)* ein Wahnsinn sind, wie der Herr Bundeskanzler gesagt hat, dann können 22,5 Milliarden Schilling Defizit nicht gut sein.

Wenn Sie sagen: Alternativen müssen her!, so erinnere ich Sie daran, daß der Herr Bundeskanzler einmal gemeint hat beziehungsweise der Meinung war, daß in Österreich, als man an ihn die Forderung gestellt hat, ein Alternativkomplex vorhanden wäre. Nach dieser Meinung des Herrn Kanzlers wären Sie alle daher „Komplexler“, um es hier übertragen so auszudrücken. Der Herr Bundeskanzler hat gemeint, es sei doch ganz unmöglich für die Opposition, ein Alternativbudget oder ähnliche Dinge zu erstellen, es müßte eine völlige Umorientierung der gesamten Verwaltung eintreten. Die Opposition habe einfach gar nicht die Möglichkeit, so etwas zu tun.

Es ließe sich diese Liste der Ungerechtigkeiten und der Unaufrichtigkeiten, um es auch so zu sagen, fortsetzen. Weil Sie schon so in Theologie geschwelgt haben, Herr Doktor Fischer ... *(Abg. Dr. F i s c h e r: Ein Zitat!)* Nein, es waren mehrere Bibelzitate. Sie unterschätzen sich diesbezüglich. Sie haben mehr als nur ein Zitat produziert. Ich möchte mich daher auch etwas biblisch ausdrücken und dem Herrn Bundeskanzler sagen: Deine Rede sei ja, ja und nein, nein. — Auch das steht in der Bibel geschrieben! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Dr. Fischer hat dann gemeint, es sei den Österreichern sicher lieber, auch fürderhin eine sozialistische Regierung zu haben. Ich muß sagen: Ich habe auf Grund der bisherigen Wahlergebnisse diesen Eindruck absolut nicht gewinnen können, Herr Dr. Fischer, und zwar entgegen Ihrer nostalgischen Ausführung. Welche Fakten haben Sie dazu bewogen? Ich glaube daher, daß diesbe-

11902

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Prader

zöglich eine andere Auffassung besteht als die, die Sie den Österreichern suggerieren wollen, die an Hand der Lohnzettel doch nicht zu der Auffassung kommen, die Sie hier vorgebracht haben, sondern zu einer völlig anderen.

Was nun das Vorbringen betrifft, daß die Österreicher lieber eine sozialistische Regierungstätigkeit haben als eine Verwaltungstätigkeit einer ÖVP-Regierung, so läßt sich darüber streiten. Es wurde dann angefügt — es ist das Ihr neuer Slogan, den man überall durchhört —: Nicht nur Schleizer, sondern auch Peter. Letzteren Part überlasse ich Ihnen. Im übrigen möchte ich nur sagen, daß bereits einmal ein stiller Koalitionspartner FPÖ in diesem Haus gesessen ist. Er hat aber seinerzeit nicht die ÖVP-Regierung unterstützt, sondern die Minderheitsregierung Dr. Kreisky. — Auch das zur Steuerung der Wahrheit.

Aber es gibt ja noch andere Dinge, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, die Sie nicht gesagt haben. Sie haben einleitend gleich mit irgendwelchen Zahlen paradiert. Auch ich habe solche zur Verfügung. Wenn man die Pensionsanpassungsfaktoren hernimmt — es kommt immer darauf an, wie man etwas sagt —: Im Jahre 1969 war der Anpassungsfaktor 7,1. Im Jahre 1969 hat die Preissteigerung 3,1 Prozent betragen. Die echte Reallohn-Wertsteigerung im Jahre 1969 hat daher 4 Prozent betragen. Wenn Sie zum Beispiel das Jahr 1973 hernehmen, so hat der Anpassungsfaktor 9 betragen. Er war natürlich viel höher als der seinerzeitige von 7,1 im Jahre 1969. Aber im Jahr 1973 haben die Preissteigerungsfaktor 7,6 Prozent und die Realwertsteigerung 1,4 Prozent betragen.

Es ist also die Lebensmöglichkeit gerade dieses Personenkreises gesunken! Das ist nach unserer Auffassung nicht der Ausdruck des Kampfes gegen die Armut. Das darf ich Ihnen auch sehr deutlich sagen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

So muß man die Dinge darstellen, und nicht immer so, wie Sie selbst das gerne tun.

Meine Damen und Herren! Man kann es nicht oft genug sagen: Je länger diese Regierung im Amte ist — und das ist das Charakteristikum —, umso unwirscher, ja beleidigter reagiert sie auf Kritik, auf sachliche Konfrontation. Laut Finanzminister Dr. Androsch ist Kritik „Geschäftsstörung“. Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hat gemeint, nachdem das miserable ORF-Gesetz beschlossen oder durchgepeitscht worden war: Jetzt müsse Ruhe sein!

Der „AZ“-Gluthammer glüht, weil es Doktor Schleizer gewagt hatte, kritisch zu den Bundesheermaßnahmen Stellung zu nehmen. Im Landesverteidigungsrat, Herr Bundeskanzler, werden Berichte nicht debattiert, sondern abgestimmt, und die echten Probleme des Heeres bleiben ungelöst.

Die Journalisten werden der Befangenheit bezichtigt, wenn sie nicht regierungskonform schreiben. Die Kritik der Opposition wird abqualifiziert als Nein-Sager-Partei, als Destruktion. Ein Vorredner — ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Dr. Heindl — hat gemeint: Kritik ist ja direkt Vaterlandsverrat — allerdings nur gegenüber einer sozialistischen Regierung.

So könnte man die Liste fortsetzen. Mir ist ein Artikel in der „Presse“ untergekommen, in dem von einem Vortrag des Herrn Bundeskanzlers im Volksheim Krim in Döbling berichtet wird. (*Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.*) Das steht mir noch nicht zur Verfügung. Aber es ist in bezug auf die Sache, die ich sagen wollte, eigentlich nicht sehr entscheidend. In dem Artikel wird unter Anführungszeichen die Begründung für den Vortrag von dem Funktionär angegeben: Weil die Massenmedien nicht mehr in der Lage sind, objektiv über die Leistungen der Regierung zu berichten.

Das, glaube ich, drückt alles aus und bestätigt das, was wir in dieser Beziehung auch hier im Hause immer wieder gesagt haben. So stellen Sie, meine Herren, sich die Demokratie, die Transparenz nach rund vier Jahren Regierungspolitik vor. Ihr Demokratieverständnis ist einem echten und absoluten Machtverständnis gewichen. Alles ist auf dieses Machtverständnis zugeordnet, wo Sozialisten die Mehrheit haben.

Herr Kollege Dr. Fischer! Es ist sehr problematisch, unsere Vertreter der Landwirtschaft irgendwie zu bezichtigen, sie hätten damals die Bauernschaft anlässlich gewisser Gegebenheiten niedergehalten, die heute mit Recht kritisiert werden. Das ist unser Vorwurf an Sie, gewisse Institutionen umfunktionieren zu wollen: nämlich von ihrer ursprünglichen Aufgabenbestimmung weg zu Regierungsbefugnissen. — Das ist auch ein wesentlicher Zug aller Sozialismen jeder Schattierung, wo immer wir sie in einer Machtposition vorfinden.

Dabei ergeben sich ganz groteske Situationen. Sie, Herr Bundeskanzler, haben hier anlässlich einer ORF-Debatte erklärt, daß Sie keinen Einfluß nehmen können auf die Besetzungen der Positionen im ORF. Das stimmt

Dr. Prader

formalistisch schon. Aber zufällig — es hat so viele Zufälligkeiten gegeben — haben dann diese Institutionen alle jene nominiert, die Sie schon viele Monate vorher als die Geeigneten empfunden haben.

Das sind jene Zufälligkeiten, die wir meinen. Herr Bundeskanzler! So kann man doch nicht mit der österreichischen Öffentlichkeit umgehen! Warum dieses Versteckenspiel bei dem gleichzeitigen Bemühen, unter allen Umständen an der Macht zu bleiben? Sie nehmen, vielleicht der eigenen Kraft nicht ganz vertrauend, auch Liberale in Ihre Dienste und bestimmen die von Ihnen Ernannten gemäß Ihrem Demokratieverständnis zu Vertretern der Liberalen in Österreich. Meine Damen und Herren! Es gibt natürlich welche, die sich gerne in Ihren Dienst stellen und als Tarnschilder Ihrer sozialistischen Politik figurieren.

Je näher es zum Wahltermin kommt, desto mehr versuchen Sie, Herr Bundeskanzler, die Wähler unterschwellig so zu motivieren, zwischen Ihnen und der SPO zu differenzieren, um in etwa folgende Stimmung zu erzeugen: Dr. Kreisky ist ja gar nicht so!

Zugegeben: Sie entwickeln diesbezüglich eine große Meisterschaft, Sie entwickeln großes taktisches Geschick. Sie kommen aber mit dieser Politik — und das steht heute zur Debatte — und mit Ihrer Ankündigungs- und Aufrißstrategie zunehmend in Schwierigkeiten, weil Sie nicht dauernd einer Konfrontation mit den Ergebnissen Ihrer Politik ausweichen können und auch außenpolitische Überdeckungsmanöver auf Dauer nicht ausreichen.

Die Ergebnisse der sozialistischen Regierungspolitik bekommen die Menschen in diesem Staat immer mehr hautnah zu spüren, und sie tun dem einzelnen immer mehr weh. Deshalb wehren sich auch immer mehr Staatsbürger mit dem Stimmzettel. Sie aber reagieren nicht mit einer Umkehr dieser Politik, sondern affektiv, mit Gekränktheit, mit zunehmender Nervosität, mit Kritikfeindlichkeit und mit verstärkter Intoleranz.

Der Sozialismus hat Rezepte, die allen sehr teuer zu stehen kommen und die wir bald nicht mehr werden bezahlen können. Der überdeutliche Spiegel hiefür ist dieses Budget 1975.

Ist es überhaupt noch finanzierbar? — Das ist die Kernfrage der Opposition; und, Herr Dr. Fischer, nicht nur, wie Sie selber sehr genau wissen, der Opposition.

Wenn die geringste konjunkturelle Schwierigkeit auftauchen sollte, haben Sie überhaupt keine Reserven mehr. Das wissen Sie genauso gut wie wir. Der Sozialismus glaubt, dem

Staatsbürger immer mehr Einzelentscheidungen abnehmen zu müssen, und tötet so, gekoppelt mit Ihrer Steuerpolitik, den Leistungswillen. Immer mehr neue Apparaturen werden von Ihnen installiert, um Ihre Gesellschaftsphilosophie zu verwirklichen und Ihre Machtpositionen zu zementieren.

Und dann dazu der Aufschrei: Die Beamten fressen den Staat auf, weil die Kosten des Apparates ins Überdimensionale steigen. Ich sage Ihnen, nicht die Beamten fressen den Staat auf, sondern der Sozialismus, wie er von Ihnen praktiziert wird, frißt den Staat auf. Die ersten Leidtragenden werden dann auch die Beamten des Staates sein. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es ist unsere Aufgabe als Opposition, das klarsichtig und für alle erkennbar zu machen.

Trotz aller Ihrer Verschleierungsmeisterschaft können auch Sie, Herr Bundeskanzler, die Stoßlinien Ihrer und unserer gesellschaftspolitischen Auffassung nicht auf die Dauer verwischen. An Hand konkreter Entscheidungen, und das ist wertvoll, werden sie für den einzelnen Staatsbürger erkennbar und auch meßbar.

Erkennbar wird aber auch Ihre Intoleranz in grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Fragen gegenüber der Meinung fast der Hälfte der österreichischen Bevölkerung, die den Sozialismus ablehnt. Das ist jene Situation, meine Damen und Herren, die der gegenwärtige Justizminister seinerzeit von diesem Pult aus so sehr mit erhobenem Finger als verderbliche Diktatur der Mehrheit beschworen hat. Vielleicht erinnern Sie sich auch an diesen Satz.

Nun aber, da Ihnen das Wasser bis zum Halse steht, rufen Sie zum Sparen auf. Konsumeinschränkung können Sie nur dann erreichen, wenn diese für den einzelnen wieder sinnvoll geworden ist. Ihre Wirtschaftspolitik aber bestätigt die, die sich danach richten, als Dumme. Das wird nicht zum Erfolg führen. Deshalb haben wir hier konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Zu einer Politik, wie sie sich uns nun darstellt und wie sie durch dieses Budget präsentiert wird, können wir nur nein sagen, und daher lehnen wir auch das Budget ab.

Wegschieben von einer Sachdiskussion ist Ihr Rezept. Sie möchten uns, wenn wir die Dinge beim Namen nennen, als Neinsagerpartei, als destruktive Kraft abqualifizieren. Es gelingt Ihnen aber nicht, auf eine andere Schiene hier auszuweichen. Sie qualifizieren sich durch Ihre Inflationspolitik selber ab.

11904

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Prader

Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, von der Mehrheitsfraktion, haben nein gesagt zu allen unseren Vorschlägen seit 1971, die wir zur Inflationsbekämpfung gemacht haben, entgegen der Meinung des Herrn Bundeskanzlers, daß sich die Opposition nicht den Kopf der Regierung zu zerbrechen hat. Bis zuletzt, noch im Sommer dieses Jahres, hat Dr. Koren angesichts der drohenden Entwicklung ein Krisenmanagement vorgeschlagen.

Die Opposition war bereit und ist immer bereit gewesen, sich angesichts dieser unguten Entwicklung, für alle Österreicher höchst gefährlichen Entwicklung, in eine Mitverantwortung aller einbinden zu lassen, um ein gemeinsames Konzept, einen gemeinsamen Weg zu finden. Sie haben in Ihrem grenzenlosen Hochmut nein gesagt. Sie, Herr Bundeskanzler, waren der Meinung, Sie wüßten nicht, was Sie mit der ÖVP reden sollten.

Unsere Initiativen und Anträge kommen zum Teil überhaupt nicht oder sehr verspätet im Nationalrat zur Sprache, weil Sie sie einfach in der Präsidialsitzung sperren. Wenn hier angeblich Herr Dr. Fischer gemeint hätte, es sei dies von Häuser seinerzeit auch beklagt worden, dann wundere ich mich, daß der Herr Vizekanzler jetzt nicht mit allem Elan in die Bresche springt, um diese unmögliche Situation zu beenden, zumal es sich hier auch um Anträge handelt, die absolut keinen schwerwichtig parteipolitischen Inhalt haben. Aber aus Prestige wird nein gesagt.

So erinnere ich mich an den Antrag vom 29. Mai 1973, Nummer 77/A, „der Abgeordneten Dr. Prader, Tödling, Marwan-Schlosser und Genossen betreffend ausreichende Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern auf dem Seeweg in Krisenzeiten“. Es war das zu einer Zeit, da internationale Schwierigkeiten waren und wir geglaubt haben, wir könnten dadurch auch in bezug auf die wirtschaftliche Landesverteidigung, für die Sie überhaupt noch nichts geleistet haben, einen Vorschlag bereitstellen. Nein, dieser Antrag wurde bis heute nicht zugelassen. Für solche Anträge reicht die Arbeitskapazität des Nationalrates nicht, meinte der Abgeordnete Dr. Fischer im Ausschuß.

Angesichts solcher Gegebenheiten muß man sich aber fragen, ob das mit einer parlamentarischen Demokratie überhaupt noch vereinbar ist, wenn Abgeordnete einfach solcherart an ihrem Wirken gehindert werden. Das ist eine Frage, die vor allem sehr ernstlich im Zusammenhang mit der Geschäftsordnungsreform zu prüfen sein wird. 33 solcher Anträge gibt es, die bisher überhaupt nicht die

Chance gehabt haben, in parlamentarische Behandlung gezogen zu werden. Im Gegensatz zu Ihrer Haltung nehmen wir da einen anderen Standpunkt ein. Andere Gedanken dürfen einfach nicht von der Volkspartei kommen; ich könnte Ihnen sehr viele Dinge aufzählen.

Sie rühmen sich aber auf der anderen Seite, obwohl Sie uns als Neinsagerpartei abqualifizieren wollen, sehr dessen, wie viele Gesetze einstimmig in diesem Hohen Haus beschlossen wurden. In der „Parlamentskorrespondenz“ vom 2. Mai 1974 ist eine Statistik enthalten und dort wird aufgeführt, daß sich bis zur 106. Sitzung 343 Gesetzesbeschlüsse mit folgender Mehrheit bei der Abstimmung ergeben haben: 287, das sind 83,7 Prozent, einstimmig; 26 wurden allein von den Sozialisten beschlossen, das sind 7,6 Prozent; 19 wurden von SPÖ und FPÖ zusammen beschlossen, das sind 5,5 Prozent; und 11 von SPÖ und ÖVP zusammen, das sind 3,2 Prozent. So schaut in Wahrheit die Neinsagerrollenverteilung aus.

Im Neinsagen sind Sie auch wie in anderen Bereichen einfach unübertroffen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, das wollen wir mit aller Deutlichkeit feststellen.

Herr Bundeskanzler! Wir haben bei der Behandlung Ihres Budgetkapitels im Ausschuß sehr viele dringliche Fragen an Sie gerichtet, auch Vorschläge gemacht, Meinungen deponiert, die vor allem den auch in Ihrem Ressortbereich zu verwaltenden Bereich des Verfassungsrechtes betreffen. Ich erinnere an unsere Vorschläge und immerwährenden Initiativen, endlich unser Grundgesetz, das jetzt doch durch sehr viele Novellen, besonders in der Zweiten Republik, zersplittert wurde und unübersichtlich geworden ist, wieder zu verlaublichen. Wir haben Anträge eingebracht. Es ist uns unverständlich, daß das abgelehnt wurde.

Im Budgetausschuß, Herr Bundeskanzler, habe ich bereits darauf hingewiesen, daß Sie jetzt einen Entwurf, einen neuerlichen Entwurf zu einer Novelle der Bundesverfassung verschickt haben, der den Bereich der umfassenden Landesverteidigung betrifft und vorsieht, diesen Komplex in die Bundesverfassung einzubauen.

Herr Bundeskanzler! Ich stelle hier fest, daß der von Ihnen versendete Entwurf nicht mit dem Vorschlag identisch ist, der dem Verteidigungsrat in seiner letzten Beratungsrunde vorgelegt wurde.

Auf meine diesbezügliche Frage, was denn die Motivation dafür sei, habe ich keine Antwort bekommen. Ich frage mich angesichts dieser Gegebenheiten ernsthaft, was es denn

Dr. Prader

für einen Sinn hat, wenn wir uns hier abmühen, um einen möglichst weitgehenden Konsens in diesen Fragen zu erreichen.

Herr Bundeskanzler! Sie haben mir keine Auskunft darüber gegeben, was im Bereich der Umfassenden Landesverteidigung geschehen ist. Sie haben mir eine schriftliche Antwort versprochen; ich habe sie bis zur Stunde leider nicht bekommen.

Durch das Ministeriengesetz ist Ihnen hier nun die Verantwortung, die Koordinationsfunktion übertragen worden, und daher ist die Frage auch gerechtfertigt: Was haben Sie vor, und was haben Sie getan? Das vor allem in bezug auf einige stichelige Hinweise des Herrn Abgeordneten Dr. Fischer. Es würde uns interessieren, was Sie hier für ein Leistungsvermögen entwickeln. Bisher war es sehr dürrtig. Das einzige, was ich bisher als Entschuldigung gehört habe, war, daß es früher auch nicht besser gewesen sei, obwohl das nicht stimmt. Aber Sie haben ja gesagt, das sei nichts, Sie machen ja alles viel, viel besser, daher kann das keine Motivation und keine Begründung für Ihre Handhabung, für Ihre Gestionen sein.

Herr Bundeskanzler! Sie legen sowohl die Berichte des Verwaltungsgerichtshofes als auch des Verfassungsgerichtshofes jahrelang dem Parlament nicht vor. Die Berichte aus den Jahren 1970, 1971, 1972 haben Sie im Jahre 1974 vorgelegt. Ich habe gefragt, wann Sie die bekommen haben, warum Sie diese wichtigen Berichte nicht bringen.

Ähnlich ist es mit dem Bericht, der in der Behandlung noch nicht abgeschlossen ist, mit dem Bericht des Verwaltungsgerichtshofes. Ist das die Wertschätzung, die Sie diesen Höchstgerichten entgegenbringen, welche zum Ausdruck kommt, zumal ja dort aus der Praxis kommende Anregungen enthalten sind, Hinweise auf Gesetzeslücken, denen höchste und bedeutsamste Aktualität zukommt? Das sind alles Fragenbereiche, Herr Bundeskanzler, über die wir Auskunft haben wollen und wo wir gerne eine klare Haltung Ihrerseits hätten. Die Justizverwaltung der Oberstgerichte, alles das sind Dinge, wo es bei Ankündigungen, bei Programmen geblieben ist, bei Zusagen, die nicht effektiert worden sind. Dieses ganze Rechtsgebäude Österreich sollte verbessert werden. Hier können Sie regieren, in jenen Bereichen, die so wichtig für den Rechtsstaat sind, da verwalten Sie und verweigern jede Aktivität, um bessere Voraussetzungen zu schaffen!

Sie haben, Herr Bundeskanzler, diese dringlichen Anliegen nicht ernstgenommen, Sie haben Ihre Meinung gesagt und damit war

es vorbei. Daher ersuchen wir Sie auch, in diesen Dingen endlich Aktivitäten zu entwickeln und nicht nur Kommissionen einzusetzen beziehungsweise Meinungen darüber deklaratorisch abzugeben.

Die Frage des Wehrbeauftragten, viele andere Dinge, und vor allem auch eine Frage, Herr Bundeskanzler: Ich habe Sie voriges Jahr von diesem Pult aus darauf aufmerksam gemacht, daß von den 37 in den Jahren 1970 bis 1971 vom Niederösterreichischen Landtag gefaßten Resolutionen und Aufforderungsanträgen an die Bundesregierung diese Regierung es überhaupt nur in zehn Fällen der Mühe wert gefunden hat, dem niederösterreichischen Länderparlament eine Antwort zuteil werden zu lassen.

Herr Bundeskanzler! Das spricht nicht für Ihre föderalistische Gesinnung. Ich habe mich erkundigt: im grundsätzlichen hat sich nichts geändert. Wie man so hört, geht es auch anderen Landtagen in bezug auf die Behandlung durch Ihre Regierung nicht viel besser. Ich muß Sie daher fragen, wie Sie eigentlich die Wertigkeitsstufen in der Behandlung der Parlamente der österreichischen Bundesländer stellen.

Es gäbe noch viele andere Dinge, die ich infolge der Zeitbegrenzung leider nicht mehr anführen kann. Herr Bundeskanzler! Aus dieser gesamten Situation heraus dürfen wir Ihnen doch klar vor Augen führen, daß auf Grund dieser Gegebenheiten für uns eine Zustimmung zum Budget nicht möglich ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dallinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Dallinger** (SPO): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses in unserem Lande wie auch im Ausland steht das Wollen um die Erhaltung der Vollbeschäftigung — es ist heute bereits mehrfach durchgeklungen; der Herr Bundesparteiobermann Dr. Schleinzer hat es an die Spitze seiner Ausführungen gestellt —, die Besorgnis um die Erhaltung der Vollbeschäftigung und das Wollen, alles zu tun und alles dazu beizutragen, um die Vollbeschäftigung in unserem Lande zu erhalten.

Herr Bundesparteiobermann Dr. Schleinzer hat vor einiger Zeit die sozialistische Bundesregierung aufgefordert, den Konkurs anzumelden, weil ihre Wirtschaftspolitik nicht von Erfolg begleitet ist. Er hat heute nicht mehr vom Konkurs gesprochen, er hat heute vom Debakel der Bundesregierung gesprochen.

11906

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dallinger

Ich darf darauf verweisen, daß wir derzeit mehr als 2,700.000 Beschäftigte in unserem Lande haben, das ist mehr als je zuvor, das sind um 35.000 Beschäftigte mehr als im Jahr 1973, daß das Wachstum anhält, daß die Zahl der Gastarbeiter nicht weiter angestiegen, sondern abgesunken ist.

Mit anderen Worten ausgedrückt: die Zahl der österreichischen Bevölkerung, die unselbständig erwerbstätig ist, ist im Steigen. Insbesondere bei den Zunahmen ist zu verzeichnen, daß die Frauenbeschäftigung neuerlich eine Erweiterung beziehungsweise Erhöhung erfahren hat, weil der überwiegende Teil der Zunahme bei der Zahl der unselbständig Erwerbstätigen von Frauen herrührt.

Wenn man also diese Zahlen hört, auf der einen Seite aufgefordert wird, den Konkurs anzumelden, wir jedoch auf der anderen Seite eine Vollbeschäftigung wie noch nie haben, wenn man weiß, daß um uns Ereignisse stattfinden, die echte Besorgnis hervorrufen (*Abg. Ofenböck: Nicht nur um uns!*), daß die Vollbeschäftigung erhalten bleibt, dann, glaube ich, kann man nicht hoch genug veranschlagen, daß wir uns in einer solchen Situation befinden und der Trend aufwärtsgeht.

Wenn schon vor vierzehn Tagen hier im Hause beklagt worden ist, daß etwa bei uns da und dort Krisenerscheinungen vorhanden wären, und Beispiele zitiert wurden, wie Swarovski oder Bally oder Vöslauer Kammgarnfabrik, dann darf ich Ihnen sagen beziehungsweise könnten wir uns darüber unterhalten, was die Beweggründe dafür sind, warum es dort zu Krisenerscheinungen kommt. In einem Familienbetrieb wie Swarovski, wo durch Heirat von allen möglichen Menschen, die nicht zur Führung eines Betriebes geeignet sind, die Betriebsführung besorgt wird.

Schon im Jahre 1967 — das möchte ich in Erinnerung rufen, meine Damen und Herren — sind unter Ihrer Regierung 750 Personen von Swarovski entlassen worden, weil keine Arbeit vorhanden war. Wir haben dann dafür vorgesorgt, daß es durch begleitende Maßnahmen wieder zu einer Steigerung des Beschäftigtenstandes gekommen ist. Wenn jetzt durch ein schlechtes Management, das übrigens jetzt ausgewechselt wurde, nun die Hoffnung besteht, daß es wieder zu einem Aufwärtstrend kommt, solche negativen Auswirkungen sich zeigen, dann darf ich sagen, daß es das Bundesministerium für soziale Verwaltung und die nachgeordneten Dienststellen gewesen sind, die alles getan haben, damit bei Swarovski wieder Ruhe einkehrt, damit jene, die entlassen wurden, auch tatsächlich

wieder Beschäftigung fanden. Wir können hoffen, daß durch das neue Management und die begleitenden Maßnahmen der Bundesregierung wieder Ruhe und Vollbeschäftigung einkehren werden.

Wenn Sie jetzt Bally in Wiener Neustadt nehmen und die Vöslauer Kammgarnfabrik nehmen und untersuchen, warum es dort zu Freisetzen gekommen ist, dann werden Sie merken, daß das keineswegs der negative Einfluß der Bundesregierung ist, sondern die Unfähigkeit der Menschen, die diese Betriebe führen. Bally ist übrigens kein österreichisches Unternehmen, auf das die Bundesregierung direkten Einfluß hat, sondern da sind andere Kräfte am Werk; das wissen Sie genauso gut wie ich.

Wir haben den höchsten Grad der Vollbeschäftigung, der jeweils zu verzeichnen gewesen ist. Wir haben ein Wirtschaftswachstum — darauf wurde bereits hingewiesen —, das das größte in der Welt ist. Die Besorgnisse in allen Teilen der Welt, die wir heute in den Zeitungen lesen, daß das Wachstum stark zurückgeht, daß ein sogenanntes Nullwachstum sich zeigen wird, sind bei uns in dem Umfang in keinem Fall gegeben, im Gegenteil, wir erwarten eine Steigerungsrate, die hoffen läßt, daß die Vollbeschäftigung anhält, daß die Wirtschaft sich weiter entwickelt.

Allerdings darf ich in diesem Zusammenhang sagen, daß wir uns uneingeschränkt zur Vollbeschäftigung bekennen, was in den Kreisen der ÖVP nicht überall der Fall ist, meine Damen und Herren. Ich verweise hier auf die Ausführungen — sie sind schon oft zitiert worden — des Herrn Präsidenten Mitterer, der meinte, eine geringfügige Arbeitslosigkeit, eine dosierte Arbeitslosigkeit könne man ruhig in Kauf nehmen. Es würden schon gewisse Ereignisse eintreten, die jene beruhigen ... (*Abg. Mitterer: Falsch!*) Das ist nicht falsch, Herr Präsident! Sie können es ja nachlesen. Ihr Statement, das Sie im „Mittagsjournal“ abgegeben haben. Ich werde es Ihnen dann zustellen. Eine geringfügige Arbeitslosigkeit sind Sie bereit in Kauf zu nehmen, wenn es darum geht, die Stabilität zu erhalten.

Nur: Die Dosierungsmöglichkeiten, meine Damen und Herren, sind halt hier sehr gering. Und die Frage, wie es dann weitergehen soll, wenn wir einige hunderttausend Arbeitslose haben, wie das in anderen Ländern der Fall ist, ist noch etwas Ungeklärtes. Aber damit müssen Sie sich, Herr Präsident, ja nicht auseinandersetzen, sondern das müssen ja primär wir tun, die wir für die überwiegende Mehr-

Dallinger

heit dieser österreichischen Bevölkerung zu sorgen haben und wo die Gewerkschaften in Verantwortung für die unselbständig Erwerbstätigen eben um die Erhaltung der Vollbeschäftigung besorgt sind.

Nun, wir werden den entsprechenden Beitrag leisten, meine Damen und Herren. Die Wirtschaftspolitik, die Sie einerseits als Konjunkturpolitik, andererseits als Debakel anprangern, führt zu dem größten Wirtschaftswachstum, das derzeit in der Welt zu verzeichnen ist. Es führt zum höchsten Maß an Vollbeschäftigung, das wir je zu verzeichnen hatten, und es führt zu einem steigenden Lebensstandard, der in dieser Form ebenfalls einmalig in der Welt dasteht und zumindest in der Entwicklungsperiode nach dem zweiten Weltkrieg in der Kontinuität noch nicht festzustellen gewesen ist. Wir haben regelmäßig in den letzten Jahren echte Reallohnsteigerungen zwischen drei bis fünf Prozent konstatieren können, und das in einer Zeit, wo es — zugegeben — zu einer Inflation kam, die allerdings nicht in Österreich ihre Wurzel hat und auch nicht in Österreich ihren Ausgangspunkt hatte, sondern die von außen zu uns gekommen ist.

Wenn nun hier heute schon mehrfach festgestellt worden ist, man möge es doch der ÖVP gleichtun und nur jene niedrigen Inflationsraten verzeichnen, die unter der ÖVP-Regierung vorhanden gewesen sind, dann möchte ich Ihnen — und dazu möchte ich Sie wirklich einladen — doch einmal die Statistiken zeigen, um festzustellen, wie die weltweite Entwicklung damals gewesen ist und welche Steigerungsraten wir bei den Preisen in Österreich hatten. Und ich möchte Sie gleichzeitig einladen, jetzt festzustellen, wie die weltweite Entwicklung ist und wie sich die Entwicklung in Österreich vollzieht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und da möchte ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, daß Sie genau den umgekehrten Effekt feststellen können. Während damals in der ganzen Welt eine niedrigere Preissteigerungsrate festzustellen gewesen ist, haben wir eine um 1, 2 bis 3 Prozent höhere gehabt. Jetzt ist es genau umgekehrt. Wir haben Steigerungsraten von 10 bis 15 Prozent. Wenn Sie an die Schweiz denken — das Land, das uns immer als Maß der Stabilität hingestellt worden ist —, dort sind sie mit 2, 3, 4 Prozent über uns. Und da sagen Sie: Das ist die Politik, die schlechte Politik der österreichischen Bundesregierung.

Schlechte Politik: Vollbeschäftigung, relative wirtschaftliche Stabilität, kontinuierliche reale Einkommenssteigerung der breiten Mas-

sen der Bevölkerung, das ist schlechte Politik, Herr Dr. Prader?

Bezüglich des Demokratieverständnisses des Herrn Bundeskanzlers, Herr Dr. Prader, das Sie in Zweifel gezogen haben, darf ich Sie ein wenig an das Demokratieverständnis in Niederösterreich erinnern: Im ÖAAB Niederösterreichs und in der niederösterreichischen Landesregierung ist es uns bisher noch nicht gelungen, 100prozentige Wahlerfolge zu erzielen. Das ist Ihrer „Demokratie“ vorbehalten geblieben! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Dr. Prader, noch etwas: Wenn Sie hier diese oder jene These verkünden, dann darf ich Sie bitten, sich mit Ihrem Fraktionskollegen Dr. Kohlmaier ein wenig zu unterhalten über den Rhythmus bei der Berechnung des Anpassungsfaktors. Wenn Sie jetzt zum Beispiel feststellen, daß in einem Jahr die Teuerung so hoch gewesen ist und der Anpassungsfaktor so hoch war, dann müssen Sie doch bitte in Betracht ziehen, daß das mit einem zweijährigen Verzögerungseffekt stattfindet. *(Zwischenruf des Abg. Doktor Prader.)* Aber die Fakten sind so, daß Sie eben zwei Jahre später dann die entsprechende Erhöhung gehabt haben, und die Fakten sind halt so, Herr Dr. Prader, daß wir bezüglich der Pensionisten keineswegs die Vergleiche mit der Regierung zu scheuen haben, die vom Jahre 1966 bis 1970 im Amt gewesen ist.

Wenn hier festgestellt wird, daß die Sozialisten unter Umständen nicht auf alle Bevölkerungsteile schauen und daß sie nicht bemüht und bestrebt sind, die soziale Sicherheit für alle Bevölkerungsteile zu fördern und weiter zu entwickeln, dann darf ich Ihnen sagen, was Sie aus den entsprechenden Unterlagen entnehmen können, daß die Zuschüsse zu den Pensionen im Bereich der Bauernversicherung von 1970 auf 1973 von 725 Millionen auf 1,4 Milliarden gestiegen sind, sich also um etwa 100 Prozent unter dieser „bauernfeindlichen“ sozialistischen Bundesregierung erhöht haben, daß die Bundeszuschüsse bei den Selbständigen und damit natürlich die Pensionshöhen der Selbständigen in der Zeit von 1970 bis 1974 von einer Milliarde auf 1,8 Milliarden, also um plus 80 Prozent gestiegen sind und daß die Bundeszuschüsse im Bereich der unselbständig Erwerbstätigen von 5,8 Milliarden sich „nur“ auf 6,4 Milliarden, also um rund 12 Prozent, erhöht haben.

Aber das resultiert daraus, meine Damen und Herren, daß sich die unselbständig Erwerbstätigen in diesem Lande ihre Pensionen im Höchstmaß selber bezahlen, durch Beiträge als Versicherungsleistung echt erworben

11908

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dallinger

haben, während es bei Ihnen in sehr vielen Fällen und aus verschiedenen Gründen, die ich jetzt nicht untersuchen möchte, „Geschenke“ sind.

Wenn wir vor nicht allzu langer Zeit gehört haben, daß es die Kollektivierung der österreichischen Bevölkerung bedeutet, wenn man eine obligatorische Sozialversicherung — Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung — einführt, und wenn die privaten Versicherungen auf die Barrikaden gestiegen sind, weil man ihnen angeblich die Lebensgrundlage entzogen hat durch die Einführung einer obligatorischen Versicherung für alle Bevölkerungsteile in Österreich, dann können wir jetzt feststellen, daß Sie davon überhaupt nicht mehr reden, daß das nicht mehr eine Kollektivierung ist, daß das nicht mehr bedeutet, daß die Vermassung all dieser Bevölkerungsteile nun auch vollzogen wird, sondern daß Sie sich bemühen — was Ihr gutes Recht ist, aber ich bitte auch hier die objektiven Werte anzuerkennen —, die Zuschüsse, die Leistungen der öffentlichen Hand für diesen Teil der Bevölkerung zu erhöhen. Wir haben bezüglich der Zuschußrenten ja vor einer Woche erlebt, was sich hier abgespielt hat.

Wenn Sie sagten, Sie hätten keine zusätzlichen Forderungen gestellt, dann darf ich in Erinnerung rufen, daß der Antrag, den Sie in der Vorwoche formulierten, nur für die Bauern etwa eine Milliarde Schilling pro 1975 mehr gekostet hätte. Und wenn wir hier die Gleichheit vor dem Gesetz für die anderen Bevölkerungsgruppen herbeigeführt hätten, dann hätte das einen Mehraufwand von 3,5 Milliarden Schilling bedeutet. Nun, meine Damen und Herren, so kann man die Dinge auch betrachten.

Wenn ich noch kurz auf die Sozialversicherung Bezug nehme, dann darf ich hier in Erinnerung rufen, daß heute 66,2 Milliarden im Jahre 1974 durch die Sozialversicherung ausgegeben werden, das heißt, der Gesamtvoranschlag der österreichischen Sozialversicherungsinstitute beträgt 66,2 Milliarden. Das ist mehr als die Haushalte aller neun Bundesländer zusammen. Man kann erkennen, welch bedeutender wirtschaftlicher Faktor hinter diesem Sozialversicherungsrecht in Österreich steckt. Ich glaube, das ist noch zu wenig auf diesem Gebiet gewürdigt worden.

Nun, meine Damen und Herren, zu einer anderen Frage der sozialen Gerechtigkeit. Auch das ist hier schon mehrfach zitiert worden. Man hat darauf Bezug genommen, daß das Steuersystem, das die Sozialisten jetzt in Anwendung bringen, leistungsfeindlich sei und im Gegensatz zu früher hier doch eine nega-

tive Änderung eingetreten ist. Ich darf auch hier wieder Bezug nehmen auf die Lohnsteuerbeziehungsweise Einkommensteuerreform 1974, die mit Wirkung vom 1. Jänner 1975 in Kraft tritt und wo sich ergibt, daß der Finanzminister einen Verlust an Steuermitteln von 11,8 Milliarden Schilling erzielen wird. Hier bitte ich diese Formulierung nicht zu inkriminieren; er erleidet einen Steuereinnahmeverlust von etwa 11,8 Milliarden oder, umgekehrt ausgedrückt, die österreichischen Steuerzahler ersparen sich im Jahr 1975 11,8 Milliarden.

Die „leistungsfeindliche“ Bundesregierung hat dem Hohen Haus einen Antrag vorgelegt, der bewirkt, daß 11,8 Milliarden Schilling im nächsten Jahr weniger Steuer gezahlt werden.

Nun können Sie sagen: Das ist die Inflation, und das ist ja nur der Ausgleich, da kommen ja alle wieder unter die Räder, und die mittleren Einkommensbezieher sind diejenigen, welche die doppelte Zeche zu bezahlen haben.

Auch da darf ich sagen, meine Damen und Herren, daß mit dieser Steuerreform zunächst einmal schon im Jahre 1973 grundsätzlich eine Änderung herbeigeführt wurde und daß auch jetzt diese Reform für jene kleinen und mittleren Einkommensbezieher bis zu dem, was landläufig schon als höherer Bezug gewertet wird, jedenfalls einen Erfolg bringt, indem durch die Eigenart der Konstruktion, die notwenigerweise gewählt werden mußte, um etwa zwei bis drei Lohnbewegungen dadurch einzufangen, für jene mittleren und höheren Einkommensbezieher sogar ein besonderer Effekt erzielt wird, weil sie in dieser Auffangstufe drinnen sind, wodurch die Progression in diesem Bereich gesenkt wird.

Aber wir haben nicht primär die Interessen dieser österreichischen Bevölkerungsteile im Auge, sondern wir wollen uns insbesondere bemühen, hier jenen Schwachen zu helfen, die besonders förderungswürdig sind. Auch da möchte ich den Unterschied zu den seinerzeitigen Reformen beziehungsweise Gesetzesänderungen auf dem Sektor der Einkommensteuer darlegen.

Wir haben den Grundsatz, daß jedes Kind gleich förderungswürdig ist. Sie haben damals durch Ihr Steuersystem den Grundsatz zur Anwendung gebracht, daß jener mehr an Steuerersparnis fruktifizieren konnte, der das höchste Einkommen hat, wenn er ein oder mehrere Kinder besaß. Die Anwendung der Methode, daß die Steuerbegünstigung für Kinder als Absetzbetrag von der Steuerbemessungsgrundlage gewählt wurde, bewirkte, daß der die höchste Ersparnis hatte, der den höchsten Steuersatz hatte, der aber andererseits die ge-

Dallinger

ringste soziale Förderung in Anspruch nehmen sollte. Das war bei den Kindern so. Jetzt aber heißt es nicht wie früher: je höher das Einkommen, umso mehr Förderung, sondern gleiche Förderung aller Kinder, daher insbesondere Förderung der kleinen Einkommensbezieher.

Wir haben die Frage des Alleinverdienerfreibetrages geregelt. Bei Ihnen war das so, daß der Alleinverdiener am meisten gefördert wurde, der das höchste Einkommen hatte, der also einer sozialen Förderung nicht bedurfte. Bei uns ist es umgekehrt: Bei uns wird jener Alleinverdiener gefördert, der der größten Hilfe der Gemeinschaft bedarf, weil er eben ein so geringes Einkommen bezieht und wir ihm daher aus diesem Titel mehr gewähren müssen.

Wir haben den alleinstehenden Frauen im speziellen, aber natürlich auch den Männern in der Form geholfen, daß wir bei unserer ersten Reform diese wahnsinnige Steuerbelastung von 45 Prozent, die bis 31. 12. 1972 in Kraft war, zunächst einmal von 45 auf 19 Prozent beschränkten und jetzt mit der Reform per 1. 1. 1975 überhaupt die steuerliche Mehrbelastung der Alleinstehenden beseitigt haben, indem wir die Steuergerechtigkeit in der Form herbeiführten, daß zunächst jeder Staatsbürger bei einem gleichen Einkommen das gleiche Maß an steuerlicher Belastung erfährt und die sozialen Aspekte dadurch Anerkennung finden, daß man eben durch Direktleistungen, wie etwa den Alleinverdienerfreibetrag, die Kinderfreibeträge und anderes mehr, eine Entlastung stattfinden läßt.

Schließlich, meine Damen und Herren, möchte ich darauf verweisen, daß wir auch für die Arbeitnehmer im speziellen etwas getan haben in der Richtung, daß wir endlich anerkennen, daß die Arbeitnehmer dieses Landes die richtige Steuer, also die Steuer in der richtigen Höhe bemessen und sofort zur Auszahlung beziehungsweise zur Leistung erbringen und sie keine Steuergestaltungsmöglichkeiten besitzen, und wir schließlich auf diese Art und Weise einen Umverteilungseffekt erzielen wollen, indem wir den Absetzbetrag für die Arbeitnehmer eingeführt haben. Dieser Absetzbetrag hat mit Wirkung vom 1. 1. 1973 1100 S betragen, er wird ab 1. 1. 1975 2000 S betragen, ist also um 83 Prozent erhöht worden. Ich glaube, daß auch das besondere Anerkennung verdient und daß das herausgestellt werden soll.

Wir haben innerhalb dieser Funktionsperiode der Bundesregierung drei Steuerermäßigungen durchgeführt. Im Jahre 1971, Mitte 1972, am 1. 1. 1973 und mit Wirkung

vom 1. 1. 1975, und wir haben in jedem Fall bedeutende Veränderungen auf dem steuerlichen Sektor herbeigeführt. Sie haben unter Ihrer Regierungszeit, meine Damen und Herren von der ÖVP, zwar auch Steuersenkungen durchgeführt, aber zwei Monate darauf neuerliche allgemeinbelastende Steuern eingeführt und damit genau den umgekehrten Effekt erzielt.

Wenn wir also heute hier stehen, um die Politik der Bundesregierung zu charakterisieren, sie aus der Sicht der Sozialisten darzustellen, dann darf ich sagen, daß wir auf allen Gebieten, die relevant sind, für die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung Verbesserungen gebracht haben, nämlich ob es sich um Vollbeschäftigung handelt, ob es sich um eine gesunde Wirtschaft handelt, ob es sich um die — in der Situation, in der sich die Welt befindet — relative Stabilität handelt, ob es sich um erhöhtes und stetig steigendes Realeinkommen handelt, ob es sich um eine gerechtere Steuerpolitik handelt, ob es sich um die soziale Sicherheit für alle handelt — die Sozialisten und die Regierung Kreisky haben sie durchgesetzt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Schmidt. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist ein beliebtes Mittel von Regierungen oder verantwortlichen Politikern, wenn sie in einer schwierigen oder ausweglosen Situation sind, daß sie dann die Flucht nach vorne antreten.

Herr Kollege Fischer, der leider nicht da ist, hat heute eine andere Methode gewählt: er hat die Flucht nach rückwärts angetreten, indem er sich nicht mit dem vorliegenden Budget beschäftigt hat, sondern mit den Budgets und mit dem Verhalten der seinerzeitigen ÖVP-Regierung.

Wir müssen dazu sagen, meine Damen und Herren, daß heute nicht die Fehlleistungen und das Versagen der seinerzeitigen ÖVP-Regierung zur Debatte stehen. Darüber haben die Wähler im Jahre 1970 und 1971 entschieden. Heute stehen die Fehlleistungen und das Versagen dieser Regierung zur Debatte, und darüber sollte hier gesprochen werden. Und es ist doch klar, daß darüber gesprochen werden muß anläßlich der Vorlage des letzten Budgetentwurfes vor den kommenden Wahlen. Was liegt also näher, als daß man darüber spricht und vergleicht, welche Versprechungen und welche Zusagen, die diese Regierung bei ihrem Start, aber auch schon vorher bei der

11910

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Schmidt

Wahlwerbung gemacht hat, nun tatsächlich eingehalten worden sind und wie die Ergebnisse aussehen.

Darf ich vielleicht einige Dinge herausgreifen, die heute noch nicht zur Diskussion standen: das Wohnungsproblem. Dieses Thema hat in der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers am 5. November 1971 einen breiten Raum eingenommen. Er hat damals das ständige Sinken der Wohnbauleistung seit dem Jahre 1967 kritisiert, weil Österreich, so sagte er, dadurch in den Kreis der europäischen Staaten mit der geringsten Wohnbauleistung geraten sei. Und er meinte weiters, die Bundesregierung werde daher alle Maßnahmen ergreifen, um Österreich in bezug auf die Wohnbauleistung und die Wohnungsausstattung zumindest an die anderen europäischen Industriestaaten heranzuführen. Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle: „Lebhafter Beifall bei der SPÖ.“

Nun, meine Damen und Herren, wie schaut denn die Wirklichkeit, ich muß sagen, die traurige Wirklichkeit aus? Von 5000 Wohnungen jährlich mehr ist doch heute längst keine Rede mehr, höchstens vielleicht von 5000 Wohnungen weniger. Nach den Versprechungen, die damals gemacht wurden, müßten wir heute bei einer Wohnbauleistung von 60.000 Wohnungen stehen. Tatsächlich halten wir, wenn man die Statistik, die aus dem Jahre 1973 vorliegt, liest, bei knapp 45.000.

Dabei hat niemand, meine Damen und Herren, die Regierung daran gehindert, ihr Programm zu erfüllen. Auch nicht die Opposition, das soll einmal festgehalten werden. Denn das Wohnbauförderungsgesetz wurde nach den Wünschen der Regierungspartei abgeändert. Trotz Bedenken — das muß ich freimütig sagen —, trotz Bedenken, die zumindest bei uns Freiheitlichen vorhanden waren, haben wir zugestimmt, weil wir der Meinung waren und auch noch sind, man solle einer Regierung dort, wo es sich um keine grundsätzliche Frage der Gesellschaftspolitik, der Ideologie handelt, das Instrumentarium in die Hand geben, das sie zur angeblichen Verbesserung der Zustände benötigt. Das haben wir getan.

Heute müssen wir sagen, es war leider umsonst. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Regierung hat vielmehr dazu geführt, daß nicht nur die Wohnbauleistung nicht anstieg, sondern auch dazu, daß die neu errichteten Wohnungen heute noch unerschwinglicher sind als bisher. Vor allem, und das ist traurig, für junge Menschen unerschwinglich.

Aber in der Regierungserklärung hat es geheißen: „Der Wohnungsaufwand muß den Einkommensverhältnissen der österreichischen Bevölkerung, insbesondere auch der jungen Menschen, entsprechen.“ Und jeder weiß, meine Damen und Herren, daß das Gegenteil davon eingetreten ist, daß auf einem Gebiet — das darf ich, ohne pathetisch zu werden, sagen —, das für die Existenz und das Glück breiter Bevölkerungsschichten so wichtig ist, diese Regierung völlig versagt hat. Da kann niemand, kein Abgeordneter von der Regierungspartei, hier herauskommen und dies bestreiten, denn hier liegen die nackten Zahlen vor.

Auch wenn Sie jetzt, meine Damen und Herren von der Regierungsparteiseite, die Diktion ändern und plötzlich nicht mehr vom „Wohnungsbau“, sondern von der „Wohnbauförderung“ sprechen. Sie haben gesagt: Jährlich 5000 Wohnungen sollen mehr gebaut werden; und das ist nicht eingetreten.

Aber nehmen wir uns ein anderes Kapitel dieser Regierungserklärung vom 5. November 1971 her; ein nicht minder wichtiges Kapitel: den Umweltschutz. Was ist hier seither geschehen? Eine einzige konkrete Leistung, und das war, meine Damen und Herren, eine Fehlleistung: die Errichtung einer neuen Behörde, eines neuen Bundesministeriums: Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz.

Bitte mir doch heute endlich einmal konkret zu sagen, welche konkreten Ergebnisse auf diesem Gebiet des Umweltschutzes, auf dem Gebiete dieses Ministeriums erbracht worden sind. Was hat dieses Ministerium seit seinem Bestehen auf dem Sektor des Umweltschutzes getan?

Der Bundeskanzler sagte damals wieder in der Regierungserklärung, auf die ich zurückkommen möchte: „Eine nicht rasch genug erfolgende Vorsorge auf dem Gebiete des Umweltschutzes könnte Österreich als Fremdenverkehrsland sehr leicht disqualifizieren.“

Wie wahr, meine Damen und Herren! Nur, Hohes Haus, wo bleibt die „rasch genug erfolgende Vorsorge“?

Ich höre schon da und dort vielleicht den Einwand, daß man sagt: Wir haben ja den Wasserwirtschaftsfonds, der betreibt vor allem die Seenreinigung, die Gewässerreinigung, die Kanalisation. Wissen Sie, daß in diesem vorliegenden Budget kein Schilling mehr an Bundeszuschuß vorgesehen ist als im Vorjahr beziehungsweise im Jahr vorher, im Jahre 1973? Dafür ist dieser Wasserwirtschaftsfonds mit Vorgriffen in der Höhe von 1,3 Milliarden belastet, sodaß kaum mehr neue Projekte be-

Dr. Schmidt

gonnen werden können. Im Gegenteil, erstmals ist in dieser Bilanz, in diesem Vorschlag des Wasserwirtschaftsfonds ein Defizit von 225 Millionen vorgesehen. Mit kurzfristigen, teuren Krediten muß hier eine Loch-auf-und Loch-zu-Finanzierungs- und Schuldenpolitik gemacht werden. Also da ist nichts drinnen für den Umweltschutz, nichts Entscheidendes. Und auch sonst hängt der ganze Umweltschutz im Dschungel des Kompetenzenwirrwarrs.

Vom Humanprogramm der 1400 sozialistischen Fachleute ist heute weit und breit nichts mehr zu sehen.

Hohes Haus, es ist auch nicht abzusehen, wann die Untersuchungen über eine Neuordnung der Kompetenzregelung abgeschlossen sein werden, und vor allem, wann konkrete legislative Maßnahmen gesetzt werden können, um diese Umweltgefährdungen wirksam abzuhalten. Denn das, Hohes Haus, ist doch das Hauptanliegen der Bevölkerung. Man will ja vor allem eine möglichst rasche und wirksame Vorgangsweise der Behörden, um Störungen durch unzumutbaren Lärm, um Beeinträchtigungen durch schlechte, unreine Luft und Gefährdungen, die durch unsaubere, verschmutzte Gewässer entstehen, zu vermeiden und hintanzuhalten. Die Menschen wollen, daß endlich etwas geschieht, so wie es damals von dieser für ihre Aufgaben angeblich bestvorbereiteten Regierung angekündigt und versprochen worden ist.

Meine Damen und Herren, natürlich sind auch wir von der freiheitlichen Opposition keine Utopisten und Illusionisten. Wir wissen, daß das sehr schwierig ist und von heute auf morgen nicht geht, daß hier schwierige rechtliche Voraussetzungen vorliegen, die zuerst zu klären sind. Daß die Dinge äußerst kompliziert sind, das ist allgemein bekannt. Aber was man verlangen kann, ist, daß man in dieser Regierung wenigstens weiß, was man will, wo der Hebel anzusetzen ist. Aber die, meine Damen und Herren, die vor der Wahl so taten, als hätten sie auch in dieser Frage den Stein der 1400 Weisen in der Tasche, sind jetzt auf einmal sehr unsicher und zurückhaltend.

Da sagt zum Beispiel der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes in einem Gutachten, daß die Forderung nach einem verfassungsrechtlich verankerten zentralen Kompetenztatbestand des Bundes im Rahmen der österreichischen Verfassungsordnung nicht zielführend erscheine. Die Forderung nach einem zentralen Umweltschutztatbestand erscheine auch rechtspolitisch bedenklich. Ein zentrales Umweltschutzgesetz könnte nur sehr schwer vollzogen werden. Das war 1972.

Ende 1973 erklärte Staatssekretär Veselsky im Finanz- und Budgetausschuß, daß Bestrebungen im Gange seien, dem Bund die Grundsatzgesetzgebung zu übertragen. Seither ist nichts geschehen.

Das Hohe Haus erinnert sich an seine einstimmig gefaßte Entschliebung vom 14. März 1972 auf Ausarbeitung eines Gutachtens auf dem Gebiete des Umweltrechtes und wartet auf den Endbericht, der für 1974 angekündigt, aber nicht erschienen ist.

Der Herr Staatssekretär Veselsky erklärt heuer im Ausschuß während der Budgetdebatte, befragt über dieses Thema, was nun geschehen werde, daß nunmehr ab 1. 1. 1975 doch die Möglichkeit bestünde, über Umweltfragen Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zu schließen. Die Verfassungsgesetznovelle könnte das ermöglichen. Wird also nun die Zuständigkeit zum Beispiel für die Lärmbekämpfung zwischen Bund und Ländern vertraglich ausgehandelt? In Tirol anders als in Oberösterreich, in Wien anders als in Salzburg? Wird die Luftreinheit in Wien durch andere gesetzliche Maßnahmen gesichert wie in Graz? Und was ist nun eigentlich mit dem so groß angekündigten bundeseinheitlichen Luftreinhaltegesetz, wofür ein ausgezeichneter Entwurf vorliegt — aber nicht dem Hohen Hause?

Man sieht, meine Damen und Herren, es ist in dieser Frage alles im Dunkeln. Und aus dem Dunkel ertönt dann hie und da die Stimme der Frau Minister Leodolter, die beteuert, sie sei dafür nicht zuständig.

Das ist der sagenhafte Erfolg der Regierung im Kampf für den Umweltschutz.

Und ganz ähnlich verhält es sich auf einem anderen Sektor, auf dem Sektor der Verwaltungsreform. Auch ein schwieriger Boden, sicherlich. Eine Aufgabe, bei deren Versuch der Bewältigung schon manche Regierungen ausgerutscht sind, andere haben sie gar nicht angefangen.

Auch von der Tätigkeit der derzeitigen Verwaltungsreformkommission und ihren vier Arbeitskreisen erfährt man nur von Zeit zu Zeit beruhigende Nachrichten, und wenn man etwas kritischer nach konkreten Ergebnissen forscht, erhält man dann die Antwort, nun ja Verwaltungsreform, das sei so ein permanenter, dynamischer Prozeß und man dürfe sich da keine spektakulären Dinge erwarten.

Meine Damen und Herren! Daß hier ein permanenter Vorgang abläuft, das glaube ich schon. Daß er dynamisch ist, das glaube ich schon viel weniger, denn wenn als einzige

11912

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Schmidt

Serviceleistung in drei Jahren, als einzige Serviceleistung der Verwaltung für die Bevölkerung die gesetzliche Verankerung der Auskunftspflicht herauschaut, und das in drei Jahren, dann ist das keineswegs als dynamisch, sondern höchstens als schläfrig zu bezeichnen, davon abgesehen, daß diese gesetzliche Festlegung für die Praxis gar nicht viel geändert hat, denn in der Praxis wurden Auskünfte ja schon immer erteilt.

Was geschieht zum Beispiel mit der Rechtsbereinigung? Wie viele uralte Gesetze und Verordnungsbestimmungen werden denn noch immer mitgeschleppt!

Wie wirkt sich überhaupt die Tätigkeit dieser Verwaltungsreformkommission auf die Produktion der Gesetze aus?

Wo sind die einsparenden Vorschläge für die Zentralstellen der Verwaltung, die das Hohe Haus ja mit ihren Vorlagen nur so füttert? Denn über 90 Prozent aller Vorlagen, die hierherkommen, sind Regierungsvorlagen, stammen also aus der Verwaltung. Sind diese Vorlagen, so muß man fragen, ist die Notwendigkeit dieser Vorlagen immer genau überprüft? Sind sie genau überlegt?

Gewiß, es gibt legistische Richtlinien, die sagen, in welcher Form Regierungsvorlagen im Hohen Haus vorgelegt werden müssen, die also die formelle Seite dieser Regierungsvorlagen betreffen. Aber was viel wichtiger und viel wesentlicher wäre, das wäre doch eine Prüfung, eine Art Kosten-Nutzen-Rechnung, wieviel an Verwaltungsaufwand dieses oder jenes Gesetz verursachen würde, wenn es verabschiedet wird.

Ich habe immer die Meinung vertreten, daß der Beginn jeder verwaltungsreformerischen Tätigkeit bei der Gesetzgebung hier im Hohen Hause beginnen müßte, bei der Erlassung des Gesetzesauftrages an den öffentlichen Dienst, an die Vollziehung. So wie man bei jedem Initiativantrag aus den Reihen der Abgeordneten der Fraktionen verlangt, es möge gleichzeitig ein finanzieller Bedeckungsvorschlag erstellt werden, so kann man doch eigentlich mit Fug und Recht fordern, daß jede Regierungsvorlage mit einer Kalkulation vorgelegt wird, wieviel Personal- und Sachaufwand im öffentlichen Dienst dafür erbracht werden muß und ob es überhaupt in der Verwaltung verkraftet werden kann.

Denn, Hohes Haus, jeder Gesetzesauftrag erzeugt neuen Verwaltungsaufwand. Daher, glaube ich, müßte das Hohe Haus damit beginnen, zu prüfen, inwieweit das der Verwaltung zumutbar ist.

Zu jeder Regierungsvorlage daher ein Verwaltungsbedeckungsvorschlag. Das wäre eine Anregung, die ich mir eigentlich längst von der Verwaltungsreformkommission erwartet hätte. Wenn wir hier einmal beginnen, glaube ich, wäre auf diesem Gebiet schon sehr viel gewonnen. Aber so wird herumgebastelt an einigen kleineren Problemen, es wird auf hoher Ebene, wie man hört, herumtheorisiert; aber es fehlen aktive, konkrete Maßnahmen. Der angekündigte Bericht über die Verwaltungsreformtätigkeit der Jahre 1971 bis 1974 liegt dem Hohen Haus bis heute nicht vor, obwohl er, glaube ich, vom Ministerrat schon verabschiedet ist.

Die Frage eines Dienstnehmerschutzgesetzes ist zu einem Spielball zwischen dem Dienstgeber und der Gewerkschaft geworden. Der öffentliche Dienstnehmer ist seit vielen, vielen Jahren schlechter dran als der private, der unter dem Schutz einer eigenen gesetzlichen Vorschrift und einer eigenen Behörde steht. Der öffentlich Bedienstete muß vielfach unter räumlich unzumutbaren, unhygienischen und oft überhaupt gesundheitsschädigenden Verhältnissen seinen Dienst verrichten, unter Verhältnissen, die einer Beschreibung manchmal spotten.

An dieser Situation hat sich auch unter dieser Regierung nichts, aber gar nichts geändert.

Hohes Haus! Zu den in Verhandlung stehenden Fragen der Dienst- und Besoldungsreform möchte ich nicht Stellung nehmen, erstens weil sie in Fluß ist, zweitens weil der Verhandlungsgegenstand mir noch unausgegoren erscheint und weil man es nicht vorzeitig zerreden soll, wenn etwas herauskommen soll.

Nur eines erlaube ich mir heute schon hier anzumerken: Eine Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes, die auf Kosten und zum Nachteil der Beamten, die sozusagen im Dienst ergraut sind, gehen sollte, wäre für uns nicht akzeptabel. Man wird sich also in dieser Hinsicht etwas einfallen lassen müssen, um sicherzustellen, daß der einmal erworbene Besitzstand an Rechten gewahrt bleiben muß.

Ich weiß, es wird hier eine schwierige Aufgabe zu lösen sein, genauso wie sich jetzt die Situation ergibt auf Grund des bekannten Verwaltungsgerichtshofurteils hinsichtlich der Pensionsautomatik.

Hohes Haus! Ich kann vielleicht für mich in Anspruch nehmen, daß ich damals, als die 24. Gehaltsgesetz-Novelle mit der Einführung der Verwaltungsdienstzulage und der Verdienstzulage verabschiedet wurde und zur

Dr. Schmidt

Diskussion kam, als einziger Sprecher die Einbeziehung der Verwaltungsdienstzulage in den Ruhegehalt verlangt habe, deswegen, weil sonst die Pensionsautomatik des § 41 Pensionsgesetz keinen Sinn hätte, weil wir dann wieder Alt- und Neupensionisten haben, das, was im Jahre 1965 durch die Schaffung dieser Gesetzesbestimmung vermieden werden sollte.

Sie haben das damals abgelehnt, und der Herr Kollege Weisz hat damals so ein bißchen von oben herab erklärt: Auf Sie, auf Ihren Antrag haben wir gerade noch gewartet, den brauchen wir nicht, wir beraten die Probleme gründlich durch.

Nun hat also der Verwaltungsgerichtshof die Beratungen des Herrn Kollegen Weisz auch nicht gebraucht und hat hier, ich muß sagen, wohl in einer aufsehenerregenden Weise, den Pensionisten zu ihrem Recht verholfen. Ich möchte warnen diese durch einen verstärkten Senat des Verwaltungsgerichtshofes ausgesprochene Rechtssituation vielleicht, so wie es der Herr Finanzminister heute angedeutet hat, schmälern zu wollen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch warnen, die neue Dienst- und Besoldungsreform unter Schmälierung der einmal erworbenen Rechte durchzuführen und vielleicht so vorzugehen, daß ältere Dienstnehmer dabei zum Handkuß kommen.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, einige Sachgebiete im Rahmen der Budgetdebatte zu beleuchten, einige Probleme, die die Regierung zum Großteil nicht gelöst hat.

Herr Kollege Fischer hat in seinem Debattenbeitrag erklärt, mit stolzgeschwellter Brust sozusagen, daß die Regierung Kreisky nun wenigstens Probleme angepackt und in Angriff genommen hätte, an die früher nie gedacht worden sei. Es wäre, glaube ich, besser gewesen, man hätte die vorhandenen gelöst, man hätte sich mit den vorhandenen Problemen mehr beschäftigt, anstatt Dinge anzufangen, für deren Lösung überhaupt kein Wählerauftrag vorhanden war, man hätte sich statt der unechten Rundfunkreform lieber intensiver mit der Verwaltungsreform beschäftigen und statt der Fristenlösung eher die Lösung der Wohnbaufrage vorantreiben sollen.

Das wäre mir viel zielführender erschienen für diese Regierungstätigkeit als das, was tatsächlich geboten worden ist.

Am 6. Februar 1970 sagte der Herr Bundeskanzler Kreisky: „Dem Bauern, der sein Anwesen verwirtschaftet, ist eine schlechte Nachrede in der Nachbarschaft sicher.“ Der Regierung aber soll alles pardoniert werden. Er

hatte aus der damaligen Sicht der Verhältnisse vielleicht recht. Aber man wird verstehen, daß man heute auf unserer Seite auch keine andere Meinung haben kann. Auch dieser Regierung kann das alles nicht pardoniert werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Eine kritische Befassung mit der Tätigkeit der amtierenden Bundesregierung verlangt eine Auseinandersetzung über Stand und Fortentwicklung unseres demokratischen Systems. Diese Auseinandersetzung muß besonders dann stattfinden, wenn wir einem Regierungschef gegenüberstehen *(Ruf: Ab sofort!)* — zumindest ab sofort —, der sich der sogenannten Demokratisierung verschrieben hat und der eine Polarisierung kultiviert, in der seiner Fraktion die Rolle der Fortschrittlichkeit und der großen Opposition der sogenannte Konservatismus, das heißt die fortschrittsfeindliche Rolle, zugeteilt wird.

Ein als kritisch bekannter Publizist hat vor kurzem von Kreiskys vergilbten Fahnen gesprochen, auf denen einst die Demokratisierung geschrieben stand. Er hat damit zugegebenermaßen drastisch, aber doch sehr zutreffend aufgezeigt, daß es der sogenannten Demokratisierung genauso gegangen ist wie fast allen Zukunftsvisionen, die der seinerzeitige Oppositionsführer und dann der Minderheitskanzler produziert hat.

Es wäre aber falsch, wenn wir es heute gerade zu diesem Thema bei der Feststellung des Scheiterns sozialistischer Ankündigungspolitik bewenden ließen. Führen wir uns den äußerst sensiblen und komplizierten Mechanismus der modernen Parteidemokratie vor Augen, dann müssen wir zu der Erkenntnis gelangen, daß wir vor dem Problem eines demokratischen Substanzverlustes stehen, der von der sozialistischen Regierungspolitik herbeigeführt wird. Demokratie Modelle sind bis zu einem gewissen Grad Gleichgewichtsmodelle, in denen die legitime Macht der Mehrheit durch Gegenkräfte und Kontrollmechanismen beschränkt, an einem Überwuchern gehindert und — wenigstens über längere Zeit — wieder kompensiert werden soll. Dabei muß uns bewußt sein, meine Damen und Herren, daß das Arsenal der kontrollierenden Kräfte ebenso über das hinausgeht oder von dem abweicht, was die geschriebene Verfassung vorsieht, wie es bei der Machtausübung der Mehrheit selbst der Fall ist.

11914

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Kohlmaier

So wissen wir heute — und das wird auch gar nicht bestritten —, daß die Kontrollrechte des Parlaments ein sehr problematisches Instrument sind, wenn der Führer der mit absoluter Mehrheit ausgestatteten Regierungsfraktion der oberste Repräsentant der zu kontrollierenden Regierungsgewalt ist. Gerade in dieser Situation substituieren die Medien, welche die öffentliche Meinung zwar nicht, wie manche glauben, produzieren, zu ihrer Bildung aber doch entscheidend beitragen, das, was vom Parlament und von der parlamentarischen Opposition allein nicht bewältigt werden kann; von einer parlamentarischen Opposition übrigens, der man nach dem Machtwechsel mehr Minderheitsrechte zusagte, was ebenfalls unerfüllt blieb.

Das große Wort — ich erinnere mich genau — führte damals derselbe Klubobmann Leopold Gratz, der die versprochene Demokratisierung hier nicht erfüllte, der die versprochene Demokratisierung der Wiener Stadtverfassung zur Farce werden läßt und der seit neuestem — wie wir vom Herrn Bundeskanzler gehört haben — „Privatüberlegungen“ zu einem neuen Wahlrecht pflegt, Privatüberlegungen, die das bestätigen, was wir schon lange gewußt haben, daß nämlich das SPO-Wahlrecht mit den Monsterwahlkreisen schlecht ist.

Ich halte noch einmal fest, meine Damen und Herren: Die Mediensituation ist für Qualität und Fortbestand unseres demokratischen Systems von essentieller Bedeutung. Die klassische Aufteilung der Gewalten — nämlich der Gesetzgebung, der Exekutive und der Justiz — erfaßt nicht mehr den Katalog der wahren gesellschaftlichen Kräfte, in denen etwa die Verbände und eben die Träger der Information einen Platz einnehmen, den wir einfach in Rechnung stellen müssen. Vor dieser Realität ist für mich, meine Damen und Herren, das Demokratieverständnis einer Regierung unmittelbar daran zu messen, ob und inwieweit sie der unabhängigen und vor allem der kritischen Information mehr oder weniger Spielraum und Chancen gibt.

Dabei ist aber wohl nicht so entscheidend, ob man nur den Trägern der Information gegenüber entsprechende Aufmerksamkeit an den Tag legt — ich denke an das Wort vom „Journalistenkanzler“ —, sondern ob die Regierung in toleranter Einstellung und in Verpflichtung gegenüber dem höheren Ziel des geistigen Wettbewerbs in der Demokratie die kritische Information auch dann bejaht, wenn sie nicht mehr nur ein freundliches Bild reproduziert und reflektiert.

Unter diesem Gesichtspunkt, meine Damen und Herren, war für uns die Auseinandersetzung um die Änderung des Rundfunkgesetzes eine prinzipielle Auseinandersetzung über die demokratische Einstellung der Bundesregierung. Wenn wir alle Nebensächlichkeiten weglassen, dann reduziert sich das, was der Oktober dieses Jahres in der österreichischen Medienlandschaft geändert hat, auf folgende reale Fakten: Bis zu diesem Datum gab es in Österreich eine starke Rundfunkführung, welche die Voraussetzungen und auch die Bereitschaft verwirklichte, unabhängig von Regierung und Parteistellen einfach nur der Aufgabe der optimalen Information verpflichtet zu sein.

Heute hat der Bundeskanzler eine von seinem Wohlwollen abhängige, ja eine von ihm dekretierte, schwache Rundfunkführung eingesetzt, welche im Zusammenhang mit der eingetretenen Verunsicherung im ganzen Medium ORF jene Informationspolitik betreibt, die sich die Mehrheit dieses Hauses vorstellt.

Meine Damen und Herren! Wir werden sehr oft gefragt: Warum verwenden Sie das Wort „Regierungsrundfunk“? Wie zeigt sich das? Ich habe immer wieder angeführt: Gerade durch dieses Faktum, das heute bereits erwähnt wurde, daß eben zufällig genau diejenigen die Funktionen bekommen haben, die vorher nach Zeitungsberichten die Gunst des Bundeskanzlers besaßen.

Aber es gibt zunehmend aktuelle Anlässe der Berichterstattung, die dieses Wort vom Regierungsrundfunk belegen. Der Zufall will es, daß die gestrige Abendsendung von „Zeit im Bild“ für mich auch wiederum ein sehr deutliches Beispiel dafür ist, wie man Sendungen in einer bestimmten Richtung — nämlich regierungsfreundlich — gestalten kann. Der gestrige Abend war bereits eine recht gute Kostprobe der Verlautbarung dessen über den Rundfunk und das Fernsehen, was eben für die Regierung angenehm ist.

Es gab gestern im besonderen einen Fall, den ich hier aufzeigen möchte, weil ich ihn aufzeigen muß, nämlich wie man mit einem Interview des Dr. König umgegangen ist. Es gab vor einiger Zeit bereits eine Sendung, in der der Rundfunk eine Äußerung von Finanzminister Androsch zur Frage UNO-City, Finanzierung und so weiter gebracht hat.

Ich habe, weil es bisher üblich war und auch dabei bleiben sollte, nicht nur einen Standpunkt, den Regierungsstandpunkt, dazulegen, ersucht, man möge einen Anlaß dazu wahrnehmen, daß auch unser Freund Dr. König,

Dr. Kohlmaier

der sich ja mit dieser Materie sehr befaßt hat und hier anderes zu sagen hatte als seinerzeit Androsch, zu Wort kommt.

Dieser Anlaß war gestern. Aber man hat das, was König gestern gesagt hat, was aber der Seher nicht wahrnehmen kann, weil er beim Interview nicht dabei war, in einer solchen Weise verstümmelt und gekürzt und mitten in eine gegenteilige Staribacher-Aussage hineingepackt, daß das Zu-Wort-Kommen der Opposition bei dieser gestrigen Sendung nicht gewährleistet war, und zwar in einer Sendung, in der man etwa 80 Prozent Regierungsnachrichten gehört hat.

Das sind die Beispiele, meine Damen und Herren, aus dem gestrigen Tag gegriffen.

So wird es weitergehen: Wir werden zunehmend diese Berichterstattung haben, bei der die Hofberichterstattung und die Darlegung des Regierungsstandpunktes einfach bevorzugt wird. Dagegen werden wir in der nächsten Zeit konsequent anzukämpfen haben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich komme vom aktuellen Anlaß wieder weg. Ich sehe keine andere Veränderung, zumindest keine Veränderung zum Besseren. Und es gibt keine ernst zu nehmende Stimme in diesem Land, die bis zum heutigen Tage hätte aufzeigen können, was nach dem sinnlosen In-die-Wüste-Jagen einer international hochangesehenen ORF-Führungsgarnitur besser geworden wäre, einer Führungsgarnitur, über die weder in der Öffentlichkeit noch im Kuratorium ein sachlicher Grund ernsthaft ins Treffen geführt werden konnte, welcher das Feuern dieser Männer gerechtfertigt hätte. Einen Grund sieht man allerdings zunehmend: die Absicht des Mundtot-Machens die man jetzt sogar mit der Androhung des Entzuges der wirtschaftlichen Existenz für Gerd Bacher verwirklichen will.

Wer bis heute noch daran gezweifelt hatte, daß es der SPÖ in erster Linie um politische Machtausübung im Medium ging, muß durch die Ereignisse der letzten Zeit eines Besseren belehrt werden.

Obwohl die Sozialisten feierlich versprochen haben, jede Werbung aus Steuermitteln für die Bundesregierung zu unterlassen, wird gerade in letzter Zeit der Staatsbürger mit einer wahren Flut von Regierungspropaganda konfrontiert.

Je weniger Schmeichelhaftes und Angenehmes es in der freien Berichterstattung über Kreisky und sein Team zu lesen gibt, umso mehr kauft man sich die Seiten für den Inseratentarif. Dieser Vorgangsweise ist jene

zutiefst undemokratische und ganz und gar nicht liberale Einstellung immanent, die in dem häßlichen Wort von der „sogenannten unabhängigen Presse“ und in den Proskriptionslisten des SPÖ-Zentralsekretärs Marsch zum Ausdruck kommt.

Die Unabhängigkeit hört für Sozialisten dort auf, wo sie als Unabhängigkeit zur Kritik benützt wird. Wer sich nicht auf Regierungslinie bewegt, meine Damen und Herren, ist im Sold der Schwarzen. So wird jeder Publizist in diesem Land vor die merkwürdige Alternative gestellt, entweder aus freiesten Stücken regierungsfreundlich oder als Handlanger der ÖVP kritisch zu schreiben.

In letzter Zeit gibt es Hinweise darauf, daß seitens des Bundeskanzlers weitere Vorsorgen für genehme Nachrichten in der Öffentlichkeit getroffen werden. Man hört von geplanten Publikationen des Bundeskanzleramtes, vielleicht des Pressedienstes, die dazu dienen sollen, die beschlossenen Gesetze der Bevölkerung „verständlich zu machen“. Sie werden unser Mißtrauen, meine Damen und Herren, gegen dieses Vorhaben verstehen.

Besonders gegen Ende der Wahlperiode wird damit eine Entwicklung deutlich, die ich schlicht und einfach als gefährlich bezeichnen möchte. Die Gleichschaltung eines wichtigen Mediums, die zunehmende Verbreitung von Regierungsnachrichten und Regierungswerbung, wie wir sie jetzt erleben, ist nicht denkbar in jener Form der westlichen Demokratie, wie wir sie anstreben, wie sie die Österreichische Volkspartei anstrebt.

Bei dem, was Sie Demokratisierung nennen, tut man so, als ob wir noch keine Demokratie hätten, als ob die Sozialisten die wahre Demokratie in einem unterentwickelten Land erst einführen müßten.

Rundfunkgegenreform, bezahlte Regierungswerbung, Aggressionen gegen kritische unabhängige Blätter und der Öffentlichkeit noch nicht bekannte Pläne über neue sogenannte Aufklärungsarbeit sind in diesem Sinn jene roten Markierungen, die äußerst nachteilige Eingriffe in unser demokratisches System darstellen. *(Beifall bei der ÖVP. — Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Diese roten Markierungen, diese Handlungen der Regierung, für die ausschließlich der Bundeskanzler verantwortlich ist, ermöglichen es uns aber — das ist das einzig Gute daran, meine Damen und Herren —, als Opposition die Alternative einer besseren Demokratie für Österreich voll Überzeugung und mit aller Konsequenz zu vertreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Bregartner.

Abgeordneter **Bregartner** (SPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Kohlmaier hat sich mit verschiedenen Fragen der Medienpolitik beschäftigt, auf die sicher noch Kollegen meiner Fraktion zurückkommen werden.

Ich möchte unmittelbar zu jenen Fragen Stellung nehmen, die die Menschen heute besonders interessieren, nämlich wie die Wirtschaft nächstes Jahr aussehen wird, vor allem welche Maßnahmen diese Bundesregierung getroffen hat, damit nicht auch jene Erscheinungen zu uns kommen, die wir in den Nachbarländern wahrnehmen.

Zum fünften Mal, meine Damen und Herren, legt diese Bundesregierung dem Parlament das Budget vor. Das Budget ist vor allem Ausdruck dessen, wie die Regierungspolitik der kommenden Zeit sein wird. Da im kommenden Jahr auch die Legislaturperiode dieses Parlaments abläuft, kommt diesem Budget eine ganz besondere Bedeutung und Wertung zu. Die Öffentlichkeit wird vor allem daran interessiert sein, ob die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes wie bisher auch im kommenden Jahr gesichert ist oder ob auch unser Land von den unangenehmen wirtschaftlichen Entwicklungen des Auslandes berührt wird.

Ich glaube, wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß sich im letzten Jahr sehr viel in der Welt geändert hat. Durch die starke Erhöhung des Erdölpreises, aber auch der Preise anderer wichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel sind vielschichtige Veränderungen in den Industrieländern eingetreten. Die Auswirkungen der Rohstoffverteuerung haben in den Industrieländern zu starken Preisentwicklungen geführt beziehungsweise durch den erhöhten Devisenbedarf die Zahlungsbilanzen vieler Länder in Unordnung gebracht und erschüttert.

Es stellt sich daher auch die Frage, ob diese Ereignisse auch auf Österreich Auswirkungen haben werden. Ich glaube, bei sachlicher und objektiver Beurteilung müssen wir klar feststellen, daß sich trotz des Olschocks und der Verknappung der Rohstoffe die österreichische Wirtschaft im großen und ganzen positiv entwickelt hat.

Es wurde heute bereits einmal gesagt, daß gerade gegenüber anderen Ländern Österreich mit seinem Wirtschaftswachstum günstig liegt: Mit 5 Prozent liegen wir im Spitzenfeld. Und in der Teuerungsrate kommen wir mit 9,5 bis 10 Prozent im unteren Drittel Europas zu liegen.

Wenn wir uns die Zahlungsbilanz ansehen, können wir feststellen, daß wir in Anbetracht der hohen Devisenreserven und der stark angewachsenen Exporte in diesem Jahr sehr günstig liegen.

Trotz dieser günstigen Fakten und dieser günstigen Entwicklung versuchen die Oppositionsparteien — und zwar besonders die Österreichische Volkspartei —, dem Österreicher durch Angstparolen, durch eine fortlaufende Panikmacherei eine ungewisse Zukunft vorauszusagen.

Die Österreichische Volkspartei will bislang nicht zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren, daß seit dem Jahre 1970, als die Sozialisten die Hauptverantwortung in diesem Staat übernommen haben, die Wirtschaft sich laufend aufwärtsentwickelt hat.

Wenn man sich auch die internationalen Berichte über Österreichs Wirtschaft ansieht, kommt es einem als Hohn vor, wenn man von Seite der ÖVP dem Österreicher einreden möchte, daß die ÖVP es wäre, die die Wirtschaft wieder in Ordnung bringen müsse.

Ich darf noch einmal einen Auszug aus dem OECD-Bericht über Österreich zur Kenntnis bringen:

„Das anhaltend rasche Wachstum bei Auslands- und Inlandsnachfrage in den letzten zwölf Monaten hat die österreichische Volkswirtschaft in das sechste Jahr eines ununterbrochenen Booms geführt.“

Aber auch die internationale Presse hat diesem wirtschaftlichen Phänomen Österreichs eine breite Anerkennung gezollt, und Sie gestatten, daß ich Ihnen aus einer führenden Zeitung, der „Weltwoche“, einige Ausschnitte bekanntgebe. Es wird hier folgendes geschrieben:

„Bei der Umwertung aller Werte, die sich momentan vollzieht, ist Österreich gut weggekommen. Fast fühlt man sich in Wien wie auf einer Konjunkturinsel ...“

Das ist ein Bericht vom 7. August 1974, also vor etwa drei Monaten erschienen.

Es wird weiter folgendes festgestellt:

„Die — man kann unumwunden sagen: prächtige — Situation der österreichischen Wirtschaft kommt nicht von ungefähr.“

Und es wird weiter angeführt, daß vor allem die Staatsfinanzen gepflegt sind, in Ordnung sind, obwohl heute einige Redner etwas anderes hier kundgetan haben. (*Abg. Doktor Musil: Selten so gelacht!*)

Bregartner

Meine Damen und Herren! Herr Generalsekretär Mussil, diese Ergebnisse kommen aber nicht von ungefähr, sie sind Ausdruck einer seit Jahren geführten Wirtschaftspolitik dieser Regierung.

Wir werden es daher nicht verabsäumen, gerade in den nächsten Monaten den Österreichern zu sagen, daß es kein Zurück zur Österreichischen Volkspartei geben darf, denn sonst wäre diese Entwicklung sicher gefährdet. *(Beifall bei der SPÖ. — Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man mutet dem Österreicher schon wenig Urteilskraft zu *(Rufe bei der ÖVP: Genau!)*, wenn man ihm einreden will, daß die Partei — meine Damen und Herren, jetzt hören Sie zu! —, die Männer hervorgebracht hat wie Krauland, Müllner, Polcar und so weiter *(Ruf bei der ÖVP: Olah!)*, die Wirtschaft in Ordnung bringen könne *(Beifall bei der SPÖ)*, eine Wirtschaft, die noch nie so gut war wie jetzt.

Meine Damen und Herren! Die drei von mir Genannten waren ja keine kleinen Mitläufer der Österreichischen Volkspartei. Krauland war Minister, Polcar Landesobmann und Abgeordneter und Müllner Landeshauptmannstellvertreter. *(Abg. Dr. Koren: Und der Olah Innenminister und Präsident des Nationalrates!)*

Man kann heute nicht sagen, daß es jahrelang her ist, denn erst vor wenigen Monaten hat es einen Bankkrach der Allgemeinen Wirtschaftsbank gegeben, an der Krauland maßgeblich beteiligt war.

Oder gestatten Sie mir, daß ich Ihnen einen anderen Fall der letzten Vergangenheit schildere. *(Ruf bei der ÖVP: Den Fall Slavik!)* Das Wirtschaftsmagazin „Ecco“ hat unglaubliche Vorgänge mit verschleierte Zuckerexporten aufgedeckt. An diesem Zuckerexportgeschäft sollen angeblich auch zwei ÖVP-Landtagsabgeordnete beteiligt gewesen sein.

Meine Damen und Herren! Er erscheint mir unvorstellbar, daß der Österreicher Sehnsucht nach einer ÖVP-Regierung hätte.

In letzter Zeit ist auch oft das Wort vom Konkurs gesprochen worden. Dazu nur einige Daten, die alles andere aussagen.

Meine Damen und Herren! Ziel der Regierungserklärung am 5. November 1971 beziehungsweise vorher im Jahre 1970 war es, die Vollbeschäftigung in diesem Lande zu erhalten. Es wurden heute schon einige Ziffern genannt. Ich glaube aber sagen zu können, daß wir heute um rund 300.000 Menschen

mehr in Beschäftigung haben als zu der Zeit, als Sie die Verantwortung in diesem Staate gehabt haben.

Meine Damen und Herren! Eine große Sorge haben wir sicher mit der Preisentwicklung. Hier hätten Sie uns aber unterstützen können, wenn Sie uns ein geeignetes Instrumentarium in Form eines Preisregelungsgesetzes gegeben hätten.

Ich darf weiter anführen, daß Sie laufend immer wieder von der Inflationsrate reden, aber nie versucht haben, mit uns gemeinsam ein vernünftiges Preisgesetz zu machen.

Ich darf Ihnen weiter sagen, meine Damen und Herren: Wo Sie die Verantwortung haben, eingreifen zu können, haben Sie auch nichts getan.

Mit Verordnung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie vom 26. April 1974 wurden die Landeshauptmänner delegiert, die höchstzulässigen Verbraucherpreise für Fleisch und so weiter festzulegen. Mit dieser erweiterten Delegation befaßt sich seit 28. Mai 1974 der Preisbeirat in Oberösterreich. Wie mir der Herr Landesrat Reichl gesagt hat, hat er bereits am 25. September — Herr Abgeordneter Gruber, am 25. September, also vor drei Monaten bereits — die Verordnung erlassen, aber hier hat sich plötzlich der Herr Landeshauptmann eingeschaltet, und zwar der Herr Landeshauptmann deshalb, weil entsprechend der Bundesverfassung beziehungsweise der oberösterreichischen Landesverfassung in Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung die betreffenden Mitglieder der Landesregierung an die Weisungen des Landeshauptmannes gebunden sind. *(Abg. Doktor Gruber: Wie ist es mit der Linzer Wurstfabrik!)*

Die Verordnung ist vom Herrn Landeshauptmann Wenzl noch nicht unterzeichnet. Seit 25. September wird daher die Höchstpreisverordnung zum Nachteil der oberösterreichischen Konsumenten von Landeshauptmann Dr. Wenzl zurückgehalten und ist trotz vielfacher Proteste bis heute nicht erledigt.

Meine Damen und Herren! Sie hätten Gelegenheit, hier doch wirklich aktiv zu werden. Herr Dr. Wenzl hat es nicht getan. Aber Sie reden immer wieder davon, daß die Bundesregierung nichts dagegen täte.

Meine Damen und Herren! Eine andere Frage. Ihre Methode ist, durch Arbeitslosigkeit. . . *(Zwischenrufe bei der ÖVP)* — das ist Ihre Methode, wir haben es heute auch schon gehört — durch Arbeitslosigkeit wollen Sie die Preisentwicklung bekämpfen.

11918

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Bregartner

Zu dieser Methode — und das wurde Ihnen auch heute schon gesagt —, über die Arbeitslosigkeit vielleicht die sogenannte Preisentwicklung bekämpfen zu wollen, werden wir nicht ja sagen, denn wir wissen nur zu gut, welche Probleme vor allem, meine Damen und Herren, mit der Arbeitslosigkeit verbunden sind. Die Hauptleidtragenden sind vor allem die kranken und alten Menschen, die womöglich zuerst den Betrieb verlassen müssen. Ich hoffe nur, meine Damen und Herren, daß Österreich nie wieder von Menschen regiert wird, die solche Forderungen stellen. Schon aus diesem Grunde kein Zurück zur Österreichischen Volkspartei! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Oder, meine Damen und Herren: Erinnern Sie sich, als wir in Österreich im Jahre 1973 zweimal die Schillingaufwertung durchführten, wie vehement Sie sich wehrten, weil Sie glaubten, daß plötzlich die Exporte in Gefahr wären. Sie werden heute, wenn Sie die Zeitungen gelesen haben, feststellen, daß die Exporte in Österreich noch nie so hoch waren wie in diesem Jahr. *(Ruf bei der ÖVP: Was war mit dem Fremdenverkehr?)*

Auch im Wirtschaftswachstum liegen wir besser als zu Ihrer Zeit, meine Damen und Herren, auch wenn Sie immer wieder erklären, daß sich der Österreicher gegenüber früher weniger leisten könne. Feststeht, daß die Reallohnsteigerung größer ist als in der Zeit von 1966 bis 1970.

Meine Damen und Herren, jetzt hören Sie zu: So schlecht kann doch die Wirtschaftspolitik dieser Regierung nicht gewesen sein, wenn man bedenkt, daß es möglich war, daß die Gewinne während dieser Zeit doch exorbitant angestiegen sind. Die Sparentwicklung hat besonders zugenommen. Allein die Einlagensteigerung beim Weltspartag betrug 20 Prozent. Das ist eine Entwicklung, die Ausdruck eines echten Vertrauens ist, welche Sie durch Panikmacherei und Verunsicherung gefährden wollen.

Meine Damen und Herren! So schlecht kann die Politik auch nicht für die Wirtschaftstreibenden gewesen sein, wenn man sich die Insolvenzen von 1966 bis 1970 und die aus der Zeit von 1970 bis 1974 ansieht. Während Ihrer Zeit gab es wesentlich mehr Ausgleiche und Konkurse als jetzt. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich kann Ihnen die Statistik zeigen, Herr Abgeordneter Gruber, schauen Sie sie sich bitte an.

Und wenn Sie sich die Palette an familienpolitischen Maßnahmen seit 1970 ansehen, kann auch hier gesagt werden, daß man nicht

so leichtfertig von einer Konkurspolitik sprechen soll.

Am 28. Oktober 1974 hat ein Sprecher der katholischen Kirche, Dr. Richard Barta, bei einem ORF-Interview gesagt, daß noch nie soviel Hilfe gegeben worden ist wie jetzt.

Auch in der Sozialpolitik lassen sich die Leistungen in der Zeit, in der wir die Verantwortung haben, nämlich seit 1970, gegenüber 1966 bis 1970 besser feststellen. Ich glaube, die Menschen beurteilen eben auch die Sozialpolitik besser, als Sie es gerne hören wollen. Sie haben in der Sozialpolitik von 1966 bis 1970 sicherlich nicht jene Leistungen aufzuweisen, wie wir sie seit 1970 aufweisen.

Dr. Schleinzner hat gerade in den letzten Tagen immer wieder versucht zu sagen, die Österreichische Volkspartei sei sozialer als die Sozialistische Partei. Auch dazu darf ich Ihnen einige Feststellungen zur Kenntnis bringen *(Zwischenruf bei der ÖVP: Wie bei der Zugschußrente!)*, weil ja nicht einmal Dr. Withalm von dieser sozialen Einstellung seiner Partei besonders überzeugt war. Er hat in seinem Buch „Antworten“ unter anderem folgendes geschrieben:

„Die Österreichische Volkspartei wird dann eine große Zukunft vor sich haben, wenn ihr der Nachweis gelingt, daß sie wirklich eine soziale Partei ist, die sich gerade auch um die Sorgen des ‚Kleinen Mannes‘ annimmt.“

Meine Damen und Herren! Sehr viel hat sich die Österreichische Volkspartei um die Sorgen des kleinen Mannes noch nicht angenommen.

Zum Schluß einige Bemerkungen für die kommende Zeit. Das Budget 1975 und die Politik geben Ausdruck dafür, daß wir nicht mit einer Vogel-Strauß-Politik und mit einer Euphorie in die Zukunft hineingehen und daß wir diese auch nicht so beurteilen. Ich glaube aber, daß die Fakten beweisen, daß Maßnahmen getroffen worden sind, die uns doch auch ein bißchen zuversichtlich in das Jahr 1975 hineinsehen lassen.

Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt davon, daß der Österreicher diese Leistungen anerkennen wird, und es wäre lächerlich, zu glauben *(Zwischenruf bei der ÖVP)*, daß man mit einer Irreführung unter dem Motto, die Wirtschaft wieder in Ordnung bringen zu wollen, den Österreicher täuschen kann. Auf Ihre Polemik kann es für den Österreicher nur eine Antwort geben: Kein Zurück zur Österreichischen Volkspartei! *(Beifall bei der SPÖ.)* — *Zwischenruf bei der ÖVP: Wie in der Steiermark!* — *Abg. Dr. Gruber: Zurück zur oberösterreichischen SPÖ!*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein geschätzter Vorredner, der Herr Abgeordnete Bregartner, hat unter anderem festgestellt — ich darf nach eigener Mitschrift zitieren —: Die Opposition will nicht zur Kenntnis nehmen, daß sich seit der Regierungsübernahme durch die Sozialistische Partei die österreichische Wirtschaft ständig aufwärtsentwickelt hat.

Herr Kollege Bregartner! Wenn sich die Sozialistische Partei die gute Entwicklung der Wirtschaft in den zurückliegenden Jahren als Verdienst, als Ergebnis ihrer Politik zurechnet, dann darf aber umgekehrt die Sozialistische Partei die sich jetzt einstellenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht auf andere abschieben, sondern muß sie ebenfalls als eine Folge ihrer Politik akzeptieren.

Wenn sich aber nun die Sozialisten auf die internationale Entwicklung ausreden und wollen, daß man ihnen diese Ausrede als sachlich berechtigt abkauft, dann müssen sich dieselben Sozialisten gefallen lassen, daß auch der zurückliegende Wirtschaftsaufschwung eine Folge der weltweit guten Konjunktur gewesen ist und nicht ein Ergebnis einer besonders erfolgreichen sozialistischen Wirtschaftspolitik. Also: entweder die schlechte Entwicklung als Folge der eigenen Politik akzeptieren oder sich auf die internationale Lage ausreden, dann aber bitte auch darauf verzichten, sich mit den falschen Lorbeeren für den zurückliegenden Wirtschaftsaufschwung zu schmücken.

Hohes Haus! Heute geht es im wesentlichen um die großen Linien in der Budgetpolitik. Ich darf ganz kurz noch einmal die Situation umreißen, die wir vorfinden.

Wir sehen vor uns kaum mehr finanzierbare Defizite angesichts einer am wirtschaftlichen Horizont heranziehenden allgemeinen Wirtschaftsfalke. Die Situation ist also in keinster Weise das, was der Volkswirt unter „antizyklisch“ versteht. Denn angesichts dieser heranziehenden Wirtschaftsdämpfung müßte sich der Staatshaushalt in der Position befinden, daß er über Reserven verfügt. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Es handelt sich freilich um eine lange Kette, denn schon die OVP-Budgets der letzten Jahre der OVP-Alleinregierung waren keineswegs antizyklisch, im Gegenteil, sie waren trotz zunehmender Konjunktur durch wachsende Defizite gekennzeichnet.

Bei etwa 7 Milliarden Schilling Defizit übernahm dann die sozialistische Regierung, um im Jargon zu bleiben, die Firma Österreich, und die Sozialistische Partei hat keine Umkehr vollzogen, sondern sie hat diesen Weg ständig wachsender Defizite im Staatshaushalt rasant fortgesetzt, und zwar mit dem schon erwähnten Ergebnis, daß wir heute keine Reserven besitzen, wo wir sie benötigen würden, um antizyklische Stützungsmaßnahmen einzuleiten.

Ich gebe zu, daß es eine Ausnahme gibt. Es gibt einen Punkt, da sind tatsächlich Reserven vorhanden. Leider handelt es sich um solche Reserven, die nicht vorhanden sein dürften.

Ich meine den Familienlastenausgleichsfonds. Dieser Fonds ist zweckgebunden einzig und allein zu dem Zweck geschaffen worden, daß das, was in ihn hineinfließt, an unsere Familien umverteilt wird. Aber in diesem Bereich hat sich interessanterweise die sonst auf Umverteilung geradezu versessene sozialistische Regierung keineswegs in dem möglichen Ausmaß um die Umverteilung bemüht. Im Familienlastenausgleich befinden sich nach wie vor mehrere Milliarden Schilling an unverteilten Geldern, die in dieser Höhe unseren Familien vorenthalten wurden und vorenthalten werden.

Meine Herren! Sie von der Regierungspartei haben erst jüngst im Ausschuß wiederum unseren freiheitlichen Antrag abgelehnt, angesichts der im Familienlastenausgleichsfonds vorhandenen Gelder unseren Familien in Österreich im Dezember eine Zahlung von je 700 S zukommen zu lassen.

Auf diesem Gebiet bilden Sie plötzlich Reserven, die dafür nicht bestimmt sind, während Sie auf allen anderen Gebieten, wo die Reserven jetzt benötigt würden, über keine verfügen, weil im Gegenteil nur Defizite vorhanden sind.

Natürlich steht hinter dieser Ausgabenpolitik eine bestimmte Philosophie. Es ist die Philosophie der Umverteilung, es ist auch die Philosophie einer zum Götzen erhobenen Vollbeschäftigung, möchte ich beinahe schon sagen.

Ich darf auf den Abgeordneten Dr. Fischer zurückkommen, der heute ein sehr nettes Beispiel mit dem Freitag gebracht hat. Er meinte damit die Krisenunkerei des Herrn Professors Koren und brachte als Beispiel einen Mann, der immer sagt: Heute ist Freitag, heute ist Freitag, heute ist Freitag. Am siebenten Tag der Woche trifft es dann tatsächlich zu: Es ist

11920

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Stix

Freitag, und der Mann hat einmal recht. (*Abg. Zeillinger: Wenn er den siebenten Tag noch erlebt! — Heiterkeit.*)

Herr Dr. Fischer! Genau das gleiche macht die Sozialistische Partei seit Jahren mit der Vollbeschäftigung. Sie malt trotz einer bisher immer noch wachsenden Überbeschäftigung seit Jahren das Gespenst einer Unterbeschäftigung an die Wand. Sie hat immer: Freitag!, Freitag!, Freitag!, Freitag!, gesagt, um bei Ihrem Beispiel zu bleiben, Herr Doktor Fischer.

Nun scheint tatsächlich jener Freitag zu kommen. Nun tritt offensichtlich doch einmal die Situation ein, wo die Frage der Beschäftigung eine reale Sorge darstellt.

Aber genau zu diesem Zeitpunkt haben Sie infolge Ihres falschen Freitag-Betens in den letzten Jahren eine Situation herbeigeführt, in welcher uns die Mittel für antizyklische Stützungsmaßnahmen, die demnächst auf uns zukommen werden, fehlen.

Wir haben es nunmehr mit dem scheinbaren Gegensatz Vollbeschäftigung oder Inflation zu tun. Ich möchte aber unsere freiheitliche Auffassung ganz klar dahin gehend definieren, daß diese Frage: Vollbeschäftigung oder Inflation, kein Entweder-Oder ist.

Worauf es ankommt, ist einzig und allein, die Inflation bekämpfen, ohne zum Instrument einer bewußt herbeigeführten Arbeitslosigkeit zu greifen. Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Meinung aus der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 23. November zitieren, die mir sehr plausibel erscheint. Es heißt darin:

„Es geht nämlich nicht um die Alternative: mehr Inflation ... und Vollbeschäftigung oder Inflationsbekämpfung und Unterbeschäftigung, sondern es geht um eine Stabilitätspolitik, die den inflationären Trend zu ändern vermag, aber nicht derart aggressiv bremst, daß daraus echte Beschäftigungsprobleme entstehen, sondern — das wäre mindestens der Idealfall — lediglich die Überbeschäftigung abbaut.“

Es ist das eine Meinung, mit der ich mich durchaus identifizieren kann.

Es taucht nun die Frage auf, inwieweit eine geringfügige Arbeitslosigkeit akzeptiert werden könne. In dieser Richtung hat sich der Herr frühere Bundesminister Mitterer ausgesprochen, was ihm von der Sozialistischen Partei auch bei jeder Gelegenheit weidlich vorgehalten wird. Aber ich glaube, daß der Herr Abgeordnete Mitterer bei dieser Beurteilung der Frage einem Irrtum unterlegen ist, nämlich dem vielleicht aus betriebswirtschaftlichem

Denken naheliegenden Irrtum, eine gewisse Arbeitslosigkeit mindere den Lohndruck, mindere damit den Kostendruck.

Ich halte das für eine nicht nur gefährliche, sondern auch falsche Meinung. Der Herr Abgeordnete Mitterer hat nämlich dabei übersehen, daß nicht eine kleine Rate von Arbeitslosigkeit maßgebend ist für den Lohndruck. Er hat übersehen, daß etwa unvernünftige Gewerkschaften sehr wohl auch eine bestehende Arbeitslosigkeit durch trotzdem enorme Lohnforderungen für die in Beschäftigung Stehenden überkompensieren können, hingegen vernünftige Gewerkschaften auch ohne Bestehen einer Beschäftigungslosigkeit wirkungsvoller stabilisieren können als eine gewisse Quote von Arbeitslosen.

Ich möchte noch einmal klarstellen: Nach unserer Auffassung kann es sich nur darum handeln, die objektiv feststellbare Überbeschäftigung abzubauen. Denn auch diese ist in sich krisenträchtig. Sie basiert nämlich auf nicht mehr realisierbaren Absatzerwartungen. Dieser Gesichtspunkt, in den Kapazitäten vorweggenommene irrige Erwartungen über die künftige Marktentwicklung, wird viel zuwenig als Krisenverursachung beachtet.

Noch eine Überlegung dazu, daß auch eine geringfügige Arbeitslosigkeit nicht geeignet wäre, die Inflation zu bekämpfen. In seinem neuesten Buch über Management schreibt der bekannte Wirtschaftsberater und Publizist Peter Drucker unter anderem, daß jede Inflation, von der realen Produktionsseite her betrachtet, zugleich auch eine „Krise der Produktivität“ darstellt. — Es ist einfach das zweite Gesicht jenes Januskopfes, dessen anderes Gesicht die nominelle Übernachfrage ist. — Aber, sagt nun Drucker, größere Arbeitslosigkeit bedeutet heute nur einen geringeren Nachfrageausfall. Es gibt ja die Arbeitslosenversicherung. Die nominelle Nachfrage bleibt also trotz gewisser Abstriche vorhanden. Was aber völlig wegfällt bei Unterbeschäftigung, das ist eben die Produktivkraft jener unterbeschäftigten Arbeitnehmer. Und das verstärkt die Produktivitätskrise und trägt damit letztlich zu einer Verschärfung der Inflation bei gleichzeitiger Beschäftigungslosigkeit bei.

Wir haben es hier im wesentlichen mit einer plausiblen Erklärung jenes Rätsels der Stagflation zu tun.

Wenn wir uns also einig darüber sind, daß Arbeitslosigkeit kein Heilmittel ist, um die Inflation zu bekämpfen, so müssen wir dennoch an eine konsequente Bekämpfung der Inflation herangehen, weil nämlich die Infla-

Dr. Stix

tion langfristig — würde sie sich ungehemmt ausbreiten — sehr wohl zu einer gewissen Arbeitslosigkeit führen würde.

Das tut sie weniger im Wege der Übernachfrage, sondern das geschieht, indem die Inflation die Wirtschaft zerrüttet. Sie zerrüttet sie dadurch, daß sie jede Disposition verunsichert oder unmöglich macht. Die Preise sind keine rechenbaren Daten mehr, die Kosten sind nicht mehr kalkulierbar, weil ihre Steigerung nicht vorhersehbar ist. Das Risiko für Investitionen und ihre Finanzierbarkeit wird nicht mehr abschätzbar — wir erleben das ja auch hier beim Bundeshaushalt —, und die Nominaleinkommen stehen in keinem festen Zusammenhang mehr mit dem realen Leistungsvolumen. Eine auf diesem Weg desorientierte Wirtschaft wird dann selbstverständlich auch zu Unterbeschäftigung von Kapazitäten und damit zu Arbeitslosigkeit führen.

Wie sehr die Inflation die Rechenhaftigkeit der Wirtschaft verunmöglicht, zeigte sehr anschaulich der bekannte Professor Schmolders in einem jüngst in Wien gehaltenen Vortrag. Er äußerte sich dort zu den Scheingewinnen und brachte folgendes Beispiel, das die ganze Problematik sehr deutlich macht. Ich zitiere wörtlich:

„... soll die Wiederbeschaffung“ — von Anlagegütern — „sichergestellt werden, muß unter den inflationären Voraussetzungen das Vierfache der Geldentwertung einkalkuliert werden“ — bei 6 Prozent Inflation, die er als Beispiel erwähnt —, „also 24 Prozent statt 6 Prozent. Davon ist die Hälfte, nämlich 12 Prozent, als Steuer auf Scheingewinne abzuführen; ein Viertel (= 6 Prozent) wird als Gewinn ausgeschüttet; lediglich das letzte Viertel ... dient dem Zweck der Substanzerhaltung...“

Dieses Beispiel, Hohes Haus, zeigt die wirklich — langfristig gesehen — verheerenden Folgen der Inflation, indem sie nämlich der gesamten Wirtschaft — sei es der Gemeinwirtschaft, sei es der Privatwirtschaft, sei es dem Staatshaushalt — die Rechenhaftigkeit als Grundlage entzieht. Es käme also alles darauf an, die Inflation zu bekämpfen, aber nicht mit Hilfe von Arbeitslosigkeit, sondern ganz im Gegenteil, um längerfristig Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Leider ist das vorliegende Budget kein dafür taugliches Instrument, und deswegen lehnen wir Freiheitlichen es ab. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Treichl.

Abgeordneter **Treichl** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Es wird sehr viel von Verwaltungsreform gesprochen — auch heute wieder —, und es wird uns der Vorwurf gemacht, daß auf diesem Gebiet überhaupt nichts geschehen sei — so Dr. Schmidt —, ja daß im Gegenteil zusätzliche Dienstposten geschaffen wurden. Gestatten Sie mir dazu einige Bemerkungen.

In den Jahren 1970 bis 1975 hat sich die Zahl der Dienstposten von insgesamt 323.382 auf insgesamt 348.296 erhöht. Aber von den in diesen fünf Jahren hinzugekommenen 24.913 neuen Dienstposten entfallen allein auf die Bereiche: Lehrpersonal, Lehrer, Hochschullehrer und Post- und Telegraphenanstalt insgesamt 24.011 zusätzliche Dienstposten.

Ein Vergleich verdeutlicht diese enorme Steigerung in diesen beiden Bereichen. Lehrpersonal 1970: 69.150, das waren 21,4 Prozent Anteil an den gesamten Dienstposten, 1975: 88.696, das sind 25,5 Prozent; bei der Post: 1970 51.935, das sind 16,1 Prozent, und 1975 56.390, das sind 16,2 Prozent.

Der Anteil an Verwaltungsbediensteten am Gesamtvolumen der Dienstposten ist hingegen in den Jahren von 1970 bis 1975 von insgesamt 15,4 Prozent auf 15 Prozent abgesunken; ebenso gab es eine bedeutende Senkung der Dienstposten bei den Österreichischen Bundesbahnen von 24 auf 21,4 Prozent, nämlich 77.499 Beschäftigte im Jahre 1970 und 74.365 Beschäftigte im Jahre 1975.

Allerdings, im Bereich der Exekutive kam es zu einer Steigerung an Dienstposten, die im Hinblick auf das Bedürfnis nach erhöhter Sicherheit sicher von besonderer Bedeutung ist: von 44.356 im Jahre 1970 auf 44.680 im Jahre 1975.

Die Dienstpostensteigerung bei der Post- und Telegraphenanstalt hat sich — das ist ja auch bekannt — insbesondere deswegen als notwendig erwiesen, weil in den Jahren 1971 bis 1974 insgesamt nicht weniger als 430.000 neue Telephonanschlüsse hergestellt worden sind, hingegen in den Jahren 1967 bis 1970 aber nur 278.870. Diese Aufstockung der Dienstposten trägt somit wesentlich zur Beseitigung der Wartelisten bei den Ansuchen um Telephonanschlüsse bei.

Auf Grund dieser Personalaufstockungen wird es im nächsten Jahr möglich sein, insgesamt 120.000 neue Telephonanschlüsse herzustellen.

Dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein kurzer Vergleich mit den Bundesländern. Im gleichen Zeitraum, 1970 bis 1974 also, hat sich der Aufwand der Länder für die Per-

11922

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Treichl

sonalstände um insgesamt 9,4 Prozent erhöht; in der gleichen Zeit betrug für den Bundesbereich die Steigerung aber nur 3,2 Prozent. Ein wesentlicher Unterschied der Personalentwicklung ergibt sich auch aus einem Vergleich der Budgetanteile für Personalkosten zwischen Bund und Ländern. Die Länder geben 38,2 Prozent, der Bund insgesamt aber nur 30,9 Prozent für Personal aus. Das, meine Damen und Herren, sind die Zahlen, das sind die Tatsachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu einem anderen Thema: Herr Generalsekretär Abgeordneter Kohlmaier hat viel von Demokratie und viel von Demokratisierung gesprochen. (*Abg. Graf: Ist Ihnen das unangenehm gewesen?*) Nein, Kollege Graf, das ist uns nicht unangenehm. Ich möchte dazu ja jetzt Stellung nehmen.

Sie von der Österreichischen Volkspartei reden immer wieder von Demokratie und von Demokratieverständnis, ich habe genau zugehört: von Machtausübung der Mehrheit. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses! Nehmen Sie bitte doch einmal zur Kenntnis: (*Abg. Graf: Das ist Polizei-Deutsch! Wir nehmen nichts zur Kenntnis!*) Dort, wo Sie die Mehrheit besitzen, dort nützen Sie diese Mehrheit auch brutal aus, und nur dort, wo Sie in der Minderheit sind, rufen Sie immer wieder nach Demokratie. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ja natürlich, schauen Sie, Kollege Tschida, das beste Beispiel, meine Damen und Herren von der ÖVP, ist doch Vorarlberg.

Da wurde in Vorarlberg während des gesamten Wahlkampfes immer wieder betont und immer wieder beteuert, wieder eine Drei-Parteien-Regierung zu bilden. Da wurde laufend von Zusammenarbeit gesprochen. Und was ist, Kollege Tschida, wenn Sie sich so aufregen, dann tatsächlich nach der Wahl in Vorarlberg geschehen? (*Abg. Deutschmann: Was ist in Wien geschehen?*) Obwohl die Sozialistische Partei in Vorarlberg bei den Landtagswahlen ein Mandat dazugewonnen hat, die Österreichische Volkspartei der Freiheitlichen Partei Mandate abgenommen hat, besteht heute eine ÖVP-FPO-Koalition in der Vorarlberger Landesregierung so wie in Graz, so wie in Klagenfurt. Selbstverständlich ist es das gute Recht der Parteien, eine Koalition einzugehen, natürlich! Aber die Art und Weise, meine Damen und Herren, wie das gerade in Vorarlberg praktiziert wurde, daß die ÖVP-Landesleitung darüber abstimmt, daß die ÖVP-Landesleitung darüber entscheidet, ob der SPÖ-Spitzenkandidat Winder für die

ÖVP als Regierungsmitglied tragbar ist oder nicht, ist wohl, gelinde gesagt, eine sehr eigenartige Methode und wirft ein bezeichnendes Licht auf diese Partei, auf die Auffassung der ÖVP von Demokratie. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Diese Methode, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, wird man sich — unser Klubobmann Robert Weisz hat es schon von diesem Pult aus einmal ausgeführt — gut merken müssen. Als Beispiel für einen Unterricht in Demokratie ist diese Methode bestimmt nicht geeignet. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Aber weil Sie sich so sehr aufregen: Das bestätigt doch wieder einmal mehr das Demokratieverständnis oder das Demokratieverständnis der ÖVP wie in Niederösterreich, wo man als niederösterreichischer Sozialist — auch das wurde schon gesagt, aber ich wiederhole es trotzdem nochmals — zweifellos Bundespräsident, nicht aber Straßenwärter werden kann, weil dazu der Kandidat mindestens 96 schwarze ÖAAB-Punkte benötigt. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wie ist denn das im Burgenland?*) Herr Kollege Tschida, wie das im Burgenland ist, wird Ihnen sicherlich noch einer meiner Parteifreunde sagen können: bestimmt nicht so schlecht, wie Sie es hier sagen wollen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Bezirksschulrat! — Abg. Kern: Fragen Sie die Bundesbahner, wie es ihnen geht in den Betrieben!*) Kein Vergleich zu dem, was in Niederösterreich geschieht, Kollege Kern! (*Weitere Zwischenrufe.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Schmidt hat gemeint; wir hätten statt der Fristenlösung besser die Wohnbaulösung durchsetzen oder beschließen sollen. Dazu möchte ich doch kurz Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren! Nach § 97 Abs. 1 des neuen Strafgesetzbuches ist der Schwangerschaftsabbruch unter anderem dann nicht strafbar, wenn er innerhalb der ersten drei Monate nach Beginn der Schwangerschaft — wohlgemerkt! — nach vorhergehender ärztlicher Beratung von einem Arzt vorgenommen wird.

Es handelt sich hier zweifellos um ein Moralproblem und damit um eine Gewissensfrage. Die Haltung jedes einzelnen soll daher respektiert werden. Aber die Moral ist in Österreich bekanntlich doch immer dann gefährdet, wenn ihr, wie es Minister Androsch beim letzten Landesparteitag der Sozialistischen Partei in Vorarlberg formulierte, der doppelte Boden entzogen wird. Daß es eine doppelte Moral gegeben hat, das wußte jeder in Österreich.

Treichl

Denn für diejenigen, die Geld hatten, gab es nie einen § 144, die konnten es sich sowieso richten.

Obwohl das, meine Damen und Herren, alles hinlänglich bekannt war, startet nun die „Aktion Leben“ ein Volksbegehren zum Schutz des menschlichen Lebens, ein Volksbegehren gegen die Fristenlösung, ein Volksbegehren gegen die eigene Logik, ein Volksbegehren mit massiver Unterstützung durch die ÖVP und ein Volksbegehren als Wahlhilfe für die ÖVP.

Daß dem so ist, möchte ich Ihnen nun ganz kurz beweisen, indem ich Ihnen aus einer Anzeige des sogenannten „Unabhängigen Vorarlberger Bürgerkomitees“ einige Zeilen zitiere. (*Abg. Staudinger: Haben Sie etwas gegen Bürgerkomitees?*) — Nein, aber es ist bezeichnend als Wahlhilfe für die ÖVP, Kollege Staudinger! Es heißt hier in einer Anzeige, wohlgemerkt vor den Landtagswahlen am 20. Oktober:

„Liebe Landsleute!

Am 20. Oktober entscheiden Sie nicht nur über die Zukunft unseres Landes. Sie können mit Ihrer Stimme auch zum Ausdruck bringen, ob Sie mit der Freigabe der Abtreibung durch die Strafrechtsreform und die Nötigung der Spitäler durch die Novelle zum Krankenanstaltengesetz einverstanden sind.

Wir“ — das Bürgerkomitee — „sind dagegen, daher sind die Vorarlberger Sozialisten bei dieser Landtagswahl für uns nicht wählbar.“

Das sind Tatsachen, meine Damen und Herren, und auch diese Tatsachen wird man sich merken müssen. Sie sind ein Beweis: Volksbegehren als Wahlhilfe für die Österreichische Volkspartei. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruufe bei der ÖVP.*)

Noch vor gar nicht allzu langer Zeit wurde die erweiterte Indikationenlösung von der Volkspartei und von der „Aktion Leben“ auf das entschiedenste abgelehnt, und es wurden über 800.000 Unterschriften gegen diese Indikationenlösung gesammelt, wohlgemerkt: nicht gegen die Fristenlösung, sondern gegen die Indikationenlösung. Und heute, meine Damen und Herren, sammelt diese „Aktion Leben“ wieder Unterschriften, und zwar zum Schutze des menschlichen Lebens und für eine Indikationenlösung. Denn das Volksbegehren stellt ja nicht nur die medizinische, sondern unter gewissen Voraussetzungen auch die soziale Indikation straffrei — und all das, obwohl der Vatikan ohne Ausnahme jede Abtreibung verbietet. Da ist auch der Tod einer Mutter keine Rechtfertigung.

Das, meine Damen und Herren, ist im wahrsten Sinne des Wortes das unnütze Volksbegehren, das es je gegeben hat. Denn der Grundsatz, menschliches Leben nicht erst ab der Geburt zu schützen, wird auch im neuen Strafgesetz aufrechterhalten. Es wird aber auch der Konfliktsituation der Frau Rechnung getragen.

Was die sozialpolitischen Maßnahmen in diesem Volksbegehren anbelangt, über die wohlweislich während der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 kein Wort vom Katholischen Familienverband zu hören war, dazu ist schlicht und einfach zu sagen: Noch nie ist in Österreich für die Familie so viel geschehen wie unter dieser Regierung Kreisky. (*Beifall bei der SPÖ.*) Nicht nur wir Sozialisten behaupten das, das bestätigt auch der katholische Publizist Barta.

Heiratsbeihilfe als Starthilfe für junge Ehepaare, großzügige Geburtenbeihilfe, Mutter-Kind-Paß, Errichtung von Familienberatungsstellen, Hinaufsetzung des Karenzurlaubsgeldes, Verlängerung der Schutzfristen, wiederholte Erhöhungen — im Gegensatz zur ÖVP-Zeit — der Familienbeihilfen, freie Schulbücher, Schulfahrten, Heimbeihilfen und so weiter. Das, meine Damen und Herren von der Opposition, ist aktive Familienpolitik, und dazu brauchen wir bei Gott kein Volksbegehren, das machen wir Sozialisten schon von uns aus. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß wir mit dem neuen Strafgesetz auf dem richtigen Wege sind, so wäre dieser Beweis durch meine fünfstündige Telefonaktion am vergangenen Freitag erbracht worden. Denn der überwältigend große Teil der Anrufer — ich kann sie beruhigen, es waren nicht wenige — hat (*Abg. Graf: Wie viele waren es denn?*) positiv zu den von uns gesetzten Maßnahmen Stellung genommen, hat ja gesagt, diesen unmenschlichen § 144 endlich abzuschaffen. Die Anrufer haben uns aufgefordert, uns durch die Gegenpropaganda, durch die gezielte Aktion einer politischen Gruppe nicht beirren zu lassen, um endlich auch in Österreich gleiches Recht für alle zu schaffen. Meine Damen und Herren! Helfen statt strafen und kein Zurück zum § 144! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Graf. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Graf** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich der Rundfunkmaterie noch einmal zuwenden. Ich sehe, Herr Staatssekretär, daß Sie Herrn Bundeskanzler substituieren. Ich bitte also die

11924

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Graf

Anrede „Bundeskanzler“ dann sachbezogen auf sich wirken zu lassen.

Aber eingangs möchte ich gerne sagen: Entgegen meinen sonstigen Gewohnheiten muß ich mich an ein Manuskript klammern. Denn, Hohes Haus, ich habe die Absicht, chronologisch die Entwicklung seit dem 19. Juli 1974 zu schildern. Es ist unmöglich, daß man diese Geschichte, ohne sich eines Manuskriptes zu bedienen, erzählen kann.

Denn eines muß ich sagen — ich möchte hier nicht noch einmal die vielzitierte Bibel zitieren, die heute sehr strapaziert wurde, besonders von Herren der linken Seite —, Herr Bundeskanzler: Das zu erfinden, was sich hier abgespielt hat in der Frage Rundfunk, wäre nur durch Dichter möglich gewesen, eine Mischung zwischen einem Nestroy und einem Herzmanovsky-Orlando. Diese hätten in einer glückhaften Stunde vielleicht so eine Posse schreiben können mit einem einzigen Unterschied: Es hätte die Menschheit dieses Landes belustigt. Diese Geschichte ist aber eher tragisch.

Nun darf ich mich eben an Hand des angekündigten Manuskriptes doch noch ein bißchen mit dieser Materie beschäftigen.

Herr Bundeskanzler! Am 19. Juli 1974 wurde im Bundesgesetzblatt das Rundfunkgesetz kundgemacht, mit 15. Oktober 1974 trat es in Kraft. Mit diesen Daten, Hohes Haus, verbindet sich das Schicksal nicht nur eines Unternehmens, sondern einer wichtigen Funktion der Demokratie, nämlich der Kontrolle. Gerade über Kontrolle zu reden — ich nehme an, es ist Ihrer Fraktion nicht angenehm —, ist im Zusammenhang mit den Budgetkapiteln Oberste Organe, Bundeskanzleramt eines der notwendigsten Dinge, das heißt, sie wurde zu einer der notwendigsten Dinge, weil Sie, Herr Bundeskanzler, es verstanden haben, in der Zeit seit 1970 wirklich viel von Demokratie und Kontrolle zu reden, sie aber nach Möglichkeit nicht zu etablieren, sondern eine persönliche Machtausweitung vorzunehmen. Ich muß Ihnen, Herr Bundeskanzler, ohne persönlich zu werden, sagen — ich gestehe Ihnen das sogar gerne ein —:

In der Anfangszeit Ihrer Regierung schienen Sie nicht nur mir, sondern vielen Österreichern als ein moderner König Midas. Es schien ja so, als ob alles, was Sie angreifen, wirklich zu Gold würde. Viele Ihrer Wähler, die nicht Ihrer Partei angehörten, bewunderten Ihre Elegance, mit der Sie an sich eingefahrene Parteigleise in großbürgerlicher Manier ignorierten. Ich muß Ihnen sagen, vermutlich nur der Sieg ermöglicht Elegance und Großzügig-

keit, in der Niederlage werden auch Sie, Herr Bundeskanzler, empfindlich und eher kleinlich, auch in Fragen des Rundfunks.

Ich bin fernab, irgend jemanden in dem ganzen Rundfunkkonzept persönlich anzugreifen, ich kenne die meisten Herren nicht.

Aber da ich erlebt habe, wie der von Ihnen installierte Generalintendant bei der Wahl einer Person, die sichtlich von der SPÖ vorgeschlagen wurde und bei deren Wahl es nicht so lief, wie Sie es gewünscht haben, dann noch einmal darauf bestand, daß partout der Mann gewählt werden muß, muß der Ihnen sagen, Herr Bundeskanzler: In der Zeit Ihrer Siegesposition hätten Sie es wahrscheinlich erlaubt, daß er mit einer gewissen Elegance wie ein Zauberer einen anderen aus dem Hut herausgezogen hätte. Es wäre einer zu finden gewesen.

Das war aber nicht nur für mich, sondern, wie ich vermute, auch für 300.000 Österreicher bestürzend. Das waren ungefähr die, die Ihnen, Herr Bundeskanzler, ihre Stimme additional zu den Sozialisten gegeben haben, in der Meinung: Er ist der Anführer der Sozialistischen Partei, aber er ist nicht so. Das hat Ihnen 300.000 Wähler gebracht. Aber die letzten, glaube ich, wurden inne, was sich hier abspielt, als man nicht einmal die Elegance besaß, eine Wahlentscheidung zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie so lange exerzierte, bis sie das Format hatte, das Sie sichtlich gewünscht haben.

Der gegenwärtige ORF — rekapitulieren wir das doch, Herr Bundeskanzler — wird unter der Überschrift einer Totalreform nun langsam, glaube ich, totreformiert.

Hiezu muß ich mir einen Einschub erlauben, dürfen. Es ist ja volkswirtschaftlich, aber auch betriebswirtschaftlich noch keinem Menschen in Österreich oder sonstwo eingefallen zu behaupten, eine Reform koste kein Geld. Selbst eine gute Reform kostet Geld, und die Früchte dieser Kosten der Reform kommen dann im Laufe der Jahre wieder zum Tragen. Sie und Ihre Mannen haben behauptet, diese Reform kostet nichts. Sie ist nicht nur schlecht, sondern sie wird wahnsinnig viel kosten. Aber allein die Behauptung, daß die Reform nichts kostet, zeigt ja, daß es niemand ernst gemeint hat mit dieser Kostenberechnung, denn jede Reform kostet Geld. Sie hat Geld zu kosten, wenn sie sinnvoll ist und das Geld sinnvoll angewendet wird. Aber darüber wird ja vielleicht noch zu reden sein.

Herr Bundeskanzler! Auf Grund einer Initiative von 830.000 Österreichern entstand ja diese Geschichte. Diese Tatsache ist ja

Graf

Ihrer Partei, Herr Bundeskanzler, ein bleiben-der Dorn im Auge. Ich gehörte dem Haus damals noch nicht an, aber es sind mir zwei Ausdrücke geläufig, die im Jahre 1965 vom sozialistischen Hauptsprecher verwendet wurden, und zwar jene der „präpotenten Journaille“ und der „Stiefelleckerei“. Es war ein Abgeordneter Ihrer Partei, der in Zusammenhang mit dem Volksbegehren das hier postuliert hat.

Nun, ich muß Ihrer Partei attestieren, daß sie die Beseitigung dieses Volksbegehrens beziehungsweise des Ergebnisses niemals aus dem Auge verloren hat. Ich muß Ihnen zustehen, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich dabei sichtlich nicht immer wohlgefühlt haben in Ihrer Haut, sondern Sie haben es verstanden, trotz des Drängens eines einflußreichen Doppelpräsidenten die Entscheidung weit hinauszuziehen. Doch auch Ihnen als Meister — das gestehe ich Ihnen zu — passieren Fehler.

Als Sie sich, Herr Bundeskanzler, am Villacher Parteitag in Sachen Strafgesetz in einem echten Notstand befanden, und zwar in einem Notstand der eigenen Optik, da haben Sie, Herr Bundeskanzler, versucht, mit der Idee eines privaten Fernsehens diese Sache zuzudecken. Es ist Ihnen gelungen, Sie haben den Villacher Parteitag und seine internen Schwierigkeiten meisterlich kamoufliert. Nur eines: Das immer in Büchern zitierte Schicksal des Zauberlehrlings ereilte nunmehr den Zauberer. Denn, Herr Bundeskanzler, das Thema ORF werden Sie ja in Ihrer eigenen Partei nicht los. Man könnte sogar sagen, wenn man boshaft wäre, daß die ORF-Reform ihre eigenen Väter frißt; was mit den Kindern passiert, wird man ja noch sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Lassen Sie mich festhalten — Sie werden es sicher nicht zugeben —: Sie persönlich stehen ja vor dem Scherbenhaufen einer Rundfunkreform, die Sie, und zwar ausschließlich Sie in Ihrer Funktion als Kanzler zu verantworten haben. Es ist Ihr Gesetz. Dieses Gesetz wurde vom Verfassungsgerichtshof teilweise aufgehoben. Es ist nicht vollziehbar, und es wird Österreichs Hörer und Seher Millionen kosten. Das ist heute eine feststehende Tatsache.

Es sind Ihre Personalvorschläge gewesen, Herr Bundeskanzler, die von — und dieser Ausdruck sollte Sie nicht stören, es war so — der „Dampfwalze“ der SPO-Mehrheit im Kuratorium durchgeboxt wurden.

Das ist der Ausdruck, den ich aufrechterhalte. Daß er Ihnen nicht gefällt, dagegen habe ich nichts. Aber 16 zu 14 ist die Dampfwalze

der SPO-Mehrheit in dem Kuratorium, die ohne Rücksicht auf Verluste das exekutiert hat und sicher noch exekutieren wird.

Es ist ja auch der Kollege Blecha, der von Ihnen hochgelobt wurde zu einem Medienexperten, der in Nachtsitzungen des Kuratoriums sichtlich den Beitrag Ihrer Partei zur Desorganisation im ORF leistet.

Der Zweck der Übung, Herr Bundeskanzler, war es ja doch offensichtlich, Ihrer Regierungsmehrheit Kontrollen zu ersparen, einen Ihnen unangenehmen Generalintendanten — wenn Sie wünschen, er war uns auch nicht immer unangenehm, aber wir haben ihn deshalb nicht amoviert, das ist der Unterschied ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.)* Herr Tull! Haben Sie sich noch nie versprochen? *(Abg. Doktor Schnell: Er war Ihnen nicht unangenehm! Das war ein guter Versprecher!)* Es gilt auch für Sie, Herr Präsident! So etwas kann passieren. — Also ich korrigiere mich: Er war uns auch nicht immer angenehm. Jetzt haben Sie es deutlich in Klartext. Aber wir haben ihn deswegen nicht amoviert. Das ist der Unterschied.

Der Zweck der Übung war also, eine Ihnen unangenehme Rundfunkführung und ein Ihnen unangenehm werdendes Kontrollinstrument zu beseitigen. Im Zeitpunkt Ihrer verschiedenen Niederlagen wurde ja das Instrument immer lästiger. Nun blieb Bacher auf der Strecke, Lenhardt, Hartner und Zilk sind auf der Strecke geblieben, 50 Millionen Schilling für die Abfertigung sind auf der Strecke geblieben.

Sie werden natürlich sagen, die ÖVP hat ihnen diese Verträge gegeben. Sicher, nur wir wollten sie nicht hinausschmeißen; dann hätte es das nämlich nicht gekostet, Herr Bundeskanzler. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das muß man nämlich dazusagen, und viele Millionen, Herr Bundeskanzler — leider, leider —, viele Millionen werden noch folgen.

Ein international anerkanntes Unternehmen wird auf der Strecke bleiben, wenn Sie und Ihre Partei so weitertun, und ein wichtiger Teil unseres demokratischen Lebens soll sichtlich geopfert werden. 1970, Herr Bundeskanzler, sind Sie damit angetreten, daß „alle Lebensbereiche mit mehr Demokratie durchflutet werden sollen“. Nun darf ich die Fakten aufzählen, ganz nüchterne Fakten.

Herr Bundeskanzler! Aus einer privatrechtlichen Ges.m.b.H. wurde der ORF in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt. Aus einem Unternehmen wurde eine unter Staatsaufsicht stehende Institution. Die Eigentumsanteile der Länder wurden enteignet, und der

11926

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Graf

Föderalismus erhielt in Österreich wieder einmal von der SPÖ eine fühlbare Ohrfeige. Nichts mehr vom Gerede des verstärkten Föderalismus. Hier hat es sich ausgeformt. Die Beteiligung der Länder, an sich eine Mini-Beteiligung, wurde umgewandelt in ein Nichts.

Die Bundesregierung hat direkt oder indirekt Einfluß auf die Bestellung von mehr als der Hälfte des Kuratoriums genommen. Der Herr Bundeskanzler hat bei der Ernennung von 20 von insgesamt 35 Mitgliedern der Hörer- und Sehervertretung praktisch freie Hand, Hohes Haus, denn die Organisationen, die die Vorschläge gemacht haben, wurden vom Herrn Bundeskanzler ausgesucht. Der Vorsitzende des Kuratoriums ist ein persönlicher Vertreter des Herrn Bundeskanzlers. Der provisorische Generalintendant ist ein karencierter Bundesbeamter, er ist weisungsgebunden. Die Kommission zur Wahrung des Rundfunkgesetzes soll nach den Vorstellungen des Herrn Kanzlers von der Mehrheit des Hauses bestellt werden.

Zu allem Überfluß, Hohes Haus, ist der Herr Bundeskanzler nach dem Bundesministerien-gesetz in den Angelegenheiten des Rundfunks und Fernsehens allein zuständig.

Im Lichte dieser Fakten, Hohes Haus, hat Österreich damit das zweifelhafte Vergnügen, jene Rundfunkanstalt in Europa zu besitzen, die am meisten an Staat und Regierung gebunden ist.

Das Gesetz, Hohes Haus, und die Wirklichkeit des neuen ORF bringen aber nicht nur Ihnen, Herr Bundeskanzler, und der Regierungsmehrheit Chancen, sondern auch dem Unternehmen eine noch nie dagewesene Ungewißheit. An die Stelle klarer Zuständigkeiten und Verantwortungen sind Ungewißheiten getreten, denn die angekündigte Demokratisierung, meine Damen und Herren, landete in eine Gremialisierung, deren Arbeitsunfähigkeit hinlänglich bewiesen ist.

Das neue Unternehmen war infolge der schleppenden Arbeitsweise noch immer nicht in der Lage, handelsrechtlich gesichert aufzutreten — eine der primitivsten Voraussetzungen für das Überhaupt-Existenzwerden eines Unternehmens —, denn ein Auszug aus dem Handelsregister existiert für den neuen Geschäftsführer noch immer nicht.

Das neue Unternehmen hat bereits ein Leitungsgremium, aber immer noch keine Verträge. Das neue Unternehmen hat zwar den Auftrag, zwei unabhängige Fernsehprogramme zu machen, aber immer noch keine Vorstellung davon, wie das aussehen soll, was es kosten

soll und was dadurch an Mehrkosten, an Personalaufwand, an technischem Einsatz und Koordination in etwa notwendig sein wird.

Wenn die Berichte stimmen, die mir zugänglich sind, dann gibt es im Kuratorium noch immer nur einen provisorischen Beschluß über die Bestellung der Intendanten und der Direktoren. Es gibt zwar ab sofort zwei TV-Programme, aber es gibt keine Stellenpläne, Finanzpläne, Programmrichtlinien, Fundamente einer Betriebsumwandlung; die stehen aus. Statt dessen werden Verträge der leitenden Herren jahrmarktsähnlich ausgehandelt.

Herr Kollege Abgeordneter Blecha gibt Beruhigungsinterviews, aber ich glaube, er beruhigt eher seine eigenen Parteifreunde als die Öffentlichkeit, denn die ist in dieser Frage nicht beruhigbar. Dadurch entstehen aber auch die Probleme für die Öffentlichkeit, Herr Bundeskanzler. Die Verunsicherung der Angehörigen des Unternehmens ist evident. Der mangelnden Linie einer objektiven Information — das hat Herr Kohlmaier schon klargemacht; es weiß ja im Rundfunk im Moment auch niemand, wofür jemand zuständig ist — versucht man in der Form entgegenzutreten, daß man neue Worte erfindet, wie zum Beispiel „Programmmaschine“. Es wird zum Beispiel versichert, daß es zwar zwei TV-Programme, aber nur eine Programmmaschine geben werde. Kein Mensch weiß genau, was eine Programmmaschine ist.

Weiters kann man hören, daß Redakteure für „linke“ und „rechte“ Journale, Magazine und Nachrichtensendungen gesucht werden. Und über allem aber steht das Versprechen des provisorischen Generalintendanten und seiner Mannschaft, daß der Personalaufwand nicht erhöht wird und daß es keine parteipolitisch akzentuierten Parallelsendungen geben werde. Parallelsendungen nicht, aber gestern gab es bereits eine parteipolitisch akzentuierte Sendung.

Herr Bundeskanzler! Zu sehen ist bis jetzt nur eines: Eine Reihe von Zerschlagungen gibt es bereits; darf ich sie zitieren: Die zentrale Chefredaktion wurde zerschlagen, die Abteilung für Politik und Zeitgeschehen wird zerschlagen, die Wirtschaftsredaktion wird zerschlagen. Nur Sportsendungen soll es mehr geben. Offensichtlich will man die politischen Schwierigkeiten und die Information für die Bevölkerung durch eine Art nationales „Fit, mach mit!“ ersetzen. So scheint es mir.

Meine Damen und Herren! Betriebswirtschaftlich gesehen hat der ORF im Moment einen Personalkostenanteil von 40 Prozent erreicht. Das ist eine Alarmzone. 40 Prozent

Graf

Personalkosten erlauben hier keinerlei Bandbreiten mehr. Mit dieser Politik aber werden die Kosten zweifellos noch mehr steigen. Es wird nämlich konkurrenzierende Programm-macher geben, genauso wie es konkurrenzierende Fernsehintendanten geben wird. Zwei Fernsehintendanten statt einem — das ist die erste Million Mehrkosten der Rundfunkreform, und noch viele Millionen werden folgen.

Meine Damen und Herren! Für die neue Rundfunkreform oder das, was sie bringt, wird ein Kostenaufwand von 500 Millionen mehr pro Jahr geschätzt, wobei berechnet wurde, daß die bisherigen Gebühren- und Werbetarif-gestaltungen bis Ende 1977 reichen werden. Der ORF wird aber bald vor der Alternative stehen, Einsparungen im Programmbereich und damit einen Qualitätsabbau vornehmen zu müssen oder Einsparungen auf dem Investi-tionssektor vornehmen zu müssen. Die damit angestrebte Regionalisierung wird nicht durch-zuführen sein, oder aber man wird das tun, was man versprochen hat, daß nie geschehen wird: die Gebühren wird man um zirka 30 oder 40 S erhöhen.

Nun darf ich schon zum Schluß kommen. Ich möchte das Ergebnis der Rundfunkreform, so wie es bisher vorliegt, politisch betrachtet zusammenfassen:

Erstens: Herr Bundeskanzler, Ihr Einfluß ist hinreichend gesichert: durch die Dampfwalze der Kuratoriumsmehrheit, durch die Neuge-staltung der Kommission, durch die Abhän-gigkeit eines beamteten Intendanten und durch die Unsicherheit von 3000 Dienstneh-mern.

Zweitens: die Reduzierung, vielleicht sogar die Ausschaltung der Kontrolle in der Demo-kratie ist gesichert, denn Ihre Vorstellung von mehr Unterhaltung, Herr Bundeskanzler, wird verwirklicht. Durch die Knappheit des Geldes, durch die Ausweitung des Sports hat ja die Opposition überhaupt keine Chancen mehr, in dem Regierungsrundfunk unterzukommen, wenn es sich so weiterentwickelt.

Drittens: die Verträge. Es gibt noch einen Unterschied zwischen unseren Verträgen und den Ihren. Die Verträge für Nichtfachleute sind gesichert. Daß die Hörer und Seher mehr Geld für weniger Rundfunk zahlen werden, ist durch diese Sachen erreicht worden.

Viertens: Durch die Ausschaltung der Län-der ist gesichert, daß es keine Einflüsse außer den Ihren gibt oder gar noch jemand auf die Idee kommen kann, daß der Rundfunk eine Sache sei, die alle angeht.

Fünftens: Durch Ihr Verständnis von Demo-krtisierung ist gesichert, daß der Lebensraum der Massenmedien nicht mit einem Mehr an Demokratie, sondern mit einem Mehr an SPO und Dr. Kreisky durchflutet wird.

Hohes Haus! Damit ist der Auftrag des seinerzeitigen Abgeordneten Dr. Winter er-füllt: Die SPO ist nicht „Stiefelputzer einer präpotenten Journaille“; sie hat diesen Auf-trag wahrgemacht. Einer Zeitung war zu ent-nehmen, daß sogar bescheidene Ventile der öffentlichen Meinung wie der allsonntägliche „Watschenmann“ aus dem ORF verschwinden werden. Ich erspare mir jetzt das Zitat, mit welchem diese Sendung eingeleitet wird, um nicht mein Zeitlimit zu überschreiten. Die Wähler aber, Herr Bundeskanzler, werden sich an das Versprechen der SPO vor der Wahl erinnern.

Der Grad der Unglaublichkeit dieser Regierung hat leider mit den Ereignissen im ORF einen erschreckenden Höhepunkt erreicht. Herr Bundeskanzler! Sie selbst wollten sich die Kontrollore für Ihre Tätigkeit aussuchen. In der Demokratie ist nur der Wähler Kon-trollor. Das haben Sie uns immer gesagt, als Sie noch Leader der Opposition waren und wir auf der Regierungsbank saßen. Lassen Sie sich das heute wieder mit mehr Begründung sagen: Der Versuch, die Tatsache zu ver-ändern, hat die Bürger dieses Landes verun-sichert. Herr Bundeskanzler! Ihre Partei ver-wechselte Mehrheit mit Macht und absolute Mehrheit mit Allmacht. Wann immer Ihre Par-tei auf Grund dieser scheinbaren Allmacht Wahlen anschaffen wird — das können nur Sie tun —, am Abend dieses Wahltages wer-den Sie erkennen, Herr Bundeskanzler, daß die Rundfunkreform, welche Sie und Ihre Par-tei mutwillig erzwungen haben, der Anfang vom Ende der Alleinherrschaft der SPO ge-wesen ist.

Die Kontrollore kann sich in der Demokra-tie niemand aussuchen. Das ist gut so, und der Wähler wird dafür sorgen, daß es so bleibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Abgeordnete Blecha.

Abgeordneter **Blecha** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Medienfragen fallen in die Kom-petenz des Bundeskanzlers, und jedes Jahr sind wir daher Zeugen einer Diskussion über Probleme des Rundfunks und der Presse beim Budgetkapitel Bundeskanzleramt.

Auch wir haben heute eine Vorstellung des Generalsekretärs der Österreichischen Volks-partei, Dr. Kohlmaier, erlebt und eine sehr un-gewohnte Vorstellung des Abgeordneten Graf,

11928

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Blecha

in der er alle jene Verunglimpfungen der Reform des Österreichischen Rundfunks wiederholt hat, die selbst ÖVP-Journalisten in den letzten Wochen nicht mehr gebracht haben. Ich kann mir das nur so erklären, daß sowohl Doktor Kohlmaier als auch der Herr Graf damit nichts anderes erreichen wollten, als zu verschleiern, daß die Österreichische Volkspartei in der Rundfunkfrage versagt hat. Diese Feststellung hat kein Geringerer als Professor Heer in der katholischen „Kleinen Zeitung“ am 14. November 1974 zum Ausdruck gebracht, als er schrieb:

„Es ist politisch fatal für ganz Österreich, daß die größte Oppositionspartei ihr Versagen als konstruktive Opposition, als eine Opposition, die diesem Staate und der Regierungspartei dringend nötig wäre, gerade im ORF-Fall glänzend herausstellte. Die ORF-Schlacht hat eine weitgehende Unfähigkeit der ÖVP, konstruktive Oppositionsarbeit zu leisten, herausgestellt. Der Fall ORF ist der bisher fatalste Fall der ÖVP. Diese demonstriert eben in diesen Tagen, wie sie, ungewollt, ihren Offenbarungseid ablegt, durch ein Plakat, das vor einem ‚Regierungsrundfunk‘ warnt und statt dem von Bacher geschaffenen Rote-Augen-Emblem des ORF dieses Emblem schlicht in schwarzer Farbe zeigt!“

Eine völlig desorientierte Österreichische Volkspartei ist in der Rundfunkfrage auf dem besten Weg, den letzten Rest an Glaubwürdigkeit, den diese Partei noch in der österreichischen Öffentlichkeit hat, einzubüßen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Denn, Herr Kollege Graf, ist es glaubwürdig, wenn man dem neuen, dem reformierten Österreichischen Rundfunk mangelnde Unabhängigkeit nachsagt, obwohl gerade dieser neue, reformierte Österreichische Rundfunk erst durch ein Verfassungsgesetz, das mit den Stimmen der ÖVP hier in diesem Haus beschlossen worden ist, diese Unabhängigkeit verfassungsgesetzlich garantiert erhalten hat? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ist es glaubwürdig, meine Damen und Herren von der Opposition, wenn man die Abhängigkeit der Redakteure von Regierungen stellen hier vom Pult aus beschwört, obwohl gerade die innere Rundfunkfreiheit, die Freiheit journalistischer Berufsausübung, die Eigenverantwortlichkeit und Unabhängigkeit programmgestaltender Mitarbeiter und Redaktionsstatuten durch die entsprechenden neuen gesetzlichen Bestimmungen zum erstenmal nicht nur in Österreich, in der Welt überhaupt, garantiert wurden? *(Ruf bei der ÖVP: Die viel von Freiheit reden, halten nicht viel davon!)* Das war ein interessanter Zwischenruf.

Hätten Sie das vorher zum Herrn Kohlmaier gesagt; er hat nur von Demokratieverständnis und Freiheit geredet.

Ist es glaubwürdig, wenn man nicht müde wird — und Sie haben das jetzt eben getan, Herr Abgeordneter Graf —, durch die Schaffung etwa von zwei Fernsehintendanten durch die neue Reform eine bürokratische Verteuerung heraufzubeschwören, obwohl gerade Sie weder hier im Parlament noch im Aufsichtsrat des alten Österreichischen Rundfunks etwas daran gefunden haben, daß zur Herstellung eines einzigen Fernsehprogramms auf zwei Kanälen zeitweise drei Chefs für die Programmplanung, drei Chefs für die Information, drei Chefs für die Kultur, drei Chefs für die Unterhaltung, drei Chefs für das Fernsehspiel und zwei Chefs für den Sport benötigt worden sind?

Ist es glaubwürdig, wenn Sie hier, Herr Abgeordneter Graf, die Löschung der ORF Ges.m.b.H. im Handelsregister reklamieren, aber gleichzeitig wissen müßten, daß es gerade die Vertreter der Opposition im ORF-Kuratorium sind, die noch immer nicht die Genehmigung jener Protokolle erteilt haben, in denen die Wahl der neuen Rundfunkführung enthalten ist, und gerade diese Protokolle wiederum unerlässlich sind, um die Löschung im Handelsregister durchführen zu können?

Ist man glaubwürdig, wenn man den Abgang von Bacher, von Hartner, von Lenhardt und Zilk wegen der hohen Abfertigungen beklagt, wie Sie das eben hier vor wenigen Minuten getan haben, aber 1967 Gerd Bacher Beifall geklatscht hat, als er gesagt hat, Abfertigungen seien die besten Investitionen für die Zukunft? *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ist man glaubwürdig, meine Damen und Herren, wenn man heute Gerd Bacher — und das haben nicht Sie, das hat der Herr Abgeordnete Kohlmaier getan — als nahezu unersetzlich hinstellt, aber noch — und auch das war der Abgeordnete Dr. Kohlmaier — am 20. März 1974 in einem Interview der „Wochenpresse“ gegenüber erklärt hat: „Wir“ — die ÖVP — „glauben, daß Bacher historische Verdienste um den ORF als optimaler Vollstrecker der Rundfunkreform 1966 hat. Ob das bedeutet, daß er . . . der beste Vollstrecker, auch einer Rundfunkreform 1974, ist, das muß“ — Meinung der ÖVP — „offenbleiben“.

Ist man glaubwürdig, wenn man uns, die Regierungspartei, hier anklagt, daß 50 Millionen Schilling für die Herren Bacher, Hartner, Lenhardt und Zilk zu bezahlen sind, obwohl man selbst als ÖVP die Verträge ge-

Blecha

macht und beschlossen hat, nach denen eben diese 50 Millionen Schilling auszubezahlen sind? Und — wenn ich gleich hinzufügen darf — ist man glaubwürdig, wenn man behauptet, daß diese 50 Millionen Schilling nur deshalb (*Zwischenruf des Abg. Dr. Hauser*) zu bezahlen wären, Herr Abgeordneter Hauser, weil diese Herren nicht wiederbestellt worden sind? Ja glauben Sie, daß Sie glaubwürdig sind?

Ich kann Ihnen jetzt gleich die Verträge vorlesen. Hätten wir zum Beispiel die Herren wiederbestellt . . . (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wollen Sie mir vielleicht ein bißchen zuhören? — Hätten wir die Herren wiederbestellt, die heute eine Abfertigung von zwölf Monatsgehältern bekommen, dann hätten wir nach der nächsten Periode 15 und 20 Monatsgehälter auf Grund der Verträge zu zahlen gehabt. Wir hätten dann nicht weniger, wir hätten noch mehr zu zahlen gehabt! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ist es glaubwürdig, meine Damen und Herren, wenn ÖVP-Vertreter im Kuratorium sitzen und wissen, daß man nicht im geringsten daran gedacht hat — ja ganz im Gegenteil, daß man jedem derartigen Vorschlag mit aller Entschiedenheit sofort entgegenzutreten würde —, Spitzel auszusenden oder Maulkorb-Weisungen zu dulden, und hier dann der Generalsekretär der ÖVP, der Abgeordnete Dr. Kohlmaier, erklärt, daß ein Mann überprüft werden soll, daß Bacher mundtot gemacht werden soll?

Glauben Sie, Sie wären glaubwürdig, wenn man das alles weiß? Ein Blatt der ÖVP, das „Linzer Volksblatt“, schreibt am 28. November: „Staatsfeind Bacher“ wird beschattet: ORF-Kuratorium entsandte Spion.“

Ist es glaubwürdig, wenn man weiß, daß ich als ein Sprecher der Sozialistischen Partei im ORF-Kuratorium und vor dem Verhandlungssaal den Journalisten gegenüber erklärt habe, daß wir nicht im geringsten daran denken, Herrn Bacher irgendeine Beschränkung aufzuerlegen, daß wir meinen, daß er die Rundfunkreform, das Rundfunkgesetz, einzelne Stellen des Rundfunkgesetzes, so oft er will, so scharf er will, wo immer er will, kritisieren kann — glauben Sie, daß es dann glaubwürdig ist, wenn man hier hertritt und sagt: Die SPÖ, die Regierungspartei, der Bundeskanzler wollen unter Hinweis auf den möglichen Verlust gewisser wirtschaftlicher Konditionen die Männer der alten Rundfunkführung mundtot machen?

Ist man glaubwürdig, meine Damen und Herren, wenn man das Märchen vom Regie-

rungsrundfunk verbreitet und gleichzeitig zugeht — und das hat der Abgeordnete Doktor Kohlmaier gestern getan, und er hat es auch heute hier getan —, daß man, wenn man interveniert, heute bei diesem „roten Regierungsrundfunk“ viel leichter zum Erfolg kommt als früher?

Ist man glaubwürdig, wenn man dem reformierten Österreichischen Rundfunk durch Blätter, die der ÖVP gehören, Manipulation beziehungsweise Schlamperei vorwirft und eben in diesen Blättern die gleiche — ich darf es unter Anführungszeichen stellen — „Manipulation“ und „Schlamperei“, womöglich am gleichen Tage, findet?

Meine Damen und Herren! Am 27. 11. 1974 hat das „Linzer Volksblatt“ unter dem Titel „Gefährlich“ geschrieben: „Jetzt ist auch im Österreichischen Rundfunk eingekehrt, was bislang nur in links angekränkelten deutschen Rundfunkanstalten Brauch war: die Relativierung und Verbiedlichung“ — das heißt wahrscheinlich Verniedlichung, ein Druckfehler — „des Verbrechens aus politischen Gründen. Die Baader-Meinhofs haben durch Terrorakte Verbrechen begangen. Es ist daher rechtens, sie als ‚Bande‘ zu bezeichnen. Aber siehe da, im reformierten ORF spricht man jetzt manchmal schon harmlos von einer ‚Gruppe‘. Ob das Absicht ist? Oder nur Schlamperei?“

Am gleichen 27. November 1974 bringt die der ÖVP gehörende „Südost-Tagespost“ einen Bericht unter der Überschrift: „Mitverteidiger der Baader-Meinhof-Gruppe in Hamburg festgenommen.“ — Wegen des Wortes „Gruppe“, das vom ORF in einer Meldung gebraucht worden ist, wird dieser ORF angegriffen, obwohl von der Schwesterzeitung genau das gleiche Wort verwendet wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das, meine Damen und Herren, zeigt, daß Ihnen jedes Mittel recht ist, Unsicherheit zu verbreiten, zu verunglimpfen, zu diffamieren, zu desavouieren. Und bei all dieser schrankenlosen Demagogie glauben Sie, daß das Wesentliche in Vergessenheit geraten kann, nämlich, zu welchem Zweck der Österreichische Rundfunk reformiert worden ist.

Es ging darum — man kann es nicht deutlich genug unterstreichen —, zu verhindern, für alle Zukunft zu verhindern, daß eine kleine Gruppe von Leuten Rundfunk machen kann auf Kosten aller und gegen das Interesse vieler.

Es ging darum, in unserer demokratischen Gesellschaft eine Vermittlungsinstitution, die wir immer wieder brauchen, unter eine echte Mißbrauchskontrolle zu stellen, und es ging darum, das Programm dieser Institution der

11930

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Blecha

Meinungsvielfalt zu verpflichten — im Interesse der Menschen dieses Landes, im Interesse der Demokratie, im Interesse jenes Demokratieverständnisses, das Sie, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, so sehr in Zweifel gezogen haben. Der Österreichische Rundfunk soll das werden, was er eben zu sein hat: eine Institution, die Information, Unterhaltung und Bildung vermittelt.

Nicht der Herr Abgeordnete Kohlmaier und der Herr Abgeordnete Graf sollen und werden bestimmen, was diese neue Reform den Österreichern bedeutet (*Abg. Kern: Der Kreisky und der Blecha!*) — auch nicht der Herr Blecha —, sondern die Österreicher selbst, Herr Abgeordneter Kern. Da unterscheiden wir uns eben. Die Österreicher werden beurteilen, ob die sicht- und hörbaren Folgen diese Reform rechtfertigen. Und weil Sie das auch wissen, wollen Sie Unsicherheit in den Österreichischen Rundfunk bringen, wollen Sie obstruieren und sabotieren.

Nur eines kleinen, eines winzigen politischen Vorteiles willen haben Sie doch im Juli dieses Jahres die Dreiparteienlösung, die greifbar nahe war, verhindert, haben Sie die Chance, den Österreichischen Rundfunk ein für alle Male außer Streit zu stellen, vertan (*Abg. Graf: Das hat der Dr. Fischer vertan*), haben Sie die Hoffnung auf eine von allen politisch relevanten Gruppen getragene, umfassende Reform vernichtet. Und jetzt, meine Damen und Herren, wird der Erfüllung eines kleinkarierten, eines zutiefst unseriösen Wunsches — der reformierte ORF soll versagen — alles andere untergeordnet.

Da wird bereits verkündet, daß man nach den Wahlen den Generalintendanten Oberhammer absetzen werde, obwohl man dazu eine Zweidrittelmehrheit braucht. Wie Sie die bekommen wollen, weiß ich nicht, Herr Abgeordneter Kohlmaier. Da wird ganz offen erklärt, daß man interveniere und damit Erfolg habe. Und es wird die Größe des Kuratoriums dafür verantwortlich gemacht, daß angeblich im Rundfunk nichts weitergeht. Jene Größe des Kuratoriums, die in Parteienverhandlungen mit Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, und mit dem Klubobmann der ÖVP, Professor Koren, diskutiert und besprochen worden ist.

Ich möchte dem Hohen Haus nicht vorenthalten, daß eine Variante der sozialistischen Unterhändler 14 Mitglieder, eine andere 17 vorgesehen hat und daß es die Vertreter der ÖVP waren, die damals erklärt haben: Nein, es müssen alle Gruppen im Kuratorium vertreten sein, die Sie sich vorgestellt haben. Da kommt man auf 30.

Was aber sagt der Generalsekretär Kohlmaier am 11. November im ÖVP-Presse-dienst? „Überdies wirft auch die Größe des Gremiums Probleme auf; sie ist durch die sozialistischen Bestrebungen nach einer SPÖ-Mehrheit im Kuratorium entstanden; in einem Kreis von 30 Leuten kann schwer sachliche Detailarbeit geleistet werden.“

Das mag zwar eine Begründung dafür sein, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, daß Sie in diesem Kreis keine sachliche Detailarbeit leisten können, aber es bleibt ein für alle Mal klar: Diese Zahl 30 geht zurück auf einen Vorschlag, der von Ihrer Seite gekommen ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Das stimmt aber nicht!*)

Und was sagten Sie gestern, Herr Abgeordneter Kohlmaier — und damit möchte ich auch schon zum Schluß kommen —: Die Zahl 30 steht jetzt nicht mehr wie am 11. November zur Diskussion, jetzt ist Ihnen offenbar die Zahl 30 wiederum recht. Jetzt wollen Sie ja nicht die Zahl der Kuratoriumsmitglieder ändern, sondern jetzt wollen Sie die Zusammensetzung des Kuratoriums ändern. Jetzt wollen Sie — Sie sprechen ja nur von Gruppen, nicht von Fraktionen — für Ihre „Gruppe“ in diesem Kuratorium eine Mehrheit haben. Wofür? Was ist der Kaufpreis für die Zustimmung zur Neufassung des Abs. 3 des § 25 des Rundfunkgesetzes, der die Bestellung der Mitglieder der Kommission zur Wahrung des Rundfunkgesetzes regelt? Für die Zustimmung zu dieser Neuregelung, die durch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes notwendig geworden ist, wollen Sie eine andere Zusammensetzung eines Ihnen auf einmal nicht mehr zu groß geratenen Kuratoriums.

Die Beschwerdekommision, an der gerade Sie so großes Interesse haben müßten, wird zum politischen Tauschobjekt degradiert. Ich entnehme das der „Presse“ und den „Oberösterreichischen Nachrichten“. Daß der Herr Abgeordnete Graf nicht weiß, daß es keine Staatsaufsicht über den Österreichischen Rundfunk gibt, sondern daß gerade die Kommission, die von Ihrem Generalsekretär zum Tauschobjekt degradiert worden ist, die Rechtsaufsicht wahrzunehmen hat ... (*Abg. Graf: Das stimmt ja nicht, was Sie erzählen! Die Interpretation Kohlmaiers ist falsch!*) Das steht im Gesetz, da kann ich nichts dafür, das steht im Gesetz, Herr Abgeordneter Graf, und es wundert mich, daß Sie das nicht wissen.

Es geht also der Österreichischen Volkspartei gar nicht um den Rundfunk, es geht ihr nur um die Unruhe, die mithelfen soll, ein Klima zu schaffen, welches der Bundes-ÖVP vielleicht endlich einmal ein bißchen Aufwind

Blecha

gibt und dem havarierten OVP-Schiff das Verlassen des Trockendocks ermöglicht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Es ist heute zu Beginn dieser Debatte darauf hingewiesen worden, daß Bilanz gezogen wird. Die Redner der sozialistischen Fraktion haben das ausgiebigst getan. Wir haben heute in Österreich mehr Sicherheit und mehr Demokratie, wir haben mehr Ansehen in der Welt, und wir haben eine leistungsfähige Wirtschaft, die allen Österreichern Vorteile bringt. Und das ist das Ergebnis von mehr als vier Jahren sozialistischer Regierung. Damit das nicht nur gesagt, sondern auch gehört und kritisch beleuchtet werden kann, damit solche Feststellungen konfrontiert werden können mit anderen Meinungen, damit das möglich ist, haben wir einen neuen Rundfunk geschaffen, der der Meinungsvielfalt verpflichtet ist, der ein Garant für die demokratische Weiterentwicklung dieses Landes ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Zum Worte gelangt der Abgeordnete Dr. Gasperschitz.

Abgeordneter Dr. **Gasperschitz** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Beruhigung der Linken kann ich sagen, daß ich mich nicht mit dem ORF-Problem beschäftige, aber doch auch mit einem Problem, das Ihnen auch Sorge bereitet, ein aktuelles Problem, mit dem sich derzeit auch die Medien in Österreich befassen: die Verwaltungsgerichtshofentscheidungen vom 24. Oktober dieses Jahres.

Durch diese Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes müssen ruhegenußfähige Beamtenzulagen im Hinblick auf die in Pensionsgesetzen festgelegte Pensionsautomatik auch den Altpensionisten zukommen.

Das heißt also konkret, daß die Verwaltungsdienstzulage, die Verwendungszulage und die besondere Dienstzulage der Exekutive auch jenen Ruheständlern zukommen müssen, die vor dem 1. 12. 1972 in den Ruhestand versetzt worden sind. Den nach dem 1. 12. 1972 in den Ruhestand Versetzten werden ja die Zulagen in die Pensionen eingerechnet.

Richtig ist, das gebe ich zu, daß die Kosten für die Nachzahlung für die Zeit vom 1. 12. 1972 an — wenn man auch das Jahr 1975 dazunimmt — etwa 2,5 Milliarden Schilling betragen. Sicherlich ein Betrag, der bei den desolaten Staatsfinanzen zweifellos nicht ohneweiters verkraftbar ist.

Nun hieß es, man werde mit der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten über die Verwaltungsgerichtshoferkennnisse verhandeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, solche Verhandlungen sind ja nur hinsichtlich der Durchführung der Erkenntnisse denkbar, aber über den materiellen Inhalt der Erkenntnisse gibt es doch auf dieser Ebene, auf der Ebene der Gewerkschaft keine Verhandlungslegitimation. Das wäre ja ein schöner Rechtsstaat, wenn man über gerichtliche Erkenntnisse, und zwar bezüglich des materiellen Inhaltes einer oberstgerichtlichen Entscheidung, auf der Ebene einer Interessensgemeinschaft Kompromißlösungen abhandeln könnte. Solche Abhandlungen hätten ja ohnehin keine rechtliche Bedeutung.

Der Herr Finanzminister hat heute im „Morgenjournal“ ausgeführt, daß seinerzeit zur 24. Gehaltsgesetz-Novelle am 14. Juni 1972 der Antrag der Freiheitlichen Partei auf Einbeziehung der Pensionisten in die Zulagenregelung keine Mehrheit gefunden hat. Das könnte seiner Meinung nach allenfalls einer authentischen Interpretation gleichkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dazu muß ich sagen: nein, das stimmt nicht. Warum nicht? Wenn Sie mich fragen: Das Bundesministerium für Finanzen hat selbst in einer Gegenschrift zu den Verwaltungsgerichtshofbeschwerden ausgeführt, daß diese Abstimmung vom 14. Juni 1972 fast — fast! — einer authentischen Interpretation gleichkommt. Und der Verwaltungsgerichtshof wiederholt lakonisch: ja, fast einer authentischen Interpretation gleichkommt. Das heißt also, diese Willenskundgebung des Parlaments war keine authentische Interpretation, weder nach Ansicht der Vertreter der Republik Österreich noch nach der des Verwaltungsgerichtshofs.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Zusammenhang wird immer wieder behauptet, über den Kreis im öffentlichen Dienst, dem die Zulagen zuerkannt werden sollen, sei ja ein Konsens zwischen Verwaltung und Gewerkschaft zustande gekommen. Das ist richtig und das steht ja außer Streit. Aber schließlich standen auch die Unterhändler in einer gewissen Zwangssituation, denn eine andere Wahl hat es nicht gegeben. Wenn die Unterhändler darauf beharrt hätten, daß auch die Ausdehnung der Zulagen auf alle Pensionisten erfolgen soll, dann wäre es zu keinem Abschluß gekommen. Wir sind zu diesem Abschluß gestanden, und bei der Abstimmung hat die ÖVP damals der Regierungsvorlage zugestimmt.

11932

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Gasperschitz

Es ist ein Unterschied zwischen dem, was vereinbart worden ist — das hat man mich heute auch im Fernsehen gefragt —, und dem, was das Gericht beschlossen hat, was der Verwaltungsgerichtshof gesagt hat.

Ich habe schon bereits am 18. Juli 1973 in der 75. Sitzung anlässlich der Behandlung der 26. Gehaltsgesetz-Novelle ausgeführt — damals ist es um die sogenannte besondere Dienstzulage der Exekutivbediensteten gegangen; man hat die Dienstzulage der Exekutivbediensteten nicht erhöht, sondern hat eine besondere Dienstzulage eingeführt, damit sie ja nicht für die Pensionisten wirksam wird —:

„Jahrelang haben wir alle von den vier Gewerkschaften der öffentlich Bediensteten um eine Pensionsautomatik gekämpft, wir haben sie auch erreicht und das als großen Erfolg gepriesen; damit wurde die ungerechtfertigte Behandlung der Pensionisten durch Aufsplitterung in Alt- und Neupensionisten endlich beseitigt.“

Da komme ich auf meinen lieben, leider so schwer erkrankten Kollegen Ulbrich zu reden, der anlässlich des Inkrafttretens des Pensionsgesetzes 1965 gesagt hat: Und nun gibt es in Zukunft keine Alt- und Neupensionisten mehr.

Ich habe laut stenographischem Protokoll am 18. Juni 1973 weiter gesagt:

„Aber dieser Grundsatz der Pensionsautomatik, nämlich den Pensionisten ein analoges Mitziehen bei besoldungsrechtlichen Verbesserungen für Aktive zu sichern, wird jetzt durch die 26. Gehaltsgesetz-Novelle zum zweitenmal durchbrochen. Auch an der durch die 24. Gehaltsgesetz-Novelle geschaffenen Verwaltungsdienstzulage, die in ihren Auswirkungen nichts anderes ist als eine Erhöhung der Bezugsansätze — das hat Kollege Schmidt ja sehr deutlich zum Ausdruck gebracht —, haben die Beamten, die sich vor dem 1. 12. 1972 im Ruhestand befunden haben, keinen Anteil.“

Weiters habe ich an den Kollegen Abgeordneten Weisz folgende Worte gerichtet:

„Aber der Herr Abgeordnete Weisz hat in seiner Eigenschaft als Obmann der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten diese Entwicklung ja gar nicht so zur Kenntnis genommen und bereits bei der Gemeinde Wien diese Verwaltungsdienstzulagen durchgesetzt, sodaß alle Ruhestandsbeamten des Landes Wien in den Genuß dieser Verwaltungsdienstzulage kommen.“

Das war am 1. 10. 1973. Inzwischen hat auch Oberösterreich und Niederösterreich nachgezogen. Auch in Oberösterreich und Nieder-

österreich, aber auch in Vorarlberg wird die Verwaltungsdienstzulage allen Pensionisten gewährt.

So schaut die Situation aus. Solch divergierende Lösungen gibt es im Bereich des öffentlichen Dienstes in ganz Österreich. Ich bin zwar mit Leib und Seele ein Föderalist, aber so weit soll der Föderalismus doch nicht gehen.

Wie die sicherlich schwierige Situation gemeistert werden soll, ist nun Sache der Regierung. Ich habe gehört, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß im Finanzministerium schließlich hinsichtlich Ausdehnung der Verwaltungsdienstzulagen auf die Pensionisten ein detaillierter Plan ausgearbeitet wurde, der aber nunmehr vom Tisch gefegt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun zu einem anderen Thema. Es wurde heute schon über die Personalentwicklung des Bundes gesprochen. Mit Zahlen läßt sich streiten. Der Kollege Treichl von der sozialistischen Fraktion hat Zahlen genannt, hat bei seiner Betrachtung die Landeslehrer einbezogen, die ja im Sachaufwand des Bundes aufscheinen. Ich halte mich genau nach dem Dienstpostenplan. Wie schaut es hier aus?

Im Jahr 1970 hatten wir einen Personalstand von 273.218 Bediensteten, und unter Einbeziehung des Dienstpostenplanes 1975 werden wir einen Personalstand von 286.572 Bediensteten erreichen. Das ist eine Vermehrung um 13.354 Dienstposten. Davon sind reine Bundeslehrerdienstposten 8072. Es ergibt sich also eine Dienstpostenvermehrung ohne Lehrer von 5282 Dienstposten.

Diese Feststellung, meine sehr geehrten Damen und Herren, steht im Widerspruch zu einem Inserat des Bundesministeriums für Finanzen, das in der „Arbeiter-Zeitung“ abgedruckt worden ist. In der „Arbeiter-Zeitung“ vom Freitag, dem 29. November heißt es — das ist eine Information des Bundesministeriums für Finanzen für den Steuerzahler —, Hohes Haus, in einer Anzeige: 4873 mehr Bundeslehrer in den Jahren 1970 bis 1974. Es heißt weiters: „Dies war die Hauptursache für die Zunahme der Dienstposten im Bundesbereich. Im eigentlichen Verwaltungsbereich ist im gleichen Zeitraum keine Ausweitung erfolgt. Anders gesagt“ — heißt es dann in diesem Inserat —: „Es gibt gegenüber 1970 keine zusätzlichen Verwaltungsbeamten.“

Diese Feststellung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist falsch. 1970 bis 1974 erfolgte ein Zuwachs an Bundeslehrern in der Größenordnung von 6344. Eine weitere Vermehrung gab es auch auf der Verwaltungsebene, nämlich eine Vermehrung um 2348

Dr. Gasperschitz

Dienstposten. Wenn man nun berücksichtigt, daß im angegebenen Zeitraum 1970 bis 1974 in den Bundesbetrieben, insbesondere bei der Bundesbahn, 578 Dienstposten eingespart wurden, bedeutet dies eine Vermehrung um 2926 Verwaltungsposten.

Das angeführte Inserat, das behauptet, daß gegenüber 1970 keine zusätzlichen Verwaltungsbeamten gekommen sind, ist eine Falschmeldung. Der Zweck dieser Falschmeldung ist offensichtlich: Man will die Kritik an der mangelnden Verwaltungsreform, an den mangelnden Rationalisierungsmaßnahmen zum Verstummen bringen. Man weiß genau, daß wegen der Vermehrung der Lehrerpstellen niemand einen Vorwurf erheben kann, weil sich die ja *rein mathematisch nach der Anzahl* der Schüler, der Klassen, dem Umfang der Lehrverpflichtung orientieren muß. Tatsache ist und bleibt, daß seit 1970 einschließlich 1975 eine Postenvermehrung um 13.354 Dienstposten stattgefunden hat; ohne Lehrer sind es 5282 Dienstposten.

Ich habe hier im Hohen Haus des öfteren darauf hingewiesen, daß die Dienstleistungsfunktionen des Staates zunehmen. Der Bürger verlangt immer mehr vom Staat. Er fordert mehr Krankenhäuser, er fordert mehr Krankenpfleger, mehr Kindergärten, mehr Kindergärtnerinnen, mehr Schulen, mehr Lehrer, und deshalb wurde auch immer wieder gefordert, insbesondere von mir, alle Rationalisierungsmöglichkeiten, die uns die Technik und das moderne Management geben, auszunützen, um die unausweichliche Expandierung auf dem Personalsektor der Lehrer durch Personaleinsparungen in anderen Sparten doch einigermaßen wettzumachen.

Rationalisierungsmaßnahmen mit Personaleinsparungseffekt werden selbst von den öffentlich Bediensteten gewünscht, weil sie wegen der Personalexpandierung nicht dauernd zum Prügelknaben gemacht werden wollen. Heute ist schon gesagt worden, die Beamten fressen den Staat auf; so heißt es in einer Zeitung. Ich glaube, der Vorwurf kann sich nicht gegen die öffentlich Bediensteten richten, sondern nur gegen jene, die für die Organisation des öffentlichen Dienstes verantwortlich sind. Das sind die politischen Funktionäre, und das ist doch letzten Endes die Regierung.

Mit 1. Jänner 1975, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird die *Vierzigstundenwoche* für die Arbeitnehmer in Österreich eingeführt. Ich war schon sehr neugierig, wie dieses Problem im öffentlichen Dienst ohne Rationalisierungsmaßnahmen und Entlastung des öffentlichen Dienstes gemeistert werden

soll. Der Einführung der Vierzigstundenwoche werden in den Erläuternden Bemerkungen zum Dienstpostenplan 1975 neun Zeilen gewidmet. Da heißt es: „Die mit 1. Jänner 1975 wirksam werdende Arbeitszeitverkürzung ergäbe rein zahlen mäßig einen zusätzlichen Dienstpostenbedarf von mehr als 13.000 Dienstposten. Tatsächlich sind jedoch aus diesem Titel vorläufig nur 407 Dienstposten in den Dienstpostenplan aufgenommen worden. Dadurch sollen Rationalisierungsmöglichkeiten auch noch im Laufe des Jahres 1975 ausgeschöpft werden.“ — Soweit die Erläuternden Bemerkungen zur Vierzigstundenwoche. Im Klartext heißt es, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Verwaltungsbeamten keinen Nutzen aus der Einführung der Vierzigstundenwoche ziehen können, ihre Arbeitsbelastung wird nicht vermindert, und die pauschalierte Mehrdienstleistungsvergütung, soweit eine solche den öffentlich Bediensteten zukommt, wird im Zusammenhang mit dieser Vierzigstundenwoche nicht erhöht. Die öffentlich Bediensteten in der Verwaltung nehmen diese Tatsache im Hinblick auf die allgemeine schwierige wirtschaftliche und finanzielle Situation zur Kenntnis und bringen dieses Opfer.

Der Herr Finanzminister hat am 6. November 1974 vor dem Hohen Haus folgendes wortwörtlich ausgeführt: „Ich darf also meine Wortmeldung damit abschließen, daß ich für die Budgetpolitik, und ich wiederhole das, was ich in der Budgetrede gesagt habe, folgende Probleme sehe, aus der Vorschau deutlich zu erkennen: daß angesichts dreier Steuersenkungen und der Zollsensungen ohne Kompensation nach dem erfolgten Auffüllen des Nachholbedarfes im schulischen und wissenschaftlichen Bereich eine weitere Personalvermehrung nicht realisierbar scheint...“ Der Finanzminister sagte also nicht „nach dem noch zu erfolgenden Auffüllen“, sondern „nach dem erfolgten Auffüllen“ des Nachholbedarfes im schulischen und wissenschaftlichen Bereich. Für ihn ist also auch der schulische Bereich personalmäßig bereits abgeschlossen.

Dazu muß ich feststellen, daß der Lehrbedarf noch ziemlich groß ist. Ich habe vor mir die Zahlen von Niederösterreich, Oberösterreich, Vorarlberg und Salzburg. In diesen vier Bundesländern beträgt der Nachholbedarf allein 6185 Lehrer, allerdings einschließlich auch der vom Bund besoldeten Landeslehrer. Im gesamten Bundesgebiet wird der Fehlbestand an Lehrern bei 8000 liegen, und ich frage Sie nun, Herr Bundeskanzler — wir haben schon darüber gesprochen —: Wie soll es denn auf dem Bildungssektor weitergehen? Die Leistung von Überstunden hat ja auch irgend-

11934

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Gasperschitz

eine physische Grenze. Viele Lehrer sind heute durch Überstunden so überlastet, daß die Qualität des Unterrichtes sicherlich leiden muß, weil eine Lehrtätigkeit wie jede andere Arbeit nur bis zu einem gewissen Grad physisch zu verkraften ist.

Ein hoher Prozentsatz der Lehrer ist ungeprüft, dazu kommt noch, daß die gesetzliche Klassenschüleranzahl in vielen Schulen nicht eingehalten werden kann, und schon spricht man von einer Schülerklassenanzahl von 30, ja sogar von 25, deren pädagogische Zweckmäßigkeit ja nicht bestritten werden soll.

Die Pädagogischen Akademien für die Lehrerausbildung sind überfüllt. Das Übergewicht haben die weiblichen Studierenden. Das Verhältnis steht 6:1. Sie selbst, Herr Bundeskanzler, haben ja im Finanz- und Budgetausschuß gesagt, es wird in einigen Jahren einen Überfluß an Lehrern geben. Wo gibt es, frage ich Sie, Herr Bundeskanzler, eine wirksame Berufsberatung, die die Jugend auf die möglichen Berufschancen der Zukunft aufmerksam macht? Man muß doch der Jugend sagen, was sie studieren, was sie lernen soll, welche Berufsaussichten in dieser oder jener Richtung bestehen, und man soll doch alles tun, neben der notwendigen Allgemeinbildung auch das Prestige der handwerklichen Arbeit wieder mehr zu heben. Die an sich begrüßenswerten Bildungsinitiativen verursachen unerhörte Mehrkosten, die zwar durch Rationalisierungsmaßnahmen auf anderen Sparten vermindert, aber niemals wettgemacht werden können. Dessen müssen wir uns alle hier im Parlament bewußt sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wissen, daß eine Neuordnung der Besoldung der öffentlich Bediensteten geplant ist. Darf ich auch diesbezüglich einige Worte setzen. Wenn Sie mich fragen, warum eine Neuordnung der Besoldung im öffentlichen Dienst notwendig ist, dann muß ich darauf antworten, daß das in Kraft stehende Besoldungssystem der öffentlich Bediensteten weder leistungsnach lebensgerecht ist. Die Systematik des Gehaltsgesetzes bewirkt, daß das Gehalt eines Beamten lange Zeit hindurch relativ gering ist und während des ersten Drittels seiner Dienstzeit nur geringfügig erhöht wird, während es ungefähr ab dem 20. Dienstjahr relativ stark ansteigt. Eine Verbesserung unserer Besoldungsschemata entspricht nicht nur dem Leistungsprinzip, sondern auch den Lebensnotwendigkeiten. In den Jahren der Familiengründung und der Wohnraumbeschaffung spürt der öffentlich Bedienstete sozusagen an seiner eigenen Haut die völlige Unzweckmäßigkeit und Ungerechtigkeit unseres Besoldungssystems.

„Was verdient denn ein 30jähriger Mann oder eine 30jährige Frau im öffentlichen Dienst heute netto, unter der Annahme, daß er gleich ... nach Absolvierung der für die Laufbahn erforderlichen Schulbildung in den öffentlichen Dienst eingetreten ist?“ Diese Frage habe ich hier im Hohen Hause in der 110. Sitzung am 27. Juni 1974 aufgeworfen. Ich erklärte damals: „Ein 30jähriger netto ... im Kanzleidienst 3629,90 S, im Fachdienst 3897,40 S, im gehobenen Fachdienst 4580,70 S, im höheren Dienst, also ein Akademiker, 5321,60 S ...“ In diesen Bezugsansätzen, habe ich damals erklärt, ist die Verwaltungsdienstzulage der Verwaltungsbediensteten und der Beamten in handwerklicher Verwendung bereits enthalten.

Wenn auch seither durch das Wirksamwerden der 3. Etappe unseres Besoldungsabkommens die Bezüge am 1. 7. 1974 brutto um 10,3 Prozent erhöht worden sind, hat der steuerliche Progressionseffekt und die inflationistische Entwicklung für viele Gruppen den Realeffekt dieser Erhöhung vermindert oder sogar ausgeglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 18. Jänner wird im Bundeskanzleramt unter Vorsitz von Herrn Staatssekretär Lauseder über eine Neuordnung der Besoldung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einerseits und den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes andererseits verhandelt. Einig ist man sich darüber, daß man die Anfangsbezüge und die Mittelbezüge anheben mußte, daß gegen Ende der Laufbahn bei den Bezugsansätzen den Grundstaffeln eine gewisse Veralterung eintreten muß, daß aber die bereits im Dienst befindlichen mittleren und älteren Bediensteten keinen Schaden durch eine solche Neuordnung der Besoldung erleiden dürfen. Und schließlich, daß die Besoldung leistungsgerecht und überschaubar sein muß.

Die Verwaltung hat ein Modell für die Neuordnung der Besoldung ausgearbeitet. Die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten hat einen Gegenvorschlag erstattet. Und nun kommt es zu einem Kuriosum. Obwohl in wesentlichen Fragen keine Übereinstimmung zwischen Verwaltung und Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten besteht, also der Verwaltungsvorschlag keine Zustimmung gefunden hat, wird dieser von der Regierungsseite in ganz Österreich so propagiert, als wenn es keine Alternative mehr gäbe. Dadurch, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist bei den öffentlich Bediensteten eine gewisse Verunsicherung eingetreten, die niemand bezweifeln kann, da man befürchtet, daß da und dort gegenüber den derzeitigen Besoldungssystemen eine Verschlechterung eintreten

Dr. Gasperschitz

könnte. Ich halte es taktisch nicht für klug, wenn der Dienstgeber auf Reisen geht und den Dienstnehmern die „Vorteile“ — unter Führungszeichen — eines für sie schlechteren Gehaltssystems einzureden versucht, bevor man mit der Gewerkschaft zu einem Konsens gekommen ist.

Im übrigen halte ich es mit Rücksicht auf den Stand der Verhandlungen — wir sind in manchen Grundsatzfragen noch nicht einmal einig, es kommen ja erst alle Detailfragen, alle Spartenprobleme müssen ja erst behandelt werden — und im Hinblick auf das Wahljahr 1975 für ausgeschlossen, daß eine Regierungsvorlage über die Neuordnung der Besoldung so zeitgerecht im Parlament behandelt werden könnte, daß ein diesbezügliches Gesetz mit dem Auslaufen des derzeitigen Gehaltsübereinkommens, nämlich am 1. Jänner 1976, wirksam werden könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun zum Schluß noch einige Anmerkungen zum Dienstpostenausschreibungsgesetz. Es fällt ja auch in die Kompetenz des Bundeskanzleramtes. Das haben wir kürzlich hier im Hause beschlossen, und ich glaube, es war der Kollege Dr. Fleischmann, der mich angegangen hat und auf meine Kritik hin, daß die Bundesbahn nicht im Katalog der auszuschreibenden Stellen enthalten ist, erklärt hat: Nun, was wollen Sie, Ihr OVP-Generaldirektor Kalz hat ja diese Ausnahme für die Österreichischen Bundesbahnen beantragt. Kollege Doktor Fleischmann! Ich habe mich bei Kalz schriftlich erkundigt und muß feststellen, Sie haben hier im Hohen Haus richtig berichtet.

Aber Kalz erklärte in seinem Schreiben an mich auch den Grund für seinen Antrag. Die Gewerkschaft sei absolut gegen die Einbeziehung der Österreichischen Bundesbahnen in das Ausschreibungsgesetz gewesen; man hätte ohnehin eine Postenbesetzungsvorschrift. Und er schreibt weiter: Leider wird sie — diese Postenbesetzungsvorschrift — hinsichtlich der Ausschreibung freier Dienstposten nur in ganz geringem Umfang gehandhabt. Die allermeisten Dienstposten werden bei den Österreichischen Bundesbahnen ohne Ausschreibung und nur durch Absprache zwischen dem Vorstand beziehungsweise dem Personaldienst mit der Personalvertretung vergeben. — Herr Bundeskanzler! Ich möchte Sie davon informieren, ich lese den Brief des ehemaligen Generaldirektors Kalz weiter vor. *(Zwischenrufe.)* Sie können sich dann sofort melden. — Kalz schreibt: Gegen die Einführung einer ordentlichen Dienstbeschreibung hat sich die Gewerkschaft ebenfalls vehement zur Wehr gesetzt, in der Praxis nimmt der Vertrauensmann auf die

Postenbesetzung stärkeren Einfluß als die Verwaltungsorgane, da diese bei ihrem Fortkommen wieder der Unterstützung der Personalvertretung bedürfen, meistens geschieht das, was der Vertrauensmann will, und nun frage ich mich: Bis heute habe ich geglaubt, die Österreichischen Bundesbahnen gehören zur Republik Österreich, von heute an weiß ich: sie gehören faktisch der sozialistischen Personalvertretung und der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Fleischmann. *(Abg. Dr. Tull: Das habe ich damals gebracht und habe es sehr ausführlich begründet! Ich habe es Ihnen sehr detailliert dargelegt! — Ruf bei der ÖVP: Das ist kein oberösterreichisches SPO-Problem!)*

Abgeordneter Dr. **Fleischmann** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe volles Verständnis dafür, daß der Herr Kollege Gasperschitz das Bedürfnis gezeigt hat, einen Brief des ehemaligen Generaldirektors der Österreichischen Bundesbahnen in extenso zu verlesen. Aber ich muß auch dazu eine Bemerkung machen, und zwar eine Bemerkung, die aus dem Inhalt dieses Briefes hervorgeht, nämlich jene, daß auch der Herr Generaldirektor Kalz bestätigt hat, daß Postenbesetzungen im Einvernehmen mit der Gewerkschaft durchgeführt werden. Und mehr ist eigentlich dazu gar nicht mehr zu bemerken.

Nun aber zu einem anderen Problem. Man sollte meinen, daß dieses Land kurz vor dem Untergang steht, wenn man den Rednern der Opposition Glauben schenken will. Der Klubobmann, Herr Professor Koren, der noch vor einigen Wochen sehr lautstark behauptet hat, der Finanzminister habe sich mit der Mehrwertsteuer ungerechtfertigt bereichert, sieht nun plötzlich ein Budgetdefizit in einer Größenordnung, die er nicht mehr für finanzierbar hält. Daher muß man also als Ausweg sozusagen den Mehrwertsteuersatz anheben; er spricht von 18 Prozent. *(Abg. Dr. Koren: Ich?)* Ja, Sie haben von 18 Prozent in Ihrem Pressegespräch geredet! — Und außerdem muß man halt dann Kredite aufnehmen! Kollege Mitterer hingegen glaubt, sein Heil in einer heilsamen Arbeitslosigkeit zu finden, weil die Arbeitnehmer zu begehrt seien. Der Kollege Neuner wieder meint, daß man eine Änderung der Bundesabgabenordnung nicht ausschließen könne, weil die Steuern für die Selbständigen einfach mörderisch seien. Der Herr Kollege Gruber hingegen urgiert im Ausschuß den Bau von einigen Bundes Schulen; dem Abgeordneten Blenk — ich beziehe mich auf eine Bemerkung im Aus-

11936

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Fleischmann

schuß — geht im Hochschulbereich zuwenig weiter; der Herr Kollege Gasperschitz hat gerade vor ein paar Minuten hier erklärt, daß eine unzureichende Anzahl von Lehrern vorhanden sei. Die Herren Kollegen Minkowitsch, Tschida und Lanner haben vor einer Woche etwa hier geklagt, daß die Landwirtschaft fast am Ende sei und daher selbstverständlich auch für die Bauern der Staatssäckel geöffnet werden sollte. Der Herr Kollege Wiesinger hat viele Worte nicht nur für seine Standeskollegen, die alle am Bettelstab daherkommen, gefunden, sondern auch für eine großzügigere Dotierung der Gesundheitspolitik. Dem Kollegen Suppan wieder ist die innere Sicherheit sehr am Herzen gelegen, und er will sich den Ausbau dieser inneren Sicherheit ein schönes Stück Geld kosten lassen. (*Abg. Suppan: Ihnen nicht?*)

Über all dem steht, Herr Kollege Gruber, dann als Überschrift die Äußerung des geschätzten Herrn Klubobmannes der ÖVP: Wir werden diesmal keine Anträge stellen, die das Bundesbudget noch stärker belasten werden. — Nein, nein, sparen, sparen ist die Parole, und auch hier sind eine Unmenge von sehr guten Ratschlägen gegeben worden.

Da sagen zum Beispiel die Kollegen König und Moser, daß man bei der UNO-City Milliarden einsparen könne; sie vergessen dabei nur, daß der Herr Bundesminister Dr. Kotzina, Ihr Parteifreund, bereits in der ersten Ausschreibung allein das Konferenzzentrum für einen Gesamtfassungsraum von 8700 Personen konzipiert hat.

Da lesen wir auf einem Plakat den Text: Diese Regierung verschwendet täglich 5 Millionen. — Vielleicht sollte man sich einmal die Mühe machen, eine kleine Multiplikation vorzunehmen: 5 mal 365. Das Ergebnis wird sicher nur für Sie von der Opposition überraschend sein. Für den kleinen Durchschnittsbürger, der rechnen kann, ergibt sich dabei in zehn Jahren Bauzeit ein erheblicher Teil eines Jahresbudgets der Republik.

Und mit einer solchen Demagogie wird nicht nur Öffentlichkeitsarbeit betrieben, sondern auch hier werden gute Ratschläge verteilt. Die Schulbuchaktion zum Beispiel wird schlicht und einfach als „Verschwendung“ bezeichnet, obwohl das pädagogische Ziel, das hinter dieser Aktion steht, von den Schulfachleuten aller Parteien anerkannt und vertreten wird. Wie anders nämlich wäre man so rasch und unbürokratisch dazu gelangt, dem Arbeitsbuch, das von allen — noch einmal sei es gesagt —, von allen angestrebt wird, zum Durchbruch zu verhelfen?

Die Dienstpostenstände hat gerade der Herr Kollege Gasperschitz und auch der Bundesobmann des ÖAAB angezogen; sie seien so fürchterlich stark erhöht worden. Hier könne ebenfalls gespart werden; es ist eben das Schlagwort von der Rationalisierung gefallen!

Aber kein Wort, daß durch die Bildungsexplosion fast 10.000 Professoren- und Lehrposten neu geschaffen werden mußten, kein Wort davon, daß Polizei und Gendarmerie erstmalig seit 15 Jahren eine positive Personalbilanz aufzuweisen haben, was unter der ÖVP-Regierung nie möglich war!

Bei den Repräsentationsaufwendungen soll gespart werden. Wird aber dann der Empfang zum Nationalfeiertag vom Herrn Bundeskanzler abgesagt, dann heißt es wieder: Na, auf das wärs auch nicht mehr angekommen!

Die Summe guter Ratschläge, die Sie also da verteilen, reduziert sich in einem Maße, daß es denkenden Menschen fast unfassbar erscheint. Aber wie gesagt: Demagogie ist billig und verkauft sich so schön!

Sogar das Bundesheer muß erhalten! Denn der Erfolg der letzten Manöver ließ sich beim besten Willen nicht ganz unterdrücken. Und was tut man? — Man erklärt zum hundertstenmal, daß die Einsatztruppe trotzdem nicht funktioniert und daß lediglich die Landwehr die ganzen Manöver einigermaßen über die Runden gebracht habe. Kein Wort davon aber, daß dies eine der Zielsetzungen gewesen ist.

Bis zur letzten Haussitzung wurden 487 Gesetze verabschiedet. Davon wurden 417 einstimmig beschlossen, nur 34 mit den Stimmen der Sozialisten allein zum Beschluß erhoben. (*Abg. Dr. B l e n k: Die unwesentlichsten!*) Daraus könnte man folgern, daß über weite Strecken die Opposition der Regierung gefolgt sei und daß daher die ÖVP keine Neinsagerpartei gewesen sei.

Um aber mit dieser Auffassung aufzuräumen, ist es nötig, ein paar Worte über die Qualität der Gesetze zu sagen, denen die große Opposition ihre Zustimmung verweigert hat.

Zunächst haben wir da einmal das wichtige Bundesministeriengesetz, ein Gesetz, das wie kein anderes zuvor einen der wichtigsten Beiträge zur Verwaltungsreform darstellt. Erstmals wurde hier eine Ordnung geschaffen, die es dem Staatsbürger ermöglicht, die Komplexität der Verwaltung besser zu verstehen. Es ist bezeichnend genug, daß es der ÖVP-Regierung nicht gelungen ist, dieses Gesetz zu beschließen, obwohl schon damals Bemühungen vorhanden gewesen sind. Klare Kompetenzabgrenzungen sind Ihnen offenbar nicht

Dr. Fleischmann

so notwendig erschienen, deshalb haben Sie auch dagegen gestimmt! Das Umsatzsteuergesetz, das die Einführung der Mehrwertsteuer gebracht hat, fand ebenfalls nicht Ihren Gefallen.

Auch hier muß man feststellen, daß diejenigen, die jetzt in Opposition sind, nicht imstande waren, in der Zeit zwischen 1966 und 1970 zu brauchbaren Ergebnissen zu kommen. Als wir dieses Gesetz dann beschlossen haben, kamen die Kassandrarufer des Klubobmannes der ÖVP, in denen er aufzeigte, was alles passieren würde. In der Zwischenzeit haben sich die Auffassungen allerdings etwas geändert. Man braucht nur an die letzten Äußerungen, von denen ich schon gesprochen habe, zu denken. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Wichtige Wirtschaftsgesetze, wie die Eisen- und Stahl- sowie die Buntmetallfusion, haben nicht Ihre Zustimmung gefunden. Das ist durchaus verständlich, wenn man Ihre Haltung zur verstaatlichten Industrie in Österreich kennt.

Wenn man sich dann noch ins Gedächtnis ruft, daß vor knapp einem Jahr ein führender Wirtschaftsfunktionär der ÖVP die Reprivatisierung der verstaatlichten Industrie, ja sogar der Post verlangt hat, dann sind die Beweggründe für die Ablehnung verhältnismäßig klar. *(Abg. Dr. Blenk: Das ÖIG-Gesetz haben wir beantragt!)*

Ebenso verhielt es sich beim AUA-Rekonstruktionsgesetz, das Ihnen auch nicht gefiel. Daß sich die nationale Fluggesellschaft aber seither zu einem blühenden Unternehmen entwickelt hat, tut Ihnen vermutlich nur leid.

Nun zum Straßengesetz. Hier könnten Sie einwenden, daß Sie nur wegen der Fristenlösung keine Zustimmung gegeben hätten. Allerdings tun Sie und Ihre „Aktion Leben“ so, als ob Österreich, eine Insel der Unseligen im europäischen Meer, in dieser Frage einen Alleingang sondergleichen unternommen hätte. *(Abg. Dr. Blenk: Sie sind ein Demokrat!)*

Nach Ihrer Auffassung, Herr Kollege Blenk, müssen die Mehrheiten der Abgeordneten in anderen europäischen Parlamenten samt und sonders Hinterwäldler gewesen sein, die offenbar nicht wußten, was sie schon lange vor uns beschlossen haben. Und selbst das Argument vom katholischen Land hat seit dem Abstimmungsergebnis in Frankreich aus der Zeit vor einer Woche nur mehr historischen Wert. *(Abg. Dr. Blenk: So katholisch ist Frankreich auch nicht!)*

Sie haben die Krankenanstaltengesetz-Novelle, das Gesetz über die Errichtung eines Gesundheitsinstituts und die Einrichtung des Gesundheitsministeriums abgelehnt. Das ist

Ihre Sache. Aber dann ist mir unverständlich, wieso Sie in der Öffentlichkeit so tun, als ob Sie ein Monopol für Gesundheits- und Umweltfragen und Fragen der Lebensqualität besäßen.

Ebenso haben Sie in vielen Fällen Verbesserungen der sozialen Sicherheit nicht Ihre Zustimmung gegeben. Sie werden sich schon weiter sagen lassen müssen — das wird Ihnen niemand abnehmen —, daß die ÖVP doch in wichtigen Fragen die Neinsagerpartei geblieben ist, die sie immer war, und daß sie vor allem für die Österreicher keine brauchbare Alternative darstellt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächste Rednerin ist Frau Doktor Hubinek. Bitte.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierung Kreisky hat ein eigenes Staatssekretariat mit der Wahrung der Agenden der Familie betraut. Frau Staatssekretär Karl führt bei den sporadischen Sitzungen des Familienpolitischen Beirates den Vorsitz, doch kann man sich jetzt, da sie als Staatssekretärin fungiert, des Eindrucks nicht erwehren, daß ihr Einfluß auf die Familienpolitik eher gering bleibt.

Man hat den Eindruck, daß die Familienpolitik der Regierung Kreisky nicht so sehr die Handschrift der Frau Staatssekretär trägt, sondern eher die Handschrift des Herrn Finanzministers. Man hat das Gefühl, daß das Staatssekretariat für Familienfragen so nebenbei in der Himmelpfortgasse geführt wird.

Diese Regierung verfügt angesichts einer inflationären Wirtschaftspolitik über steigende Einnahmen des Familienfonds. Der Familienlastenausgleich ist auch der einzige Posten in diesem Budget, der überproportionale Einnahmen zu verzeichnen hat. Es ist natürlich die Versuchung groß, mit diesen Mitteln spektakuläre Aktionen zu finanzieren. Wir haben das in der jüngsten Vergangenheit erlebt, und wir sehen auch an Hand des Präliminares, daß zwar nach wie vor Sparappelle an die Bevölkerung ergehen, daß aber die Regierung selber hier eine Verschwendung ohne besondere Überlegungen betreibt.

Mit verschwenderischem Reichtum werden die jungen Familien übergossen: Sie bekommen die 16.000 S Geburtenbeihilfe. Das ist immerhin ein Posten, der mit 1,7 Milliarden Schilling im Budget ausgewiesen ist.

Über die Höhe dieses Betrages, der eher etwas unmotiviert hoch erscheint, wurde hier im Haus ja lange diskutiert. Daß dazu die realen Kosten, die tatsächlich bei einer Geburt

11938

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Marga Hubinek

erwachsen, in keinem Verhältnis stehen, wurde nicht nur hier gesagt, sondern das zeigt das Echo in der Bevölkerung.

Gerade die Regierung Kreisky hat ja eine gewisse Vorliebe für Meinungsumfragen gezeigt. Die Meinungsumfrage eines unabhängigen Institutes hat immerhin ergeben, daß zwei Drittel der Befragten meinten, daß die 16.000-S-Geburtenbeihilfe als zu hoch anzusehen ist, daß es vernünftiger gewesen wäre, damit die Familienbeihilfen für alle Kinder, für die Beihilfe bezogen wird, zu erhöhen.

Wir alle wissen, daß bei einer Geburt eine Reihe von Leistungen seitens der Sozialversicherungsträger erfolgen, daß auch Gebietskörperschaften freiwillige Naturalleistungen erbringen. Die Regierung Kreisky hat es aber, aus welchen Überlegungen immer, für notwendig und richtiger erkannt, 16.000 S an Geburtenbeihilfe vorzusehen und im Budget hierfür den Betrag von 1,7 Milliarden Schilling zu präliminieren.

Die Sparappelle der Regierung nehmen sich dann unglaublich aus, wenn die Regierung für sich das Recht in Anspruch nimmt zu verschwenden. Sie betreibt Verschwendung nicht nur mit den Mitteln des Budgets — ich denke beispielsweise an die Repräsentationsausgaben —, sondern sie verschwendet auch Geld, das den österreichischen Familien gehört.

Ich will jetzt gar nicht reden vom Mutter-Kind-Paß, den bisher alle Ärzte als unbrauchbar abqualifiziert haben und der immerhin 200 Millionen Schilling erfordert. Für die Verlängerung des Karenzurlaubes, vielleicht in einer ersten Etappe für die uneheliche Mutter, ist aber kein Geld da!

Ein eklatantes Beispiel für eine unentschuld bare Verschwendung stellt die Schulbuchaktion dar. Wenn mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Fleischmann, diese Aktion als unbürokratisch bezeichnet hat, dann kann ich nur sagen: Er kennt sie nicht.

Da er auch sehr viel vom pädagogischen Wert des Arbeitsbuches gesprochen hat, muß ich ihm eine Illusion zerstören: An den berufsbildenden Schulen und an den AHS gibt es kaum Arbeitsbücher, und über den pädagogischen Wert wurden in der letzten Sitzung der Schulreformkommissionen Meinungen geäußert, die ihn vermutlich erschrecken und ihm wahrscheinlich jede Illusion zerstören würden.

Für diese Schulbuchaktion sind immerhin 1,1 Milliarden Schilling vorgesehen. Diese Aktion wird immer teurer werden. Sie wird

im nächsten Jahr wieder mit höheren Kosten zu Buche stehen.

Frau Abgeordnete Metzker hat seinerzeit bei der Begründung des Antrages auf Einführung der Schulbuchaktion von 420 Millionen Schilling gesprochen und eine jährliche Steigerungsrate von 20 Prozent angenommen. Wir würden also bei 672 Millionen halten. Wir halten aber bei 1,1 Milliarden Schilling, und es ist gar nicht sicher, ob der Rechnungsabschluß nicht eine noch weitaus höhere Summe ausweist.

Daß der künstlich hochgeschraubte Bücherbedarf wahrscheinlich von Jahr zu Jahr höhere Kosten bringen wird, Kosten, die immerhin die Familien zu begleichen haben, ist anzunehmen!

Die Regierung Kreisky hat sich sehr großzügig erwiesen, als es galt, die freiwilligen Leistungen der Gebietskörperschaften vom Tisch zu fegen. Große Gebietskörperschaften, darunter die Stadt Wien, haben ja schon jahrelang den Pflichtschülern gratis die Schulbücher in die Hand gegeben. Wozu war das notwendig? Das fegte man vom Tisch. Die Familien sollen sich die Schulbuchaktion selbst bezahlen!

Bei dieser Gelegenheit, wo wir 1,1 Milliarden Schilling im Budget ausgewiesen haben, kann man es nur als provokant empfinden, wenn der Herr Unterrichtsminister seiner Hoffnung Ausdruck verleiht, vielleicht ganze 100 Millionen Schilling einsparen zu können.

Diese Regierung, die so viel von Meinungsumfragen hält, müßte an das Ergebnis erinnert werden, das ein unabhängiges Institut eingeholt hat, wonach immerhin 78 Prozent aller Befragten gemeint haben, man könne ja die Bücher wieder verwenden.

Man wird jetzt einwenden: Die Familien erfahren ja durch das kostenlose Schulbuch eine Entlastung ihrer Ausgaben. Diese Rechnung, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht nicht auf, denn Eltern, die das Familieneinkommen im Interesse aller Familienmitglieder sparsam zu verwalten trachten, setzen sicherlich nicht ihren Ehrgeiz drein, für Schulbücher jedes Jahr und für jedes Kind, und zwar hier möglichst viel, auszugeben und anzukaufen.

Ich glaube auch, daß es nicht diskriminierend ist, ein altes Buch wieder weiterzugeben, ein Schulbuch, das ein oder zwei Jahre alt ist. Wenn Sie das als eine Diskriminierung empfänden, dann müßten wir konsequenterweise auch alle Leihbibliotheken schließen.

Dr. Marga Hubinek

Ich glaube, daß allmählich die Zeit gekommen ist, daß die Familien informiert genug sind, um vermeintliche familienpolitische Fortschritte richtig zu deuten. Ich glaube, daß heute die Familien wissen, daß jeder Schilling, der für das Schulbuch mehr ausgegeben wird, bedeutet, daß eben weniger Schillinge für Beihilfen verwendet werden.

Über die Grundsatzfrage, die im Familienpolitischen Beirat eine Mehrheit gefunden hat, nämlich daß Sachleistungen nicht unter den Begriff des Familienlastenausgleiches fallen, gab es in der Vergangenheit überhaupt keine Meinungsdivergenzen. Auch die sozialistischen Familienorganisationen und die sozialistischen Interessenvertreter waren im Beirat der gleichen Meinung. Daß es beim Familienlastenausgleich um eine Einkommensverteilung geht, die man nur in Bargeld abgeben kann, geht eigentlich schon aus dem Ursprung des Beihilfensystems hervor. Der Ursprung war nämlich eine lohnpolitische Vereinbarung der Sozialpartner aus dem Jahre 1948.

Daß das Geld, das die Familien einzahlen, letztlich wieder als Teil eines Einkommens den Kinderreichen zurückbezahlt werden soll, zeigt ja auch die Steigerung des Familienfonds, die in einem Verhältnis zum Lohnniveau erfolgt. Wenn daher die Einnahmen, wie sie hier in dem Voranschlag zu Buche stehen, mehr steigen, als den Familien in Form von Beihilfen zur Verfügung gestellt wird, so muß sich zwangsläufig die Lage der Familien verschlechtern. Sie verschlechtert sich gegenüber der Einkommenslage der Kinderlosen.

Der Familienpolitische Beirat hat im Juni dieses Jahres einen alten Beschluß wiederholt, nämlich den Beschluß, daß die Reserven des Vorjahres in Form einer Beihilfenerhöhung den Familien zugute kommen sollen. Da die Überschüsse aus dem Jahre 1973 zirka 1,5 Milliarden Schilling betragen — es ist sogar die 50prozentige Deckung, die das Gesetz vorschreibt, überschritten, was im übrigen auch der Rechnungshof kritisiert hat —, so stünde wirklich nichts im Wege, diese 1,5 Milliarden Schilling als erhöhte Beihilfen den Familien wieder zu übergeben. Es würde dies bedeuten, daß wir rückwirkend 50 S pro Monat für das Jahr 1974 zahlen könnten, und zwar in Form einer Sonderzahlung von 700 S.

Dieser Antrag, der im Finanzausschuß vergangenen Freitag behandelt wurde, wurde von den Sozialisten abgelehnt, mit der Begründung, es würde die 50prozentige Deckung des Fonds gefährdet werden. Nun, ich glaube, ein Blick in den Rechnungshofbericht hätte der

Frau Abgeordneten Metzker, die damit argumentiert hat, gezeigt, daß sie sich hier nicht auf dem rechten Weg befindet.

Wir haben die Frau Staatssekretär Karl ersucht, und zwar drei Familienorganisationen, eine außerordentliche Sitzung des Beirates anzuberaumen, um nicht nur über die verschwenderische Schulbuchaktion zu diskutieren, sondern um sie auch zu fragen, ob sie die Meinung des Herrn Finanzministers teilt, daß eine ausreichende Anhebung der Beihilfen die Stabilität gefährdet. Wir sind nämlich der Meinung, daß man die Stabilität nicht nur auf dem Rücken der Familien, nicht nur auf dem Rücken der Pensionisten und der kleinen Einkommensbezieher betreiben kann.

Die Frau Abgeordnete Offenbeck hat vor wenigen Tagen bei der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes hier überschwänglich erklärt: „Das Budget für das Jahr 1975 ist das familienfreundlichste, ist das humanste Budget, das es in Österreich je gab, und deshalb werden wir Frauen ihm gerne zustimmen.“ Nun, ich lade die Frau Kollegin Offenbeck hier sehr herzlich ein, diesem Antrag auf Erhöhung der Familienbeihilfen — ich nehme an, er wird in den letzten Tagen hier zur Abstimmung gelangen — beizutreten. Die Familien werden es ihr zweifellos zu danken wissen, wenn sie vor Weihnachten noch eine Sonderzahlung von 700 S bekommen.

Die Frau Abgeordnete Offenbeck meinte auch, die SPO-Regierung hätte die Diskriminierung der unehelichen Mutter endlich abgebaut. Nun, ich lade Sie ein, hier auch einem Antrag beizutreten, den die ÖVP eingebracht hat, nämlich der unehelichen Mutter wenigstens materiell zu helfen, ihr die halbe Heiratsbeihilfe zu gewähren, ihr beispielsweise auch den Karenzurlaub zu verlängern, damit sie über die schwierige Zeit hinwegkommt, wo sie allein ein kleines Kind zu versorgen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Ich glaube, es gibt genügend Möglichkeiten, um für emphatisch vorgebrachte Behauptungen hier den Wahrheitsbeweis antreten zu können, und ich glaube, daß wir diese Ihre Haltung — und das wird nicht nur die ÖVP tun, sondern sicherlich auch die österreichische Bevölkerung — mit größter Aufmerksamkeit verfolgen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Lausecker. Bitte.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt **Lausecker:** Herr Präsident! Hohes Haus! In der bisherigen Debatte ist mehreres angeklungen,

11940

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Staatssekretär Lausecker

zu dem ich mir erlauben möchte einige Bemerkungen zu machen.

Was die Bezugnahme auf die Tätigkeit der Verwaltungsreformkommission und auch die Verwaltungsreform im allgemeinen betrifft, denn sie kann ja nicht identifiziert werden allein mit der Tätigkeit einer Kommission, darf ich mir erlauben, auf einen Bericht zu verweisen, der im Hohen Haus mehrmals urgiert wurde, der am 19. November den Ministerrat passiert hat und der dem Hohen Haus zugegangen ist, auf einen Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat über die Verwaltungsreform in den Jahren 1971 bis 1974, und ich darf annehmen, daß sich sicher noch Gelegenheit bieten wird, dann an Hand dieser Unterlage darüber zu sprechen.

Nun wurde aber einmal mehr über die Dienstposten, über die Frage diskutiert, ob nun wirklich der Dienstpostenplan eine Entwicklung genommen habe, die zu vermeiden gewesen wäre. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das kann nicht oft genug zur Überlegung gestellt werden, und in diese Richtung kann ohne Zweifel nicht oft genug gemahnt werden. Wenn man aber — was ich mir erlaubt habe, von dieser Stelle schon des öfteren zu tun — den öffentlichen Dienst als eine Einrichtung im Dienste an der Öffentlichkeit sieht, dann hat er sich an den Bedürfnissen zu orientieren.

Der Dienstpostenplan steht zwar heute nicht zur Verhandlung, aber er wurde von mehreren Rednern ausdrücklich angesprochen, zuletzt von Herrn Abgeordneten Gasperschitz. Ich möchte daher dazu sagen: Es werden immer wieder aus verschiedenen Zahlenbeispielen Zitate gebracht. Wenn man sich die Gesamtentwicklung in den Jahren 1970 bis zum Dienstpostenplan 1975 vor Augen hält, dann ist es so, daß 13.354 Dienstposten hinzugekommen sind. Davon entfallen auf den Sektor Wissenschaft, Forschung, Unterricht und Kunst nicht weniger als 11.241 Dienstposten. Sie wurden auch zitiert. (*Abg. Dr. Gruber: Einschließlich der Zentralleitung!*) Herr Abgeordneter! Darf ich bei der Gelegenheit sagen — ich weiß es nicht, ob das schon einmal geschehen ist —: In den Zentralleitungen sind 2 Prozent aller öffentlich Bediensteten tätig.

Ich bin gerne bereit, Ihnen einmal die Unterlage zur Verfügung zu stellen, wo die öffentlich Bediensteten wirklich ihren Dienst versehen. Nehmen Sie zur Kenntnis, in den Zentralleitungen jedenfalls 2 Prozent. Wenn es Ihnen sinnvoller erscheint, an Hand von 2 Prozent anstelle von 98 Prozent zu diskutieren, so sei das dahingestellt. (*Beifall bei der SPÖ.* —

Abg. Dr. Gruber: Das Unterrichtsministerium hat heute mehr Beamte als zu unserer Zeit!) 11.241 auf dem Sektor Wissenschaft, Unterricht und Forschung. Das heißt, daß eine effektive Erhöhung im Ausmaß von 2113 Dienstposten in diesen Jahren eingetreten ist.

Ich darf mich auf eine Quelle beziehen, die — wie ich annehmen darf — unverdächtig ist. Der ehemalige Staatssekretär Dr. Gruber hat zu der Zeit, in der er der Verwaltungsreformkommission vorgesessen ist, eine Schätzung anstellen lassen. Diese Schätzung bezog sich auf die Arbeitszeitverkürzungen in den Jahren 1970 bis 1975; es hat immerhin eine solche auf 43, auf 42 und ab 1. Jänner 1975 auf 40 Wochenstunden stattgefunden.

Herr Staatssekretär Gruber hat seinerzeit die notwendige Dienstpostenvermehrung mit nicht weniger als 23.500 beziffert, ausschließlich aus dem Titel der Arbeitszeitverkürzungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese 2113 Dienstposten enthalten nicht nur die drei Arbeitszeitverkürzungen, sondern in dieser Zeit ist eine ganze Reihe von Aufgaben dazugekommen. Ich darf der Kürze halber bitten, die Unterlage, die zum Dienstpostenplan 1975 mit den Erläuternden Bemerkungen aufliegt, in diese Richtung hin zu studieren; darin sind einige sehr attraktive Beispiele angegeben.

Bei dieser Gelegenheit erlauben Sie mir, daß ich — ich möchte fast sagen — auf die Legende von den Dienstposteneinsparungen in den Jahren 1966 bis 1970 zu sprechen komme. Die Dienstposteneinsparungen in dieser Zeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind zum überwiegenden Teil darauf zurückzuführen gewesen, daß Dienstposten, die in den Dienstpostenplänen vorgesehen waren, jedoch mangels Bewerbungen nicht besetzbar gewesen sind, im Folgejahr aus den Dienstpostenplänen herausgestrichen worden sind.

Das sind die großen Kontingente der „Einsparungen“ — unter Anführungszeichen — gewesen. Hier sind die Streichungen bei den Österreichischen Bundesbahnen und bei der Sicherheitswache besonders deutlich. In dieser Zeit waren bei der Bundesbahn 3000 bis 3500 Posten unbesetzt, bei der Sicherheitswache permanent 600 bis 800 Dienstposten unbesetzt. Daß weiters 300 Dienstposten von Reinigungskräften gestrichen wurden und damit aus dem Personaletat herausgefallen sind, aber dann — unter späterer Kritik des Rechnungshofes — über den Sachaufwand an

Staatssekretär Lausecker

Reinigungsfirmen wesentlich mehr zu bezahlen war, dürfte sich inzwischen auch bereits herumgesprochen haben.

Das war die Situation bezüglich der Dienstposten in den Jahren von 1966 bis 1970. Offensichtlich hat der öffentliche Dienst wieder an Attraktivität gewonnen, denn dies ist jetzt vorbei. Die Dienstpostenpläne sind nicht mehr in dieser Weise zu kürzen, weil es wieder Bewerbungen gibt und weil das Bedürfnis nicht nur auf dem Sektor Wissenschaft, Forschung und Unterricht, sondern etwa auch auf dem Gebiete der Sicherheit vorhanden ist. Ich darf mich dabei wieder auf unverdächtige Zeugnisse berufen.

Ich habe hier die Ablichtung von vier Briefen von vier Landeshauptmännern Österreichs, die das dringliche Ersuchen an den Herrn Bundesminister für Inneres richten, man möge doch danach trachten, daß die Personalstände auf dem Sicherheitssektor — Gendarmerie und Sicherheitswache — aufgefüllt werden.

Herr Landeshauptmann Dr. Erwin Wenzl hat ein diesbezügliches Schreiben am 3. Mai 1974 verfaßt, Herr Landeshauptmann Doktor Niederl am 20. August 1974, Herr Landeshauptmann Dr. Kessler am 29. November 1974 und Herr Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Ludwig ein solches mit Datum vom 20. November 1974.

Ich habe vorhin schon eingeladen, sich die Erläuternden Bemerkungen anzusehen. Es zeigt sich, daß gerade auf dem Sektor Sicherheit den Wünschen dieser Herren Landeshauptmänner im Rahmen des Möglichen Rechnung getragen wurde. Das sind die Anteile der notwendigen Vermehrungen. Daß man diese Entwicklung nicht isoliert von der Bundesverwaltung her betrachten kann, zeigt sich darin, daß die Entwicklung auch an den anderen Gebietskörperschaften — mir stehen insbesondere Unterlagen für den Bereich der Bundesländer zur Verfügung — nicht spurlos vorübergegangen ist.

Es liegt mir völlig ferne, diesen anderen Gebietskörperschaften in irgendeiner Form Vorhalte zu machen, zu denen ich nicht berufen bin, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß in allen neun Bundesländern Österreichs der Zahl und dem Prozentanteil nach Erhöhungen der Personalkosten und der Dienstpostenstände eingetreten sind, die mitunter weit über die Entwicklung der Bundesverhältnisse hinausreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren! (*Abg. Dr. Gruber: Sind da die Landeslehrer dabei?*)

Die Landeslehrer sind in dieser Aufstellung nicht dabei, Herr Abgeordneter; sie ist ohne die Landeslehrer. Aber die Landeslehrerentwicklung ist gleich, und es hat — wie Sie wissen — ja der Bund den Ersatz zu leisten. Ich bin in der Lage, sie Ihnen sowohl mit als auch ohne Landeslehrer zu liefern. Die Entwicklung ist sowohl mit Hineinnahme oder ohne Berücksichtigung der Landeslehrer gleich und geht mitunter in den Prozentsätzen weit über die Entwicklung des Bundes hinaus. Ich möchte mir diesen dezenten, aber deutlichen Hinweis bei dieser Gelegenheit erlauben haben.

Herr Abgeordneter Dr. Gasperschitz hat eine weitere Anmerkung zur Vierzigstundenwoche gemacht. Ich vermag es nicht anders zu sehen, als daß darin ein gewisser Widerspruch steckt. Auf der einen Seite wird geklagt, daß es angeblich zu viele Dienstposten sind, dann wird beklagt, daß nur eine lakonische Passage von 407 Dienstposten für die Vierzigstundenwoche drinnen ist, und von einem Opfer der Verwaltungsbeamten gesprochen, also gerade der Verwaltungsbeamten, wo doch immer wieder auf die Zentralstellen hingewiesen wird. Das hat Herr Abgeordneter Gasperschitz drei Minuten, nachdem er die Entwicklung der Dienstpostenstände hier kritisiert hat, dazugelegt (*Abg. Dr. Gasperschitz: Zustimmung zur Kenntnis genommen, muß man sagen!*) und kritisiert, daß hier nur lakonisch 407 Dienstposten aus dem Titel der Arbeitszeitverkürzung erwähnt sind. So war die Aussage. Ich kann dazu nur sagen: Die Zahl 407 liegt bei weitem unter jenen Werten, die Herr Staatssekretär Gruber für die letzte Etappe der Arbeitszeitverkürzung genannt hat.

Dann hat Herr Abgeordneter Dr. Gasperschitz über die Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes gesprochen. Ich bin sehr dankbar, daß mir diese Bezugnahme Gelegenheit bietet, hier einige Worte dazu zu sagen.

Es ist richtig, daß am 18. Jänner dieses Jahres unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers eine Verhandlungsserie eingeleitet wurde; eine Verhandlungsserie aller Gebietskörperschaften Österreichs mit den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Österreich. Wir haben in dieser Zeit nun eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Ich darf unterstreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Vorschläge, die im Namen der Gebietskörperschaften Österreichs erstellt wurden — des Bundes, der Länder, des Städtebundes und des Gemeindebundes.

Ich unterstreiche völlig, daß die Zeit bereits sehr knapp wird, denn wenn das auch keine inhaltspolitischen Verhandlungen, sondern Systemverhandlungen sind, gelangen wir ja

11942

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Staatssekretär Lausecker

mittelbar in Zugzwang, weil im nächsten Jahr mit der Etappe des Juli das alte Besoldungsübereinkommen ausläuft und daher ab 1976 dann die gehaltspolitische Auseinandersetzung entweder auf dem Boden eines neuen oder auf dem alten System stattfindet, und das ist nicht alles eins.

Ich dränge seit Anfang dieser Verhandlungen, aber ich möchte meine Wortmeldung so wertfrei wie möglich halten. Zitiere ich denn nicht richtig, daß wir über Monate hinweg Vorschläge der Gebietskörperschaften überreicht haben, und daß es sehr lang gedauert hat, bis es zu Gegenvorschlägen kam?

Wir haben nun diese Vorschläge des langen und breiten ausgetauscht. Aber warum sind wir denn bis jetzt nicht zu den einzelnen Berufsgruppenverhandlungen vorgedrungen, meine sehr verehrten Damen und Herren? Weil wir immer wieder über eine prinzipielle Frage, nämlich die der Relationen vom Anfangs- zum Endbezug und der Länge der Laufbahnen, diskutiert haben.

Ich möchte hier keine Reformdebatte anzünden, aber der Herr Abgeordnete Gasperschitz zwingt mich durch eine Passage, dazu etwas zu sagen.

Wir haben für die Zukunft ein Schema vorgeschlagen, das sich abwendet von der unendlichen Vielfalt an Besoldungsgruppen, Verwendungsgruppen und sonstigen Besoldungselementen, die das Besoldungsgefüge völlig unübersichtlich werden lassen, und die dazu führt, daß Entwicklungen eintreten, die manchmal vielleicht gar nicht gewollt sind.

Wir haben daher ein Einheitsschema in Grundstaffeln und andere Besoldungskomponenten vorgeschlagen, aber die Meinungsverschiedenheiten, über die wir bisher debattiert haben, lagen zumeist und im wesentlichen — nicht ausschließlich — in der Frage, ob künftighin ein kürzeres Grundschema so aussehen solle, daß man vom 18., 20. oder 22. Lebensjahr in den Grundstaffeln bis zum 54. Lebensjahr durchdienen soll.

Die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten als eine der vier Gewerkschaften — denn es sind ja vier Gewerkschaften, um die es hier geht — hat weiterhin ein Schema vorgeschlagen, das eine lange Laufbahn bis zum 60. Lebensjahr hinauf vorsieht. Wir hingegen waren immer der Meinung, daß in der Zukunft die Lebensverdienstsumme so umgestaltet werden soll, daß die öffentlich Bediensteten in jüngeren Jahren schneller in höhere Bezüge aufsteigen, einen höheren Anteil an der Lebensverdienstsumme in jüngeren Jahren

erwerben, zu dem Zeitpunkt, wo sie Familien gründen, um den Preis verflachter Endbezüge dieser künftigen Bediensteten.

Ich unterstreiche ausdrücklich, daß jeder dieser Vorschläge der Gebietskörperschaften so gelaute hat und so zu verstehen war, daß für die heute bereits dienstälteren Bediensteten selbstredend eine akzeptable Lösung, eine Überleitung gefunden werden muß, die diesen Kolleginnen und Kollegen, die über die ungünstigeren Konditionen heraufgedient haben, keine Nachteile erwachsen läßt.

Aber für die künftigen Bediensteten — es wären ja alle überzuleiten — war und ist nach diesem Vorschlag daran gedacht, daß die Laufbahnen kürzer sind und daß ein höherer Anteil der Lebensverdienstsumme in jüngeren Jahren erreicht wird.

Ich darf mich dabei wieder auf einen unverdächtigen Zeugen berufen. Am 18. Jänner 1974 hat niemand Geringerer als Herr Abgeordneter Dr. Gasperschitz eine Erklärung abgegeben, in der es unter anderem im Punkt 4 heißt — das andere sind Adressen an eine überschaubare Besoldung, an einen ausbildungsorientierten Start, an eine leistungsorientierte Laufbahn gewesen und an die Beförderungspraxis —, also unter Punkt 4 heißt es in der Erklärung des Abgeordneten Doktor Gasperschitz in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten — ich zitiere Dr. Gasperschitz —: Erhöhte Anfangsbezüge, schnelles Hineinwachsen in die Mittelbezüge, Familiengründung. Die Anfangsbezüge sind de facto geregelt. Es gilt, die dadurch entstandenen Unebenheiten auszubügeln. Dabei wird eine entsprechende Verkürzung der Laufbahn erforderlich sein.

Soweit das Zitat. Und das gilt jetzt auf einmal offenbar nicht.

Die Vorschläge der Gebietskörperschaften sind solche, die auch am 19. September 1974 die zustimmende Kenntnisnahme der österreichischen Landeshauptmännerkonferenz gefunden haben. Ich möchte das gleichfalls nicht verhehlen.

Abschließend zu diesem Thema nur noch folgendes: Es sind eine Reihe von Reformen im öffentlichen Dienst in die Wege geleitet worden: das Bundesministeriengesetz, das Ausschreibungsgesetz, das heute noch einmal kurz erwähnt wurde. Im Hohen Hause beziehungsweise im Verfassungsausschuß, in einem Unterausschuß, liegt ein Entwurf für ein Verwaltungsakademiegesetz vor.

Staatssekretär Lausecker

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes ist eine solche, die niemand erzwingen will und erzwingen kann und die gegen niemandes Willen erzwungen werden kann. Wenn sie nicht gemeinsam gefunden wird, dann kann sie nicht über die Bühne gehen. Wie notwendig sie ist, das zeigt das derzeitige Dienst- und Besoldungsrechtsgefüge sehr deutlich.

Ich unterstreiche durchaus, daß wir alles daranzusetzen hätten, eine Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes so termingerecht zu gestalten, daß wir damit gehaltspolitischen Entwicklungen noch gerecht werden können, aber ich sage noch einmal: Das geht nur dann, wenn alle vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes den aktiven Willen dazu bekunden. Wir können und wollen das Tempo nicht einseitig bestimmen.

Abschließend noch eines: Herr Abgeordneter Gasperschitz hat gemeint, der Dienstgeber geht auf Reisen und erklärt seine Besoldungsvorschläge. Ich glaube nicht, daß es irgendwo geschrieben steht, daß ein politisch tätiger Mensch, sei es Mandatar, Minister oder Staatssekretär, beim Herrn Vorsitzenden einer Gewerkschaft fragen muß, ob er in einer politischen oder in einer gewerkschaftlichen Versammlung sprechen darf, wenn er dahin eingeladen wurde. All das ist ein Suchen und Werben um Verständnis für Vorschläge, nichts anderes soll dabei geschehen.

Nun möchte ich mich aber einem sehr, sehr ernststen Problem zuwenden, bei dem Herr Abgeordneter Gasperschitz es für notwendig befunden hat, daß es in dieser Form heute bereits aufgerollt wird. Herr Abgeordneter Gasperschitz hat sich mit dem jüngst ergangenen Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes betreffend die Pensionsautomatik beschäftigt. Wiewohl darüber noch Meinungsbildungen auf parlamentarischer Ebene vorzunehmen sein würden, möchte ich, darauf angesprochen, nur einiges sagen.

Dieses Erkenntnis bezieht sich auf § 41 des Pensionsgesetzes, das im Jahre 1965 beschlossen wurde. Klageführend waren — ich darf das sagen — in der überwiegenden Zahl hohe und höchste Beamte, pensionierte Beamte, welche die Verwendungszulage und im Anschluß daran die Verwaltungsdienstzulage auch für jene begehrt haben, die vor dem 1. Dezember 1972 bereits in den Ruhestand getreten sind.

Nun ist durch einen verstärkten Senat ein Erkenntnis gefällt worden, das in die Richtung geht, daß die Ablehnung, die diesen Beamten zuteil wurde, aufgehoben wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verwendungszulage — ich darf das vielleicht zur besseren Information sagen — bezieht sich ausschließlich auf hohe und höchste Beamte, die an Stelle einer Mehrdienstleistungs- oder Überstundenvergütung für ihre hohen und höchsten Funktionen das erhalten können. Wenn man sich diese beiden Dienstzulagen vor Augen führt, muß man auch alle anderen Dienstzulagen sehen, die unter gleichen Rechtsverhältnissen durch Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates, durch verschiedene Gehaltsgesetz-Novellen entstanden sind.

Alle diese Dienstzulagen sind das Ergebnis von Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Bundesregierung beziehungsweise den Gebietskörperschaften gewesen. Die Verwendungszulage und die Verwaltungsdienstzulage sind mit der 24. Gehaltsgesetz-Novelle realisiert worden als Ergebnis vorheriger Verhandlungen. Hier im Hohen Haus ist nach einem einstimmigen Gesetzesbeschluß zur 24. Gehaltsgesetz-Novelle ein Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt von der Freiheitlichen Partei zum Pensionsgesetz, der begehrt hat, daß auch Pensionisten miteinbezogen werden sollen, mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ abgelehnt worden.

Es lag also eine klare Willenserklärung nicht nur der Verhandlungspartner, sondern auch des Hohen Hauses vor. Wenn man nun diese beiden Dienstzulagen überträgt auf eine Reihe anderer Dienstzulagen, die gleichfalls für die dem Aktivstand Angehörigen eingeführt wurden, dann entsteht eine unerwartete Kostenandrohung für die Nachzahlung von etwa 1½ Milliarden Schilling, und wenn man den Aufwand des Jahres 1975 dazunimmt, von etwa 2,4 Milliarden Schilling.

Das ist die Situation, vor der wir stehen, und darüber wird im Schoße des Parlamentes zu beraten sein. Vom Standpunkt der Regierung kann nur gesagt werden: Alle Gehaltsgesetz-Novellen wurden hier im Hohen Hause nur für die dem Aktivstand Angehörigen beschlossen. Die Regierung hat Regierungsvorlagen dem Hohen Hause zugeleitet, die mit der Gewerkschaft abverhandelt gewesen sind und die dann hier zum Beschluß erhoben wurden.

Ich frage mich, Herr Abgeordneter Doktor Gasperschitz, wie man denn das halten soll: So nebenbei kommt dann noch ein Brief in das Bundeskanzleramt, in dem gesagt wird, daß außer der allgemeinen durch Vertrag sich ergebenden Erhöhung eine einmalige Teuerungsabgeltung auch noch gegeben werden möge. Ich darf nur sagen: Am kommenden

11944

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Staatssekretär Lausecker

1. Juli sind es 11,8 Prozent in der Bezugserhöhung; das ist im Jahresaufwand mehr als 7 Milliarden Schilling. So nebenbei wird ein Brief, der die Unterschrift des Herrn Abgeordneten Dr. Gasperschitz trägt, an das Bundeskanzleramt geschrieben, ob man nicht zusätzlich noch eine einmalige Teuerungsabgeltung „geben“ kann.

Das Bundeskanzleramt hat darauf ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gasperschitz.)* Das ist schon richtig. Aber wir haben dem Herrn Abgeordneten Dr. Gasperschitz und dieser einen der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes — es war nur die eine Gewerkschaft — zurückgeschrieben: Wenn man dem Verträge nicht mehr treu sein will, wenn man der Meinung ist, daß man den Vertrag nicht mehr einhalten will, dann soll man das in aller Offenheit sagen, aber nicht den Vertrag mit seinen Nutznießungen einstecken und daneben die anderen Forderungen stellen.

Ich möchte daher resümierend nur fragen: Was ist, Herr Abgeordneter Dr. Gasperschitz, das Wort eines österreichischen Spitzengewerkschafters wert? Was sind die Unterschrift und die Verhandlungsführung mit den verantwortlichen Spitzengewerkschaftern einer großen Gewerkschaft wert, wenn man Verhandlungen führt — etwa betreffend die den Aktiven zukommenden Dienstzulagen —, wenn man ein Verhandlungsergebnis herbeiführt, wenn man an Gesetzesbeschlüssen mitwirkt und dann so tut, als wäre man nicht dagebewesen? *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gasperschitz: Der Robert Weisz hat das auch als Zulage begehrt!)*

Ich darf bei dieser Gelegenheit einmal sagen, daß die österreichische Gewerkschaftsbewegung dadurch so erfolgreich gewesen ist, daß sie immer die Interessen ihrer Mitglieder in Einklang zu bringen verstanden hat mit den Interessen des Staates und der Gesamtheit. Das möchte ich mir erlauben bei dieser Gelegenheit einmal *(Abg. Glaser: Von der Regierungsbank aus zu sagen!)* — auch von der Regierungsbank aus — zu sagen, Herr Abgeordneter Glaser. Aber das wird ja auch an die Adresse der Regierung bei jeder Gelegenheit gesagt. Sie sagen uns dann, wir betreiben eine Politik, daß wir das Geld und die Dienstposten nicht zusammenhalten können! — Ich glaube nur, daß die Spielregeln klar sein müssen. *(Abg. Glaser: Sie sollten klar sein! — Abg. Dr. Gruber: Was die Gemeindebediensteten haben, was die Landesbediensteten haben, sollen die Bundesbediensteten nicht haben? — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Glaser.)*

Ich möchte die Geduld des Hohen Hauses nicht zu lange strapazieren. Ich habe hier die Aufstellungen der Reallohnsteigerungen im öffentlichen Dienst und die Erhöhungen der Durchschnittsverdienste der öffentlich Bediensteten parat. Vielleicht bietet sich später dazu noch eine Gelegenheit. Ich bin sehr gerne bereit, darauf noch einzugehen. — Ich danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dkfm. Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die bisherige Debatte über das Kapitel Bundeskanzleramt scheint für den Herrn Bundeskanzler ja so wesentlich und essentiell gewesen zu sein, daß er erstens jetzt nicht einmal selbst im Saal anwesend ist und zum zweiten die erste Wortmeldung von der Regierungsbank her vom Herrn Staatssekretär Lausecker erfolgte. Ich muß doch hier feststellen, daß anscheinend der Herr Bundeskanzler der Debatte in diesem Haus gegenwärtig keinerlei Bedeutung beizumessen scheint. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat sich im Jahre 1970 noch als Chef einer Minderheitsregierung auch den Ressortbereich der verstaatlichten Unternehmungen zugeordnet, und entgegen früheren oppositionellen Auffassungen des Herrn Bundeskanzlers hat er auch 1970 schon einen Staatssekretär in das Bundeskanzleramt mitaufgenommen, der sich damals anscheinend vorwiegend mit der verstaatlichten Industrie zu befassen hatte.

Nach der OIG-Gesetz-Novelle 1969 ist jährlich ein Bericht über die Lage der verstaatlichten Unternehmungen an den Nationalrat zu erstellen. Soll dieser Bericht aktuell sein, so müßte er zweifellos möglichst bald nach Jahresabschluß hier dem Hohen Hause vorgelegt werden. Nach vier Jahren sozialistischer Alleinregierung ist es sicher nicht uninteressant, zu prüfen, wie es der Herr Bundeskanzler mit dieser Berichterstattung jedes Jahr gehalten hat. Letzten Endes spiegelt sich ja auch darin, nämlich in der Pünktlichkeit der Vorlage eines solchen Berichtes, die Einstellung des Kanzlers zum Parlament und zu den Abgeordneten dieses Hauses.

Meine Damen und Herren und Herr Bundeskanzler — er ist leider noch immer nicht da —! Wenn man nun das Eintreffen dieser jährlichen Berichte im Parlament in den letzten drei Jahren vergleicht, dann könnte man zu nächst zu folgender Feststellung kommen: Je größer Kreiskys Regierungsteam geworden ist,

Dkfm. Gorton

um so langsamer oder umso weniger hat es anscheinend gearbeitet. Oder: Je mehr Staatssekretäre der Herr Bundeskanzler um sich scharte, umso später wurde er mit den Berichten über die verstaatlichten Unternehmungen an das Parlament fertig, umso später wurden sie fertiggestellt und umso später wurden sie uns hier im Hause vorgelegt.

Hier nur die konkreten Daten. Sie erinnern sich: Im Jahre 1971 war im Bundeskanzleramt noch ein Staatssekretär. Wir haben den Bericht über die verstaatlichten Unternehmungen des Jahres 1971 am 29. Mai 1972 erhalten, also zu einer Zeit, wo üblicherweise die großen Betriebe ihre Bilanzen auch vorlegen und wo also auch hier der Bericht im Haus noch aktuell sein kann.

Im Jahre 1972 waren schon zwei Staatssekretäre im Bereiche des Bundeskanzleramtes tätig. Der Bericht für das Jahr 1972 ist am 17. Juli 1973 hier eingetroffen, das heißt also, zwei Monate später als vorher, als noch ein Staatssekretär hier mitwirkte. Und siehe da, im Jahre 1973, als im Bundeskanzleramt bereits drei Staatssekretäre als Gehilfen des Herrn Bundeskanzlers, der ja in der Zwischenzeit eingetroffen ist, tätig waren... (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich habe zur parlamentarischen Vertretung einen Staatssekretär da!*) Richtig, Herr Bundeskanzler. Aber das soll ja nicht hindern, daß, je mehr parlamentarische Vertreter Sie in ihr Amt berufen, umso schneller ihre Arbeit geleistet werden sollte. Aber siehe da: Im Jahre 1973, als bereits drei Gehilfen im Kanzleramt tätig waren, ist der Bericht über die verstaatlichten Unternehmungen des Jahres 1973 am 10. Oktober 1974, also erst jetzt kürzlich in der Herbstsession, hier eingetroffen.

Meine Damen und Herren! Dabei hat der Herr Bundeskanzler oder der anscheinend damit befaßte Herr Staatssekretär ohnehin nur die von der OIAG einzuholenden Informationen zu sammeln und an das Hohe Haus weiterzuleiten. Die OIAG hat die Bilanz und den Abschluß — soweit mir das bekannt ist und ich das feststellen konnte — bereits im Mai fertig, daher wäre es sicherlich dem Apparat des Kanzleramtes, das heißt dem Herrn Bundeskanzler, möglich gewesen, diese Berichte zeitgerecht, zu einem Zeitpunkt vorzulegen, wo sie noch aktuell sind.

Ich möchte auch darin eine gewisse Mißachtung des Parlamentes durch den Herrn Kanzler nicht unerwähnt lassen.

Meine Damen und Herren! Bei diesem Trend in der Terminentwicklung in den abgelaufenen drei Jahren kann man annehmen, daß der

letzte Bericht einer sozialistischen Alleinregierung wahrscheinlich gar nicht mehr von derselben erstellt wird. Denn selbst wenn es bei dem von Herrn Dr. Kreisky immer wieder propagierten Wahltermin des ersten Oktobersonntags 1975 bleibt — das wäre also der 5. Oktober — und er gleich rasch ist mit seiner Berichterstattung wie im heurigen Jahr, so werden wir in dieser Session den Bericht über das heurige Jahr jedenfalls nicht mehr erleben.

Es erscheint in diesem Zusammenhang angebracht, die Tätigkeit des Herrn Staatssekretärs Veselsky doch auch etwas mit zu durchleuchten, nachdem er anscheinend den Herrn Bundeskanzler bei Erstellung zeitgerechter Berichte nicht ganz unterstützen kann.

Wir haben es in den letzten Monaten erlebt, daß der Herr Staatssekretär lieber zu sogenannten Wirtschaftsgesprächen in das Ausland fährt. In der „Wiener Zeitung“ vom 18. Juni 1974 haben wir feststellen können, daß der Herr Staatssekretär in Polen Wirtschaftsgespräche geführt hat über industrielle und energiewirtschaftliche Kooperationsvereinbarungen, Vertiefung wirtschaftlicher Zusammenarbeit und weiteres. Wir haben im August feststellen können, und zwar ebenfalls in einer Meldung der „Wiener Zeitung“ — ich nehme hier die amtliche Zeitung vom 9. 8. 1974 zu Hilfe —, daß eine Industriekooperation mit Bulgarien im Gespräch war und konkrete Kooperationsprojekte der verstaatlichten Industrie Österreichs sowie Fragen im Zusammenhang mit dem Donaubau erörtert wurden.

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Mir scheint fast, daß die Kompetenzverteilung in dieser Regierung etwas verworren ist und immer verworrener wurde. Ich möchte zunächst sagen, daß wir zweifellos nichts gegen sinnvolle und für die gesamte österreichische Wirtschaft dienliche Reisen haben, wenn sie von kompetenten Regierungsmitgliedern durchgeführt wurden. Wir haben seinerzeit vor Abschluß der EWG-Verträge dem Herrn Handelsminister vorwerfen müssen, daß er in einem sehr kritischen Zeitpunkt sich wahrscheinlich zu wenig eingesetzt hat, um optimale Bedingungen für unser neutrales Österreich zu erreichen.

Ich glaube aber, daß in zwischenstaatlichen Verhandlungen und Gesprächen zunächst die Regierung die gesamte österreichische Wirtschaft zu vertreten und Handelsverträge vorzubereiten und auch abzuschließen hat. Dafür ist unserer Auffassung nach in erster Linie der Herr Handelsminister zuständig. Und wenn es sich nur um Interessen einzelner Firmen oder Firmengruppen handelt, so ist es

11946

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dkfm. Gorton

zweifelloos deren Vertretern vorbehalten, und sie tun das ja auch, ob das nun die Herren der VOEST oder der OIAG sind, entsprechende Firmengespräche im Ausland zu führen. Uns ist es nicht erklärlich, für wen der Herr Staatssekretär Veselsky Wirtschaftsgespräche kompetent zu führen gehabt hat und was damit eigentlich gemeint sein sollte.

Meine Damen und Herren! Ich persönlich und wir müssen es ablehnen, daß ein für internationale Wirtschaftsverhandlungen nicht kompetenter Staatssekretär für Teilbereiche der österreichischen Wirtschaft eigenmächtige Verhandlungen führen zu können glaubt. Hier gibt es unserer Auffassung nach keine Zweiteilung der österreichischen Wirtschaft und sicherlich keinen Außenhandels-Staatssekretär nur für die verstaatlichten Betriebe im Bundeskanzleramt.

Ich möchte diese Frage damit abschließen, daß ich sage: Herr Bundeskanzler, behalten Sie Ihren Staatssekretär daheim, oder er soll Sie, wenn Sie selbst ins Ausland fahren, begleiten. Er soll Ihnen helfen, daß Sie wenigstens die Berichte, die Sie dem Parlament laut dem OIG-Gesetz zuzustellen haben, rechtzeitig vorlegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die letzte Budgetdebatte soll uns auch Anlaß zu grundsätzlichen Betrachtungen der Maßnahmen der Regierung im verstaatlichten Bereich geben. Die gegenwärtige Regierung ist in ihrem sogenannten Reorganisationsschema sicherlich nicht den in der westlichen Welt üblichen gesellschaftsrechtlichen Weg, sondern den von zwangsgesetzlichen Maßnahmen im Rahmen der verstaatlichten Unternehmungen gegangen.

Ich möchte keineswegs positive Fragen ausschließen, aber per Saldo möchte ich doch nicht ungesagt lassen, was hier letzten Endes erreicht wurde. Zunächst eine Addition der Vorstände von VOEST-Alpine, ohne daß man bis heute, also zwei Jahre danach, auch nur irgendwie sich klar darüber wäre, wie man für den zweifellos subtilen Bereich unserer gesamten Edeltahlindustrie eine Lösung — eine richtige Lösung! — finden könnte.

Wir haben im Rahmen dieser Konzentrationsmaßnahme sicherlich die Sorge um den Erzberg geringer sein lassen können, weil die Verantwortung nun gemeinsam von den früheren beiden Großstahlbetrieben zu tragen ist. Aber für die Zukunft Hüttenbergs liegen, glaube ich, seitens der Regierung noch genauso wenig konkrete Aussagen vor, wie Sie auch kein Konzept für den Braunkohlenbergbau haben. Aber darauf möchte ich nicht näher

eingehen. Ich möchte nur erwähnen, daß nach den Budgetansätzen für die Bergbauförderung 1975 im Vergleich zu den tatsächlichen Aufwendungen im heurigen Jahr fast angenommen werden müßte, daß einige Bergbaue auslaufen sollten. Denn wenn man um 112 Millionen hier weniger ansetzt, so gibt das doch sehr ernst zu denken.

Meine Damen und Herren! Sie haben Ihr Versprechen der 2-Milliarden-Kapitalaufstockung als Morgengabe für die Fusion nicht einhalten können und nur ein knappes Viertel dieses Versprechens mit einer für die OIAG, also für die Dachgesellschaft der verstaatlichten Industrie, sehr gefährlichen Methode aufgebracht. Sie lassen nämlich die OIAG eine teure festverzinsliche Anleihe aufnehmen, deren Erlös diese ohne feste Ertragszusage an den Stahlkonzern VOEST-Alpine als Kapitalaufstockung weiterzugeben hat. Das ist zweifellos ein für die künftige Entwicklung der OIAG gefährlicher Weg, der sicherlich, soweit er überhaupt als gangbar bezeichnet werden kann, nur sehr beschränkt gangbar sein könnte.

Ich glaube, daß man sich endlich dazu eine konkrete Auffassung erarbeiten wird müssen und sich dazu durchzuringen haben wird, daß man unseren starken verstaatlichten Unternehmungen auch Wege öffnet, sich Risikokapital am Markt dann auch selbst zu holen, wenn der Eigentümer Staat nicht in der Lage ist, von sich aus Kapitalaufstockungen durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Daß dieser Staat nach vier Jahren sozialistischer Schulden- und Inflationspolitik in den nächsten Jahren leider auch wieder nicht dazu in der Lage sein wird, das steht, glaube ich, heute schon außer Zweifel. Der Herr Finanzminister hat gestern schon gesagt oder zumindest angedeutet, daß er zum Beispiel, nur um seine vielen Löcher stopfen zu können, die Mehrwertsteuer zu erhöhen beabsichtigt.

Meine Damen und Herren! Ein Wort auch noch zu Fragen der Entwicklungshilfe. Wir bekennen uns selbstverständlich zu einer solchen. In Zeiten zunehmender Budgetschwierigkeiten, Sparappellen und so weiter wird aber sicherlich die Verwendung dieser Mittel von der Bevölkerung wesentlich kritischer beurteilt als bisher. Die Effizienz mit der Gießkannenmethode ist zweifellos auch hier gering. Ich glaube also, daß eine Konzentration auf wenige Projekte für einen Kleinstaat wie Österreich empfehlenswert sein wird. Aber sicherlich geht es unserer Auffassung nach nicht an, daß es für einen neutralen Staat, dem selbst Nuklearwaffen auf Grund des

Dkfm. Gorton

Staatsvertrages verboten sind, aber nicht nur Nuklearwaffen, sondern auch Abwehrraketen, daß es für einen solchen Staat meiner Auffassung nach völlig unmöglich erscheint, an Staaten oder an einen Staat, der Atombombenversuche macht und sich zu solchen Maßnahmen bekennt wie Indien, Entwicklungshilfe weiterzuleisten.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein letztes kurzes Wort auch noch zu der uns Kärntner ganz besonders berührenden Ortstafelfrage.

Herr Bundeskanzler! Sie haben am 6. Juli 1972 mit dem durchgepeitschten Ortstafelgesetz — ich möchte sagen, es ist leider nicht zu grob gesprochen — einen Scherbenhaufen in dieser Frage bei uns in Kärnten angerichtet. Ich wollte diese Frage hier ursprünglich nicht anschneiden, aber die endlich erteilte Antwortnote auf die Vorhaltungen unseres südlichen Nachbarn Jugoslawien, die gestern veröffentlicht wurde und heute auch in den Zeitungen zu lesen ist und zu deren Inhalt man sich zweifellos weitestgehend bekennen kann, hat mich dazu veranlaßt. Aber hier ist doch eine sehr fragliche Passage darinnen enthalten, und diese möchte ich zitieren. Hier steht auf Seite 9 unter Bezugnahme auf dieses Ortstafelgesetz: „Aus Gründen, die auch der jugoslawischen Regierung bekannt sind, war es bisher nicht möglich, dieses Gesetz zu vollziehen.“

Sie schreiben, daß heißt, Ihre Regierung schreibt weiter: „Zahlreiche Beispiele im Leben der Völker und Staaten aus Vergangenheit und Gegenwart zeigen jedoch, daß Gesetze, die in der Vollziehung auf Schwierigkeiten stoßen, im rechtsstaatlichen System allmählich durchgesetzt werden können.“

Herr Bundeskanzler! In dieser Note steht also nichts und keine Andeutung, daß Sie dieses Gesetz, das wir als undurchführbar ansprechen müssen, novellieren wollen. Es tritt daher die Frage auf: Wollen Sie, nach dieser Note und nach dem Wortlaut dieses Textes, dieses unglückliche Gesetz vom 6. Juli 1972, mit dem Sie in Kärnten und auch international so viel angerichtet haben, so durchsetzen? Ich möchte diese Frage sehr klar an Sie richten und bekomme hoffentlich auch eine Antwort darauf.

Herr Bundeskanzler! Ich kann Ihnen abschließend nur sagen: Hüten Sie sich davor, ein Gesetz, an dem die betroffene Bevölkerung keine wie immer geartete Möglichkeit der Mitwirkung hatte, in dieser Form durchzusetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächster Redner kommt der Abgeordnete Burger zu Wort.

Abgeordneter **Burger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe in den vergangenen Jahren meine Ausführungen zum Budgetkapitel Verstaatlichte Industrie stets mit dem Hinweis begonnen, daß die Ansätze immer geringer werden. So finden wir für das Jahr 1975 doch wieder einen Betrag von 162 Millionen Schilling. Man hat offensichtlich eingesehen, daß es einfach nicht möglich ist, den großen Wirtschaftszweig der verstaatlichten Industrie im Budget nicht zu berücksichtigen, wie es in den letzten drei Jahren schon fast und offensichtlich der Fall war.

Es übernimmt oder übernahm der Bund zwar immer wieder Ausfallhaftungen für Geldanleihen zum Zwecke von Investitionen, wozu der Bund als Alleineigentümer verpflichtet ist. Es muß aber einmal überlegt werden, ob die Übernahme von Ausfallhaftungen der für immer richtige Weg ist oder ob man nicht doch einmal, Herr Bundeskanzler, an die Möglichkeit einer Beteiligung der Belegschaften in Form eines Investivsparens, wie es von meiner Fraktion immer wieder vorgeschlagen wird und auch in einigen Großbetrieben Europas bereits praktiziert wird, denken sollte. Ich glaube schon, daß man an eine solche Beteiligung doch auch denken soll.

Freilich, und ich sage dazu, Gott sei Dank, ist alles von der noch immer anhaltenden Konjunktur in der Stahlindustrie überdeckt. Aber gerade in Zeiten der Hochkonjunktur sollte man zielbewußt Maßnahmen setzen, ein Konjunkturtief leichter und ohne Härten zu überbrücken.

Es ist erstaunlich, wie wenig der Ausschuß für verstaatlichte Industrie zusammentritt. Ich glaube, drei- oder viermal seit 1970: Einmal bei der Fusion der Stahl- und Eisenindustrie, dann wiederum bei der Nichteisenindustrie, schließlich noch einmal bei der Eingliederung der Schiffswerften als Töchter zum Stahlkonzern.

Wenn die verschiedenen Fusionierungen nicht im Parlament, sondern, wie es anderswo üblich ist, bei den zuständigen Organen durchgeführt worden wären, dann hätten wir im Verstaatlichtenausschuß keine Ursache gehabt zusammenzutreten, es sei denn, daß wir zusammentreten hätten müssen, um die jährlichen ÖIAG-Berichte zu beschließen.

Wieviel Probleme aber könnte man beraten! Die einzelnen Betriebe haben doch Probleme oder stehen vor solchen. Der Industriebereich mit den verschiedenen Erzeugungssparten von

11948

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Burger

der Grundstoffindustrie bis zur qualifiziertesten Fertigung mit einem über 100.000 gehenden Beschäftigtenstand muß oder müßte doch Probleme haben, die man im Parlament behandeln sollte.

Ich weiß, daß es Sache des Vorstandes oder des Aufsichtsrates ist, zu beschließen, wann und wie hoch die Beteiligung der VOEST-Alpine mit dem südafrikanischen Unternehmen Iskor sein soll oder sein müßte. Streitfragen und Meinungen in dieser Frage gibt es in allen politischen Lagern genug, überhaupt, wie mir bekannt, zwischen dem Konzern und der Mutter OIAG. So ist es klar, daß dann innerhalb des Vorstandes der Aufsichtsräte, aber auch innerhalb der Belegschaftsvertretungen bedenkliche Äußerungen getan werden. Aber auch Parlamentsanfragen gab es in dieser Richtung.

Es ist — und ich möchte das betonen — ein Gesinnungswandel eingetreten, wenn man von Beteiligungen spricht. Ich erinnere mich noch gerne an Betriebsversammlungen, woran sich 1967 die Elin beteiligte, mit den bayrischen Betrieben. Man sprach vom Ausverkauf der eigenen Betriebe an das Ausland. Hier ist ein Gesinnungswandel eingetreten, und ich komme noch darauf zu sprechen.

Ein so weitgehender Schritt sollte also nach meiner Auffassung wenn schon nicht im zuständigen Verstaatlichtenausschuß, so doch im Hauptausschuß behandelt werden.

Meine persönliche Meinung über eine Beteiligung in Südafrika ist von der Sicht als Belegschaftsvertreter folgende: Beteiligungen von Großunternehmen mit anderen Großunternehmen auch dann, wenn sie im Ausland oder in Übersee sind, sind keine Seltenheit, werden oft durchgeführt, ich möchte sagen, sind sogar oft eine kluge Regel. Jede Medaille aber hat grundsätzlich zwei Seiten.

Darf ich, meine Damen und Herren, zuerst die negative Seite zum Ausdruck bringen. In Afrika haben in den letzten Jahrzehnten viele Staaten die Kolonialherrschaft abgeworfen und sind selbständig geworden. In den meisten Fällen wurden industrielle Verstaatlichungen vorgenommen, was noch nicht heißen muß, daß die Verträge nicht mehr gelten sollen. In der Regel aber haben in Afrika europäische Firmen dann durch die Finger geschaut — siehe die belgischen Kupferminenbesitzer — bei den schon seit Jahren durchgeführten Revolutionen, die ja nichts anderes waren als eine Interessensauseinandersetzung im wirtschaftlichen Bereich.

Bei einer Beteiligung der VOEST-Alpine in Afrika müssen zwangsläufig solche Gedanken

und Überlegungen zutage treten; voraussagen kann man diesbezüglich nichts, aber es könnte dieser Fall gerade auch in Südafrika eintreten. Rassenunruhen und revolutionäre Handlungen sind uns ja allen bekannt oder sind uns wieder in den letzten Wochen vor Augen geführt worden.

Die positive Seite einer solchen Beteiligung ist grundsätzlich wohl die, daß wir Zugang zu den billigen Rohstoffen und Rohmaterialien haben beziehungsweise haben werden. Ich glaube, daß es letztlich für die gesamte Wirtschaft Österreichs eine Lebensfrage sein wird, die sehr hohen Produktionskosten durch billige Rohstoffe auszugleichen. In diesem Zusammenhang ist auch die gesunde Fortexistenz unserer Unternehmen und somit auch die Sicherheit unserer Arbeitsplätze zu sehen.

Wenn man weiß, meine Damen und Herren, daß wir in Donawitz jährlich viele Hunderttausende Tonnen Zaggel und Ingots aus dem Ausland, wobei ich besonders Ungarn meine, dazukaufen und in Donawitz verwalzen, dann scheint es klarzuwerden, daß die Abhängigkeit von den Oststaaten genauso ein Risiko ist wie eine Beteiligung in Südafrika. Die kommunistische Fraktion im Aufsichtsrat der VOEST-Alpine ist vehement gegen eine Beteiligung; die Ursache liegt klar auf der Hand und ist klar erkennbar. Ich möchte über die Ursachen hier nicht sprechen.

Man hat erwartet, daß nach der Fusion sich die Produktion ausweiten wird, daß aber auch der Ertrag eine Zunahme erfahren wird. Die Produktion wurde ausgeweitet, leider aber ist der Ertrag sogar empfindlich und in einer Größenordnung zurückgegangen, wie man es sich kaum vorzustellen wagte.

Laut Pressebericht vom 5. November 1974 hat die VOEST-Alpine gegenüber dem Vorjahr eine Produktionsausweitung von 10 Prozent. Demgegenüber kam es zu einer Ertragsminderung von 716 Millionen Schilling. Dieser Betrag ist dann noch, wenn man ihn genau analysieren will, unverteuert. 420 Millionen Schilling sind Fusionskosten.

Es bleibt hier zu hoffen, daß sich nach dem Fusionsübergang die Ertragslage im Konzern wieder bessern wird. Jedenfalls aber verwahre ich mich hier vom Rednerpult aus dagegen, daß dort und da ein Belegschaftsvertreter — Namen werde ich nicht nennen — der ehemaligen Alpine-Montan die Schuld daran gibt, daß der Gewinn so horrend gefallen ist. Als ob wir der Hemmschuh dieser Fusion wären! Wir haben bei den Fusionsgesprächen darauf hingewiesen, daß es einen hohen Betrag kosten wird, aber daß man das einfach dann damit

Burger

abtut und sagt: Ihr seid schuld in der Steuermark!, das sollte uns doch in Anbetracht des zunehmenden Verständnisses, was wir füreinander haben, erspart bleiben.

Der Gegensatz „erhöhte Produktion und verminderter Ertrag“ bedarf einer gründlichen Untersuchung. Ist es die Einführung der Mehrwertsteuer? — Sicher ist sie auch beteiligt! — Oder sind es die Absatzpreise, die im Ausland nicht so zur Zufriedenheit hereingebracht werden können? Oder sind es die Lohnangelegenheiten, die einfach hereingebracht werden müssen durch die Inflation? — Es ist egal, was schuld an dieser Sache ist. Nur bin ich der Überzeugung, daß es noch mehrere Faktoren gibt, die ich hier als Ursachen nicht nannte. Egal, meine Damen und Herren, die Suche nach billigen Rohstoffen beziehungsweise Halbzeugquellen ist eine der logischsten wirtschaftlichen Handlungen, so logisch, wie eben ein Konsument in der Regel dort einkauft — und das tun unsere Hausfrauen gerne —, wo man um denselben Preis die gleiche Ware erhält.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß eine Beteiligung unseres Konzerns in Südafrika bejaht werden in der Hoffnung, daß durch den Zugang von billigem Halbzeug sich der Ertrag steigern wird und die Arbeitsplätze weiterhin gesichert werden. So glaube ich, wenn man das ganze Problem einer Lagebeurteilung unterzieht, überwiegt das Positive eindeutig gegenüber dem Negativen.

Meine Damen und Herren! Darüber sollte man, wie ich eingangs meinte, viel mehr in den zuständigen Ausschüssen oder im Hohen Hause reden und sich mit diesen Fragen befassen. Erfreulicherweise konnten fast alle Sparten, wie zum Beispiel die Erdöl- und Chemieindustrie, die Elektroindustrie, die Nichteisen-Metallindustrie, vor allem die Maschinen- und Anlagenindustrie mit Ausnahme des Kohlenbergbaues ihre Produktion nominal im Durchschnitt zwischen fünf und sechs Prozent ausweiten. Daß die Ertragslage in diesem und in fast allen Bereichen der verstaatlichten Industrie nachhinkt, habe ich schon erwähnt; die Ertragslage hinkt vor allem auch dort nach, wo nicht fusioniert wurde.

Zum Problem Kohlenbergbau wird noch beim Kapitel Handel Gelegenheit sein ausführlich Stellung zu nehmen. Für heute soll alleine meine Feststellung genügen, daß in gewissen Bereichen der nationalen Wirtschaft nicht der Rechenstift maßgebend ist, sondern die Wichtigkeit eines Produktes, und das ist die Kohle im Bereich der Energieversorgung noch immer, und für weitere Jahrzehnte muß

dieses Problem Kohle als erstrangig betrachtet werden. Es muß daher für die Erhaltung unserer Bergbaubetriebe besondere Sorge getragen werden.

Was den Investitionssektor betrifft, ist die Errichtung einer zweiten Drahtstraße in Donawitz einfach notwendig. Überall in Österreich, wo Draht weiterverarbeitet wird, gibt es Engpässe. Ich darf der Kürze halber nur zwei Firmen erwähnen: Das ist einmal Lapp Finze in Kalsdorf, aber auch die eigene Tochter Kestag in Ferlach, wo auf den Lagerplätzen oft kaum für eine Woche Reservematerial liegt.

Es ist daher diese Investition in Verbindung mit einer Beteiligung in Südafrika ganz besonders wichtig und erstrangig zu behandeln.

Die verstaatlichte Industrie hat nun einmal die Aufgabe, nicht Selbstzweck zu sein, sondern sie hat der gesamten Wirtschaft zu dienen und diese mit den notwendigen Grundstoffen beziehungsweise Vormaterialien zu tragbaren Preisen zu versorgen. Noch einmal: in diesem Sinne ist das Projekt „Iskor“ zu bejahen. Das mittelfristige Investitionsprogramm, welches 1975 ausläuft, wurde zum größten Teil, aber nicht zur Gänze erfüllt beziehungsweise wird nicht zur Gänze erfüllt werden können.

So möchte ich mit dieser Feststellung doch die notwendige ESU-Anlage, die Elektro-Schlacken-Umschmelzanlage und den Bau eines neuen Elektroofens bei der Styria in Judenburg erwähnen. Es sind diese Investitionen bis jetzt nicht durchgeführt worden, weil der Edelmetallauschuß sich noch nicht durchringen konnte beziehungsweise weil über die Art dieser Elektro- oder Edelmetallfusion noch keine Entscheidung gefallen ist. Sicher ist in bezug auf die Judenburger Investitionen deshalb noch keine Entscheidung gefallen.

Ich muß aber feststellen, daß diese Investitionen für die Styria lebenswichtig sind, und ich sage das gerade in einem Wirtschaftsjahr, wo es der Styria mit bester Qualität gelungen ist, ihre Produktion um ein Drittel auszuweiten. Zwei Drittel dieser Gesamtproduktion konnten im Ausland abgesetzt werden. Das allein möge doch Grund genug sein, daß diese Investitionen in Judenburg doch bald vorgenommen werden mögen.

Es gibt daher im Bereiche der verstaatlichten Industrie ständig neue Sorgen, und es müßte, wie ich eingangs erwähnte, hier im Parlament viel mehr über die tatsächlichen Anliegen unserer Grundstoffindustrie ge-

11950

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Burger

sprochen werden. Wenn wir schon hier im Hause durch Gesetz fusionieren, dann sollten wir nach solchen Fusionsgesetzen auch bereit sein, den Unternehmungsleitungen bei ihren schweren Entscheidungen verantwortungsbewußt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Geht es doch bei einer Fehlentscheidung — und das haben wir oftmals in der Vergangenheit schon erlebt — immer wieder um die Vollbeschäftigung und um die Sicherheit unserer Arbeitsplätze. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Gasperschitz hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Gasperschitz** (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Staatssekretär Lausecker hat mich eines Vertragsbruches bezichtigt; das kann ich nicht unbeantwortet lassen. Ich muß das entschieden zurückweisen. Ich habe keinen Vertragsbruch im Hinblick auf das zweite Gehaltsübereinkommen begangen, wenn wir im Juni eine zusätzliche Teuerungsabgeltung verlangt haben, wie die Länder, die Gemeinden, wie Kollege Weisz den Bediensteten des Magistrates sogar eine Streikunterstützung gegeben hat, dann deswegen, weil die Gehalts-situation eben eine eigenartige ist.

Beim Abschluß des zweiten Gehaltsabkommens erklärte uns der Finanzminister — bitte mir jetzt zuzuhören! —, daß die Inflationsrate nicht 4 Prozent übersteigen wird; das war im Jahre 1971. Nur unter diesen Voraussetzungen haben wir gesagt, daß wir mit einer Vorleistung von 2,5 Prozent einverstanden sind. Wir haben im Jahre 1972 — um das noch einmal deutlich zu sagen: wo gibt es das in der Privatwirtschaft? — eine Erhöhung unserer Bezugsansätze von 6,6 Prozent bekommen, 1973 waren es 7,7 Prozent, 1974 10,3 Prozent; das war genau zu diesem Zeitpunkt die Inflationsrate.

Aber im zweiten Gehaltsabkommen sollte ja eine Realsteigerung der Bezüge um 12 Prozent enthalten sein, das heißt jährlich 3 Prozent.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich sage folgendes jetzt auch als Richter: Es gibt im Rechtsleben eine sogenannte Clausula rebus sic stantibus. Wenn sich die Verhältnisse irgendwie ändern, kann ich Verträge entweder aufheben oder sie einer entsprechenden Änderung zuführen.

Es befremdet mich sehr, daß ein Staatssekretär Lausecker, der früher im Gewerkschaftsleben als führender Funktionär tätig und ein sehr harter Verhandler gegenüber

dem Dienstgeber war, sich heute auf der anderen Seite so verhält und sich als mein ehemaliger Stellvertreter so verleumderisch mir gegenüber äußert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Brauneis.

Abgeordneter **Brauneis** (SPO): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zurück wieder zur verstaatlichten Industrie. Der Herr Kollege Gorton hat sich beschwert, daß der Bericht über die verstaatlichte Industrie zu spät eingekommen ist. Dazu muß ich doch bemerken, daß die ÖIAG diese Berichte erst fertigstellen kann, wenn die Bilanzen der Unternehmungen vorliegen. *(Abg. Burger: Die waren ja im Mai schon fertig!)* Lieber Freund! Wir haben erst im Herbst in der VOEST die Bilanz beschlossen, die sehr schwierig war durch die Zusammenführung der beiden großen Betriebe. *(Ruf bei der ÖVP: Ja, im Mai waren die fertig!)*

Der Bericht beinhaltet aber auch die VOEST-Alpine; der mußte letzten Endes mit verarbeitet werden und daher ist er heuer etwas später gekommen, aber immerhin wurde der Bericht noch vor Beginn der Session ausgesandt.

In der Frage, ob der Herr Staatssekretär ins Ausland fahren darf oder nicht, bin ich der Meinung, daß, wenn im Rahmen der verstaatlichten Industrie so große Verhandlungen vorliegen, daß sogar der Ministerpräsident Polens nach Österreich kommt und diese Gespräche mitführt, es auch selbstverständlich dazu gehört, daß Reisen vorbereitet werden, Vorgespräche geführt werden; das war sowohl in Polen als auch in Bulgarien der Fall. Ich glaube, daß diese Gespräche sehr fruchtbringend waren. Das zeitigen ja die großen Abschlüsse, die auf Grund dieser Gespräche, die geführt wurden, erreicht worden sind.

Kollege Burger hat gemeint, daß diese Investitionen, auf die ich später noch zu sprechen komme, durchgeführt werden müssen. Ich darf nur sagen, Kollege Burger, daß weder das Hohe Haus noch die Bundesregierung dafür zuständig ist, hier gibt es letzten Endes Organe, die dafür verantwortlich sind. Es dürfte dir, Kollege Burger, genau so bekannt sein wie mir, du bist letzten Endes im Betriebsrat — in der letzten Zentralbetriebsratsitzung warst du nicht anwesend —, daß der Aufsichtsrat und der Vorstand noch im Monat Dezember die restlichen Investitionen, die für die weitere Entwicklung unseres Konzerns notwendig sind, behandeln und einem Abschluß zuführen wird.

Brauneis

Diese Investitionen haben sich aber grundlegend geändert. Vor der Fusionierung haben doch alle Betriebe nur ihren Betrieb gesehen und ihre Investitionen auf ihrem Gedankengut aufgebaut. Heute ist die VOEST-Alpine ein Konzern, und heute muß doch so investiert werden, daß es sich als vernünftig erweist. Es sollen keine Doppelinvestitionen mehr durchgeführt werden, die dann letzten Endes Schwierigkeiten bringen, sondern es müssen sinnvolle Investitionen gemacht werden, die dem Konzern dienen.

Ich möchte auf die Edelstahlfrage später noch eingehen. Ich darf nur etwas sagen zu den Ausführungen des Herrn Bundesparteiobermannes Schleinzer, der meint, daß die Regierung in wirtschaftlichen Fragen Konkurs gemacht habe. Ich möchte nur den Teil der verstaatlichten Wirtschaft herausgreifen und darauf eingehen. Ich darf sagen, daß die Gesetze, die hier im Hohen Haus gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei beschlossen wurden, für dieses Land ungeheure wirtschaftliche Aspekte ausgelöst haben, die man vielleicht heute noch nicht abschätzen kann. Aber die Fusionierung der VOEST-Alpine und die Verödöchterung von Schoeller und Böhler in diesem großen Konzern haben doch bewirkt, daß die Strukturbereinigung in diesen Betrieben durchgeführt wird, daß die Einkaufs-, Verkaufs- und Finanzpolitik vom ersten Tag an konzernmäßig gelaufen ist und einen ungeheuren Vorteil für diese Unternehmungen gebracht hat.

Natürlich waren im Jahr 1973 besondere Schwierigkeiten vorhanden, denn hier mußte sich erst das ganze einspielen. Es mußten Emotionen, die du auch angeführt hast, zwischen der Steiermark und Oberösterreich und auch anderen Bundesländern abgebaut werden. Ich darf sagen, daß das sehr rasch gegangen ist. Wir haben eine Entwicklung im Jahre 1973 durchgemacht, die keiner vorausgesehen hat.

Wenn heute davon gesprochen wird, daß der Ertrag im Jahre 1973 nicht so stark war, so darf ich doch auch eines dazu bemerken. Gerade Ihre Abgeordneten von der Volkspartei haben einige Male hier in Anfragen den Herrn Bundeskanzler gefragt, wieso der Inlandsmarkt so schlecht versorgt wird, es wären Aufträge vorhanden, wir bekommen kein Material von der verstaatlichten Industrie. Dazu darf ich sagen, daß der Konzern VOEST-Alpine den Export um 11 Prozent gesenkt und im Jahre 1973 durch das Zusammenführen, durch die Produktivitätssteigerung um 19 Prozent mehr Produkte in das Inland

gebracht hat. Aber was hat das für den Konzern gebracht? Du kennst die Preisdifferenz, und Sie alle, die Sie in der Wirtschaft tätig sind, kennen die Preisdifferenzen, die vorhanden sind. Hier ist dem Konzern VOEST-Alpine ein Betrag von 800 Millionen Schilling an weniger Erlösen aufgebürdet worden. Dazu kommt natürlich diese gigantische Rohstoffpreiserhöhung im Jahre 1973, die sich ebenfalls negativ ausgewirkt hat.

Wir haben aber doch in diesem Jahr über 4 Milliarden Schilling an Investitionen verkräften können, die dazu beigetragen haben, für das Jahr 1974, glaube ich, sehr gute Ausgangspositionen zu schaffen. War der Umsatz des Konzerns im Jahr 1973 32 Milliarden Schilling, so wird er im Jahr 1974 über 42 Milliarden Schilling sein. Das ist eine Leistung, die die verstaatlichte Industrie erbracht hat, zu der wir hier nur „Danke schön“ sagen können. *(Beifall bei der SPO.)*

Der Auftragsstand von 22,7 Milliarden Schilling im August lag um 9 Milliarden Schilling höher, als er im Jahre 1973 war. Ich darf daher sagen, daß die Menschen, die dafür verantwortlich sind, ihr Bestes geben und wirklich sehr Großartiges geleistet haben.

Wenn die Frage der Edstahllösung noch nicht geklärt wurde, so muß ich doch dazu sagen, und das wird sehr oft vergessen, daß dieses Problem das schwierigste ist. Die Vorstände dieser vier Betriebe, nämlich VOEST-Alpine, Schoeller, Böhler und die Styria, haben Fachteams eingesetzt, die seit zwei Jahren wirklich intensiv arbeiten. Aber die Probleme sind so schwierig, daß es, glaube ich, besser ist, noch zuzuwarten und echt eine Konzentration auszuarbeiten, die am besten gangbar ist, als etwas zu überhuden. Aber in den neuen Investitionen wird auf alles Rücksicht genommen, damit im Edstahlbereich keine größere Doppelgleisigkeit mehr auftritt.

Aber nicht nur der wirtschaftliche Teil hat sich in diesen zwei Jahren seit der Fusion der VOEST-Alpine, gegen die Sie gestimmt haben, so positiv entwickelt, sondern auch auf dem Personal- und Sozialsektor ist es wirklich gelungen, die großen Schwierigkeiten durch das differenzierte Sozialwesen der beiden großen Betriebe, die völlig verschiedene Leistungen gehabt haben, doch schon zum größten Teil abzubauen. Ich habe die berechnete Hoffnung, daß wir jetzt in kürzester Zeit den Rest noch abbauen können. Dann wird es auch auf diesem Sektor eine einheitliche soziale Lösung geben, die für alle Beschäftigten in diesem großen Konzern von Vorteil ist.

11952

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Braunels

Ich möchte noch einmal darauf zu sprechen kommen, daß der Herr Abgeordnete Schleiner von Konkurs redet. Wie sieht nun dieser Konkurs aus? Wir konnten in diesen zwei Jahren die Arbeitsplätze besser absichern und untermauern. Wir hatten im Jänner 1974 etwa 82.000 Beschäftigte im ganzen Konzern — ich nehme deshalb Jänner, weil auch die Firma Rumpler und die Schiffswerft mit dabei sind —, und wir hatten im Oktober 1974 84.355 Beschäftigte, das sind über 2.000 Beschäftigte mehr innerhalb von zehn Monaten in dieser Stahlindustrie! Ich kann nur sagen: So einen Konkurs lasse ich mir als Vertreter der Belegschaft jederzeit gefallen. Ich kann nur der Belegschaft wünschen, weiterhin hinter uns zu stehen, hinter der Sozialistischen Partei. Kein Zurück zur Österreichischen Volkspartei (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kaufmann.

Abgeordneter Dr. **Kaufmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nur knapp ein Drittel der Weltbevölkerung lebt in den Industriestaaten, mehr als zwei Drittel leben in den Entwicklungsländern. Das knappe Drittel in den Industrieländern verfügt über 87,5 Prozent des Bruttonationalproduktes der Welt. Die mehr als zwei Drittel der Entwicklungsländer müssen sich mit 12,5 Prozent begnügen. In den Entwicklungsländern herrscht Massenarbeitslosigkeit. 800 Millionen Menschen suchen vergeblich einen Arbeitsplatz. Jedes zweite Kind in der Welt hat heute kaum Aussicht auf eine glückliche Zukunft. 2 Milliarden haben das Gefühl, von jeglichem Fortschritt in der Welt ausgeschlossen zu sein. Ein Drittel bis zur Hälfte der 2 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern hungern oder leiden an Unterernährung. 20 bis 25 Prozent deren Kinder sterben vor dem 5. Geburtstag. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 20 Jahre weniger als bei uns.

Das, Hohes Haus, sind nur einige Schlagzeilen über die gegenwärtige Situation in den Entwicklungsländern. Diese Situation verbessert sich nicht. Sie ist heute vielfach besorgniserregender, als sie es vor zehn Jahren war, trotz mancher Hilfen und Anstrengungen der Industrienationen.

Robert McNamara, der Präsident der Weltbankgruppe, hat das in seiner Ansprache an den Gouverneursrat am 30. September dieses Jahres unmißverständlich ausgesprochen, wenn er sagte: Selbst wenn, optimistisch gerechnet, die Kapitalströme in die Dritte Welt von 1973 bis zum Jahre 1980 von 20 Milliarden auf 33 Milliarden Dollar ansteigen,

würden die jährlichen Wachstumsraten der Pro-Kopf-Einkommen in den ärmeren Ländern von 1,1 auf 0,4 Prozent zurückgehen. Davon wäre 1 Milliarde Menschen betroffen.

Kenner der Lage prophezeien, daß es überhaupt bald eine Vierte Welt geben wird oder sie schon gibt, nämlich jenen Teil der Dritten Welt, der nicht in der Lage ist, im großen Olgeschäft mitzumachen, weil es bei ihnen einfach keine Ölquellen gibt. Diese Länder werden, so sagen das die Prognosen, noch ärmer werden, als sie in der Gegenwart schon sind.

Was bedeutet das, meine Damen und Herren? Das bedeutet, daß das Problem der Entwicklungshilfe immer dringender und immer drängender wird, daß hier eine Umstrukturierung ungeahnten Ausmaßes im Gange ist, wenn man nur bedenkt, daß auf der anderen Seite manche Entwicklungsländer sich ihrerseits schon wieder in den Industrieländern einkaufen, wie wir Pressemeldungen der letzten Tage entnehmen können, wenn man bedenkt, daß etwa Indien, um nur ein Beispiel zu nehmen, zwar eine Atombombe entwickelt, aber daß in Indien die täglich zur Verfügung stehende Kalorienmenge sinkt, was schlicht und einfach Hunger bedeutet, wenn man bedenkt, daß mit weiteren Kapitalimporten bei Entwicklungsländern die eigentlichen Ursachen der Unterentwicklung nicht aus der Welt geschafft werden können und nur die Abhängigkeit der Entwicklungsländer vergrößert wird. Man muß bedenken, daß die Armen in den Entwicklungsländern vielfach keinen gerechten Anteil am Wirtschaftswachstum ihres Landes bekommen. Nur ein Beispiel: Obwohl im letzten Jahrzehnt das Bruttonationalprodukt der Entwicklungsländer gestiegen ist, zum Teil nicht unwesentlich gestiegen ist, konnten 800 Millionen Menschen, also 40 Prozent von zwei Milliarden, nur mit 30 Cents pro Tag, das sind einige wenige Schillinge, gerade noch überleben.

Man muß bedenken, daß den Armen kaum geholfen werden kann, weil die primitivsten Bedürfnisse des Volkes dort bei der Produktion keine Rolle spielen, weil vor allem für den gehobenen Bedarf einer schmalen Oberschicht produziert wird.

Man muß weiter bedenken, daß die Verschuldung und die sich daraus ergebenden Zahlungsverpflichtungen schneller wachsen als die zum Schuldendienst erforderlichen Einnahmen.

Man muß bedenken, daß durch zu geringe öffentliche Entwicklungshilfe immer mehr Entwicklungsländer auf kurzfristige und teure Kredite ausweichen müssen.

Dr. Kaufmann

Das sind die Probleme, meine Damen und Herren, und das bedeutet, daß wir das Problem der Entwicklungshilfe neu überdenken müssen, daß die Notwendigkeit einer Neuorientierung und nicht nur eine Erhöhung der dafür erforderlichen Mittel unabweisbar geworden ist, wenn wir bei der Lösung dieses menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Problems nicht versagen wollen.

Was tut nun, Hohes Haus, die Regierung, um diese Probleme zu lösen? Ich will nicht alles das wiederholen, was ich an dieser Stelle schon gesagt habe; etwa daß es eine der ersten Taten der Regierung Kreisky war, die Ansätze für die Entwicklungshilfe zu kürzen, obwohl es noch in der Regierungserklärung geheißen hat — ich habe mir das herausgesucht —: „Österreich wird die Bestrebungen der Vereinten Nationen und ihrer Spezialorganisationen auf diesem so wichtigen Gebiet der globalen Solidarität unterstützen, seine Entwicklungshilfe im Rahmen des Möglichen verstärken und durch Schwerpunktbildungen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ein Maximum an Hilfe zu erzielen versuchen.“ — Soweit die Regierungserklärung.

Genau das Gegenteil, meine Damen und Herren, ist der Fall. Ich möchte darauf verweisen, daß laut einem Memorandum der Bundesregierung vom 22. Juli dieses Jahres Österreich heute zu den Industriestaaten mit der geringsten Bereitschaft zur öffentlichen Entwicklungshilfe gehört.

Ich möchte auch darauf verweisen, daß, was die Entwicklungshilfe anlangt, die Zeiten der ÖVP-Alleinregierung geradezu die goldenen Zeiten der Entwicklungshilfe waren, obwohl es damals die Sozialistin Frau Dr. Firnberg war, die bei der Budgetdebatte — ich habe mir auch das herausgesucht — am 4. Dezember 1968 die damalige Regierung im Hinblick auf die Entwicklungshilfe eine unfähige und unsoziale Regierung genannt hat.

Wie sieht die Tatsache aus? Ich kann das mit Zahlen belegen. In den Zeiten der ÖVP-Alleinregierung betrug der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe in Prozenten am Bruttonationalprodukt 1967 0,14 Prozent, 1968 0,14, 1969 0,11.

Er sank dann unter der Regierung Kreisky im Jahr 1970 auf 0,07 Prozent ab, hielt 1971 auf 0,07, 1972 auf 0,09, stieg 1973 auf 0,15, 1974 auf 0,15 und wird im nächsten Jahr nicht einmal die Ansätze des heurigen Jahres erreichen, obwohl es der Herr Bundeskanzler war, der für das Jahr 1975 ein Ziel von 0,3 Prozent gesetzt hat. — Es würde mich interessieren, was die Frau Bundesminister Firnberg heute zu dieser Regierung sagt.

Aber es geht noch weiter. Als Einnahmen werden beim Kapitel Bundeskanzleramt für 1975 über 78 Millionen Schilling erwartet. Das sind um 18,4 Millionen mehr als heuer, und zwar ausschließlich aus Darlehensrückzahlungen und Zinsen für gewährte Kredite im Rahmen der Entwicklungshilfe.

Die „Kleine Zeitung“ vom 10. Oktober 1974 hat bereits den Herrn Staatssekretär Veselsky zitiert, der gemeint hat, die Rückflüsse aus den Entwicklungsländern — also Gewinne, Zinsen und so weiter — seien bereits größer als die geleistete Hilfe überhaupt. Es würde mich hier eine Aufklärung interessieren, ob das bedeutet, daß etwa die Entwicklungshilfe im Begriff ist, für die Regierung ein ganz beachtliches Geschäft zu werden.

Wir haben nach vierjährigem Hin und Her der Bundesregierung im Sommer des heurigen Jahres ein Entwicklungshilfegesetz beschlossen. Das darin vorgesehene Konzept steht noch immer aus; angeblich — so Staatssekretär Veselsky — will man es im kommenden Frühjahr vorlegen. Von dem ebenfalls angekündigten Entwicklungshelfer-Gesetz ist zur Stunde überhaupt nichts zu hören und zu sehen.

Dafür hat aber der für die Entwicklungshilfe zuständige Staatssekretär an einer Postkartenaktion von engagierten Entwicklungshelfern teilgenommen, das heißt, er hat eine solche vorgedruckte Postkarte unterschrieben und sich mit der internationalen Verpflichtung identifiziert, bis zum Jahr 1980 jährlich einen Betrag von 0,7 Prozent der öffentlichen Mittel für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen; eine Forderung übrigens, von der wir meilenweit entfernt sind. Diese Karte hat dann der Herr Staatssekretär an den Herrn Bundeskanzler geschickt. (*Abg. Dr. Gruber: Ich habe gedacht: sich selbst!*) Ich finde, daß der zuständige Staatssekretär für Entwicklungshilfe weniger solche Postkarten schreiben sollte, als sich beim Herrn Bundeskanzler dafür einzusetzen, daß diese Forderung von der Bundesregierung auch tatsächlich erfüllt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn wer sonst in Österreich hätte wohl die Aufgabe und die Verantwortung, dafür zu sorgen, daß diese Dinge tatsächlich realisiert werden, als eben ein Mitglied der Regierung, das für diese Frage zuständig ist? (*Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.*)

Ich könnte mir auch vorstellen, daß der Herr Staatssekretär dafür sorgt, daß die Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangeht und etwa ihre horrenden Repräsentationskosten etwas einschränkt und einen Prozentsatz dafür, wie ich das schon einmal vorgeschlagen habe, für Entwicklungshelfer zur Verfügung stellt. Der Herr Bundeskanzler hat ja selbst

11954

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Kaufmann

einmal gesagt, daß wirkliche Entwicklungshilfe Konsumverzicht bedeutet. Und nun frage ich mich: Warum geht die Bundesregierung hier nicht mit gutem Beispiel voran, und warum tut der Herr Staatssekretär nichts, um die Bundesregierung auf diesen Weg zu bringen?

Doch um zum Schluß zu kommen. Entwicklungshilfe ist heute eine menschliche Herausforderung, die anzunehmen die Pflicht jeder Industrienation ist, die gleichzeitig auch eine Kulturnation sein will.

Die gegenwärtige Regierung ist trotz aller Versprechungen und Ankündigungen bei Halbheiten stehen und uns bis heute den Beweis schuldig geblieben, daß sie diese Herausforderung wirklich annehmen wird.

Mit umso größerem Respekt möchte ich daher heute an dieser Stelle auf die vielen Organisationen und Stellen verweisen, auf freiwillige und private Vereinigungen, die sich bisher in den Dienst der Sache gestellt haben, in Eigeninitiative Bewundernswertes geleistet und dafür gesorgt haben, daß wir Österreicher nicht an die letzte Stelle jener Länder abgesunken sind, die Entwicklungshilfe leisten.

Ich möchte daher mit dem Beispiel einer österreichischen Gewerbeschule in Thailand schließen, einem Beispiel für viele. In diesem Bericht heißt es unter anderem:

„Nach der Projektvorbereitung wurde im Mai 1971 mit dem Unterricht begonnen ... Die Ausbildungsdauer beträgt 3 Jahre, wobei jeder Jahrgang 126 Studenten im Alter von 16 bis 19 Jahren umfaßt. Seit Beginn des Projektes sind österreichische Experten im Einsatz. Ihre Aufgaben sind Aufstellen der Maschinen und Einrichten der Werkshallen, Einschulen der Thailänder auf diesen Maschinen, Erstellen von Curricula, welche dem Land angepaßt und den Berufsanforderungen entsprechend abgefaßt wurden ... Bei der Durchführung des Projektes ist man anfangs auf verschiedene Schwierigkeiten gestoßen. In erster Linie waren es sprachliche Probleme und die Mentalität der Thailänder.“

Im März 1974 hatten wir die ersten Abgänger unserer Schule, wobei 71 Prozent der Abgänger in höhere Lehranstalten aufgenommen wurden, zum Vergleich von den Thai-Schulen, wo nur 30 bis 35 Prozent der Abgänger die Aufnahmeprüfung für die höheren Lehranstalten bestehen. Dieser Erfolg ist durch unser Arbeitssystem der Ordnung und Sauberkeit, mit der wir die Arbeiten durchführen, begründet. Daher darf ich mit Recht sagen, die österreichische Gewerbeschule in Sattahip ist eine Musterschule in Thailand.“

Das ist nur ein Beispiel für viele. Ich möchte daher zum Schluß an die Bundesregierung nochmals appellieren, in Zukunft ihre Verpflichtungen auf dem Sektor der Entwicklungshilfe ernster zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich Staatssekretär Dr. Veselsky. Ich erteile es ihm.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Doktor Veselsky: Herr Präsident! Hohes Haus! Die heutige Diskussion hat eigentlich wiederum einen Beitrag geliefert in Richtung Entwicklungshilfe für die österreichische Entwicklungshilfepolitik, und ich glaube, das ist auch nötig, denn wir stehen vor der Notwendigkeit einer Orientierung und zugleich einer Neuorientierung.

Österreich hat in großartiger Weise sein wirtschaftliches Geschick in die eigene Hand genommen und großartige Erfolge erzielt, die die OECD von modellartigen Leistungen sprechen läßt. Im gleichen Maße haben wir aber damit die Verantwortung übernommen, auch über die Grenzen unseres Landes hinausblicken und unseren internationalen Verpflichtungen stärker gerecht zu werden.

Ich bekenne mich dazu. Ich habe auch aus diesem Grund mitgetan bei der Postkartenaktion, die ich für eine großartige Aktion halte. Hier haben sich Menschen eingesetzt für andere Menschen, nicht nur für sich selbst. Der Erfolg dieser Aktion war auch ein dementsprechender. Es waren nämlich damit doch die Budgetverhandlungen im positiven Sinn beeinflußt worden. Ich darf Ihnen sagen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, es war möglich, um 20 Millionen Schilling oder 16 Prozent für Zwecke der technischen Hilfe mehr zu erhalten, und das ist immerhin etwas gewesen, worüber sich die, die an dieser Postkartenaktion teilgenommen hatten, gefreut haben.

Aber ein offenes Wort: Die Ölkrise, deren Rechnung noch nicht beglichen ist, hat uns alle vor neue Fakten gestellt, vor die Fakten, mit denen wir jetzt erst fertig werden müssen, daß nämlich die am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer am meisten von der Erdölverteuerung getroffen und sogar in ihrer Existenz gefährdet wurden. Sie brauchen nunmehr viel mehr; und sie brauchen es sofort.

Auf der anderen Seite sind aber auch die Geberländer getroffen worden, und damit auch Österreich. Die Ölrechnung für Österreich wurde jetzt erst auf etwa 10 Milliarden Schilling geschätzt. Damit hat aber die Zahlungsbilanz, die früher in Österreich eine positive war, eine Passivierung erfahren, und es ist somit nicht leicht möglich, die Aktion fortzu-

Staatssekretär Dr. Veselsky

setzen, die wir gestartet hatten, nämlich aus den Devisenreserven der Nationalbank für Zwecke der Entwicklungshilfe Kredite zu gewähren.

Es ist also durch die Erdölkrise das Problem der Entwicklungspolitik verschärft worden; verschärft auf der Seite der am wenigsten entwickelten Länder, aber auch verschärft durch die Tatsache, daß die Geberländer größere Schwierigkeiten haben.

Und nun zur Entwicklung unserer Ausgaben für Entwicklungspolitik. Wir haben mit 0,15 Prozent des Sozialproduktes nunmehr den höchsten Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe, den es je gab. Die ÖVP-Alleinregierung hatte nur 0,14 Prozent. Sie haben die Zahlen richtig genannt, jetzt sind es also 0,15 Prozent.

Nun ist das noch immer meilenweit von dem Ziel entfernt, das man sich in den Vereinten Nationen für die zweite Dekade der Entwicklungspolitik für die siebziger Jahre gegeben hat. Zugegebenermaßen. Aber hier ist es eben nicht leicht, und ich muß sagen, es ist ja auch die Resonanz hier in diesem Haus irgendwie ein Zeichen für die Aktualität oder für die noch nicht ganz große Aktualität der Problematik der Entwicklungshilfe in Österreich.

Ich darf also sagen, daß wir unser Möglichstes auf diesem Gebiet tun. Vor allem haben wir mit der Neuorientierung, die wir durch das Entwicklungshilfegesetz, das in diesem Jahr vom Hohen Haus beschlossen worden war, von der Gießkannenmethode Abschied genommen. Das heißt also, wir fördern nicht mehr allüberall in Entwicklungsländern, sondern wir tragen der Tatsache Rechnung, daß wir ein nicht sehr großes Land sind und daß wir unsere bescheidenen Mittel konzentriert einsetzen sollen, damit sie nicht vergeudet werden. Das geschieht.

Und nun komme ich zur Frage Indien. Die regionale Schwerpunktbildung ist ein neuer Akzent, und dieser Akzent wird in völliger Übereinstimmung mit den Entwicklungshilfeorganisationen Österreichs gesetzt. Diese unterstützen das und lachen nicht dazu, sondern sind sehr glücklich darüber. Das möchte ich hier sagen.

Nun also zur Frage Indien. Indien gehört zu den am meisten von der Erdölkrise betroffenen Staaten. Es ist ein Entwicklungsland, und es gehört zu jenen, die die Hilfe am nötigsten haben. Das haben jetzt auch die Geberländer festgestellt, die sich gerade über diesen Fall unterhielten.

Damit möchte ich einer Legendenbildung entgegenreten: Von Indien ist kein Atombombenversuch gemeldet worden. Ich muß das hier sagen, denn man soll in Österreich nicht öffentlich Dinge verbreiten, die nicht stimmen. Es ist ein Nukleartest veranstaltet worden, der uns auch nicht freute. Aber, es besteht doch ein Unterschied zwischen einem Atombombenversuch und einem Nukleartest.

Es haben sich nun — und das ist auch sehr interessant; ich glaube wir sollen uns nicht zum Richter über andere aufschwingen — die Geberländer unterhalten. Die Aussage war eine sehr interessante. In Indien sind keine ballistischen Einrichtungen vorhanden, und es ist auch keine Atombombe vorhanden. Die Geberstaaten sind fest entschlossen, die Hilfe an Indien fortzusetzen. Ich sage Ihnen auch, so wie der Bundeskanzler es bereits in einer Anfragebeantwortung deponierte: Auch Österreichs Bundesregierung ist dazu entschlossen. Wir werden im Rahmen einer Umschuldungsaktion wiederum 1 Million Dollar für Indien zur Verfügung stellen.

Ich glaube, es ist notwendig gewesen, hier diese Dinge einmal festzuhalten.

Nun zur Frage der Entwicklungshilfe insgesamt. Ich glaube aber, daß wir nicht derartige Probleme aktualisieren sollten, sondern andere, nämlich die Tatsache, daß wir versuchen, den Weg der partnerschaftlichen Entwicklung zu gehen. Das ist ein neuer Weg, das ist der Weg, den die Entwicklungsländer selbst wünschen und der nichts zu tun hat mit der Hingabe von Almosen oder mit kommerziellen Dingen, sondern der der Tatsache Rechnung trägt, daß die Entwicklungsländer darauf Anspruch haben, fair behandelt zu werden, und daß sich aber damit auch unserer Wirtschaft in Zukunft neue Absatzmärkte auftun.

Meine Damen und Herren! Ich wurde hier zur Frage der verstaatlichten Industrie darauf angesprochen, wieso es denn möglich gewesen wäre, daß der Bericht über die Lage der verstaatlichten Industrie des Jahres 1973 erst im Herbst dieses Jahres ins Haus gekommen wäre.

Ich möchte festhalten, daß das ÖIAG-Gesetz nur von einer Berichtspflicht schreibt, aber keine Terminisierung enthält und daß für das Jahr 1973, Herr Abgeordneter, und das wissen Sie sehr genau, durch die Tatsache der Fusionierung von VOEST-Alpine-Montan zu einem Konzern eine besondere Situation entstanden war, die dazu geführt hatte, daß die Behandlung dieses Berichtes erst mit Mai eingeleitet werden konnte, im Juli durch die ÖIAG an die Sektion IV, verstaatlichte Industrie, ging. Der Herr Bundeskanzler hat nach seiner Rück-

11956

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Staatssekretär Dr. Veselsky

kehr von seinem Sommeraufenthalt sofort unterzeichnet, und das Parlament hat rechtzeitig die Möglichkeit erhalten, diesen Bericht zugeleitet zu bekommen. (*Abg. Dkfm. Gorton: Der Bundeskanzler war bis 10. Oktober auf Urlaub?*) Das Parlament hat ja vorher nicht zu tagen begonnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Und nun zu einer letzten Frage. Ich glaube, daß insbesondere der Inhalt doch auch interessant gewesen wäre, der Inhalt dieses Berichtes über die Lage der verstaatlichten Industrie. Aus dem geht nämlich hervor, daß diese verstaatlichte Industrie in letzter Zeit mit ein Motor der industriellen Entwicklung in Österreich gewesen war und damit auch beigetragen hat zu dem gewaltigen Leistungsanstieg der österreichischen Wirtschaft und zu den modellhaften Erfolgen, die wir in der österreichischen Wirtschaft erzielen konnten.

Und wenn mir die Frage gestellt wurde, in welcher Eigenschaft ich es gewagt habe, in Polen und in Bulgarien Besuche abzustatten, so hat dazu bereits Herr Abgeordneter Brauneis einiges gesagt. Ich möchte nur noch etwas festhalten: in Vertretung des Bundeskanzlers — der Staatssekretär ist nicht nur zur parlamentarischen Vertretung berufen, sondern auch zur Unterstützung bei der Führung des Ressorts, und in dieser Funktion war ich in Polen und in Bulgarien, im Interesse der vom Herrn Bundeskanzler zu führenden Geschäfte, zur Vorbereitung des Besuches von Ministerpräsident Jaroszewicz, der ein großer Erfolg für die österreichische Wirtschaft geworden war. Und auf das bin ich auch etwas stolz, und das sage ich mit aller Deutlichkeit. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich selbst möchte aber etwas vermieden wissen: Daß man Fronten aufreißt zwischen verstaatlichter Industrie und privater Industrie in Österreich, wenn es auch nur durch derartige Äußerungen hier versucht wird. Denn was uns nämlich, glaube ich, in Österreich auszeichnet, ist eben auch unter anderem, daß wir eine gemischte Wirtschaft haben, daß wir die Koexistenz verschiedener Eigentumsformen haben, daß wir das auch als ein Fundament der bewährten Wirtschaftspartnerschaft haben und daß das auch zu den modellhaften Erfolgen in Österreich beigetragen hat. Und ich bekenne mich dazu. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kraft. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kraft** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Es wäre zweifelsohne für einen Debattenredner zum Kapitel Bundeskanzler-

amt angenehmer, wenn der Herr Bundeskanzler persönlich da wäre und nicht nur die Produkte eines seiner Irrtümer. So hatte er ja die Installierung von Staatssekretären einmal selbst bezeichnet.

Bei den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Fischer, bei seinem Herumwerfen mit Dichterwörtern, auch dabei, wie er sich aufgeführt hat als scheinbarer Kaplan für die SPÖ-Fraktion, ist mir auch ein Spruch eingefallen von einem römischen Dichter, der da heißt: Quamvis sint sub aqua male dicere temptant. Für Nichtlateiner ins Deutsche übersetzt, sinngemäß vielleicht ins Deutsche übersetzt: Obwohl ihnen das Wasser bereits über dem Kopf ist, versuchen sie dennoch Schlechtes und Böses zu reden.

Nun aber zu einigen Fragen, die heute bei dieser Debatte noch nicht angesprochen wurden, zu einigen Fragen betreffend die regionale Strukturpolitik.

Das Ziel aller regionalpolitischen Maßnahmen muß es meiner Meinung nach sein, in allen Teilen des Landes die Chancengleichheit, die Entwicklung sicherzustellen und gleichwertige Lebensbedingungen zu gewährleisten. Das ist nicht gleichbedeutend mit einem kaum je erreichbaren vollständigen Ausgleich struktureller Unterschiede. Auch soll dadurch der freie Wettbewerb in der Wirtschaft nicht verzerrt oder ausgeschaltet werden. Verstärkte regionale Wirtschaftspolitik als Bestandteil einer umfassenden Strukturpolitik zur Entwicklung eines bestimmten Landesteiles erfordert eine verstärkte regionale Wirtschaftsförderung in Form von Startbeihilfen oder Anreize zur Weckung und Steigerung der Eigeninitiative sowie überhaupt zur Mobilisierung von Leistungsreserven.

Ob der beabsichtigte Effekt besser und rascher durch die Förderung bereits bestehender leistungsfähiger und leistungsbereiter Unternehmen erzielt werden kann oder ob dafür die Gründung neuer Betriebe zweckmäßiger ist, bedarf in jedem einzelnen Fall sicherlich einer gründlichen Überlegung.

Es ist die Politik dieser derzeitigen Bundesregierung schon einige Male mit einem Theater verglichen worden. Auch die Strukturpolitik beziehungsweise die regionale Strukturpolitik, glaube ich, läßt diesen Vergleich zu. Auch hier kommt immer nur der Ansager, das Stück selber beginnt aber fast nie.

Nun eine Frage: Wie behandelt diese derzeitige Bundesregierung die Grensräume, die Grensräume entlang unserer österreichischen Grenzen, entlang der offenen wie aber auch der geschlossenen Grenzen?

Kraft

Wenn wir, beginnend im Süden, vielleicht die Gebiete in Kärnten beobachten, im Osten die Probleme im Burgenland, im Norden die Probleme im nördlichen Niederösterreich, in Oberösterreich, das Mühlviertel, das Innviertel, so dürfen wir, glaube ich, hier wohl zu Recht teilweise von echten Problemgebieten sprechen. Die Zeit erlaubt leider nicht, zu allen diesen regionalen Einzelheiten genauere Ausführungen zu machen. Ich darf mich daher auf oberösterreichische Probleme beschränken.

Ich habe auch im vergangenen Jahr, bei der vergangenen Budgetdebatte, auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die in diesen Grenzgebieten teilweise auftreten, auf die Strukturschwächen, auf die Tatsache, daß bereits im vergangenen Jahr freie Kapazität zu verzeichnen war, daß die Auftragslage keinesfalls eine optimale war. Und der Herr Handelsminister hat mir damals wohl im Haus widersprochen, aber in einem sehr freundlich gehaltenen Schreiben indirekt oder auch direkt zugegeben, daß er wohl das von mir Gesagte hier im Haus bestätige, aber daß die Schwierigkeiten ja doch nicht so groß wären.

Nun, wie schauen die Dinge derzeit aus? Es ist sicherlich im letzten Jahr nichts besser geworden. Wir haben vor geraumer Zeit und vor Jahren bereits darauf hingewiesen, daß es gerade in diesen wirtschaftlichen Problemgebieten eben darum geht, attraktive, sichere Arbeitsplätze zu schaffen und zu fördern, gerade doch im Hinblick auf die Tatsache, daß jenseits des Inn etwa die bundesdeutschen Behörden hier ganz gewaltige und gigantische Anstrengungen unternehmen. Unsere Forderungen und unsere Vorschläge hat man eben, wie so oft, einfach hochmütig vom Tisch geblasen.

Wie kommen die Entwicklungen jetzt auf uns zu? Wir haben einige Betriebe, die entweder auf Kurzarbeit umgestellt haben oder sich überlegen, ob sie nicht auf Kurzarbeit gehen sollen. Ja es gibt sogar einige Betriebe, wo bereits Entlassungen — nicht in sehr großem Ausmaß, das wohl, aber doch Entlassungen — durchgeführt werden mußten.

Dazu kommt jetzt das Problem der Rückwanderer aus der Bundesrepublik Deutschland, die ebenfalls untergebracht werden sollten. Die Anliegen, die Probleme des Grenzgängerrechtsschutzverbandes hat man ja ohnehin bisher immer negiert und nicht für diskussionswürdig gehalten.

In einer anderen Sparte — die kleineren Unternehmungen, Klein- und Mittelbetriebe, das Kleingewerbe etwa — war doch noch nie die Zahl von Gewerbeabmeldungen und Stilllegungen gerade in diesen Gebieten so hoch wie gerade in den letzten Monaten. Aber diese

Tatsache hat ja auch eine Auswirkung, eine Auswirkung, die sich, glaube ich, auf die Versorgungslage der Bevölkerung, vielleicht noch nicht jetzt, aber in absehbarer Zukunft, auswirken wird.

Wir haben ja in diesen Gebieten Gemeinden, wo es kein Kaufgeschäft, keinen Dienstleistungsbetrieb mehr gibt und die Konsumenten 10, 20 Kilometer weit fahren müssen, um die Artikel des täglichen Bedarfs überhaupt noch einkaufen zu können. Auch der volkswirtschaftliche Standpunkt, auch diese Argumente kommen ja zum Tragen.

Darüber hinaus einige ganz bedeutende Anliegen dieser oberösterreichischen Grenzgebiete; ich darf sie nur schlagwortartig aufzählen: etwa die Innviertel Autobahn, eine Donaubrücke bei Engelhartzell, eine Bahnverbindung vom oberösterreichischen Zentralraum über Braunau nach München und schließlich die großen Probleme und die großen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem größten Innviertler Betrieb, mit der Elektrolyse Ranshofen, wo man bisher nichts getan hat als versprochen und die Geschäftsführung und auch die Belegschaft verunsichert hat.

Man kann also von einem Grenzland im Wartezimmer sprechen, und der behandelnde Arzt Dr. Kreisky ist schon im Begriffe, diese Ordination aufzulösen und zu schließen. Es gibt sehr viele Analysen, Untersuchungen über diese Grenzproblematik, über diese Fragen der regionalen Strukturpolitik. Es hat sich die Raumordnungskonferenz damit beschäftigt, es gibt Gutachten des Institutes für Raumplanung, der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat sich damit beschäftigt und so weiter. Man glaubt, die Diagnose allein genügt, die Therapie könnte man sich sparen.

Da beschloß einstens auch einmal der Sonnenkönig der siebziger Jahre Dr. Kreisky, eine Reise nach Schärading zu tun, um vielleicht ein bißchen Umschau zu halten oder dort mit Genossen zusammenzusitzen und zu beraten über die Probleme, die es dort oben gibt, herumzuschauen, vielleicht zu vertrösten — das ist ja dann eingetreten —, wieder einmal zu versprechen.

Man glaubte auch gerade in diesem Zusammenhang — der Herr Bundeskanzler wird sich wohl sehr genau an diesen Tag in Oberösterreich erinnern —, eine Bauerndemonstration beleidigen und provozieren zu können. Sie bekam Ihnen nicht gut, Herr Bundeskanzler, diese Tagung in Schärading. (Beifall bei der ÖVP.) Ich war dabei, Herr Bundeskanzler. (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich habe Sie gesehen!) Dazu stehe ich auch, daß ich dabei

11958

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Kraft

war. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das erste Mal haben Sie sich höflicher benommen!*) Das drückt meine Solidarität mit einem anderen Berufsstand aus, der von Ihrer Regierung geschädigt worden ist. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Treichl: Die Schreibtischbauern waren dabei, die Bauern nicht!* — *Bundeskanzler Dr. Kreisky: Die Bauernbürokraten waren an der Spitze!*) Sie sollten aus dieser Schäringer Tagung Lehren gezogen haben, aber lernen fällt Ihnen sicherlich nicht allzu leicht.

Es wurde in Schäringer wieder einmal nur versprochen. Es wurde versprochen, es wurde Hilfe zugesagt, Herr Bundeskanzler. Der Herr Handelsminister hat dort konkrete Hilfen zugesagt, auch Sie selber waren dort dabei, und Sie hielten wieder einmal einen Teil der Bevölkerung, schlicht und einfach gesagt, zum Narren.

Herr Bundeskanzler! Ich gestehe Ihnen zu: Sie konnten alle Leute einige Zeit und Sie können sicherlich einige Leute auch allezeit, aber Sie können nicht alle Leute allezeit zum Narren halten (*Bundeskanzler Doktor Kreisky: Das hat schon wer anderer gesagt!*), wie Sie es auch hier bei dieser Grenzlandpolitik und bei dieser Strukturpolitik bisher getan haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundesminister Dr. Prader hat Ihnen heute bereits einmal das Argument und Ihre Ausrede vorgehalten: „Na ja, bei der ÖVP war es ja auch nicht besser!“ (*Abg. Treichl: Schlechter!*) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Argument „früher war es auch nicht besser“ ist doch ein Schlag auf Ihren eigenen Schädel. Damit geben Sie doch indirekt und direkt zu, Sie können es nicht besser, Sie können auch nur mit Wasser kochen. Sie geben damit eine glatte Kapitulation Ihrer Regierungspolitik zu.

Es gab eine Zeit, da sprachen Sie so gerne und fast nur von der Zukunft. Heute redet man nur von der Vergangenheit, was alles schlecht bei der ÖVP war, man blickt nur zurück. Diese moderne Partei ist anscheinend sehr rasch unmodern geworden, ein bißchen schnell gealtert, würde ich sagen. Wo sind denn die vielen himmelblauen und rosaroten Versprechungen geblieben, die einmal auf den Plakatwänden gemacht wurden? Für jedes Ressort hat es Programme gegeben, da wurde frischfröhlich drauflos versprochen. Aber es ist wohl eine Tatsache und offenbar überall so, daß in allen sozialistischen Ländern das Glück zuerst auf den Plakatwänden und in zweiter Linie erst auf den Gesichtern der Menschen zu sehen ist.

Einige der sozialistischen Redner haben heute gemeint, die österreichische Bevölkerung müsse und solle selbst beurteilen. Sie solle diese bisher gemachte Politik einer sozialistischen Partei beurteilen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde schon geurteilt, und zwar ganz gewaltig bei den letzten Wahlgängen. Darf ich nur einiges ganz kurz in Erinnerung rufen. Es haben auch, sollte man das in der Hektik vergessen haben, Arbeiterkammerwahlen stattgefunden. (*Abg. Treichl: Darüber werden wir noch reden!*)

Damit komme ich noch einmal zurück zum Grenzland, Herr Bundeskanzler. Grenzgebiete wie in Vorarlberg (*Abg. Dr. Gruber: Das schmerzt einen Vorarlberger besonders!*), aber auch in Oberösterreich, dort haben Sie doch auch eine eindeutige Antwort auf Ihre Grenzlandpolitik und regionale Strukturpolitik erhalten.

Wenn ich mir die Bezirksergebnisse etwas näher anschau: Bezirk Rohrbach: absolute ÖAAB-Mehrheit, Bezirk Urfahr: absolute ÖAAB-Mehrheit, Bezirk Schäringer: absolute ÖAAB-Mehrheit, Bezirk Ried: relative ÖAAB-Mehrheit, Bezirk Braunau: große Stimmengewinne für ÖAAB! Das ist doch die Realität und die Tatsache. Haben Sie denn damit nicht auch eine Antwort und einen Denkkzettel für Ihre Politik in diesen Gebieten bekommen?

Weil ich gerade bei Ranshofen und beim Bezirk Braunau war, auch dazu einige Sätze. Herr Bundeskanzler, was Sie im Zusammenhang mit Ranshofen bisher aufgeführt haben, grenzt an absolute österreichische Slalom-Spitzenklasse. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe hier einen Bericht direkt aus dem Werk Ranshofen vor mir liegen, eine Aussage, die ich kurz zitieren möchte. Hier heißt es — Kollege Hellwagner wird sicherlich zuhören, er kennt die Dinge ja viel besser; es gibt einige Aussagen von ihm —:

„Die Nichterrichtung einer Elektrolyse in Österreich hätte zur Folge, daß das benötigte Rohmaterial zugekauft werden muß, wobei auf lange Sicht nicht zu erwarten ist, daß wir dieses Metall von den Lieferanten zu einem Preis bekommen, der uns in die Lage versetzt, eben diesen Lieferanten in den nächsten Verarbeitungsstufen Konkurrenz zu machen, denn es zeigt sich immer mehr, daß die Hüttenmetallerzeuger sich weitere Produktionsstufen angliedern. Der Schluß daraus ist, daß die Nichterrichtung einer neuen Elektrolyse in Ranshofen in letzter Konsequenz das Ende einer Aluminiumindustrie in Österreich sein würde.“

Das ist direkt ein Bericht aus dem Werk Ranshofen, Herr Bundeskanzler, und nun zu einigen Stationen dieses Slalomlaufes.

Kraft

Ich darf kurz im Telegrammstil sagen: 16. Februar 1971: Dr. Kreisky stellt eine Kommission zusammen, die innerhalb von 14 Tagen einen Bericht an die Bundesregierung ausarbeiten hat im Hinblick auf die Strompreisfrage in der Elektrolyse. 5. März 1971: Verkehrsminister Fröhbauer: Ministerkomitee hat bezüglich Stromlieferung eine gemeinsame Basis gefunden. 6. März 1971: Nationalrat Hellwagner, der Zentralbetriebsrat, ist sehr glücklich. — Kollege, sind Sie es heute auch noch? (*Ruf bei der SPO: Unbedingt!*) „Ich hoffe, daß es endlich zu einer wirtschaftlich tragbaren Strompreisregelung gekommen ist.“ — Also schon erledigt, 1971.

23. März 1971: Minister Fröhbauer: Volle Einigung mit Ranshofen in der Strompreisfrage. 1. April 1971: Im „Express“ damals zu lesen: „Ringeln um vernünftigen Strompreis wurde einer Lösung zugeführt.“ — Wurde zugeführt!

17. April 1971, nun kommt es anders: „Generaldirektor Dr. Geist äußert ernste Bedenken gegen einen Neubau der Elektrolyse in Ranshofen.“

Oder weiter: 23. April 1971: „Generaldirektor Dr. Geist: „Elektrolyse ist notwendig und sinnvoll.““ Wieder ein bißchen anders.

23. April 1971: „Arbeiter-Zeitung“, einen Tag vor der Bundespräsidentenwahl: „Ranshofener Elektrolyse ist sicher.“

16. Oktober 1971: „Die Presse“: „Alupläne nun wieder geändert, Elektrolyse für Ranshofen wieder zurückgestellt.“ „Generaldirektor Dr. Geist: „Wir sind mit Ranshofen einer Meinung, daß dieses Projekt nicht mehr die Nummer 1 in unseren Plänen darstellt.““

21. Oktober 1972: „Tagblatt.“ Nun, das „Tagblatt“ ist ja bekannt. Sie schreiben immer, was sie wollen. Sie haben einige Male schon großen Mut bewiesen, gerade in der letzten Zeit. (*Ruf bei der ÖVP: Sicherlich, was sie wollen!*) Es ist keine Zeit dazu, sonst hätte ich gerne eine kurze Diskussion über den „Tagblatt“-Bericht mit Ihnen geführt, in Sachen Baumgartner und oberösterreichischer SPO, aber dazu ist sicherlich jetzt keine Zeit. Ich zitiere das „Tagblatt“: „Die neue Elektrolyseanlage in Ranshofen hält Dr. Geist derzeit nicht für notwendig.“

5. Oktober 1972: „Salzburger Nachrichten“: „Neuerliches Nein zur Elektrolyse.“

22. Oktober 1972: „Kronen-Zeitung“: „Wenig Hoffnung für das Werk Ranshofen.“

8. November 1972: „Elektrolyse zweckmäßig.“ — Dr. Kreisky im Kurier.

20. November 1972: „Umstrittene Zusage für Aluminium-Werk.“ — „Kleine Zeitung“.

1. April — wohl ein Aprilscherz — 1973. — Kreisky in Schärding: „Elektrolyse wird gebaut.“ Herr Bundeskanzler, Sie erinnern sich sicherlich noch daran.

Oder „Salzburger Nachrichten“ vom 2. April 1973: „Die Errichtung attraktiver Betriebe im Grenzraum sei eine der Möglichkeiten, die Abwanderung zu verringern. Er bezeichnete in diesem Zusammenhang den Bau der Elektrolyse im Aluminiumwerk Ranshofen als unabdingbar.“

Derjenige, der das gesagt hat, ist heute nicht mehr aktuell, es war der ehemalige Landeshauptmannstellvertreter Fridl. Auf den brauchen Sie nicht mehr allzu viel Wert zu legen.

Oder 30. Oktober 1974: Eröffnung des Walzwerkes in Ranshofen. Generaldirektor Wimberger und Zentralbetriebsratsobmann Hellwagner: Dringende Notwendigkeit des Baues der Elektrolyse. Dr. Kreisky in seiner Ansprache: Der Bund wird alles tun, um Ranshofen in diesen Bestrebungen zu unterstützen.

Und eine weitere Station: Im Finanz- und Budgetausschuß sagten Sie mir, Herr Bundeskanzler, auf meine Frage, betreffend Ihre oftmaligen Zusagen in Richtung Elektrolyse: Die Betriebsleitung müßte zur Elektrolyse gezwungen werden. — Herr Bundeskanzler! Bei der Eröffnung des Walzwerkes hat der Generaldirektor die Notwendigkeit der Elektrolyse herausgestrichen. Sie sagten mir einige Tage später: Die Betriebsleitung müßte gezwungen werden. Eine kurze Absprache mit dem Herrn Generaldirektor Wimberger wäre vielleicht vonnöten.

Sie sagten mir weiters in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses: Die Verantwortung, ob das Projekt wirtschaftlich vertretbar ist oder nicht, müssen die Organe, nicht die Regierung übernehmen.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, ein bißchen zuständig wären Sie auch noch. Ansonsten hätten Sie nicht fünf Jahre lang — fünf Jahre lang! — einmal so, einmal so Ihre Aussagen in der Öffentlichkeit gemacht. Das Kernstück der Aussage war am Schluß dann doch: Ohne billigen Atomstrom wird die Elektrolyse ja überhaupt nicht möglich sein.

Jetzt haben wir einen neuen Aufhänger: Ohne Kernkraftwerk St. Pantaleon — das verstehe ich — wird die Elektrolyse nicht zu bauen sein. Die Ranshofener Betriebsleitung und die Belegschaften in Ranshofen werden diese Ihre Äußerungen sicherlich mit großer Bestürzung entgegennehmen. Herr Bundeskanzler! In Sachen Elektrolyse haben Sie wahrlich einen echten Eiertanz aufgeführt.

11960

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Kraft

Hohes Haus! Es wäre nun eine logische Konsequenz, auf die Einhaltung dieser Versprechen zu pochen, die hier in jahrelangem Zickzackkurs gemacht wurden; gar nichts Neues zu verlangen, sondern nur die Einhaltung der von Ihnen, Herr Bundeskanzler, und von Ihren Regierungsmitgliedern gemachten Versprechungen, nur diese Versprechungen endlich einmal einzulösen. Man bräuchte gar nichts Neues zu verlangen, aber in einem hohen Ausmaß von Verantwortungsbewußtsein tut man sich ja auch dabei sehr schwer, Sie an die Einlösung Ihrer Verantwortung zu erinnern. Von einem Abgewirtschafteten kann man eben nichts verlangen; um es bildlich und ein bißchen heiter auszudrücken: einen Glatzköpfigen kann man nicht frisieren.

Herr Bundeskanzler! Die Schlußbilanz dieser Regierung Kreisky ist auch zu einer Konkursbilanz geworden. Sie werden verstehen, daß wir einer solchen Bilanz nicht unser Plazet werden geben können.

Sozialistische Politik in Österreich war vielleicht gestern „in“, heute jedenfalls ist sie schädlich, und die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung hofft mit uns, daß sie morgen „out“ sein wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Nittel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Nittel (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Kraft meinte, die Stimmung im Hause ein bißchen zu heben, indem er sich mit wenig freundlichen Worten an Herrn Staatssekretär Veselsky gerieben hat. Ich möchte in Abwandlung seines Wortes sagen, ich würde ihn nicht als ein Produkt eines Irrtums bezeichnen, sondern ich würde viel eher sagen, er ist das sehr konsequente Produkt des bösen Geistes der Österreichischen Volkspartei, die es mit Demagogie und unsachlicher Kritik an allem Positiven genau dort hingebracht hat, wo sie eben heute ist. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kraft: Fragen Sie einmal den Herrn Bundeskanzler!)*

Dazu wird die Antwort von berufenem Munde noch kommen.

Meine Damen und Herren! Der junge Wissenschaftler Norbert Hölzl hat es vor kurzer Zeit in dankenswerter Weise übernommen, die Geschichte der österreichischen Wahlkämpfe in der Broschüre „Propagandaschlachten“ darzulegen. Er kommt am Schluß seiner Analysen und Betrachtungen zu folgender Überlegung. Er meint dort: Die oft geäußerte Befürchtung, daß in einer Demokratie der größere Demagoge und geschicktere Propagandist den Sieg davontrage, daß nicht Programme,

sondern Werbemethoden entscheiden, ist nicht ganz unbegründet und kann durch Beispiele aus der Geschichte erhärtet werden.

Meine Damen und Herren! Wahrscheinlich bedarf es gar nicht dieser Untersuchung, weil unsere Erinnerung ja so weit zurückreicht, um zu erkennen, daß die Österreichische Volkspartei niemals mit sachlichen Programmen in Wahlkämpfen bestanden hat, sondern immer nur dann erfolgreich war, wenn sie in Österreich Angst und Unsicherheit hervorrufen konnte.

Meine Damen und Herren! Wenn wir durch die jüngste Geschichte Ihrer Wahlkämpfe gehen, so sehen wir 1949 die Erfindung der „roten Katze“, die Behauptung, daß über den Weg der Sozialdemokratie der Kommunismus in Österreich Einzug nehmen würde. Mag sein, daß es eine glückliche Erfindung eines ÖVP-Propagandisten gewesen ist. Sicher ist aber, daß der Erfolg dieser „roten Katze“ von 1949 die ÖVP-Propagandisten in zukünftigen Wahlkämpfen verführt hat. Er hat sie zu der Methode verführt, ganz egal, was wahr ist, zu behaupten, daß die Sozialisten in der einen oder anderen Form die Wegbereiter des Kommunismus und der Unfreiheit seien. Sie waren 1956 erfolgreich, als Sie gegen unsere Bemühungen zur Sicherung des Öls gekämpft haben, als Sie das Gespenst der drohenden Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft propagiert haben, und Sie waren 1966 erfolgreich, als Sie die Lüge von der Volksfront im Wahlkampf verbreitet haben. Das ist Geschichte.

Natürlich gefällt es Ihnen nicht, wenn wir Ihnen das heute vorhalten, das ist Geschichte, es ist belegt, und es ist gut, daß sich auch die Politikwissenschaft dieser Wahlkampfmethoden angenommen und sie beschrieben hat.

Die ÖVP-Propagandisten haben das natürlich begriffen, und sie haben es in den Wahlkämpfen konsequent angewendet. Sie haben begriffen, daß die ÖVP eben nicht mit positiver Propaganda, nicht mit positiver Werbung, sondern nur mit der Darstellung grau in grau, mit Angst und Schrecken, Erfolg haben kann. *(Abg. Kraft: Wollen Sie damit sagen, die Wähler können das nicht unterscheiden?)* Ich erinnere an den Satz, daß es gelungen ist, durch Propaganda und Demagogie Erfolg zu haben.

Diese Taktik muß man bloßlegen, um zu begreifen, was die Österreichische Volkspartei in diesen Tagen hier im Parlament aufführt: Es muß Angst erzeugt werden, es muß Unsicherheit um sich greifen, es muß das Gespenst der Krise beschworen werden, denn nur in dieser Atmosphäre hofft die Österrei-

Nittel

sche Volkspartei bei einer künftigen Wahlaus-einandersetzung Erfolg zu haben. Zumindest wußte sie bis dahin keinen anderen Weg.

Und wenn Koren und Schleinzer und die übrigen Redner der Österreichischen Volkspartei hier schwarzmalen, dann nicht, weil sie es nicht besser wüßten, weil sie nicht die Erfolge, die in den letzten vier Jahren erzielt wurden, klar und deutlich erkennen — sie kennen sie natürlich haargenau —, sie müssen deshalb so sprechen, weil es in das Propagandakonzert der Österreichischen Volkspartei paßt. Deshalb muß die Wirtschaft vor dem Zusammenbruch stehen, deshalb muß vom Konkurs der Politik gesprochen werden und deshalb wird von einem Budgetschunzel hier im Parlament gesprochen. Man könnte sagen, fast ein Scherz darauf: Wenn sich die österreichische Wirtschaft trotzdem anders entwickelt, als es die Prognosen der ÖVP vorher-sagen, so umso schlechter für die Wirtschaft. Diese Taktik muß man erkennen und diese Taktik muß man bloßlegen, um zu begreifen, was mit diesen Debattenbeiträgen beabsichtigt wird.

Die Österreichische Volkspartei, das ist meine feste Überzeugung, will gar nicht mit uns in eine Konkurrenz über die Reformpläne und über positive Maßnahmen für Österreich eintreten. Sie will die Menschen verunsichern, und wenn es Österreich schadet, was küm-mert's die ÖVP! Daß die ÖVP Österreich aus dem Blick verloren hat, haben wir aus man-chen Beispielen deutlich zu erkennen gehabt.

Die ÖVP muß es sich daher in einer solchen Debatte gefallen lassen, daß ihre jetzige unsachliche Kritik an den Leistungen der Bundes-regierung mit ihren Aktionen zwischen 1966 und 1970 verglichen wird. Jetzt ist die Öster-reichische Volkspartei sozial, ist um die Armen besorgt, um die Kranken bemüht, ja sie warnt sogar vor Arbeitslosigkeit. Aber zwischen 1966 und 1970 hatte sie diese Sorgen alle nicht. Was hat sie denn verwirklicht zwischen 1966 und 1970? Einige Redner haben sich des ÖRF-Gesetzes gerühmt. Ja, sicher. Vom Standpunkt der ÖVP war das ein sehr erfolgreiches Ge-setz, ja es war so erfolgreich, daß Sie durch Ihre Entscheidung damals bewirkt haben, daß die Mehrheit der ÖVP im ÖRF bis zum Jahr 1974 gesichert war, vier Jahre nach dem Sieg der Sozialisten bei den Nationalratswahlen. Sie hatten sich quasi ein Meinungsmonopol dort geschaffen.

Was haben Sie noch gemacht? — Herr Abgeordneter Gruber, Sie haben ja maßgeblich daran mitgewirkt! — Sie haben eine wesent-liche Verschlechterung des Mietrechtes in Ihrer Zeit herbeigeführt. Sie haben die freie Miet-

zinsvereinbarung eingeführt, natürlich, das haben Sie 1968 eingeführt (*Abg. Dr. Gruber: Die haben wir jetzt noch!*), und Sie haben Millionen den Mietern auf diese Weise beab-sichtigt, ohne den von Ihnen angeblich beab-sichtigten Zweck, nämlich den der größeren Verfügbarkeit der Wohnungen zu erreichen und den Ablöseswucher zu beseitigen. — Wir haben heuer, mit Ihrer Stimme, und das beweist, daß Sie sich der Tatsache bewußt sind, daß Sie ein schlechtes Gesetz gemacht hatten, dieses Gesetz jetzt teilweise korrigiert. Auch Sie haben erkannt, daß das von Ihnen im Jahr 1968 beschlossene Gesetz schlecht war.

Natürlich haben Sie auch etwas für Öster-reich gebracht, das muß man objektiverweise sagen. Drei neue Steuern! Lohnsteuer, Alko-holsteuer, Autosteuer. Im Jahre 1969 allein hat das die Österreicher 3650 Millionen Schil-ling gekostet. (*Abg. Dr. Gruber: Und Sie?*) Was haben wir gemacht? — Das kann ich sehr deutlich gleich sagen, und es gewinnt im Zusammenhang damit auch an Bedeutung: Wir haben eine Lohnsteuerreform beschlossen, gegen Ihre Stimme, die ab 1. Jänner 1975 den österreichischen Einkommen- und Lohn-steuerzahlern 11 Milliarden Schilling ersparen wird. Das haben wir gemacht zum Unterschied von Ihnen!

Aber natürlich hat die Österreichische Volkspartei auch historische Entscheidungen getroffen. Ich habe das vorige Woche ausführ-lich dargelegt, ich möchte es heute nur streifen: Im Februar 1967, als Sie in Ihrer Regierung beschlossen haben, Wien zur dritten UNO-Stadt zu machen, zumindest es zu beantragen und die UNO-City hier einzurichten, damals hatten wir die Regierung bei dieser histori-schen richtigen Entscheidung unterstützt; nicht im Parlament, denn ins Parlament hat die ÖVP dieses Problem überhaupt nie gebracht. Aber heute betreibt die ÖVP in dieser Frage Kindesweglegung; man könnte fast sagen, am liebsten würde sie das Problem abtreiben. Heute führt die ÖVP einen Kampf gegen die UNO-City, der über manche Strecken an eine Don-Quichotterie erinnert.

Und wenn der Herr Abgeordnete Kaufmann mit Recht auf das Problem und auf die Not-wendigkeit der Entwicklungshilfe hinweist, so darf ich doch bescheidenweise einwenden: Wenn mit der Errichtung der IAKW das Ver-waltungszentrum der UNIDO, des Instruments der UNO für industrielle Entwicklung hier geschaffen wird, so meine ich, daß dies schon eine wesentliche Voraussetzung für das Funk-tionieren dieser Institution ist. Sonst hätte der Beschluß der ÖVP-Regierung aus dem 67er-Jahr ja gar keinen Sinn. Nehmen Sie einen

11962

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Nittel

der vielen Beträge, die Sie hier in diesem Zusammenhang genannt haben und einen Teil davon für die UNIDO, so meine ich, daß man objektiverweise auch diesen Betrag in diesem Zusammenhang erwähnen müßte, wenn man fair diskutiert, aber dazu ist die ÖVP natürlich nicht bereit.

Die ÖVP hat unsere Justizreform bekämpft, insbesondere die Abschaffung des § 144, die Abschaffung der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs. Das ist ein ernstes Problem. Sicherlich, das ist keine einfache Frage, und niemand von uns hat sich das einfach gemacht, es sind viele ernste und umfangreiche Diskussionen dieser Entscheidung vorangegangen. Aber so einfach haben wir uns das nicht gemacht, wie das heute Ihr Parteiohmann Schleinzner hier gesagt hat, als er gemeint hat, wir brauchen uns den Kopf der Regierung nicht zu zerbrechen. Das braucht er wirklich nicht, darauf können wir leicht verzichten, aber die Österreichische Volkspartei hat in der Zeit, in der sie zu regieren hatte, sich über vieles nicht den Kopf zerbrochen, was sie besser doch tun hätte sollen und was uns — im Gegensatz dazu — zum Nachdenken angeregt hat.

Wir haben uns den Kopf zerbrochen über die menschlichen Tragödien, die der § 144 verschuldet hat; wir haben uns den Kopf darüber zerbrochen, wie wir die soziale Ungerechtigkeit in diesem Zusammenhang beseitigen können und wie wir Vorurteile, denen diese Menschen in der Gesellschaft begegnen, beseitigen können. Wenn die ÖVP und die „Aktion Leben“ sich jetzt Sorgen um die Frauen machen, so kommt ihnen die Einsicht in das Problem reichlich spät und erst als Folge unserer Aktion. Weil die ÖVP im Sachlichen nichts zu sagen hat, redet sie soviel von der Katastrophe, die uns droht, von der Gefahr für das Leben und von den Machtansprüchen der SPÖ.

Die SPÖ hat in vier Jahren ein sehr umfangreiches Reformprogramm verwirklicht. Österreich ist moderner, gerechter, wirtschaftlich gesünder und stärker geworden. Das kann niemand bestreiten. Niemand kann das bestreiten, der bereit ist, einigermaßen sachlich mit uns die Zahlen und die Ergebnisse zu studieren. Aber Sie sind nicht dazu bereit, das habe ich deutlich dargelegt.

Es ist natürlich das Recht der Opposition zu kritisieren. Ja es ist auch ihr Recht, alles schlecht zu machen. Ob es auch das Recht einer großen Oppositionspartei ist, die Wirtschaft durch düstere Prognosen und falsche Prophezeiungen und falsche Zahlen unsicher zu machen und zu gefährden, das ist eine Frage, die Sie in Ihrem eigenen Klub entscheiden müssen, weil es Ihre Glaubwürdigkeit,

in Österreich mitzuarbeiten und mitzuwirken, ja wesentlich beeinflusst. Aber es ist unser Recht — und das möchte ich hier betonen —, der Bevölkerung die Wahrheit über Ihre Absichten zu sagen und Ihre Absichten bloßzulegen, nämlich Angst zu machen, um über die Angst zum politischen Erfolg zu kommen, wie das auch bisher in der Geschichte Österreichs nicht anders für Sie möglich war, und es ist unser Recht, unsere Leistungen darzustellen, was wir ausführlich tun wollen.

Das Budget 1975 ist eine konsequente Fortsetzung unserer Politik für Österreich, die wir mit ganzer Kraft weiterführen wollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Eduard Moser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Eduard Moser** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Nittel hat gemeint, die Behauptung, die Regierung eile mit Riesenschritten einem Konkurs entgegen, sei eine Taktik der Opposition. Leider ist das keine Taktik, es ist vielmehr ein Faktum, meine Damen und Herren!

Man ist geradezu erstaunt, welche Motivierungen man für die Milliarden findet, die man in ein Projekt hineinstecken muß, das einfach alle Dimensionen, alle Kontrollen gesprengt hat.

Der Herr Bundeskanzler sprach von einer willkommenen Baureserve, ohne anzumerken, daß dadurch Mittel für den Wohnungsbau und Straßenbau fehlen; daher kann von einer Baureserve keine Rede sein!

Herr Abgeordneter Nittel hat eine neue Idee: er spricht von einer Art Entwicklungshilfe. Damit soll wohl das schlechte Gewissen der Regierung beruhigt werden, das sie auf diesem Gebiet hat.

Aber, Herr Bundeskanzler, vielleicht ist gerade dieses Kapitel besonders dazu geeignet, Sie an Versprechungen zu erinnern, die Sie hier im Haus gegeben haben, aber nicht einhalten.

Ich zitiere aus dem parlamentarischen Protokoll über die Sitzung vom 21. Mai 1974, in der der Herr Bundeskanzler in seiner Wirtschaftsrede erklärte:

„Die Bundesregierung wird nicht verfehlen, im Zusammenhang mit dem Konzept für die nächste Phase in der Stabilitätspolitik eine Reihe besonderer Sparmaßnahmen ins Auge zu fassen. Zum Beispiel soll im Hinblick auf die UNO-City vorerst nur jener Teil der Verwirklichung zugeführt werden, der auf Grund

Dr. Eduard Moser

von völkerrechtlich verbindlichen Zusagen der Regierung Klaus aus dem Jahre 1967 unvermeidlich ist.“

Wie sieht dieses Sparkonzept aus? Der Bundesbeitrag wird von 250 auf 350 Millionen Schilling erhöht, ohne daß eine gesetzliche Verpflichtung dazu bestünde.

Fragen wir uns nun: Was ist unvermeidlich infolge der Zusage der Regierung Klaus? Ist es das Raum- und Funktionsprogramm aus dem Jahre 1968 beim internationalen Wettbewerb, oder ist es der gemeinsame Bericht, unterschrieben von den Vertretern Österreichs und denen der internationalen Organisation am 15. 12. 1970, in dem das Staber-Projekt akzeptiert wurde und genaue Zahlen festgelegt sind? Später kann es ja nicht gewesen sein, weil nach 1970 die OVP-Regierung hier wohl nichts mehr zu melden gehabt hat.

Für wie viele Leute bauen wir eigentlich? Ich werde nicht müde, das immer wieder zu betonen. Die Atomenergiekommission hatte im Jahre 1973 nach ihrem Bericht 1129 Angestellte. In diesem Bericht steht, sie denke gar nicht daran, das Personal auszuweiten, weil schon 70 Prozent aller Spesen auf das Personal aufgehen.

Wir bauen, meine Damen und Herren, für 2325, für doppelt so viel. Wir wissen auch folgendes: Der ehemalige Bundesminister Doktor Kirchschräger schrieb am 25. September 1972 an Herrn Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim in New York — ich zitiere wörtlich —:

„Mit Fertigstellung des Bauprojektes, welches fast die doppelte Größe des ursprünglichen Angebotes aufweisen wird, wird die Österreichische Bundesregierung ihre diesbezüglichen Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen als erfüllt und beendet betrachten.“

Meine Damen und Herren! Die „doppelte Größe“ des Angebotes der Regierung Klaus! Hier steht es schwarz auf weiß. Man sollte halt endlich auch einmal in Fernsehdiskussionen, Herr Bundeskanzler, nicht etwas anderes behaupten.

Herr Bundeskanzler! Ihre damalige Erklärung hier im Parlament ist am Abend bereits dementiert worden, nicht von Ihnen, sondern vom Herrn Bürgermeister Gratz, der sagte, ihm sei von Einsparungen nichts bekannt.

Herr Dr. Waiz, Vorsitzender des Aufsichtsrates, sprach von einem Mißverständnis des Herrn Bundeskanzlers, und der Vorstand der IAKW meinte brutal, das sei gar nicht möglich, gehe auch den Herrn Bundeskanzler nichts an.

Meine Damen und Herren! Man muß sich einmal vor Augen führen, welches Wort die

Leute um den Herrn Bundeskanzler heute führen.

Der Herr Bundeskanzler sagte in einer Art Selbsterkenntnis am 23. Jänner 1973 — ich zitiere wörtlich —:

„Aber bezüglich des Auftrages, der der IAKW gegeben wurde, nämlich diese Baulichkeiten — die UNO-City — „herzustellen“, habe ich überhaupt keine wie immer geartete Kompetenz und auch keine Koordinationsaufgabe. Das liegt eindeutig in der Kompetenz des Bautenministeriums und des Finanzministeriums. Ich habe damit nichts zu tun.“

Herr Bundeskanzler! Deutlicher kann man die mangelnde Kompetenz, glaube ich, nicht zum Ausdruck bringen.

Sie erklären noch einmal, unterstreichend:

„Nie hat sich das Bundeskanzleramt mit Bauten befaßt, nicht einmal mit denen, die im eigenen Haus durchgeführt werden. Wenn bei uns Umbauten sind, kann das Bundeskanzleramt Wünsche anbringen, aber die Kompetenz liegt beim Bautenminister und beim Finanzminister, der das Geld hergeben muß. Ich habe keine Kompetenz.“

Da muß ich, Herr Bundeskanzler, sagen: Wenn Sie nur endlich die Finger von diesem Projekt lassen! Geben Sie doch denen das Projekt in die Hand, die davon etwas verstehen, die eine Kompetenz haben! Durch die ständigen Eingriffe des Herrn Bundeskanzlers, seine Improvisationen, seine überflüssigen heuseltigen Zusagen, durch den ganzen Kompetenzwirrwarr in diesem Treibhausklima hat sich ja jene Kostenexplosion entwickelt, unter der wir alle heute leiden.

Die österreichischen Interessen, die Mitsprache des Parlaments, die Rücksicht auf den Steuerzahler, all das wurde brutal beiseite geschoben.

Ich glaube, wenn man eine Forderung aufstellen soll, um das Projekt wieder in eine vernünftige Form zu bringen, muß man sagen: Klare Kompetenzen für den Bauherrn! Wer ist kompetent, Herr Bundeskanzler? Für die Ausführung des Baues doch der Herr Bautenminister! Der Bund hat mit der Stadt Wien am 3. Mai 1971 einen Syndikatsvertrag geschlossen. Darin steht, daß das Gebäude als Bundesgebäude erbaut wird, und es heißt dort:

Im Vertrag ist die IAKW „zu verpflichten: ... in taxativ aufgezählten Fällen Weisungen des Bundesministeriums für Bauten und Technik zu befolgen und dementsprechende Auskünfte zu erteilen“.

11964

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Eduard Moser

Als die Finanzprokuratur in Sorge über die Kostenentwicklung den Herrn Bautenminister an diese Vertragsbestimmung erinnert hat, hat er etwa gesagt: Der Herr Bundeskanzler hat anders entschieden. Ich übernehme jene Kompetenzen, die der Herr Bundeskanzler festgelegt hat — das sind gar keine. Ich habe mit dem Bau eigentlich nichts zu tun.

Das erscheint unverständlich, wenn man die Erläuterungen zum IAKW-Finanzierungsgesetz liest. Was steht dort? „Der Grund für die genaue Überwachung der Aktiengesellschaft“ — der IAKW — „durch die beiden zuständigen Ressorts“ — Bauten und Finanzen —, ist darin zu suchen, daß es sich beim Amtssitz internationaler Organisationen und beim Konferenzzentrum um Bundesgebäude handelt. Außerdem müsse die Finanzierung im wesentlichen durch die Haftungsübernahmen und die Kostenersätze des Bundes gesichert werden.

Die Erläuterungen sprechen von „genauer Überwachung“. Was sagte der Herr Finanzminister? Er erklärte:

Ich habe mich seit Gründung der IAKW „um Einzelheiten der Gesellschaft nicht gekümmert“. Ich wurde gar nicht gefragt, mit wem der Koordinatorvertrag abgeschlossen wurde. Ich habe nicht mitgesprochen.

Es wurden Aufträge von Hunderten von Millionen vergeben, ohne daß der Finanzminister überhaupt davon etwas gewußt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das nicht eine arge Vernachlässigung der Aufsichtspflichten ist, dann weiß ich wirklich nicht, welche Pflichten ein Minister hat.

Herr Bundeskanzler! Am 16. Jänner 1973 schließt der Bund mit der IAKW einen Vertrag ab, unterschrieben vom Bautenminister Moser und Finanzminister Androsch, seitens der IAKW von Puschmann und Wachner vom Vorstand. In diesem Vertrag, der heute noch in Gültigkeit ist, in dem kein Satz abgeändert ist, verpflichtet sich die IAKW, zu den hier im Parlament festgelegten finanziellen Bedingungen zu bauen, und zwar Amtssitz und Konferenzzentrum 1. Stufe. Diese Verpflichtung ist heute noch in Kraft.

Jetzt frage ich mich: Welche Autorität hat ein Finanzminister, der am 16. Jänner 1973 einen solchen Vertrag unterschreibt und sich am 17. Jänner 1973 — einen Tag später, meine sehr geehrten Damen und Herren — ein Schreiben zustellen läßt, worin die IAKW mitteilt: Den gestern unterschriebenen Vertrag können wir nicht einhalten, weil viel zu wenig Geld vorhanden ist. Der Bund und Wien muß mehr bezahlen.

Dann hat es wieder zwei Jahre gedauert, bis der Herr Finanzminister ein neues Finanzierungsgesetz dem Hohen Haus vorlegt.

Obwohl ein Vertrag besteht: Der Rohbau wird in wesentlich größerem Ausmaß in Auftrag gegeben. Es werden Aufträge erteilt, die niemals im Einklang mit dem Finanzierungsgesetz stehen. Man setzt sich einfach über parlamentarische Gesetze hinweg.

Wie sieht das jetzt in der Finanzierung aus? Ich möchte noch einmal kurz gefaßt sagen: 1970, vor dem Ministerkomitee, preist der Herr Bundeskanzler das Staber-Projekt mit 1,75 Milliarden als wesentlich billiger an als das Projekt des ersten Preisträgers, das eine Milliarde mehr kostete. Er sagt hier im Parlament bei der ersten dringlichen Anfrage im Februar 1971: „Sie können von mir nicht verlangen, daß ich so viel Steuergelder verschwende. Ich muß also hier das billigere Projekt nehmen.“

Der Rechnungshof stellt nun fest — leider post festum —, daß der Bundeskanzler einem Rechenfehler zum Opfer gefallen ist: Er hat das teuerste der vier Projekte gewählt.

Im Jahre 1971 schließt man die Verträge ab mit dem Koordinator, mit dem Architekten, auf der Baukostenbasis 2,2 Milliarden, und fügt bei allen Verträgen hinzu, daß die Honorare prozentuell mit der Baukostensumme steigen, wie das sonst üblich ist. Nur sind diese Hunderte-Millionen-Honorare jetzt bereits um das Drei- bis Vierfache gestiegen. Ich muß es immer wieder anprangern. Es ist unmoralisch. Es ist vor allem deshalb unverständlich, weil man hier im Hause immer wieder sagt, für die Zuschußrentner und für die Ärmsten hat man einfach keine Mittel. Dafür sind sie da.

Im Jahre 1972 legt der Herr Finanzminister das Finanzierungsgesetz vor: 3,5 Milliarden Schilling Baukosten, 3 Milliarden Schilling Finanzierungskosten, 6,5 Milliarden Schilling. Er fügt hinzu: Hiemit sind alle voraussichtlichen Steigerungen bis zum Jahre 1978 einbezogen. So steht es auch in den Erläuterungen.

Ein Jahr später, im Jahre 1973, überrascht der Herr Finanzminister den Herrn Bundesparteibeamten und die Öffentlichkeit in einem Schreiben, daß er die Kosten bereits auf 10 Milliarden Schilling schätzt.

Und heuer, meine Damen und Herren, legt er uns ein Finanzierungsgesetz vor — das ist noch gar nicht beraten worden — mit 12,8 Milliarden Schilling, und da hat er sogar das Konferenzzentrum ausgeklammert. Also ein kleineres Projekt und 12,8 Milliarden Schilling!

Dr. Eduard Moser

Der Finanzreferent der IAKW, Dr. Puschmann, sagt in einer offiziellen Aussendung: „Wahrscheinlich sind 14,5 Milliarden Schilling zu erwarten, und wenn die Eigenfinanzierung nicht besser wird, 17,2 Milliarden Schilling.“

Meine Damen und Herren! In vier Jahren hat sich das Staber-Projekt im Preis verachtacht. Das ist progressiv, aber bei der Steigerung der Kosten!

Ich verstehe, warum im Begutachtungsverfahren alle diese Finanzierung ablehnen. Alle lehnen sie ab. Erstens einmal wird beanstandet, daß nur wenige Tage Zeit war, zum Finanzierungsgesetz Stellung zu nehmen. Zum zweiten schreibt der Arbeiterkammertag: Zusätzliche Belastungen, optimistische Beurteilung, so nicht finanzierbar. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft: Muß neu überdacht werden, kann so nicht finanziert werden. Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern ist empört, daß man die Zuschußrenten von 179 Millionen Schilling nicht bedecken kann und hier Milliarden übrig hat. Die Industriellenvereinigung weist auf die Belastungen des Kredit- und Kapitalmarktes hin, und schließlich stellt die Nationalbank fest: Die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes ist erschöpft, das Projekt ist so nicht finanzierbar.

Meine Damen und Herren! Wenn wir das alles zusammenfassen, kommen wir zu dem traurigen Schluß: Wir bauen nicht nur doppelt so groß, sondern wir können es auch nicht mehr finanzieren. Wenn das nicht ein Fiasko ist, der Beginn eines Konkurses dieser Gesellschaft, meine Damen und Herren, dann weiß ich nicht, wie man das bezeichnen soll.

Noch ein Wort zum Konferenzzentrum. Morgen, in der außenpolitischen Debatte, wird man dazu etwas mehr sagen. Aber in aller Welt herumzufahren und groß zu verkünden: Wien muß Konferenzstadt werden, wir werden die größten Konferenzen in Wien abhalten!, und zugleich aus dem Finanzierungskonzept das Konferenzzentrum herauszunehmen, ist ein besonderes Kunststück. Das gelingt nur einem Bundeskanzler Kreisky.

Die Regierung Kreisky hat sich auf diesem Gebiet unfähig erwiesen, das große Vorhaben und die gute Planung der Regierung Klaus für ein wachsendes Ansehen Österreichs und für die Geltung Wiens als Konferenzstadt fortzuführen und in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie ist kläglich gescheitert.

Wir können heute nur an diese Regierung appellieren, nicht noch im Endspurt, sozusagen in einer Torschlußpanik, neue Verpflichtungen und neue finanzielle Lasten zu über-

nehmen, sondern endlich zu den Grundsätzen der Mäßigung und Sparsamkeit zurückzukehren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hellwagner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Hellwagner** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hätte mich heute bei diesem Kapitel nicht zu Wort gemeldet, wenn nicht der ÖVP-Abgeordnete Kraft hier zum Werk Ranshofen und zum Neubau einer Elektrolyse im Werk Ranshofen in einer äußerst demagogischen Art und Weise Stellung bezogen hätte.

Die ÖVP tut heute überhaupt so, als wäre sie der Anwalt der verstaatlichten Industrie. Ich verstehe wohl, daß der Kollege Kraft das vielleicht so meint. Er war früher nicht in dem Haus und hat die anderen ÖVP-Abgeordneten nicht gehört, wie sie zur verstaatlichten Industrie Stellung bezogen haben.

Ich darf etwas in Erinnerung bringen, Kollege Kraft, vielleicht ist das für dich neu, aber ich möchte es trotzdem hier tun. Zum Beispiel hat hier im Hohen Haus der damalige Vizekanzler Minister Bock zur verstaatlichten Industrie Stellung bezogen. *(Abg. Dr. Gruber: Wann war das?)* Das war am 19. Mai 1961. *(Abg. Dr. Gruber: Da waren Sie auch noch nicht da!)* Aber ich war schon Funktionär in der verstaatlichten Industrie, lieber Kollege Gruber, und habe mich mit diesem Problem ernstlich befaßt. Vielleicht haben Sie sich damals noch nicht so sehr mit der verstaatlichten Industrie befaßt. Aber wir als Betriebsräte, als Belegschaftsmitglieder haben das sehr wohl getan. *(Abg. Glaser: War das damals, wie ihr in Ranshofen so schlecht abgeschnitten habt?)*

Lieber Kollege Glaser, Sie haben die Arbeiterkammerwahlen, die erst kürzlich abgehalten worden sind, wahrscheinlich verschlafen. Wenn Sie dieses Ergebnis vom Werk Ranshofen studiert hätten, dann würden Sie nicht so etwas daherreden! *(Beifall bei der SPO. — Abg. Glaser: Herr Kollege! Sie können mir viel vorwerfen, aber daß ich die Arbeiterkammerwahlen verschlafen habe, bestimmt nicht! — Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist die erste archäologische Budgetdebatte, die in diesem Haus durchgeführt wird!)* Aber wenn der Kollege Kraft so tut, als wenn die ÖVP immer positiv zur verstaatlichten Industrie gestanden wäre, dann muß man das in Erinnerung bringen.

Aber nicht nur 1961, sondern auch noch später wurden Ihrerseits von hier aus negative Debatten über die verstaatlichte In-

11966

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Hellwagner

dustrie geführt. Ich habe hier auch die Aussagen vom damaligen Vizekanzler Withalm über die verstaatlichte Industrie (*Abg. Graf: Die waren sehr positiv, da können Sie sich freuen!*), wo er das Angebot macht, man könnte Teile der verstaatlichten Industrie verkaufen.

Das ist noch nicht so lange Zeit her, das war erst 1969, Herr Vizekanzler außer Dienst Dr. Withalm! (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gruber: Wie ist es denn mit Ihrer eigenen Aussage?*)

Aber es sei mir gestattet, trotzdem auf diese damalige Aussage zurückzukommen. (*Abg. Glaser: Wie war das mit der Arbeiterkammerwahl in Ihrem Bezirk? Da haben Sie die absolute Mehrheit verloren!*) Der damalige Minister Bock meinte, etwas müsse also geschehen. Die Antwort ist einfach. (*Zwischenruf des Abg. Glaser.*) Bitte, ich warte gerne zu, bis Sie ausgesprochen haben. (*Abg. Glaser: Der Libal hat eine Auskunft gebraucht! Er hat nicht gewußt, daß wir im Innviertel die absolute Mehrheit bei der Arbeiterkammerwahl gekriegt haben!*)

Was muß also geschehen? Die Antwort ist einfach genug: Die verstaatlichte Wirtschaft muß auf die Grundstoffindustrie beschränkt bleiben. Die Ausweitungsversuche in die Finalfertigung sind zu unterbinden. Dazu aber muß auch eine quantitätsmäßige Beschränkung kommen. Die Ausweitung auch in Bereiche der Grundstoffproduktion darf die Grenzen vernünftiger voraussehbarer Kapazitäten nicht überschreiten. (*Abg. Glaser: Eine sehr vernünftige Rede!*) — Das war die offizielle Stellungnahme der Österreichischen Volkspartei.

Aber jetzt zu dem Problem, das der Kollege Kraft hier aufgeworfen hat. (*Abg. Kraft: Dafür mußt du den Herrn Bundeskanzler gewinnen! Uns brauchst du es nicht sagen, er muß zustimmen!*) Ich darf auch hier etwas rückblenden, ob es Ihnen paßt oder nicht. Das Problem, Kollege Kraft ... (*Abg. Kraft: Das Wohlwollen des Herrn Bundeskanzlers mußt du gewinnen!*) Kollege Kraft. . .

Präsident Dr. **Maleta** (*das Glockenzeichen gebend*): Also soll das jetzt ein Plauderstündchen werden?

Abgeordneter **Hellwagner** (*fortsetzend*): Das Problem Elektrolyse besteht nicht erst seit 1970 oder 1971, sondern ich habe hier in diesem Hause schon in früheren Jahren dazu Stellung bezogen. Ich habe damals kein Verständnis gefunden, nicht bei Bundeskanzler Klaus und auch nicht beim zuständigen Bundesminister Weiß.

Ich darf hier zum Beispiel replizieren, was seinerzeit der Bundeskanzler Klaus der Belegschaftsvertretung von Ranshofen mitgeteilt hat. Nicht einmal er hat es mitgeteilt, nicht einmal sein zuständiger Sektionschef hat es mitgeteilt, sondern unterschrieben ist nur eine Frau, die es seinerzeit mitgeteilt hat. (*Abg. Dr. Gruber: „Nur eine Frau“! — Abg. Dr. Withalm: Was sagen die Damen dazu? Was sagt die Frau Karl auf der Regierungsbank dazu?*) Wahrscheinlich war es die Sekretärin, die seinerzeit unterschrieben hat. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Anscheinend ist Ihnen das unangenehm, weil Sie jetzt korporativ hier stören wollen. (*Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.*)

Kollege Kraft! Wir haben seinerzeit genauso wie nach 1970 an die Bundesregierung appelliert und die Bundesregierung gebeten, Ranshofen diesbezüglich zu unterstützen. Wir haben damals weder vom Bundeskanzler Klaus noch vom Bundesminister Weiß, und auch nicht vom damaligen Landeshauptmann Gleißner eine Unterstützung bekommen.

Wie hat das 1971 ausgesehen? Wir haben selbstverständlich auch 1971 die gleichen Resolutionen an die sozialistische Bundesregierung, an den Herrn Bundeskanzler Doktor Kreisky appelliert und die Bitte gerichtet, man möge Ranshofen bei diesen Bemühungen unterstützen. (*Abg. Kraft: Was hat er getan?*) Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hat seinerzeit unmittelbar ein Ministerkomitee eingesetzt, und dieses Ministerkomitee hat sich sehr intensiv mit der Frage der Elektrolyse und des Strompreises beschäftigt. (*Ruf bei der ÖVP: „Geprüft“!*) Es gab auch ein positives Ergebnis. Ich habe das damalige Ergebnis hier. Es würde aber zu lange Zeit dauern, dazu Stellung zu nehmen. Wir haben uns hinsichtlich des Strompreises seinerzeit geeinigt. Nur leider — das muß ich hier sagen —: Die Zuständigen der ÖVP und auch die Herren der ÖVP, die in unserem Unternehmen als Vorstandsmitglieder tätig sind, waren zuerst dafür und auch begeistert, später aber dagegen, weil sie uns den Erfolg nicht gönnten. So war es wirklich. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich habe hier alle Beweise dafür. Ich bin gerne bereit, Ihnen diese zur Verfügung zu stellen. (*Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. **Maleta** (*das Glockenzeichen gebend*): Also, meine Herren, ich bitte nach allen Seiten hin: Am Wort ist der Abgeordnete Hellwagner.

Abgeordneter **Hellwagner** (*fortsetzend*): Ich bin gerne bereit. Ich darf eine Bitte an Sie richten, weil Sie auch wieder mit dem Strompreis kommen. Sie kennen ja den Präsidenten

Hellwagner

des Aufsichtsrates der Verbundgesellschaft; vielleicht kann uns der etwas helfen. Er ist ja früher hier auf der Ministerbank gesessen. Eine kräftige Unterstützung von dieser Seite könnte uns sehr nützlich sein. Vielleicht helfen Sie auf diese Art und Weise mit.

Aber ganz konkret jetzt zu Ranshofen. Sie haben vergessen — und die ÖVP-Sprecher sagen das nie; man kann auch nicht erwarten, daß sie hier etwas Positives aussprechen —: Seit 1970/71 wurden im Werk Ranshofen über 1 Milliarde Schilling investiert. Nie zuvor hat es derartige Investitionen im Werk Ranshofen gegeben. Es wurde ein neues Preßwerk mit einer Kapazität von 6000 Tonnen gebaut. Es wurde nun ein neues Kaltwalzwerk in der Größenordnung von 30.000 Tonnen installiert; nie zuvor hat es das gegeben. Und auch das Problem Elektrolyse steht nach wie vor zur Diskussion.

Sie haben schon einige Male die Stellungnahme der Bundesregierung, des Herrn Bundeskanzlers gehört. Ich glaube daran. Ich bin überzeugt, daß die Bundesregierung dieses Projekt auch weiterhin unterstützen wird.

Nur sind auch einige andere Fragen dabei zu klären. Sie haben hier nicht ausgesprochen, was heute eine neue Elektrolyse kostet. Eine neue Elektrolyse kostet ungefähr 2 Milliarden Schilling. Das kann man einfach nicht so von heute auf morgen hinstellen. So einfach ist das nicht, weil man letzten Endes dieses Geld auch verdienen muß. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Kraft: „Wird gebaut“, hat er gesagt!)*

Herr Kollege Kraft! Sie haben 1969 hier in diesem Haus ein Gesetz beschlossen und die Zuständigkeit der verstaatlichten Industrie in die ÖIAG verwiesen. Die Bundesregierung hat heute gar nicht mehr die Möglichkeit, diese Probleme so zu regeln und zu bestimmen, wie das Ihre Regierung noch hätte tun können. Das soll hier sehr klar aufgezeigt werden, das muß hier auch zum Ausdruck gebracht werden.

Ich darf noch einmal zur Elektrolyse sagen: Wir als Belegschaftsvertretung vertreten nach wie vor die Meinung, daß die Metallbasis im Werk Ranshofen erweitert werden muß. In dieser Angelegenheit werden laufend Gespräche und Verhandlungen geführt, und auch am heutigen Tag führt unser Generaldirektor mit einigen Herren eine diesbezügliche Besprechung. Das Problem ist nach wie vor aktuell. Ich weiß nicht, wieso Sie zur Aussage kommen, das Problem wäre an sich schon gestorben. Kollege Kraft! Ich weiß nicht, ob Sie überhaupt schon einmal die Elektrolyse gesehen haben; ich glaube, Sie können sich

die Arbeitsweise der Elektrolyse überhaupt nicht vorstellen, sonst könnten Sie nicht so etwas Beiläufiges daherreden. Das möchte ich auch einmal sehr deutlich zum Ausdruck bringen.

Wir stehen dazu, daß wir auf Dauer gesehen eine neue zusätzliche Elektrolyse brauchen, weil wir die Metallbasis haben müssen. Aber das Problem muß entsprechend gut überlegt werden. Von heute auf morgen ist das Problem nicht aus dem Boden zu stampfen.

Ich darf Ihnen noch einmal sagen: Die ÖVP hat zu keiner Zeit diesem Projekt Verständnis entgegengebracht. Nur die jetzige Bundesregierung, der jetzige Bundeskanzler zeigte und zeigt dafür immer wieder Verständnis.

Ich darf aber noch etwas sagen. Wir haben nicht bloß ein neues Preßwerk und ein neues Walzwerk gebaut, sondern wir haben auch bereits die Buntmetallfusion gut verkraftet. Auch diesbezüglich liegen ganz klare Vorstellungen und Projekte vor, die auch in den nächsten Jahren verwirklicht werden können. Außerdem darf ich als Belegschaftsvertreter hier meiner Freude Ausdruck geben, daß wir bis Ende dieses Jahres auch die Harmonisierung sämtlicher freiwilliger Sozialleistungen werden durchgeführt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir sind als Belegschaftsvertreter immer positiv zu dieser Fusion gestanden. Nur Sie als ÖVP haben versucht, Störungen hineinzubringen, obwohl Sie das Gesetz zur branchenweisen Zusammenführung beschlossen haben. Wir haben Ihr Gesetz verwirklicht; auch das sollte von Ihrer Seite entsprechend anerkannt werden.

Abschließend zu diesem Problem möchte ich noch sagen *(Zwischenruf bei der ÖVP)*, daß ich überzeugt bin, daß wir in Ranshofen die neue Elektrolyse kriegen werden, auch wenn der Generaldirektor der ÖIAG nicht immer voll und ganz unserer Meinung gewesen ist. Wir konnten ihn aber in der Zwischenzeit überzeugen, daß diese neue Elektrolyse notwendig ist. Ich bin auch überzeugt, daß wir eines Tages in Ranshofen den Spatenstich für die Elektrolyse vollziehen werden; Sie werden dann unsere Ehrengäste sein. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Hohes Haus! Das ÖIAG-Gesetz sieht vor, daß für die Gestion einer Gesellschaft, die eine Tochter-

11968

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Bundeskanzler Dr. Kreisky

gesellschaft der OIAG ist, die Organe die volle gesellschaftsrechtliche Verantwortung tragen. Das ist die Gesetzeslage.

Die OIAG ist der Eigentümer von Ranshofen, und der Bund ist der Eigentümer der OIAG. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß der Bund als Eigentümer der OIAG für die Elektrolyse ist und von sich aus im Wege der OIAG jene Maßnahmen zu treffen bereit ist, die für die Errichtung der Elektrolyse erforderlich sind.

Ich kann als Stütze für diese Bereitwilligkeit des Bundes, für Ranshofen Beträchtliches zu tun, anführen, daß erst unlängst eine große Investition im Umfang von zirka 750 Millionen durch Bundeshaftung, und zwar durch eine spezielle Bundeshaftung, überhaupt erst ermöglicht wurde. Damit verfügt Ranshofen über eine der modernsten derartigen Anlagen, die es heute in der Welt gibt — das wurde mir unlängst von einem maßgebenden Mann des weltbekannten Konzerns ALU SWISS mitgeteilt —, über modernere Anlagen, als sie die ALU SWISS selber hat. Und das war nur möglich durch die Mitwirkung des Eigentümers Bund der OIAG.

Was nun die Elektrolyse betrifft, so bleibt eines, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, bestehen: Die Feststellung darüber, ob die Errichtung der Elektrolyse einen Aluminiumpreis bringt, mit dem Ranshofen konkurrenzfähig in der Welt ist, die können einzig und allein die Organe der Gesellschaft treffen, das heißt, der Vorstand muß diesbezüglich an den Aufsichtsrat der Gesellschaft herantreten. Nur die Organe können das entscheiden. Diese Verantwortung — so sagte ich — kann niemand den Organen abnehmen. Wenn aber die Organe zu der Entscheidung kommen, daß die Schaffung der Elektrolyse wirtschaftlich vernünftig und vertretbar ist, wird der Aktionär Bund der OIAG genauso die Verpflichtungen erfüllen, wie er sie bei den gigantischen Investitionen in den letzten Jahren in Ranshofen, in der VOEST, in der Alpine und in allen anderen Betrieben durchgeführt hat. *(Beifall bei der SPO.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Deutschmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Bundeskanzler, ganz kurz zu Ihren Ausführungen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.)* Es ist mir bekannt, daß Sie vor der Wahl das Versprechen gegeben haben und heute allen anderen diese Aufgabe zuschieben, weil Sie wahrscheinlich nicht in der Lage sind, dieses Versprechen

einzulösen. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Reden Sie von Sachen, von denen Sie was verstehen!)* Herr Bundeskanzler! Sicherlich verstehe ich nichts davon. Ich möchte das ganz offen klarstellen. Aber soviel weiß ich, daß Sie vor den Wahlen dieses Versprechen abgegeben haben und heute nicht bereit und nicht in der Lage sind, dieses Versprechen einzulösen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte auch zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Nittel kurz Stellung beziehen. Es war dies heute bei den Sprechern der SPO wie ein roter Faden. Wie soll es auch anders sein? Man könnte die Ausführungen der sozialistischen Abgeordneten so übertiteln: Man beschäftigt sich mit der Vergangenheit, man meidet die Gegenwart und vergißt auf die Zukunft. Das haben wir heute immer wieder hören müssen, und wir haben auch gemerkt, daß es Ihnen gar nicht darum geht, das Budget 1975 hier gegenüber der Opposition zu verteidigen.

Aber etwas hat der Herr Abgeordnete Nittel gemacht, und man konnte ja feststellen, daß viele Abgeordnete seiner Fraktion mit den Ausführungen nicht einverstanden waren, den Kopf schüttelten und hinausgingen. Er hat zum Beispiel gesagt: Es muß Angst verbreitet werden, es muß verunsichert werden, wenn es auch Österreich schadet! Gemeint hat er dies zur Opposition.

Herr Bundeskanzler! Sie sagen: Sicher. Natürlich. Ich möchte Ihnen den Beweis erbringen, daß gerade Sie, Herr Bundeskanzler, maßgebend daran beteiligt sind, daß es bei uns in Kärnten Angst gibt, daß man die Situation verunsichert.

Es ist Ihnen ja bekannt, Herr Bundeskanzler, daß sich mit dem Ortstafelgesetz vom Juli 1972 die Situation in Kärnten wesentlich verändert hat. Man hat vor diesem Zeitpunkt kaum ein Problem hinsichtlich der Fragen der Minderheit gehabt. Wir haben uns alle und immer wieder verstanden. Es hat kaum Schwierigkeiten gegeben. Mit diesem besagten Ortstafelgesetz sind eben diese Probleme aufgetreten, mit denen wir uns heute herum-schlagen.

Herr Bundeskanzler! Wir nehmen selbstverständlich zur Kenntnis, daß Sie zugeben, daß es ein übereilter Schritt Ihrer Regierung war. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, wir können einfach nicht verstehen, daß man dann letzten Endes die Schuld auf andere abwälzt und die Meinung vertritt: Das sind die Verunsicherer, das sind jene, die dem österreichischen Staat Schaden zugefügt haben.

Deutschmann

Sie haben Fronten aufgerissen, die wir einfach nicht kannten. Nationale wie internationale Schwierigkeiten sind aufgetreten.

Man hat sich bemüht, diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Wir haben den Wunsch geäußert, man sollte in einer Studienkommission diese Dinge überlegen, man sollte sie einer Lösung zuführen.

Aber was ist passiert, meine sehr Geehrten? Die Emotionen im Lande gingen durch, Beschuldigungen wurden hin- und hergeworfen, man hat Anschläge verübt, und letzten Endes wurden Noten ausgetauscht, die, nicht sehr schmeichelhaft gegenüber dem österreichischen Staat, in aller Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Herr Bundeskanzler! Der Herr Abgeordnete Gorton hat Sie heute in seinem Debattenbeitrag schon gefragt, was Sie bei der Verbalnote, die jetzt als Beantwortung nach Jugoslawien gegangen ist, auf Seite 9 gemeint haben. Sie haben ihm jetzt in Ihrer Wortmeldung keine Antwort gegeben.

Ich möchte Sie aber auch fragen. Es ist ja auch auf der Seite 16 zu VII eine Aussage, von der wir gern wissen möchten, was damit gemeint ist. Hier heißt es:

Die österreichische Bundesregierung ist sich bewußt, daß eine mit Emotion belastete Diskussion, wie sie vor allem im Jahre 1972 in Kärnten geführt wurde, besondere Wachsamkeit und Entschlossenheit verlangt, um zu verhindern, daß unverantwortliche Elemente die Lösung einzelner noch offener Minderheitsfragen zu stören versuchen und damit den Bestrebungen der Bundesregierung entgegenwirken.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte doch fragen, welche Bestrebungen die Bundesregierung in der nächsten Zeit vorsieht. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, hinsichtlich dieser Formulierung eine Antwort zu bekommen.

Ich möchte ganz offen aussprechen, daß diese Antwortnote notwendig war. Ich möchte auch darauf verweisen, daß diese Antwortnote ja schon längst fällig war, weil über einen Monat lang in der Öffentlichkeit über die Beschuldigungen Jugoslawiens gegenüber Österreich diskutiert wurde. Man wußte nichts über die Beschuldigungen, man konnte nur einiges Unwesentliche aus der Presse entnehmen. Jetzt haben wir die Verbalnote wie auch die Beschuldigungen in der Hand. Ich hätte die eine Bitte, Herr Bundeskanzler: Vielleicht wäre es möglich, daß diese beiden Noten den Mit-

gliedern der Studienkommission zugemittelt werden könnten.

Ich möchte aber auch an Sie, Herr Bundeskanzler, eine andere Frage in diesem Zusammenhang richten, und zwar gerade im Zusammenhang mit diesen Beschuldigungen seitens Jugoslawiens. Sie können mir glauben, daß sich die Kärntner Landesregierung und der Landtag mit diesem Thema beschäftigt haben. Man hat sehr lange und ausgiebig darüber diskutiert. Man hat aber wiederum nur über Vermutungen diskutiert, weil man ja nicht genau gewußt hat, um was es sich dreht. Deshalb hat der Kärntner Landtag einstimmig, somit alle drei Fraktionen, die im Kärntner Landtag vertreten sind, einen Dringlichkeitsantrag beschlossen, der der Bundesregierung zugemittelt wurde. Dieser Dringlichkeitsantrag hat folgenden Wortlaut:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, erstens von der Bundesregierung die umgehende Herausgabe eines umfassenden Berichtes zu begehren, um damit die Weltöffentlichkeit über den Stand der Erfüllung des österreichischen Staatsvertrages objektiv zu informieren und dadurch wiederholten falschen Darstellungen über die Lage der slowenischen Volksgruppe in Kärnten entgegenzutreten.

Herr Bundeskanzler! Ich nehme an, daß dieser Dringlichkeitsantrag Sie schon erreicht hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang die Frage an Sie stellen, wie Sie diesem Antrag nachkommen wollen, ob Sie die Öffentlichkeit über die wirkliche Situation in Kärnten informieren werden, um so eine Beruhigung herbeizuführen.

Ich möchte abschließend an Sie, Herr Bundeskanzler, noch eine Frage richten. Ich möchte Sie bitten, daß Sie mir und speziell uns Kärntnern in dieser Sache eine Antwort geben. Es handelt sich nämlich um die Frage, ob Sie noch in der Lage sein werden, in dieser Legislaturperiode in der Sache Minderheiten aktiv zu werden. Wir sind der Meinung: Je früher eine Entscheidung getroffen wird, desto eher wird in Kärnten wiederum eine Beruhigung eintreten. Ich glaube, daß wir gerade in dieser Zeit bei uns in Kärnten wie auch darüber hinaus in Österreich Ruhe, Ordnung und Frieden brauchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Hohes Haus! Zu den an mich gerichteten Fragen des Herrn Abgeordneten Deutschmann möchte ich gerne drei kurze Antworten geben.

11970

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Die erste: Ich bin selbstverständlich gerne bereit, den Herrn Außenminister zu ersuchen, den Notenwechsel, also beide Stücke, den Mitgliedern dieser Studienkommission zu übermitteln.

Zum zweiten möchte ich sagen, daß ich diese Stellungnahme des Kärntner Landtages erhalten habe und daß ich Auftrag gegeben habe, die vorbereitenden Untersuchungen durchzuführen mit dem Ziel, eine solche Zusammenstellung zu verfassen.

Und zum dritten möchte ich sagen, daß es sicher so ist, daß das bestehende Gesetz in der Durchführung auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Aber das passiert in sehr vielen guten demokratischen Staaten in gleicher Weise. Auch in den Vereinigten Staaten gibt es Gesetze, die in der Durchführung nicht immer ohne Widerstand geblieben sind. Dasselbe gilt auch etwa für die Regierung des Vereinigten Königreiches zum Beispiel in der Frage Nordirland.

Aber was immer man an dem Gesetz, an seinem Zustandekommen kritisieren mag, eines ist sicher: Es ist aus einem Geist heraus entstanden, der die Erfüllung des Staatsvertrages bringen sollte.

Es gibt jetzt Schwierigkeiten — ich leugne das nicht —, und wir beraten verschiedene Wege. Aber ich kann dem Herrn Abgeordneten beim besten Willen nicht den Zeitpunkt nennen, zu dem gerade diese Frage einer Verwirklichung zugeführt werden wird. Es bedarf noch beträchtlicher Untersuchungen über die Voraussetzungen der Verwirklichung, und darüber kann ich heute nichts sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe II beendet.

Wir gelangen somit zur Abstimmung über die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1975. Es sind dies die Kapitel 10 und 70 samt dem zu Kapitel 70 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 1285 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **Angenommen.**

Spezialdebatte**Beratungsgruppe I****Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei****Kapitel 02: Bundesgesetzgebung****Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof****Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof****Kapitel 06: Rechnungshof**

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßte Kapitel des Bundesvoranschlages.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Fleischmann. Ich bitte um den Bericht.

Spezialberichterstatter Dr. **Fleischmann**: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Beratungsgruppe I umfaßt die Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, 02: Bundesgesetzgebung, 03: Verfassungsgerichtshof, 04: Verwaltungsgerichtshof und 06: Rechnungshof.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat diese Kapitel in seiner Sitzung vom 11. November 1974 in Verhandlung genommen. Insgesamt sind in der Beratungsgruppe I Gesamtausgaben von 420,2 Millionen Schilling veranschlagt. Davon entfallen auf persönliche Ausgaben 121,1 Millionen Schilling und 280,6 Millionen Schilling auf sachliche Ausgaben.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Aufwand infolge der eingetretenen Bezugserhöhungen etwas verändert. Im wesentlichen bitte ich, die Details dem schriftlichen Bericht zu entnehmen.

Bei der am 21. November 1974 durchgeführten Abstimmung wurden die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten Ansätze in der Fassung der Regierungsvorlage einhellig angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, dem Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, dem Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, dem Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof und dem Kapitel 06: Rechnungshof

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1975 (1285 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage, in die Debatte einzugehen.

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Robert Weisz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Robert Weisz (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! An der Spitze meiner Ausführungen steht der Dank an alle Mitarbeiter im Parlament, die hier ihre Arbeit leisten und die gerade in diesen Wochen der Budgetbehandlung einer sehr starken Beanspruchung ausgesetzt sind. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP und der FPÖ.)*

Wenn wir heuer die Budgetdebatte über die Gruppe Oberste Organe getrennt vom Kapitel Bundeskanzleramt behandeln, so bedeutet dies, daß vor allem die Probleme des Parlaments und allenfalls auch des Rechnungshofes im Vordergrund unserer Diskussion stehen werden.

Im Parlament scheint es mir vor allem die Beziehung zwischen Mehrheit und Minderheit einerseits sowie die Beziehung zwischen Regierung und Parlament andererseits zu sein, die einer Diskussion insbesondere im Lichte der Erfahrungen der letzten Jahre wert ist.

Was das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament betrifft, stehen wir Sozialisten auf dem Standpunkt einer echten Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung zwischen diesen beiden Organen unserer Verfassung. Natürlich ist die Regierung vom Vertrauen des Parlaments abhängig. Aber sie ist nicht — darin liegt ein großer Unterschied — vom Vertrauen der Opposition abhängig. Denn bei manchen Äußerungen von Abgeordneten der rechten Seite dieses Hauses kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man dort fälschlicherweise der Meinung ist, daß die Regierung vor allem vom Vertrauen der Opposition abhängig ist und daß der Zweck der Regierung vor allem darin besteht, ein Ziel für politische Schießübungen der Opposition abzugeben, ohne das Recht zu besitzen, zurückzuschießen, daß die Regierung kein Diskussionspartner des Parlaments ist, der sich nach den alten Regeln verhält: Wie man in den Wald hineinruft, so tönt es zurück!, sondern daß sich die Regierung darauf zu beschränken hätte, was ja heute auch der Herr Abgeordnete Dr. Prader gesagt und sogar ausdrücklich verlangt hat, mit ja, ja oder mit nein, nein zu antworten. *(Abg. Dr. Prader: Da haben Sie vielleicht nicht gut zugehört!)* Ich habe das Protokoll genau gelesen! *(Abg. Dr. Prader: Aber in welchem Zusammenhang!)*

In dem Zusammenhang soll man auch die Aussagen sehen, die der Abgeordnete Doktor Gasperschitz heute in einer Erwiderung auf die Ausführungen des Staatssekretärs Lausacker gemacht hat. Ich stelle nur fest: Es war

keine Erwiderung, sondern es war ein Angriff, den man, wie ich glaube, nicht unbedingt hier im Hause vortragen soll, wenn er sagt: Es befremdet mich sehr, daß ein Staatssekretär Lausacker, der früher im Gewerkschaftsleben als führender Funktionär tätig war und ein sehr harter Verhandler gegenüber dem Dienstgeber war, heute sich auf der anderen Seite so verhält und sich so verleumderisch mir gegenüber als mein ehemaliger Stellvertreter äußert.

Ich weiß nicht, wo die Verleumdung gewesen ist. Ich glaube aber, man sollte sich solche Kraftausdrücke hier im Hohen Hause überlegen.

Hohes Haus! Wir werden die Rechte des Parlaments überall mit Entschiedenheit wahren und keine Verkürzung dieser Rechte hinnehmen. Aber wir tun dies, was die Regierung betrifft, auf der Basis der Gleichberechtigung. Diesem Gedanken dienen übrigens auch unsere Vorschläge auf dem Gebiete der Geschäftsordnungsreform.

Was nun das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit in diesem Hause betrifft, so ist mir klar, daß es nie eine Opposition geben wird, die mit der Mehrheitspartei zufrieden ist, und nie eine Mehrheitspartei, die mit der Opposition zufrieden ist. Das liegt sicher auch in der Natur der Dinge. Wir können nur dann einen Modus finden, der sowohl den legitimen Interessen der Mehrheit als auch den legitimen Rechten der Minderheit gerecht wird, wenn wir uns zusammensetzen, über anstehende Probleme reden und die bestehenden Spielregeln genau einhalten.

Ich glaube, genau das tun wir, insbesondere in der Präsidialsitzung des Nationalrates. Die Tatsache, daß bisher noch alle wichtigen Entscheidungen, die den parlamentarischen Ablauf betreffen, in der Präsidialsitzung einhellig getroffen wurden, müßte Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, doch zu denken geben und Sie erkennen lassen, daß Ihre Angstvorstellungen von der machthungrigen undemokratischen Mehrheit und der armen schutzlosen Minderheit mit den Tatsachen nicht übereinstimmen.

Aber diesen Nachweis können wir auch in Einzelfragen führen. Eine der Hauptbeschwerden der Opposition liegt in der Nichterledigung oppositioneller Initiativanträge. Es wurde heute schon ausgeführt, daß mit Stichtag 15. November im Hause 34 unerledigte Initiativanträge liegen. Haben Sie aber, meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie das feststellen, auch die Fairneß, hinzuzufügen, daß am Ende Ihrer Regierungszeit um fast 50 Prozent mehr, nämlich insgesamt 48 un-

11972

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Robert Weisz

erledigte Initiativanträge, vorhanden waren. Und das, obwohl die Zahl der eingebrachten Initiativanträge während Ihrer Regierungszeit mit insgesamt 74 wesentlich geringer war als die Zahl der Initiativanträge in der laufenden Gesetzgebungsperiode.

Das Ergebnis dieser Untersuchungen wird noch günstiger für uns, wenn ich die Initiativanträge nach Fraktionen aufgliedere. Während der OVP-Regierungszeit wurden in vier Jahren insgesamt nur vier sozialistische Initiativanträge erledigt oder miterledigt; während unserer Regierungszeit haben wir hingegen 30 Initiativanträge der OVP erledigt und miterledigt. Das Demokratieverständnis bezüglich oppositioneller Initiativanträge lautet also, wenn wir es so formulieren wollen, 30 : 12 für die SPÖ. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Ihr seid ja angeblich die bessere Regierung!)*

Ähnliches gilt auch für das Problem der Geschäftsordnungsreform. Immer wieder kann man hören, daß sich Abgeordnete der OVP darüber beschweren und beklagen, daß die SPÖ bei der Geschäftsordnungsreform nicht kompromißbereit genug sei, daß ihre Zugeständnisse nicht weit genug seien.

Halten wir auch hier fein säuberlich fest: Solange die OVP Mehrheitspartei in diesem Hause war, lehnte sie Verhandlungen über eine Reform der Geschäftsordnung, die damals nicht weniger reformbedürftig war als heute, rundweg ab. Es gab überhaupt keine Verhandlungsbereitschaft in dieser Richtung. Die sozialistische Parlamentsfraktion hat hingegen erklärt, daß sie jene Vorschläge, die sie seinerzeit als Oppositionspartei gemacht hat, die insbesondere auch in einem Antrag Pittermann und Genossen ihren Niederschlag fanden, in vollem Umfang ohne jeden Abstrich aufrecht-erhält.

Deshalb wird es auch in der neuen Geschäftsordnung, an deren rascher Verwirklichung wir sehr interessiert sind, neben einer Reihe allgemeiner Verbesserungen und Modernisierungen vor allem auch eine Reihe neuer ausgesprochener Minderheitenrechte geben. Es wird das mündliche Fragerecht ausgebaut werden, es wird eine Minderheit von 20 Abgeordneten in der Hand haben, über jede Anfragebeantwortung eine Diskussion zu erzwingen, es wird eine Minderheit von fünf Abgeordneten in der Hand haben, über jede Regierungserklärung eine Diskussion zu erzwingen, und es wird eine Minderheit von acht Abgeordneten in der Hand haben zu verlangen, daß ein Initiativantrag, der ein halbes Jahr unverhandelt in einem Ausschuß liegt, tatsächlich in Verhandlung gezogen

wird. Es werden Abgeordnete Interpellationen an die Regierung auch außerhalb der Sitzungen einbringen können. Es soll der Präsident des Rechnungshofes das Recht erhalten, in den Sitzungen des Nationalrates zu seinen Verhandlungsgegenständen das Wort zu ergreifen und so weiter. Mit einem Wort, es wird von seiten der SPÖ gegenüber der Minderheit eine Reihe von Zugeständnissen geben, die die OVP der Minderheit nicht eingeräumt hat. Und trotzdem sind manche von Ihnen ungerecht und unzufrieden.

Ich zweifle auch nicht, daß es einigen Abgeordneten der OVP gelingt, Forderungen aufzustellen, die die Mehrheitspartei nicht bereit ist zu erfüllen. Denn schließlich darf es in einem Parlament nicht so weit kommen, daß die Minderheit mehr zu reden hat als die Mehrheit.

Aber wenn Sie den Sachverhalt gerecht beurteilen, werden auch Sie nicht umhin können festzustellen, daß es unfair und vor allem unrichtig ist, der sozialistischen Mehrheitspartei mangelndes Demokratieverständnis vorzuwerfen, und daß Sie vor allem — meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, das kann ich Ihnen nicht ersparen — nach Ihrem eigenen Verhalten während der OVP-Regierungszeit kein Recht haben, diesen Vorwurf zu erheben.

Hohes Haus! Der dritte Komplex, dem ich einige Bemerkungen widmen möchte, sind die Arbeitsbedingungen hier im Parlament. Wer Gelegenheit hat, beispielsweise die Arbeitsbedingungen im Bonner Bundeshaus zu studieren, kann nicht umhin festzustellen, daß es hier riesige Unterschiede gibt. Vieles aber läßt sich auf unsere Verhältnisse nicht übertragen. Freilich müßte man auch hinzufügen, daß es in der Schweiz oder in Holland oder in Dänemark schon wieder ganz anders als in der Bundesrepublik Deutschland ist, und zwar viel ähnlicher unserer eigenen Situation. Das soll uns aber nicht daran hindern, unsere gemeinsamen Bemühungen um bessere Arbeitsmöglichkeiten, um mehr Raum, um neue Einrichtungen fortzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nur eines möchte ich als Klubobmann der SPÖ und obendrein auch als Gewerkschafter sagen: Diejenigen Abgeordneten, die am lautesten die bestehenden Arbeitsverhältnisse kritisieren, nämlich die Kollegen von der Freiheitlichen Partei Österreichs, sind alles in allem genommen am besten dran. Diejenigen, die am zweitlautesten kritisieren, nämlich die Kollegen der OVP, sind immer noch am zweitbesten dran. Denn auf Grund der Zahlen, die Herr Präsident Benya in der Budgetdebatte zum Kapitel Oberste Organe im Finanzaus-

Robert Weisz

schuß bekanntgegeben hat, stehen für jeden Abgeordneten der SPÖ an Klubräumlichkeiten im Durchschnitt 9,8 m², für jeden Abgeordneten der ÖVP 12,3 m² und für jeden Abgeordneten der Freiheitlichen Partei 43 m² zur Verfügung. (*Zwischenrufe.*)

Nach dem geplanten und bereits in Angriff genommenen Ausbau des Obergeschosses im Parlament, durch den sich die Raumverhältnisse in diesem Haus verbessern werden, werden für jeden Abgeordneten der SPÖ 11,3 m², für jeden Abgeordneten der ÖVP 13,9 und für jeden Abgeordneten der Freiheitlichen Partei sogar 60,8 m² zur Verfügung stehen. (*Abg. Dr. Prader: Nach der nächsten Wahl werden es mehr sein!*)

Aber auch organisatorische Maßnahmen muß man wohl als Verbesserung anerkennen. Ich denke hier vor allem an die Neuorganisation der Kanzlei des Präsidenten des Nationalrates, die nunmehr auf Grund eines echten Personal- und Geschäftsabteilungsplanes arbeiten kann. Ich denke aber auch an den Ausbau einer wissenschaftlichen Dokumentation, ich denke an zahlreiche technische und organisatorische Verbesserungen, die in den letzten Jahren erreicht werden konnten.

Hohes Haus! Das Budgetkapitel Oberste Organe, das traditionellerweise einstimmig beschlossen wird, ist in der Regel — und ich füge hinzu: glücklicherweise — kein Anlaß für scharfe parlamentarische Auseinandersetzungen. Aber auch bei diesem Budgetkapitel müßten die Dinge in der richtigen Dimension und im tatsächlichen Zusammenhang aufgezeigt werden.

Dem hat meine Wortmeldung gedient, der ich nur hinzufügen möchte, daß wir diesem und auch allen anderen Kapiteln des Bundesfinanzgesetzes gerne unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Klubobmann der sozialistischen Fraktion, Abgeordneter Weisz, hat recht, wenn er zum Ausdruck bringt, daß diese Beratungsgruppe nicht Gegenstand scharfer parlamentarischer Auseinandersetzungen sein wird. Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Weisz erfordern jedoch einige Ergänzungen. Aber die Ergänzung muß aus der Sicht der freiheitlichen Fraktion und der ihr vorliegenden Erfahrungswerte unbedingt vorgenommen werden.

Zuerst, meine Damen und Herren, darf ich kurz auf die Vereinbarung der sozialistischen

Fraktion und der Fraktion der Österreichischen Volkspartei hinsichtlich der Beschränkung der Redezeit anlässlich dieser Budgetdebatte eingehen. ÖVP und SPÖ haben die Kürzung der Redezeit vereinbart. Die freiheitlichen Abgeordneten sind dieser Vereinbarung nicht beigetreten. Sie werden aber alles in ihren Kräften Stehende unternehmen, um sich dem Zeitplan anzupassen, und auch bei der Budgetdebatte 1974 so vorbildlich argumentieren und zeitlich haushalten, wie sie das im Gegensatz zur Österreichischen Volkspartei und besonders im Gegensatz zur Sozialistischen Partei Österreichs bei der vorjährigen Budgetdebatte bereits getan haben.

Am lautesten kam immer wieder der Ruf von der Sozialistischen Partei, die Budgetdebatte zu straffen. Alle Fraktionen versuchten es bereits im vergangenen Jahr, und dieser Versuch ist nur aus der Sicht einer einzigen Fraktion gelungen, nämlich aus der freiheitlichen Sicht heraus. Die Österreichische Volkspartei hat zeitlich so hausgehalten, daß sie beim Budget des Vorjahres nicht mehr Zeit aufgewendet hat als beim Budget des Jahres 1972. Die SPÖ hingegen hat im vergangenen Jahr trotz des damaligen Straffungsversuches bereits mehr Zeitaufwand als bei der vorletzten Budgetdebatte getätigt.

Die freiheitliche Fraktion hat im vergangenen Jahr bei den Budgetberatungen im Plenum fünf Stunden Redezeit eingespart. Ich sehe mit großem Interesse der Entwicklung der nächsten zweieinhalb Wochen entgegen, und es bleibt abzuwarten, ob nach dem heutigen Start das Ziel erreicht wird, daß die beiden anderen Fraktionen des Hauses heuer mit einem kürzeren Zeitaufwand das Auslangen finden werden, als das im vergangenen Jahr der Fall war.

Wir Freiheitlichen haben uns selbst beschränkt, ohne der Vereinbarung beigetreten zu sein, und wir werden es auch heuer versuchen und glauben, erfolgreich zu sein. Zugleich aber erwarten wir, daß gerade die sozialistische Fraktion mit größerem Ernst an die Realisierung ihrer eigenen Forderung herangeht als im Vorjahr.

Nun zum Herrn Abgeordneten Weisz, der feststellte, daß der Arbeitsplan des Nationalrates in einmütigen Willenskundgebungen der Präsidialkonferenz erarbeitet und festgelegt wird. Dem ist nichts hinzuzufügen. Nur, wenn Klubobmann Weisz meint, daß so viele oppositionelle Initiativanträge unerledigt wären, muß er fairer- und vollständigerweise mit in Rechnung stellen, daß Initiativanträge der Opposition gelegentlich auch deswegen auf der Strecke bleiben, weil die Regierungsmehr-

11974

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Peter

heit es ablehnt, sie in den zuständigen Ausschüssen in Behandlung zu nehmen. Dieses Nein der SPÖ-Mehrheit ist ja kein weltfremdes Nein. Es wird gelegentlich sparsamer und gelegentlich öfter von Seite der Regierungsmehrheit gesetzt, und in diesem Zusammenhang liegt es natürlich in der Hand der Regierungsmehrheit, was die Oppositionsparteien mit Hilfe von Initiativanträgen erledigt haben möchten.

Ein weiteres Problem, das auch die sozialistische Fraktion betrifft, möchte ich nicht unerwähnt lassen. In den letzten Monaten bediente sich die sozialistische Mehrheit mehr und mehr des parlamentarischen Instrumentes der Fristsetzung. Nicht selten hat die sozialistische Mehrheit die Ausschlußberatungen mit Fristsetzungen unter härtesten Zeitdruck gestellt und sich dabei gelegentlich selbst in große Terminschwierigkeiten gebracht. Eine solche Terminschwierigkeit liegt auch bei der Volksanwaltschaft vor, und gerade dazu möchte ich aus der Sicht der freiheitlichen Fraktion Stellung nehmen.

Die sozialistische Mehrheit hat dieser Gesetzesmaterie eine Frist mit 31. Dezember dieses Jahres gesetzt, aber bis zur Stunde selbst nicht die notwendigen Anstrengungen unternommen, diese Materie im zuständigen Ausschuß einer Abschlußberatung zuzuführen. Wir werden aller Voraussicht nach genötigt sein, ohne abschließende Behandlung der Volksanwaltschaft im zuständigen Ausschuß diese Frage in einer Plenarsitzung im Jänner 1975 zu beraten. Wir lehnen heute schon jede Verantwortung als freiheitliche Fraktion für Versäumnisse der SPÖ-Mehrheit ab, die sich ergeben haben.

Eine Forderung, die im Geschäftsordnungskomitee bei allen drei Fraktionen auf viel Verständnis und Zustimmung gestoßen ist, hat Abgeordneter Weisz bereits erwähnt, und ich möchte deren Richtigkeit mit Nachdruck vom freiheitlichen Standpunkt aus unterstreichen. Das ist das Recht des Präsidenten des Rechnungshofes, bei der Debatte über den von seinem Haus dem Nationalrat zu erstattenden Bericht im Plenum des Nationalrates das Wort zu ergreifen. Im vergangenen Jahr erlebten wir bei der Budgetdebatte, daß der Präsident des Rechnungshofes angegriffen wurde, aber kraft der Geschäftsordnung keine Möglichkeit hatte, zur Situation aus seiner Sicht Stellung zu nehmen. Umso erfreulicher ist es, daß diese Lücke in der Geschäftsordnung künftig geschlossen werden soll und der Präsident des Rechnungshofes im Hause dann das Wort ergreifen kann, wenn sein Bericht zur Diskussion steht.

Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen der freiheitlichen Abgeordneten befindet sich der Klubobmann der sozialistischen Mehrheitsfraktion zweifelsohne im Recht, wenn er feststellte, daß wir flächenmäßig die größten und damit auch, wenn wir den Ausdruck verwenden wollen, besten Arbeitsbedingungen hier im Hause von allen drei Fraktionen haben. Es ist erfreulich, daß wenigstens jeder der freiheitlichen Abgeordneten im Parlament über einen Schreibtisch verfügt. Ich bedauere zutiefst, daß dieses notwendige Arbeitsrequisit den Abgeordneten der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei bis zur Stunde vorenthalten ist. Wenn man die Arbeitsplätze der Kollegen der beiden anderen Parteien einmal einem Lokalaugenschein unterzieht, dann stellt man fest, daß sie neben einem kleinen Platz an einem großen Tisch, einem Sessel, einer Schublade und einem Kleiderhaken sozusagen nichts in diesem Hause „besitzen“.

Ich bedauere, daß die Kollegen der beiden anderen Fraktionen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen noch ärmer sind als wir Freiheitlichen. Es wäre aber verfehlt, wollte uns Freiheitlichen der Klubobmann der sozialistischen Fraktion darob „Reichtum“ vorwerfen. Über einen „Reichtum“ verfügen wir Freiheitlichen bei weitem nicht. Und, Herr Kollege Weisz, ich wünsche mir nur eins: daß auch der freiheitliche Abgeordnete so ausgezeichnete Arbeitsbedingungen im Nationalrat besitzt, wie sie den Vertretern in der Bundeswirtschaftskammer, in der Arbeiterkammer, im Österreichischen Gewerkschaftsbund und in der Landwirtschaftskammer zur Verfügung stehen. Ich möchte hier keinen Namen nennen. Wenn Kollegen, die diesen Standes- und Funktionsbereichen angehören, das Haus verlassen, dann stehen ihnen dort Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen zur Verfügung, über die kein Abgeordneter, gleich welcher Fraktion, in diesem Hohen Hause verfügt. Die „Waffengleichheit“ wird ja von verschiedenen Standorten aus des öfteren im Parlament strapaziert. Ich tue es auch heute. Und diese Waffengleichheit gilt es zwischen allen Abgeordneten des Hauses, ungeachtet der Fraktionszugehörigkeit, herzustellen.

Man würde aber die Tatsachen übersehen, wollte man nicht festhalten, daß der Präsident des Hauses im abgelaufenen Jahr ernsthafte Anstrengungen unternommen hat, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Arbeitsbedingungen sind bei allen drei Fraktionen in finanzieller Hinsicht verbessert worden, und es wird nun daran gegangen, auch bauliche Veränderungen vorzunehmen, deren Ergebnis in einem Zeitraum von drei Jahren

Peter

allen drei Fraktionen zur Verfügung stehen und zweifelsohne bei den Freiheitlichen zu einer entscheidenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen wird. Bei den beiden anderen Fraktionen wird dieser Standard, wie wir ihn dann haben werden, noch lange nicht erreicht sein.

Wie man diese Frage löst, bedarf meines Erachtens einer sehr intensiven Beratung in der Präsidialkonferenz und im zuständigen Ausschuß des Nationalrates. Wir haben nur einmal im Jahr die Gelegenheit, uns im Plenum des Nationalrates über unsere eigenen Probleme zu unterhalten; daher soll es — so sind wir informiert — diesmal in ausgiebiger Form getan werden, als es bei den vorangegangenen Budgetdebatten der Fall war.

Ich richte bei dieser Gelegenheit an den Herrn Präsidenten des Nationalrates aus der Sicht meiner Fraktion eine ganz besondere Bitte. Die Bitte, die Informationsmöglichkeiten im Sinne einer Verbesserung zu überprüfen. Ich glaube, daß es kostenmäßig möglich sein müßte, die Information dahin gehend zu verbessern, daß die Präsidenten und die Klubobmänner täglich Presseauszüge und Zusammenstellungen aus Tages- und Wochenzeitungen in einer ähnlichen, wenn auch bescheideneren Form als im Bonner Bundestag bekommen. Den Fraktionen selbst würde viel Arbeit abgenommen werden, wenn von einer Abteilung der Parlamentsdirektion aus künftig diese Arbeit übernommen und die Presseauszüge und die Presseschau zu einem frühen Zeitpunkt des Vormittags den Präsidenten, aber auch den Fraktionen zur Verfügung gestellt würde. Das stellt aus der Sicht meiner Fraktion eine sehr wesentliche Arbeitsentlastung der Klubsekretariate dar, und um die wohlwollende Prüfung dieser Anregung darf ich den Herrn Präsidenten bitten.

Ein weiteres Problem sollte man auch nicht außer acht lassen: die Frage der Kommunikation zwischen Regierung einerseits und Nationalrat andererseits, ungeachtet des Umstandes, wie sich die jeweilige Regierung zusammensetzt. Ich glaube, daß die Kommunikation zwischen Regierung und Parlament gerade in dieser Gesetzgebungsperiode nicht nur etwas, sondern sehr zu wünschen übrig gelassen hat, weil immer dann, wenn das Sessionende vor der Tür stand, der Nationalrat von den einzelnen Ministerien mit Regierungsvorlagen überschüttet wurde, die dann beim besten Willen nicht mehr in der noch verfügbaren Zeit untergebracht werden könnten. Dabei gerät der Klubobmann der Regierungsfraktion stets in gewisse Schwierigkeiten, weil ihm von den Oppositions-

parteien gesagt wird, er möge im Schoße der Regierung klären, was die Regierung in der zur Verfügung stehenden Zeit noch durchzubringen wünscht und was nicht mehr durchgebracht werden kann. Hier ist bis zum heutigen Tag eines nicht erreicht worden, nämlich das Ersuchen des Nationalrates an die jeweilige Regierung, an die jeweiligen Ministerien und die dortige Beamtenschaft, die zu behandelnden Materien dem Parlament so zeitgerecht vorzulegen, daß sie auch zeitgerecht in Arbeit genommen und zeitgerecht verabschiedet werden können.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß gerade im Funktionieren der Kommunikation zwischen Regierung und Parlament eine entscheidende Voraussetzung für das gute Gedeihen des Parlamentarismus und damit der Demokratie liegt. Darin begründet ist auch unsere freiheitliche Forderung, die Waffengleichheit zwischen Regierung und Parlament so ernst wie nur möglich zu nehmen, weil ja die Bedingungen, unter denen die Regierung ihre Aufgabe zu erfüllen hat, wesentlich bessere sind als jene, unter denen der Nationalrat seine Aufgabe erfüllen muß.

Ich nehme an, daß vor allem von seiten des Herrn Präsidenten des Hauses diesen Wünschen und Anregungen das notwendige Verständnis entgegengebracht wird und daß wir in einem Jahr von einer besseren Plattform als heute zum Thema der Parlamentsreform Stellung nehmen können. Nämlich dahin gehend, daß die Parlamentsreform der Realisierung ein entscheidendes Stück nähergebracht werden konnte.

In der Frage der Geschäftsordnungsreform haben die freiheitlichen Abgeordneten stets eine kooperative Haltung eingenommen; von unserem Gesichtspunkt aus herrscht großes Interesse, das Ergebnis der Geschäftsordnungsreform noch in dieser Gesetzgebungsperiode dem Nationalrat zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Sollte das wider Erwarten nicht möglich sein, so stellt die bisher erarbeitete Arbeitsgrundlage eine wesentliche Ausgangsbasis für die Vollendung der Geschäftsordnungsreform in der nächsten Gesetzgebungsperiode des Nationalrates dar.

Wir Freiheitlichen werden der in Beratung befindlichen Haushaltsgruppe die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst** *(der inzwischen den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich kann mich zunächst den Worten des Klubobmanns der Regierungs-

11976

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Ermacora

partei anschließen und aus Anlaß dieses Budgetkapitels auch den Dank der Fraktion, die ich hier vertrete, an die Mitarbeiter in diesem Hause auszusprechen, ohne die manche Arbeit nicht so gestaltet sein würde, als sie gestaltet ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Klubobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, Peter, unter Bezugnahme auf Herrn Abgeordneten Weisz darauf aufmerksam macht, daß dieses Budgetkapitel, dem man herkömmlicherweise die Zustimmung erteilt, nicht Anlaß zu scharfer parlamentarischer Auseinandersetzung sein soll, so will ich das aber doch nicht so verstanden haben, daß gerade bei diesem Budgetkapitel etwa nicht jene Stellen, die zu kritisieren wären, kritisiert werden sollten.

Der Herr Klubobmann der Regierungspartei stellt heraus — und zwar stellt er das fest, was der Herr Abgeordnete Dr. Fischer in immer wiederkehrenden Schriften herausstellt —: die Quantität der Arbeit in diesem Parlament. Meine kritische Frage wäre die, warum man bis heute überhaupt nicht untersucht hat, ob wir denn wirklich so viele Gesetze brauchen, wie sie in diesem Hause beschlossen worden sind. Ich glaube, es wäre wert, wenn man einmal in dieses Problem einsteige und das Problem der Parlamentsarbeit von diesem Gesichtswinkel beurteilte.

Auf der anderen Seite steht die Frage der Qualität der Gesetze. Hier wird man die Ausführungen des Herrn Klubobmannes der Regierungspartei nicht so verstehen dürfen, daß etwa alle Gesetze einstimmig beschlossen worden wären. Es sind gerade jene Gesetze nicht einstimmig beschlossen worden, die ganz eindeutig parteipolitisch-gesellschaftspolitischer Natur sind, und das sind die Weichenstellungen für eine allfällige künftige Regierungsarbeit, die Sie im Auge haben. Also man muß auf die Qualität der Gesetze achten und wird, wenn man diese Qualität der Gesetze beachtet, erkennen müssen, daß es eine ganze Reihe von Gesetzen gibt, die man eben nicht — aus einem guten Grund nicht — einstimmig beschließen konnte.

Der Herr Klubobmann der Regierungspartei hat auf die Geschäftsordnungsreform Bezug genommen. Alles das, was Sie ankündigen, ist interessant, und ich bin überzeugt, daß man es nur begrüßen kann. Aber ich meine, daß man doch schon heute gewisse Fragen im Geiste einer künftigen Geschäftsordnungsreform wird behandeln müssen. Ich glaube, betonen zu sollen, daß an manchen Stellen der parlamentarischen Arbeit dieser Geist der künftigen Geschäftsordnung noch nicht dieses Haus beherrscht.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es eine ganze Reihe von Initiativanträgen der Oppositionsparteien gibt, die nicht behandelt sind, und daß Sie sich durch die Politik der Fristsetzungen auch nicht immer über die Grundsätze des Gesprächs in diesem Hause im klaren gewesen sind, als Sie diese Fristsetzungsanträge gestellt und angenommen haben.

Meine Damen und Herren! Wenn ich im Kapitel Oberste Organe die Gesetzgebung, den Bundespräsidenten, den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof, den Rechnungshof behandeln soll, so muß ich in Wahrheit den Herrn Bundeskanzler ansprechen. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Staatschef-Mentalität, mit der er die Regierung führt und das Staatsgeschehen leitet, sowohl im Hinblick auf seine Koordinierungskompetenz als auch im Hinblick auf manche Angelegenheiten in diesem Kapitel eine gewisse indirekte budgetäre Verantwortung.

Ich möchte zunächst auf das Kapitel Präsidentschaftskanzlei hinweisen und möchte, wenn er von seinen berühmten Kosten- und Personaleinsparungen spricht, darauf aufmerksam machen, daß in der Ersten Republik die Präsidentschaftskanzlei einen Personalstand von 31 Bediensteten hatte; in der Zweiten Republik ist der Personalstand auf über 50 gestiegen. Wenn mir der Herr Bundeskanzler nun sagen würde, wo die Aufgabenvermehrung des Herrn Bundespräsidenten gegenüber der Aufgabenstellung im Jahre 1929 liegt, dann könnte ich vielleicht verstehen, warum die Zahl der Bediensteten in der Präsidentschaftskanzlei gestiegen ist, und zwar so gestiegen ist, wie ich es eben angeführt habe.

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ein Problem beherrscht die Diskussion in den Ausschüssen, in denen ich zu arbeiten die Auszeichnung habe, das ist die Frage der sogenannten Justizverwaltung des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichtshofes. Die Frage der Justizverwaltung ist, wie Sie sich erinnern können, im Zusammenhang mit dem Bundesministeriengesetz behandelt worden. Im Zuge der Ausschlußberatungen hatten Sie, Herr Bundeskanzler, aus freien Stücken dem Standpunkt des Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshofes Rechnung getragen, indem Sie sagten, Sie würden diese beiden Höchstgerichte in die Lage versetzen, Justizverwaltung autonom auszuüben.

Wie wir alle wissen, wurde diese Auffassung revidiert; es war Herr Abgeordneter Dr. Fischer, der diese Revision anbrachte. Nun haben wir im letzten Budgetausschuß dieses Problem zu hinterfragen versucht. Der Herr Abgeordnete Dr. Fischer meinte, daß sein

Dr. Ermacora

Standpunkt der sei, daß durch eine Veränderung der Rechtslage des Obersten Gerichtshofes berührt würde, daß man eine Lösung für alle drei Gerichtshöfe finden müsse.

Herr Staatssekretär Lausecker meinte, daß der Herr Bundeskanzler nicht beabsichtige, in die bereits vorgelegten Initiativanträge einzugreifen, nur muß man sich bewußt sein, daß es unsere Initiativanträge gewesen sind, die man eben im Sinne der Taktik der Regierungspartei nicht behandelt.

Herr Justizminister Broda hat gemeint, daß der Oberste Gerichtshof in die Justizverwaltung seines Ressorts eingebaut sei und daß man im Moment das Problem noch nicht aktualisieren könne. Herr Bundeskanzler Kreisky war im Budgetausschuß so freimütig zu sagen, daß eine einheitliche Auffassung nicht erzielt werden kann, er daher bei seiner Auffassung bleibe, aber das seien Nuancen.

Herr Bundeskanzler! Im Grunde können Sie die Verantwortung für diese Frage nicht von sich schieben, es ist ein Koordinationsproblem auf dem Gebiete der Bundesverfassung. Das Bundesministeriengesetz gibt Ihnen diese Kompetenz zur Koordination; falls Sie diese noch nicht seit 1919 oder falls diese der Bundeskanzler beziehungsweise Staatskanzler nicht schon seit 1919 gehabt hätten, so haben Sie diese Kompetenz jedenfalls seit 1973. Aus diesem Grunde stellen die Abgeordneten Ermacora, Prader und Genossen einen Entschließungsantrag. Ich verlese diesen Entschließungsantrag, der bereits beim Präsidium vorliegt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Ermacora, Dr. Prader und Genossen betreffend Übertragung der Justizverwaltung an die Höchstgerichte.

Die Verwaltung des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes liegt in den Händen des Bundeskanzlers und nicht der Gerichtshöfe selbst. Der Bundeskanzler hat anlässlich der Beratungen über das Bundesministeriengesetz ausdrücklich versprochen, die Verwaltungsangelegenheiten hinsichtlich dieser Gerichtshöfe ihnen selbst zu übertragen. Dieses Versprechen wurde nicht eingelöst. Als Grund hiefür war der Widerstand des Justizministers anzusehen. Er war nicht bereit, dem Obersten Gerichtshof gleichartige Selbstverwaltungsbefugnisse zuzugestehen, aber zugleich behauptete er, daß die drei Höchstgerichte gleich behandelt werden sollten.

Vertreter der beiden Oppositionsparteien haben daraufhin Initiativanträge einge-

bracht, die darauf abstellten, den beiden Gerichtshöfen — Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof — die Justizverwaltung zu übertragen. Diese Initiativanträge liegen seit mehr als einem Jahr unerledigt im Parlament. Anlässlich der Budgetberatungen 1974 haben Staatssekretär Lausecker, Minister Broda und Bundeskanzler Kreisky zu dieser Frage Stellung genommen. Bundeskanzler Kreisky erklärte schließlich, daß es in dieser Frage Meinungsunterschiede in den Auffassungen gäbe.

Der Bundeskanzler ist kraft des Bundesministeriengesetzes für die Koordination in Verfassungsfragen verantwortlich. Er ist daher berufen, die Frage zu behandeln, unter welchen Voraussetzungen dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof und dem Obersten Gerichtshof Justizverwaltungsangelegenheiten übertragen werden können oder wie es möglich ist, diese Angelegenheiten nur dem Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof zu übertragen. Untunlich ist es jedenfalls, diese wichtige Frage — so wie es bisher geschehen ist — auf sich beruhen zu lassen. Daher stellen die oben bezeichneten Abgeordneten den folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, ehestens Verhandlungen mit den Präsidenten der drei Höchstgerichte und dem Bundesminister für Justiz darüber aufzunehmen, in welcher Weise die Justizverwaltung der Höchstgerichte diesen allen oder dem Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof allein übertragen werden können.

Herr Bundeskanzler! Wenn Sie hier noch allenfalls sagen können, das ist eine Frage der Interpretation und es stimme durchaus mit Ihrer sonst immer wieder betonten liberalen Auffassung überein — übrigens eine Betonung, die Ihrer Technik, Wortverdopplungen durchzuführen, entspricht; es ist Ihr politisches Recht, das zu tun, aber mein politisches Recht ist es, das herauszustellen, Herr Bundeskanzler —, so möchte ich aber doch jetzt auf ein Thema zu sprechen kommen, das ganz entscheidend Ihre Liberalität, Herr Bundeskanzler, berühren wird.

Herr Bundeskanzler! Diese Liberalität bezieht sich auf das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, von dem heute schon Herr Abgeordneter Dr. Gasperschitz gesprochen hat. Hier wird, Herr Bundeskanzler — das darf ich Ihnen jetzt schon sagen, zumindest als

11978

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Dr. Ermacora

meine Meinung sagen —, ein Markstein Ihrer liberalen Auffassung in der Behandlung dieser Frage liegen.

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß der Verwaltungsgerichtshof wegen Nichtbeachtung des Pensionsgesetzes Bescheide als rechtswidrig aufgehoben hat. Durch diese Aufhebung ist die Finanzverwaltung nach dem Verwaltungsgerichtshofgesetz verpflichtet, der Rechtsanschauung des Verwaltungsgerichtshofes Folge zu leisten. Es heißt im Gesetz: den der Rechtsanschauung des Verwaltungsgerichtshofes entsprechenden Rechtszustand herzustellen.

Schon hört man allerorten Kritik an der Verwaltungsgerichtshofentscheidung, sie sei finanzpolitisch nicht opportun. Das mag nun sein, und das geht den Herrn Finanzminister an. Aber für Sie, Herr Bundeskanzler, und für dieses Budgetkapitel, das hier zur Behandlung steht, ist es die Frage, daß es in Österreich eine Gerichtsbarkeit gibt, die nicht nach Opportunität entschieden hat, sondern nach Interpretation eines Gesetzestextes.

Würde sie, nämlich diese Gerichtsbarkeit, anders entschieden haben, Herr Bundeskanzler, so würde ein Unterschied zwischen den Alt- und den Neupensionisten hergestellt worden sein, ein Unterschied, den die politischen Parteien grundsätzlich nie wollten.

Ich darf darauf hinweisen, daß anlässlich des Pensionsgesetzes 1965 — und ich verweise hier auf die Erläuternden Bemerkungen zum Gesetzentwurf 878 der Beilagen, Seite 29 — von der Regierung, aber auch in der Parlamentsdebatte — Stenographisches Protokoll, X. Gesetzgebungsperiode, Seite 5086 und folgende — von den Abgeordneten beider Parteien versichert wurde, daß durch das Gesetz das Entstehen von Alt- und Neupensionisten verhindert und die Pensionsautomatik für die Zukunft gesichert werde.

Ich möchte nur eine Äußerung des Herrn Abgeordneten Ulbrich — Seite 5096 — zitieren: „Wir sind alle gemeinsam an einem interessiert: Wir wollen nie mehr Alt- und Neupensionisten entstehen lassen. (Ruf bei der ÖVP: Sehr richtig!)“

Herr Bundeskanzler! Sie haben ein Verwaltungsgerichtshoferkenntnis vor sich, das darauf abgestellt ist, in Interpretation des Geistes des Pensionsgesetzes den Status oder die Klassen der Altpensionisten und der Neupensionisten zu vermeiden. Und nun hört man Stimmen, wonach der Herr Finanzminister die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes unter-

laufen will, wenn ich mich so ausdrücken darf. Heute früh im Morgenjournal wurde eine solche Äußerung in der bewußt nonchalanten Art des Herrn Finanzministers in den Äther gesprochen.

Ich möchte herausstellen, Herr Bundeskanzler, daß wir in diesem Hause zumindest schon zwei Präzedenzfälle haben, wo es sich um authentische Interpretationen gehandelt hat. Der eine Präzedenzfall bezog sich auf die Habsburger-Frage, nachdem Sie nicht imstande waren, von Ihrer Regierungsseite her das Verwaltungsgerichtshoferkenntnis zu exekutieren, und zwar hat das Innenministerium, das damals in Ihr Ressort fiel, Monate und Monate hindurch ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes nicht exekutiert.

Ich möchte auf einen zweiten Fall der authentischen Interpretation aufmerksam machen. Es handelte sich um eine authentische Interpretation in bezug auf das Verstaatlichungsgesetz. In diesem Zusammenhang haben Sie den Gleichheitssatz authentisch interpretiert. Ich war damals weit abseits vom aktiven politischen Geschehen, und Sie dürften ja wissen, was die Rechtswissenschaft von diesen Interpretationstechniken gehalten hat.

Waren es damals höchst politische Probleme, die man — so muß ich heute nach einiger politischer Erfahrung sagen — authentisch interpretieren konnte, so geht es aber hier in diesem Fall offensichtlich um die Rechte — und nicht um die Privilegien, Herr Bundeskanzler, um die Rechte — von öffentlich Bediensteten!

Es ist nicht richtig, wenn der Herr Staatssekretär Lausecker von einigen Tausend spricht, sondern es geht in die Hunderttausende, die durch die Wirkungen dieses Erkenntnisses berührt werden.

Es ist auch nicht richtig, Herr Staatssekretär Lausecker, wenn Sie sagen, daß es sich hier nur um die hohen Beamten handelt. Herr Staatssekretär, Sie haben recht: Die Entscheidungen wurden von juristisch gebildeten Beamten angestrengt. Ich meine, das ist ihr gutes Recht. Aber Sie müssen in der Öffentlichkeit auch sagen, daß etwa dem Amtsgelohn ein Verlust über 10 Prozent anwächst, und beim Wirklichen Hofrat liegt der Verlust unter 2 Prozent.

Nun will der Herr Finanzminister dieses Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes also unterlaufen. Seine Argumentation ist — sie war auch heute wieder im Fernsehen zu hören —, es handle sich ja um eine authentische Interpretation. Wir haben heute auch Ihre Meinung dazu gehört, Herr Staatssekretär.

Dr. Ermacora

Auf Seite 20/21 der Ausfertigung des Erkenntnisses — ich glaube, Herr Dr. Gasper-schitz hat das vorgelesen — heißt es ausdrück-lich, daß der Verwaltungsgerichtshof sagte: „Damit räumte aber die belangte Behörde ein, daß es sich nicht um eine authentische Inter-pretation handelte.“

Daraus muß man den Schluß ziehen: Wenn Sie nun diese Frage im Sinne Ihrer finanz-politischen Opportunität lösen wollen, müßten Sie mit einer authentischen Interpretation auf-treten. Ist Ihnen von Ihren Experten noch nicht gesagt worden, daß diese authentische Interpretation eine Interpretation des Gleich-heitssatzes wäre? Haben Ihnen Ihre Experten noch nicht gesagt, daß diese Interpretation mit Verfassungsbestimmung gemacht werden müßte, genauso, wie man die Interpretation im Habsburg-Erkenntnis und in der Frage Ver-staatlichungsgesetz-Gleichheitssatz vorgenom-men hat? Wie werden Sie sich also dann in dieser Frage verhalten?

Herr Bundeskanzler und Herr Staats-sekretär! Unterlaufen Sie nicht das Erkenntnis eines Gerichtshofes, der nach meiner Meinung einer der Träger der österreichischen Rechts-staatlichkeit ist, in einer Frage, die zig-tausende Menschen angeht, sondern suchen Sie einen Weg, der zu einer verfassungsrecht-lich gerechten und einer verfassungsrechtlich billigen Lösung der Frage führt. Ganz ausge-schlossen scheint es mir zu sein, wenn man die derzeitigen Beschwerdeführer, die nun auf die Entscheidung des Bundesministers für Finanzen warten, zu der er verpflichtet ist, etwa in ihrem Kampf um das Recht verkürzen wollte.

Herr Bundeskanzler! Dieses Kapitel ist nur ein kleiner Ausschnitt aus Überlegungen, die mit Ihrer Auffassung über Liberalität und liberal zusammenhängen. Herr Bundeskanzler! Ich möchte Ihnen nur sagen, auch wenn Sie sich nicht interessieren für diese Debatte, wie Sie das heute unter Beweis gestellt haben — auch das ist ein Recht des Herrn Bundes-kanzlers und ein autonomes Recht eines Regierungsmitgliedes, sich nicht für eine Debatte zu interessieren —, aber ich möchte Ihnen doch sagen, daß Ihre Liberalität ein Freisein von Bindungen, von lästigen Bindun-gen durch Verfassung und Recht ist. Aber das, Herr Bundeskanzler, ist nicht liberal, son-dern das ist eine sprachliche Unterwanderung des Liberalen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag des Abgeordneten Ermacora ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung. Die Abstimmung

über diesen Antrag wird nach der dritten Lesung erfolgen.

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Glaser.

Abgeordneter Glaser (ÖVP): Herr Präsi-dent! Meine Damen und Herren! Das Parla-ment, der Nationalrat soll, ja ich möchte sagen „muß“ das gemeinsame Anliegen aller politischen Parteien und aller Kräfte, die sich zur Demokratie bekennen, sein. Ohne ein frei gewähltes Parlament gibt es keine Demo-kratie. Diese Gemeinsamkeit wird — das wurde heute schon zum Ausdruck gebracht — unter anderen auch darin sichtbar, daß das jetzt zur Beratung stehende Kapitel voraus-sichtlich einstimmig beschlossen werden wird.

Aber erstmals seit vielen Jahren, meine Damen und Herren, wird heuer im Rahmen der Budgetdebatte das Kapitel Oberste Or-gane, wozu vor allem die Bundesgesetz-gebung gehört, getrennt von der eher mit einer Generaldebatte gleichzusetzenden Be-ratung des Kapitels Bundeskanzleramt behan-delt. Ich sage ehrlich, daß ich mich freue, daß mit diesem Beschluß der Präsidialkonferenz eine von mir im Finanz- und Budgetausschuß vorgebrachte Anregung aufgegriffen wurde. An den Abgeordneten selbst liegt es nun, diese Chance zu nützen und das Parlament, seine Probleme, seine Schwierigkeiten, seine Aufgaben für einige Stunden in den Mittel-punkt der Beratungen und des Interesses zu stellen.

Ich zweifle allerdings, ob diese Chance ge-nützt wird, da — wie ich höre — von der Mehrheitsfraktion dieses Hauses zu diesem Kapitel außer dem Klubobmann Abgeordneten Weisz niemand reden wird.

Ich selbst, meine Damen und Herren, will bewußt von einem Aufzählen technischer Mängel, unter denen unsere Arbeit leidet, absehen. Ich verzichte ebenso darauf, erreichte und auch aner kennenswerte Verbesserungen jetzt besonders zu loben. Ich möchte mich jenen Vorschlägen, die von verschiedenen Vorrednern hier oder bei der Beratung dieses Kapitels im Budgetausschuß angeschnitten wurden, anschließen.

Mir geht es heute, meine Damen und Her-ren, wirklich um Grundsätzliches. Und hier lautet die harte, aber doch klare Wahrheit leider so: Dem Parlament ist es nach einer rund 30 Jahre dauernden Tätigkeit nicht ge-lungen, seine Funktion gegenüber der Öffent-lichkeit entsprechend klar herauszustellen, klarzumachen. Für diese bedauerliche Tatsache

11980

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Glaser

gibt es sicher eine Reihe von Gründen, Gründe, die zu untersuchen sicherlich gemeinsamer Anstrengungen wert wäre.

Viele Staatsbürger — machen wir uns doch nichts vor — sehen und beurteilen leider Gottes das Parlament so, wie es von Kolumnisten, teilweise auch von Kabarettisten dargestellt wird. Der Durchschnittsösterreicher hat Respekt vor einem Mitglied der Regierung, hat Achtung vor einem Landeshauptmann, zieht den Hut tief vor einem Kammerpräsidenten et cetera, aber ein Abgeordneter, meine Damen und Herren, ist für viele Bürger wohl nur ein Mensch, der leicht und angenehm, so glauben sie zumindest, mehr als sie verdient, wenn man etwa von Übertrittssummen für Spitzensportler oder für Journalisten zu einer bestimmten Zeitung absieht.

Vielen Mitbürgern, geschätzte Abgeordnete, ist leider noch immer nicht klar geworden — da müssen wir uns auch selbst an die Brust klopfen —, daß der Abgeordnete der Anwalt des Staatsbürgers ist, daß der Abgeordnete das einzig wirksame Gegengewicht gegen eine immer stärker werdende Regierungsgewalt ist. Und jener Abgeordnete, der vielleicht von einem Journalisten als „Hinterbänkler“ bezeichnet wird, der aber im Ausschuß einem Regierungsmitglied, einem Sektionschef gegenüber etwa zum Ausdruck bringt, daß er diesen oder jenen Text eines Gesetzentwurfes nicht verstehe, daß dieser Gesetzestext zu kompliziert sei, der spricht sehr oft für Hunderttausende Mitbürger, die aber diese Möglichkeit, an einer Gesetzesberatung mitzuwirken, nicht haben.

Vor allem aber müßten meiner Meinung nach durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit seitens des Parlaments selbst die Bedeutung, das Wesen, die Aufgaben, die Möglichkeiten des Parlaments unserem Volke klargemacht und zum Bewußtsein gebracht werden.

Es soll keine Kritik, sondern auch nur eine nüchterne Feststellung sein, wenn ich sage, daß viele Berichte und Übertragungen aus dem Parlament dazu nicht geeignet sind. Es gibt Menschen, die offensichtlich noch nicht erkannt haben, daß Übertragungen und Berichte aus dem Parlament eine politische Information, aber nicht eine politische Unterhaltung sein sollen. In vielen Berichten werden kleine Zwischenfälle oder auch bedauerliche Entgleisungen — wo kommen solche nicht vor, wenn eine große Zahl von Menschen beisammen ist — als wesentlich, sachliche Diskussionsbeiträge — wenn überhaupt — nur nebenbei erwähnt.

Es liegt aber auch an den Abgeordneten — ich sagte das schon in einem anderen Zusammenhang, zumindest ist das meine persönliche Meinung, es geht hier ja nicht um eine Auseinandersetzung ideologischer Art, es geht nicht darum, den unterschiedlichen Standpunkt der einen oder anderen Seite darzulegen, sondern ich glaube, wir alle sollten ein Interesse haben, daß dem Parlament auch in der Öffentlichkeit, im Bewußtsein unserer Mitbürger jene Bedeutung zukommt, die eben in einem demokratischen Staat eigentlich Selbstverständlichkeit sein sollte —, es liegt also an uns selbst, an unserem Verhalten, Gehaben, welches Bild die Öffentlichkeit sich über das Parlament macht.

Ich betrachte es persönlich als einen großen Fortschritt, daß es gelungen ist, heuer erstmals für die Budgetdebatte eine freiwillige Begrenzung der Redezeit zu vereinbaren. Es hat nach dem Verlauf der Debatte am heutigen Tag durchaus den Anschein, daß diese Vereinbarung nicht nur hält, sondern daß dadurch gerade die Diskussion lebendiger und in vielen Dingen zweifellos auch interessanter geworden ist.

Ich darf, ohne überheblich sein zu wollen, darauf hinweisen, daß ich im Laufe von rund 20 Jahren hier wiederholt einen derartigen Vorschlag von dieser Stelle aus oder auch im Ausschuß gemacht habe und daß ich auf einschlägige Erfahrungen — etwa im Salzburger Landtag, wo sich solche Regelungen bewährt haben — verwiesen habe. Wie gesagt, ich freue mich, daß es möglich war, eine derartige Vereinbarung zustande zu bringen.

Die Damen und Herren der sozialistischen Seite mögen es nicht falsch verstehen, wenn ich sage: In der Zeit zwischen 1966 und 1970 war es unmöglich, mit Ihnen über eine Begrenzung der Redezeit oder über eine gewisse Beschränkung im Rahmen der Budgetdebatte auch nur zu sprechen, und es war bis vor kurzem auch unmöglich, zu einer solchen Vereinbarung zu kommen, weil sich lange Zeit die sozialistischen Regierungsmitglieder geweigert haben, auch eine Begrenzung in Anspruch zu nehmen. Bitte, noch einmal: betrachten Sie es nicht als Polemik, sondern nur als eine nüchterne Feststellung. Es hat ja Zeiten gegeben, wo beispielsweise der heutige Vizekanzler Häuser einen Rekord an Redezeit — weit über zwei Stunden im Rahmen einer Budgetdebatte — für sich buchen konnte. Ich bin also per saldo froh, daß es möglich war, zu dieser freiwilligen Beschränkung und damit sicherlich auch zu einer Straffung zu kommen. Eine solche Straffung gibt der Diskussion sicherlich mehr

Glaser

Feuer, mehr Schwung, macht die Debatte interessanter, und ich glaube, daß dem Parlament und damit auch der Demokratie sicherlich ein guter Dienst erwiesen wird.

Meine Damen und Herren! Niemand wird aber einem Fernseher oder etwa einem Radiohörer zumuten, zehn, zwölf, vierzehn Stunden ohne Unterbrechung Debatten anzuhören. Auch dann nicht, wenn die einzelnen Redner nur 20 oder von mir aus 30 Minuten Zeit haben.

Und daher möchte ich für das Parlament auch sagen: Auch dem einzelnen Abgeordneten ist es nicht zumutbar, etwa zwölf, vierzehn Stunden ohne Unterbrechung im Saale zu sitzen. Nur, was meiner Meinung nach zumutbar wäre, nein, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, wenn ein bestimmtes Kapitel oder auch ein bestimmter Gesetzentwurf hier zur Diskussion steht: daß das ressortmäßige zuständige Regierungsmitglied an dieser Beratung teilnimmt. Das sollte meiner Meinung nach eine Selbstverständlichkeit sein, und es sollten Rufe „Wo ist der Herr Bundeskanzler?“ oder „Wo ist der betreffende Minister?“ in diesem Haus eigentlich nicht notwendig sein.

Überhaupt glaube ich, eine ständige Selbstkritik müßte meiner Meinung nach für uns alle — ich nehme mich nicht aus — zwingend sein. Freilich dürfte man dabei die Tatsache nicht außer acht lassen, daß es im allgemeinen weder politische Übermenschen noch alleswissende Kritiker gibt.

Wenn ich hier noch etwas sagen darf — es soll auch grundsätzlich keine Polemik sein, aber doch auch eine Feststellung —: Wenn wir uns selbst nicht ernst nehmen, können wir auch nicht erwarten, daß wir vom österreichischen Volk ernstgenommen werden.

Meine Damen und Herren! Ich beobachte seit Monaten etwa folgendes: Wenn ein Spitzenmandatar der Österreichischen Volkspartei spricht, ob das unser Bundesparteivorsitzende Dr. Schleinzer, unser Klubobmann Dr. Koren ist, um nur zwei zu nennen, dann kann man von vornherein damit rechnen, daß ein beachtlicher Teil der sozialistischen Abgeordneten geradezu demonstrativ hinausgeht. Ich beobachte das nur, ich sage es. Es fällt mir auf, und ich werde bei gegebener Gelegenheit den sozialistischen Klubobmann darauf wieder aufmerksam machen.

Ich meine nur: Anhören sollten wir uns schon. Ich sage noch einmal: Ich habe Verständnis, daß man nicht zehn, zwölf Stunden herinnen sitzt, ich habe Verständnis dafür, daß vielleicht der eine oder andere eine gewisse Reizwirkung auf jemanden ausübt

und daß es vielleicht aus diesem Grund besser ist, nicht zuzuhören. Dafür habe ich auch Verständnis, weil ich glaube, überhaupt für gewisse menschliche Eigenschaften ein gewisses Verständnis zu haben, und nach dem Alter auch eine gewisse Erfahrung mitbringe.

Nur, meine Damen und Herren, auch das sei noch einmal gesagt: Es wurde zum Beispiel heute wieder kritisiert — ohne darauf einzugehen, daß alle Redner der Sozialistischen Partei mit einem Satz geschlossen haben, der in eine Wahlversammlung, etwa zwei, drei Wochen vor der Nationalratswahl paßt und nicht in eine Budgetdebatte —, daß die Österreichische Volkspartei zu oft nein sage.

Ich habe da einen sehr netten Ausspruch über die Aufgaben der parlamentarischen Opposition gefunden. Es heißt hier, Herr Bundeskanzler: „Die oberste Aufgabe einer parlamentarischen Opposition ist es, das Vertrauen der Wähler zur Mehrheit und zu ihrer Regierung und damit die Glaubwürdigkeit dieser Regierung zu erschüttern.“

Ich darf aber dazu sagen, dieser Ausspruch stammt nicht von einem Politiker der Österreichischen Volkspartei, sondern, laut „Neuer Zeit“, also dem sozialistischen Organ der Steiermark vom 3. Oktober 1967, vom langjährigen Klubobmann Dr. Pittermann. Ich kann mich nicht erinnern, daß in der Zwischenzeit auch nur ein einziger sozialistischer Politiker diese Äußerung und Ansicht des sozialistischen Klubobmannes über die Aufgaben der Opposition korrigiert hätte. Persönlich decke ich mich mit dieser Auffassung nicht, das sei nur am Rande erwähnt.

Aber darf ich zu einem Thema noch sprechen, das der Abgeordnete Weisz angeschnitten hat. Herr Abgeordneter Weisz, es hat Jahre hier gegeben, wo diese Regierungsbank nur von Mitgliedern der ÖVP beziehungsweise von Ministern und Staatssekretären, die dieser Partei angehörten, besetzt war. Und mehr als ein dutzendmal — habe ich inzwischen in den Protokollen gefunden — wurden Regierungsmitglieder, ob sie nun Klaus, Prader, Schmitz oder sonst wie geheißen haben, vom jeweils amtierenden Präsidenten beanstandet, wurden gewissermaßen zur Sachlichkeit gerufen, und es wurde zum Ausdruck gebracht, daß Polemik von der Regierungsbank nicht wünschenswert sei. Ich habe schon bei den Ausschüßberatungen darauf hingewiesen, daß es sogar ein Präsidialprotokoll beziehungsweise einen Präsidialbeschluß gibt, um hier, soweit das menschmöglich ist, abzuklären, was Polemik, was nicht Polemik ist, also wieweit ein Regierungsmitglied eingreifen kann.

11982

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Glaser

Ein Beispiel, wie es meiner Meinung nach nicht sein soll, hat heute wieder der Herr Staatssekretär Lausecker, also einer der drei Staatssekretäre des Herrn Bundeskanzlers, geliefert. Sicher sollte ein Staatssekretär die Möglichkeit haben, seine Standpunkte zu vertreten. Aber hier in schreiender Form uns zurechtzuweisen, geradezu wie Buben, die schlimm gewesen sind, und dann obendrein sehr vieles nicht zu sagen, was, um glaubwürdig zu erscheinen, notwendig gewesen wäre, das, meine Damen und Herren, lehne ich persönlich ab. Ich bin der Meinung, daß nicht nur meine Fraktion, sondern innerlich ein beachtlicher Teil der alten Parlamentarier auf dieser Seite mir recht geben werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dazu muß man sagen: Wenn ein so schwerer Vorwurf von der Regierungsbank aus erhoben wird — er hat gesagt, Gasperschitz hätte gewissermaßen Vertragsbruch mit der Forderung, mit dem Beschluß über eine zusätzliche Teuerungszulage begangen —: Meine Damen und Herren! Ohne auf die Materie im Detail einzugehen, möchte ich nur festhalten: In einer Sitzung der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten am 4. November wurde der Beschluß einstimmig gefaßt, also mit den Stimmen der sozialistischen Gewerkschafter, die also im allgemeinen auch durch Präsident Benya, durch Herrn Klubobmann Weisz et cetera vertreten werden. Also mit den Stimmen der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion wurde dieser meiner Meinung nach auch persönlich verständliche Beschluß gefaßt. Wenn also von Vertragsbruch, Herr Staatssekretär, in so dozierender, belehrender und schreiender Form die Rede ist, dann hätten Sie zumindest sagen müssen, nicht nur Dr. Gasperschitz, sondern auch Ihre Fraktion, auch die sozialistische Fraktion, ist an diesem Vertragsbruch beteiligt.

Meine Damen und Herren! Das ist ja wirklich nur so am Rande. Ich möchte schon wieder zum Schluß kommen. *(Abg. Benya: Kollege Glaser! Die Fraktion der öffentlich Bediensteten!)* In der Gewerkschaft öffentlich Bediensteter die sozialistische Fraktion. *(Abg. Benya: Weil Sie mich auch hineingenommen haben!)*

Ich möchte aber dazu sagen, Herr Präsident, das muß doch verständlich sein. Wenn ein kleiner öffentlich Bediensteter, Herr Präsident, liest, daß etwa jene Gewerkschaft, der Sie angehören, Kollektivvertragsabschlüsse erstens immer nur für knapp ein Jahr oder 15, 16 Monate macht und dabei 15 bis 20 Prozent rausschauen und für die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten Vertragsabschlüsse zustande kommen, die also ungefähr knapp

der Indexzahl entsprechen, dann muß man das schon verstehen. *(Abg. Benya: 12½ Prozent für 15 Monate!)*

Noch einmal. Ich will ja auf die Materie bei dem Kapitel nicht eingehen, sondern lediglich sagen, daß von der Regierungsbank aus — Herr Präsident Benya, jetzt richte ich mich aber wirklich ganz besonders an Sie —, doch in einer etwas anderen Form gegenüber dem Parlament hier Stellung genommen werden sollte, als das manchmal der Fall ist, denn per saldo, meine Damen und Herren, auch darüber sollten wir uns einig sein: Die Regierung ist dem Parlament Rechenschaft schuldig, und nicht umgekehrt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Darf ich zum Schluß auch noch eine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen. Ich glaube, jeder Abgeordnete sollte bedenken: Was er hier im Hause sagt, nützt oder schadet auch dem Parlament. Was er anderswo redet, das nützt oder schadet nur ihm oder seiner Partei.

Die Abgeordneten meiner Fraktion werden sich bemühen, mit ihren Beiträgen, mit ihren Vorschlägen und Kritiken sowohl das Ansehen des Parlaments als auch das der Österreichischen Volkspartei zu heben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Stöhs.

Abgeordneter Stöhs (ÖVP): Hohes Haus! Herr Präsident! Bevor ich meine Ausführungen zum Kapitel Rechnungshof beginne, möchte ich ganz kurz auf die Ausführungen meines Landsmannes Abgeordneten Treichl eingehen. Ich möchte ihm in Erinnerung rufen, daß der Initiator der sogenannten Bürgerinitiative gegen die Fristenlösung unmittelbar vor den Vorarlberger Landtagswahlen der langjährige Landesobmann der Jungen SPÖ, Herr Böckle, war, der noch als Delegierter der Vorarlberger SPÖ am Villacher Parteitag teilgenommen hat, aber auf Grund der Haltung der SPÖ zu dieser wichtigen Frage dieser Partei den Rücken gekehrt hat. Dies soll auch den übrigen Abgeordneten zur Kenntnis dienen.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, zum Bundesvoranschlag 1975, Kapitel 06, Rechnungshof.

Für den Rechnungshof sind Ausgaben von 67,3 Millionen und Einnahmen von 427.000 S vorgesehen. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1974 ist beim Aufwand eine Steigerung von 6,4 Millionen oder zirka 10,5 Prozent zu verzeichnen, was nicht ganz der erforderlichen Erhöhung der gestiegenen

Stohs

Personalkosten entspricht. Der Personalstand des Rechnungshofes wurde nur um zwei Beamte der Verwendungsgruppe A für den Prüfungsdienst und um einen Beamten der Verwendungsgruppe D für den Kanzleidienst vermehrt.

Als Obmann des Rechnungshofausschusses möchte ich ausdrücklich feststellen, daß ich mich hinter die berechnigte Forderung des Rechnungshofes stelle und es dringend erforderlich wäre, daß die Zahl der Prüfungsbeamten von derzeit 156 auf insgesamt 200 A- und B-Beamte im Interesse der Aufgaben des Rechnungshofes erhöht würde.

Die überragende Bedeutung des Rechnungshofes berechtigt im Gegensatz zu vielen Ministerien, dieser Personalvermehrung das Wort zu reden und den Rechnungshof in dieser Weise zu unterstützen.

Der Rechnungshof, der dazu berufen ist, die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der öffentlichen Verwaltung zu prüfen, bekommt immer mehr Aufgaben. Er hat die gesamte Gebarung des Bundes, der verstaatlichten Industrie und sonstigen Unternehmungen des Bundes, die Gebarung der neun Bundesländer, der 21 Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern, der Gemeindeverbände und nicht zuletzt auch die Gebarung der Sozialversicherungsträger zu prüfen. Und alle diese Körperschaften werden, wie wir ja alle wissen, in ihrem Ausmaß immer mehr zunehmen.

Wie schon erwähnt, wird der Umfang immer größer und müssen wir vor allem darauf bedacht sein, daß die Prüfungen und die Berichte der zu prüfenden Dienststellen, Betriebe und Unternehmen möglichst aktuell sind.

In der Budgetausschußsitzung vom 11. November 1974 habe ich mir erlaubt, bezüglich des Bundesvoranschlags für den Rechnungshof einige Anfragen an den Herrn Präsidenten des Rechnungshofes zu stellen. Die von mir gewünschten Auskünfte wurden mir erteilt.

Allerdings habe ich bei meiner Wortmeldung auch verlangt, daß die Geschäftsordnung des Rechnungshofes, die auf Grund der Bestimmungen des Rechnungshofgesetzes beziehungsweise des 5. Hauptstückes der Bundesverfassung erlassen wurde, zur Gänze beachtet werde.

Wie mir bekannt ist, wurde diese Wortmeldung von einigen Abgeordneten der SPÖ als Kritik am Rechnungshof und seinen Beamten ausgelegt. Als Abgeordneter und auch als Obmann des Rechnungshofausschusses muß mir das Recht zustehen, solche Fragen zu stellen und Feststellungen zu treffen. Ich

will es mir erübrigen, auf den Wortlaut der §§ 1 bis 5 der Geschäftsordnung des Rechnungshofes, wie sie seit 15. Jänner 1965 in Kraft ist, zu verweisen. (*Abg. Peter: Wollen Sie dasselbe sagen wie im Ausschuß, daß der Präsident die Geschäftsordnung gebrochen hat?!*) Habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß er sie nicht einhält. (*Abg. Skritek: Das ist ja dasselbe!*) Das ist Ihre Auffassung, aber nicht meine.

Ich glaube aber, daß es nicht unbillig ist, die strikte Einhaltung dieser Geschäftsordnung zu verlangen, so wie wir auch auf der Einhaltung der Geschäftsordnung des Nationalrates bestehen müssen. Und auch Sie, Herr Abgeordneter Peter, sind es ja, der gerade darauf besonderen Wert legt.

Gerade in der heutigen Zeit, in der von einem nicht unbeachtlichen Personenkreis Kritik und Mißtrauen gegenüber allen öffentlichen Verwaltungen offen oder versteckt zum Ausdruck gebracht werden, kommt dem Ansehen des Rechnungshofes und dem Vertrauen in den Rechnungshof größte Beachtung zu.

Die Zusammenarbeit vom Rechnungshofpräsidenten und seinem Vizepräsidenten mit der gesamten Beamtschaft des Rechnungshofes muß als eine Grundvoraussetzung für eine gute und ersprießliche Arbeit des Rechnungshofes beachtet werden. Wir brauchen das weitgehende Vertrauen der Bevölkerung für diese wichtige parlamentarische Einrichtung Österreichs, die anerkannterweise für Europa und die ganze demokratische Welt beispielgebend ist.

Nichtsdestoweniger vertrete ich die Ansicht des Herrn Präsidenten Dr. Kandutsch und des Vizepräsidenten Dkfm. Dr. Marshall, daß es dringend notwendig wäre, das Rechnungshofgesetz und das 5. Hauptstück des Bundesverfassungsgesetzes zu novellieren. Für die Beamten des Rechnungshofes, für die ich die Erhöhung der Aufwandsentschädigung, die zum Großteil durch die eingetretene Kaufkraftabwertung des Schillings bedingt ist, sehr begrüße, möchte ich nur hoffen, daß endlich auch die Reisegebührenvorschrift für Bundesbedienstete in der Weise geändert wird, daß die 25- bis 30prozentige Kürzung der Reisegebühren nach vierwöchiger Tätigkeit am selben Dienort beseitigt wird. Zugesagt ist diese Verbesserung schon seit Jahren. Nun wäre es endlich Zeit, diese Zusage zu verwirklichen.

So wie im Budgetausschuß von mir ausgeführt wurde, möchte ich auch heute im Hohen Haus eine Anregung machen. Im nächsten Jahr ist die 30jährige Bestandsjubiläumsfeier für unsere Zweite Republik. Wie ich festgestellt

11984

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Stohs

habe, sind hierfür im Bundesvoranschlag im Kapitel 10/43 für diesen Anlaß 20 Millionen Schilling vorgesehen.

Hier würde ich vorschlagen, das Beispiel des ORF anläßlich des diesjährigen 50jährigen Bestandes des Österreichischen Rundfunks nachzuahmen durch entsprechende Fernseh- und Rundfunksendungen und durch die Herausgabe von verbilligten Langspielplatten oder Tonbändern. Der ORF brachte eine ausgezeichnete Langspielplatte heraus mit dem Titel: „Reden, die Österreich bewegten.“ Es müßte der Bundesregierung möglich sein, ebenfalls, und zwar unter Mitwirkung von Vertretern aller drei im Parlament vertretenen Parteien und insbesondere unter Beiziehung von Frauen und Männern der österreichischen Widerstandsbewegung, die sich im Kampf um Österreich besonders bewährt haben, solche unvergeßliche Werke für die Gegenwart und für die Nachkommen zu schaffen.

Ich habe leider bei der Budgetdiskussion im Budgetausschuß vom Herrn Präsidenten des Nationalrates nicht die entsprechende Antwort erhalten und möchte deshalb nochmals die Frage stellen, was in dieser Richtung vorgesehen ist.

Dieses Jubiläumsjahr soll ein Jahr des Dankes an die politischen Opfer, verstorbene und lebende, werden und gleichzeitig Österreichs Jugend erinnern an die großen Opfer, die für die Erhaltung und Wiedergewinnung der Freiheit Österreichs gebracht wurden.

Trotz Wahljahr muß das Jahr 1975 für uns Österreicher ein Jahr der Besinnung werden, gleichzeitig ein Jahr des Dankes an die Frauen und Männer der Österreichischen Widerstandsbewegung, denen wir die schwer erkämpfte Souveränität Österreichs und die Zweite Republik Österreich verdanken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Zum Worte kommt der Herr Abgeordnete Dr. Pelikan. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Pelikan** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist heute schon mehrfach zum Ausdruck gekommen, daß es in dieser Budgetdebatte nicht nur darum geht, die einzelnen Budgetansätze der Budgetkapitel zu durchleuchten, sondern daß hier auch allgemeine Fragen der Politik erörtert werden sollen.

Ich möchte voraus aus diesem Grund einige grundsätzliche Feststellungen treffen und aus diesen Feststellungen heraus dann den Konnex zu diesem Budgetkapitel, zur Bundesgesetzgebung herstellen.

Das nächste Jahr wird für uns zweifellos einige Schwierigkeiten bringen: Inflation, gefährdete Arbeitsplätze, schrumpfende Devisenreserven, zunehmende Probleme in der Energieversorgung, um nur einige zu nennen. Wir werden mit unserer Politik hier in Österreich ganz allein auf uns gestellt sein. Denn wir werden uns kaum auf Hilfen aus dem Ausland berufen können, weil es nicht zu erwarten ist, daß die erdölproduzierenden Länder ihre Gewinne aus der letzten Ölpreiserhöhung sozusagen in eine zweite „Marshallplan-Hilfe“ für Österreich umwandeln werden.

Wir nähern uns also einer sehr unbequemen und problematischen Zeit.

Was will ich damit sagen? Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß es notwendig sein wird, einen neuen Stil in der österreichischen Innenpolitik zu finden. Die Politik, wie sie zurzeit und in dieser Gesetzgebungsperiode gemacht wird, hat aber gezeigt, daß sie untauglich ist für die Bewährungsprobe, die uns bevorsteht. Oder, anders formuliert, daß diese sozialistische Regierungsmehrheit nicht in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit zu bewältigen. Es wird, wenn ich eine eigenständige, neue Politik meine, darauf ankommen, wieder mehr den breiten Konsens zu finden.

Die Art — ich sagte es schon —, wie es bisher ausgeübt wurde, berechtigt aber zu ernster Sorge. Ich nenne dafür zwei Beispiele:

Der Regierungsmehrheit hat in der Vergangenheit jede Bereitschaft gemangelt, die Grenzen ihrer Macht anzuerkennen. Das hat sich beim ORF-Gesetz gezeigt, das hat sich beim neuen Strafgesetz gezeigt. Und der stereotype Satz: Das ist die Mehrheit!, bezieht sich ja oft in Wirklichkeit nur auf eine Mehrheit von drei Mandaten, das ist ein Prozent der Bevölkerung Österreichs. Das ist in meinen Augen für so gravierende Eingriffe in das Gesamtinteresse unserer Bevölkerung zuwenig, denn das Gesamtinteresse würde den breiten Konsens verlangen.

Ich zitiere hier den unvergessenen Professor René Marčič, der gesagt hat: „Die Gefahren des Machtmißbrauchs sind immer größer als die Gefahren des Freiheitsmißbrauchs.“

Ein zweites Beispiel liegt im wirtschaftlichen Bereich. Und hier zeigt es sich, daß es schlecht ist, wenn man nicht auf jene hört, die mehr von der Wirtschaft verstehen. Das Beispiel ist gekennzeichnet durch wachsende Budgetdefizite, durch den Mangel an Sparsamkeit und durch die Verschwendung von Steuergeldern.

Und was nun das Parlament, die Gesetzgebung, anbelangt, so möchte ich zwei mir

Dr. Pelikan

wesentlich erscheinende Problemkreise herausgreifen.

Der erste ist, daß dieses Parlament seiner Funktion als Kontrollorgan nicht gerecht wird. Das liegt zum Teil in den historischen Belangen, in der veralteten Geschäftsordnung und vor allem in den fehlenden Rechten für die Minderheit.

Als echtes Minderheitsrecht haben wir im Parlament nur das Anfragerrecht. Das Resolutions- und Enqueterrecht, also das Recht, Untersuchungsausschüsse zu verlangen, ist an Mehrheitsbeschlüsse gebunden. Das sind Dinge, die zum Teil noch aus der Zeit der Monarchie stammen, wo das Parlament im gesamten eine Kontraststellung zum Kaiserhaus eingenommen hat und nicht identisch war mit der Mehrheit.

Heute haben sich die Verhältnisse grundlegend gewandelt, und man kann mit den Worten eines großen Verfassungsrechtlers sagen: Die Regierung und das Parlament sind zwei Maschinen, die mit demselben Motor angetrieben werden, nämlich mit dem Motor der Mehrheitspartei. Daß dieser Motor zu schwach ist und daß er bereits enorme Abnutzungserscheinungen aufweist, hat sich ja gezeigt.

Um die Rechte der Minderheiten im Parlament zu verstärken, wäre es daher dringend notwendig — das wurde von uns in den Verhandlungen über die Geschäftsordnungsreform auch verlangt —, einer qualifizierten Minderheit das Recht einzuräumen, Unterausschüsse und Untersuchungsausschüsse einzusetzen.

Nur ein Detail möchte ich hier zur Vollständigkeit erwähnen. Mir erscheint es als Parlamentarier eigenartig, daß auf den Bänken der Abgeordneten auch Minister sitzen. Ich weiß, das ist kein neues Problem, das wurde schon des öfteren von Verfassungsrechtlern diskutiert. Ich finde es deswegen eigenartig, weil mir erstens scheint, daß dies mit dem Grundsatz der Gewaltentrennung nicht vereinbar ist, und zum zweiten, daß die Regierungsmitglieder nach der Debatte über ihre Regierungsvorlage sich auf ihre Plätze als Parlamentarier begeben, um dort für ihre Regierungsvorlage zu stimmen.

Das zweite Problem, das auch mit dem Grundsatz der Gewaltentrennung in Widerspruch steht, ist ein Problem, auf das ich immer wieder hinweise, nämlich die Tatsache, daß die Vollziehung, die Regierung einen enormen Informationsvorsprung hat. Es ist bekannt, daß in der Hand der Vollziehung eine Unzahl von EDV-Anlagen stehen, zu denen das Parlament keinen unmittelbaren

Zugriff hat. Man kann nur neidvoll in die Bundesrepublik schauen, wo diese Probleme zumindest in Ansätzen bereits gelöst sind.

Mir liegt hier eine sehr instruktive Broschüre „Deutscher Bundestag — 25 Jahre parlamentarische Demokratie“ vor. Daraus entnimmt man, welche Möglichkeiten die deutschen Bundestagsabgeordneten für ihre tägliche Arbeit haben. Wir hier in den Klubs sind immer noch auf die bienenfleißige Arbeit unserer Sekretäre angewiesen; ein Direktzugang mit Hilfe eines Computers zu den Datenbanken des Bundes ist uns nicht möglich.

Im übrigen möchte ich aus gegebenem Anlaß, da nächstes Jahr unsere Republik 30 Jahre besteht, darauf hinweisen, daß es mir sehr zweckvoll erschiene, wenn auch das österreichische Parlament die Bevölkerung mit einer derartigen Broschüre über seine Arbeit aufklären würde.

Die anderen Probleme, die sich aus der Verwendung von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen im Bundesbereich in verfassungsrechtlicher Hinsicht ergeben, streife ich nur am Rande. Es wird bei anderer Gelegenheit möglich sein, darüber ausführlich zu debattieren. Ich erwähne nur den Artikel 20 Abs. 1 in bezug auf das Weisungsrecht, Artikel 20 Abs. 2, das Amtsgeheimnis, Artikel 77 Abs. 1 in bezug auf die Ministerverantwortlichkeit und den Artikel 123 im Hinblick auf die Gebarungskontrolle. Alle diese Fragen werden in Zukunft gelöst werden müssen. Es sind zurzeit noch nicht einmal Ansätze dafür vorhanden.

Ich stelle zusammenfassend fest: Es war offenbar eine reine Absichtserklärung der Regierungsfraktion, wenn gesagt wurde, es sei erklärter Wille, die Stellung der Minderheiten im Parlament zu verbessern. Die Probleme konnten seitens der sozialistischen Fraktion nicht gelöst werden oder — ich habe fast den Verdacht — sie wollte sie nicht lösen. Für die Unzahl von Problemen, die die sozialistische Fraktion im übrigen nicht lösen konnte, gibt es Beweise genug: Versagen im Kampf gegen die Armut, Versagen bei der Bekämpfung der Inflation, Versagen in der Wirtschaftspolitik überhaupt.

Eines ist Ihnen aber mit Ihren Gesetzen zweifelsohne gelungen: den Menschen zu verstaatlichen. Und ich zitiere abschließend Pestalozzi: Es kommt darauf an — hat er gesagt —, den Staat zu vermenschlichen und nicht den Menschen zu verstaatlichen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und dagegen werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen, daß dieses Letztere wieder rückgängig gemacht wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

11986

Nationalrat XIII. GP — 122. Sitzung — 3. Dezember 1974

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatte ein Schlußwort? — Kein Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe I beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1975. Es sind dies die Kapitel 01, 02, 03, 04 und 06 in 1285 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen

zu erheben. — Danke. Einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Mittwoch, den 4. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1285 und Zu 1285 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe III, Äußeres, und über die Beratungsgruppe IV, Inneres.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 15 Minuten